

Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

12. Sitzung

Hannover, 17. September 2003

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:		
Aktuelle Stunde	1063	
a) 13 auf einen Streich - Landesregierung zerstört Verbraucherschutz im ländlichen Raum - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/411	1063	
Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)	1063, 1065, 1067	
Sigrid Leuschner (SPD).....	1065, 1067	
Gisela Konrath (CDU).....	1066	
Walter Hirche , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	1068	
b) Theatersparkurs - Abschied von Ambitionen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/412	1069	
Christina Bührmann (SPD)	1069, 1070, 1074	
Katrin Trost (CDU).....	1071	
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE).....	1072	
Roland Riese (FDP)	1073	
Lutz Stratmann , Minister für Wissenschaft und Kultur.....	1074, 1076	
c) Bund streicht Gemeinschaftsaufgabe-Mittel (West) - Herber Rückschlag für Zukunftsinvestitionen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/415	1076	
Hermann Dinkla (CDU).....	1076, 1081	
Enno Hagenah (GRÜNE)	1078	
Thomas Oppermann (SPD)	1079	
Walter Hirche , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	1080	
d) Gemeindefinanzen - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/416	1082	
Dr. Philipp Rösler (FDP).....	1083	
Hartmut Möllring , Finanzminister	1084	
	Stefan Wenzel (GRÜNE)..... 1085, 1093	
	Heinz Rolfes (CDU)..... 1086	
	Heinrich Aller (SPD)..... 1087, 1090, 1093	
	Christian Wulff , Ministerpräsident	1088, 1091, 1092
	Dieter Möhrmann (SPD)..... 1088	
	Walter Meinhold (SPD)	1092
Tagesordnungspunkt 2:		
4. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 15/385 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/421 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/422	1094	
<i>Beschluss</i>	1093	
Tagesordnungspunkt 3:		
Einzig (abschließende) Beratung:		
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/130 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 15/368	1095	
André Wiese (CDU), Berichterstatter	1095	
<i>Beschluss</i>	1094	
(Direkt überwiesen am 16.05.2003)		
Tagesordnungspunkt 4:		
Zweite Beratung:		
Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/6 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 15/405		

und

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung:

- a) **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/5
- b) **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/7
- c) **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/120 - Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 15/406..... 1096
- Michael Albers** (SPD), Berichterstatter 1096
- Enno Hagenah** (GRÜNE)..... 1097
- Klaus-Peter Bachmann** (SPD)..... 1099
- Dieter Möhrmann** (SPD) 1099, 1101
- Bernd Althusmann** (CDU)..... 1101, 1103, 1105
- Heidrun Merk** (SPD) 1103
- Heinrich Aller** (SPD)..... 1103
- Carsten Lehmann** (FDP)..... 1105
- Beschluss* 1105
- Zu TOP 4 (Erste Beratung: 1. Sitzung am 04.03.2003)
- Zu TOP 5 (Erste Beratung zu a und b: 1. Sitzung am 04.03.2003; zu c: 6. Sitzung am 14.05.2003)

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz - HG 2004 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/345

und

Tagesordnungspunkt 7:

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/388 und Berichtigung

und

Tagesordnungspunkt 8

Erste Beratung:

Wiederherstellung der staatlichen Handlungsfähigkeit durch den Abbau von Subventionen und die Auflösung von Mischfinanzierungen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/386

und

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

Regionale Wirtschaftsförderung - Für den Fortbestand der GA-Mittel in Niedersachsen - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP- Drs. 15/393 1107

Hartmut Möllring, Finanzminister 1107, 1144

Dieter Möhrmann (SPD) 1112, 1131

David McAllister (CDU)..... 1120, 1124

Stefan Wenzel (GRÜNE) 1128

Bernd Althusmann (CDU) 1132

Rebecca Harms (GRÜNE)..... 1132

Carsten Lehmann (FDP) 1132

Dr. Philipp Rösler (FDP) 1133, 1135

Sigmar Gabriel (SPD)..... 1136, 1139, 1142, 1144

Christian Wulff, Ministerpräsident 1139

Klaus Rickert (FDP) 1147

Ausschussüberweisung 1046

Tagesordnungspunkt 10

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung (Ministergesetz) - Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/ 378

und

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften und des Ministergesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/389..... 1149

Bernd Althusmann (CDU) 1149

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE)..... 1152

Ursula Peters (FDP) 1153

Uwe-Peter Lestin (SPD)..... 1155

Ausschussüberweisung 1155

Tagesordnungspunkt 12:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/395..... 1157

Axel Miesner (CDU) 1157

Dorothea Steiner (GRÜNE)..... 1158

Hans-Dieter Haase (SPD)..... 1160

Christian Dürr (FDP) 1162

David McAllister (CDU)..... 1163

Ausschussüberweisung 1161

Vom Präsidium:

Präsident	Jürgen Gansäuer (CDU)
Vizepräsident	Ulrich Biel (SPD)
Vizepräsidentin	Ulrike Kuhlo (FDP)
Vizepräsidentin	Silva Seeler (SPD)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Georgia Langhans (GRÜNE)
Schriftführer	Wolfgang Ontijd (CDU)
Schriftführerin	Christina Phillips (CDU)
Schriftführer	Friedrich Pörtner (CDU)
Schriftführerin	Isolde Saalmann (SPD)
Schriftführerin	Bernadette Schuster-Barkau (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Irmgard Vogelsang (CDU)
Schriftführerin	Anneliese Zachow (CDU)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Christian Wulff (CDU))	Staatssekretärin Dr. Gabriele Wurzel, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)	Staatssekretär Wolfgang Meyerding, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU))	Staatssekretär Dr. Lothar Hageböling, Niedersächsisches Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit Dr. Ursula von der Leyen (CDU)	Staatssekretär Gerd Hoofe, Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Kultusminister Bernd Busemann (CDU)	Staatssekretär Hartmut Saager, Niedersächsisches Kultusministerium
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Walter Hirche (FDP)	
Minister für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Hans-Heinrich Ehlen (CDU)	Staatssekretär Gert Lindemann Niedersächsisches Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher- schutz
Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann	Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking, Niedersächsisches Justizministerium
Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann	
Umweltminister Hans-Heinrich Sander	

Beginn: 10.32 Uhr.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 12. Sitzung im 5. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 15. Wahlperiode und bitte Sie, sich zu erheben.

Meine Damen und Herren, am 13. August 2003 verstarb im Alter von 82 Jahren der ehemalige Abgeordnete Herr Nicolaus Dreyer.

Herr Dreyer gehörte dem Niedersächsischen Landtag von 1963 bis 1970 als Mitglied der FDP- und der CDU-Fraktion an. Während dieser Zeit war er in den Ausschüssen für Wirtschaft und Verkehr sowie für Häfen und Schifffahrt tätig. Für seine Verdienste wurde Herrn Dreyer das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Am 27. August 2003 verstarb der ehemalige Abgeordnete Herr Friedrich-Wilhelm Evers im Alter von 89 Jahren.

Herr Evers war von 1978 bis 1986 Mitglied der CDU-Fraktion des Niedersächsischen Landtages. Während dieser Zeit war er Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen. Für seine Verdienste wurden Herrn Evers das Verdienstkreuz am Bande und das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Wir werden beide Kollegen in guter Erinnerung behalten. - Ich danke Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Einladung und die Tagesordnung liegen Ihnen gedruckt vor.

Für die Aktuelle Stunde liegen vier Beratungsgegenstände vor. Nachdem die Fraktion der FDP ihre Dringliche Anfrage in der Drucksache 417 zurückgezogen hat, liegen nur noch zwei Dringliche Anfragen vor, die morgen früh ab 9 Uhr beantwortet werden.

Im Ältestenrat sind für die Beratung einzelner Punkte bestimmte Redezeiten gemäß § 71 unserer Geschäftsordnung vereinbart worden. Diese pauschalen Redezeiten sind den Fraktionen und den Abgeordneten bekannt gegeben worden. Sie werden nach dem im Ältestenrat vereinbarten Verteilerschlüssel aufgeteilt. Ich gehe davon aus, dass die vom Ältestenrat vorgeschlagenen Regelungen für die Beratungen verbindlich sind und darüber nicht

mehr bei jedem Punkt abgestimmt zu werden braucht. - Ich stelle fest, dass das Haus damit einverstanden ist. Widerspruch sehe ich nicht.

Die Sitzung soll - Sie wissen dies - gegen 18.45 Uhr beendet sein.

An die rechtzeitige Rückgabe der Reden an den Stenografischen Dienst bis spätestens morgen Mittag, 12 Uhr, wird erinnert.

Jetzt sollen eigentlich geschäftliche Mitteilungen durch die Schriftführerin erfolgen. Da keine vorliegen, erübrigt sich das aber.

Bevor ich das Wort erteile, stelle ich die Beschlussfähigkeit des Hauses fest.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 1:

Aktuelle Stunde

Wie bereits gesagt, liegen vier Beratungsgegenstände vor. Wir kommen zu dem ersten Thema der Aktuellen Stunde:

a) **13 auf einen Streich - Landesregierung zerstört Verbraucherschutz im ländlichen Raum** - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/411

Bitte schön, Herr Kollege!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren, insbesondere Herr Ontijd, Herr Dammann-Tamke, Herr Biallas, Herr Riese, Herr Althusmann, Herr Kaidas, Frau Kuhlo, Frau Seeringer, Frau Weyberg, Herr Hogrefe und Frau Zachow! Ich begrüße Sie hier persönlich und spreche Sie persönlich an, weil mich vor allem interessiert, ob Sie schon bei der Verbraucherberatung in Ihrem Wahlkreis waren. Noch mehr interessiert mich, wie Sie dort erklärt haben bzw. erklären wollen, welchen Sinn es macht, wegen einer eher übersichtlichen Einsparsumme die Verbraucherberatung im ländlichen Raum komplett zu zerschlagen und die dort Teilzeit beschäftigten Frauen in die Arbeitslosigkeit zu schicken; denn genau darum geht es bei diesem Problem.

Schon beim Nachtrag hatte die Verbraucherzentrale einen konstruktiven Sparbeitrag geleistet, der alles andere als schmerzfrei war. Einschnitte in die Substanz mit Entlassungen und Angebotseinschränkungen waren erforderlich; Beratungskompetenzen im Bereich Telekommunikation und im Bereich Gesundheitsdienstleistungen gingen verloren. Nun legt der Wirtschaftsminister noch einmal kräftig drauf. Bis 2007 sollen 40 % bei der institutionellen Förderung der Verbraucherzentrale gestrichen werden: von über 1,6 Millionen Euro auf 1 Million Euro. Dabei handelt es sich um Mittel, die fast vollständig fixkostengebunden sind, d. h. Mieten, Betriebskosten in den Beratungsstellen und die Gehälter der dort beschäftigten Mitarbeiterinnen. Deshalb werden durch diese Kürzungen von den im Moment 19 Beratungsstellen allenfalls die sechs größeren regionalen Zentren übrig bleiben. 13 örtliche Anlaufstellen im ländlichen Raum müssten geschlossen werden. Wenn ich von „ländlicher Raum“ rede, dann rede ich nicht von 1 000-Seelen-Dörfern, sondern von wichtigen zentralen Orten wie Aurich, Emden, Cuxhaven, Wilhelmshaven, Lüneburg, Verden, Osterode, Peine, Celle usw.

Diese Kürzungen fallen nicht in eine allgemeine Überschusssituation. In den letzten Jahren ist ein Netz von 43 Beratungsstellen bereits auf über die Hälfte eingedampft worden. Kürzungen insbesondere der öffentlichen Hand haben dazu geführt, dass das inhaltliche und zeitliche Angebot immer weiter eingeschränkt werden muss. Dabei liegt die Verbraucherzentrale mit ihren Eigeneinnahmen - das ist im Wesentlichen identisch mit den Gebühren für die Dienstleistungen, die sie erbringt - an der Spitze. Das heißt, auch hier sind die Möglichkeiten ausgereizt. Berücksichtigen müsste man meines Erachtens auch die Tatsache, dass nur mit der gegenwärtigen Struktur erhebliche Projektmittel von außen eingeworben werden können, die Niedersachsen zugute kommen.

Trotzdem schlägt der FDP-Wirtschaftsminister jetzt erneut zu, vermutlich in der irrwitzigen Meinung, Politik gegen die Verbraucher sei schon automatisch Wirtschaftsförderung. Herr Hirche, das ist mitnichten der Fall. Das Gegenteil ist richtig. Funktionierende Märkte brauchen Vertrauen, vor allem Verbrauchervertrauen. Mangelndes Vertrauen führt zu Konsumverweigerung. Ich erinnere an BSE, Bahntarife und Riester-Rente. Deshalb brauchen wir Information als Gegengewicht zu den Werbemillionen der Konsum- und Dienstleistungsbranchen. Wir brauchen einen Schutzmecha-

nismus gegen die Nepper, Schlepper und Bauernfänger, die im Schutz einer undurchdringlichen Informationsflut immer wieder leichte Beute machen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen natürlich auch eine Orientierungshilfe in unserer immer komplizierter werdenden technischen Welt, und zwar von anbieterunabhängigen, vertrauenswürdigen Institutionen. Dabei denke ich nicht nur an die Älteren, denen es schwer fällt, den Entwicklungen zu folgen. Ich verdeutliche das mit einem kleinen Beispiel: Wer von Ihnen kann mir erklären, welchen Vorteil ich als Verbraucher habe, wenn ich mir einen DVD-Player anschaffe, der über einen progressiven Video-Ausgang für PAL und NTSC, Precision Cinema Progressive, MP3-Browser, Smooth Scan, Slow Function, digitalen Video Enhancer, Black Noise Reduction, Precision Drive, Twin-Laser-Abtasteinheit, dynamische Tilt-Kombination, DSP-Server, Multi Disk Resume, Multi Picture Navigation und eine Fernbedienung verfügt, die mit Jog Dial und Multi-Brand-TV-Steuerung arbeitet?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf von der SPD: Damit hat auch ein Technologieminister Probleme! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Herr Klein, können Sie das wiederholen?)

Meine Damen und Herren, Verbraucherberatung schafft Vertrauen, das wir brauchen, sie lenkt die Kräfte des Marktes, sie unterstützt den Wettbewerb, und sie sorgt für Markttransparenz und trägt damit zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung bei.

(Glocke des Präsidenten)

Verbraucherberatung ist Wirtschaftsförderung im besten Sinne. Auch einem Minister Hirche sollte einleuchten, dass in diesem Bereich vermutlich mehr bewirkt wird als mit den vom Landesrechnungshof attestierten umfangreichen Mitnahmeeffekten, die er mit seiner Abteilung für Wirtschaftsförderung produziert.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Ich muss Sie bitten, dass Sie mit Ihrer Rede zu Ende kommen. Ihre Redezeit hat sich hinlänglich erschöpft, sehr verehrter Herr Kollege. Ich war schon sehr großzügig.

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen. - Eine Sorge beschäftigt mich besonders. Dabei geht es um den Verdacht, dass diese Kürzung vielleicht nicht so ausgefallen wäre, wenn die Vorsitzende der Verbraucherzentrale nicht Frau Leuschner, sondern Frau Hansen hieße.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Oh! bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Leuschner hat das Wort, und zwar nicht, weil Sie sie genannt haben; sie hatte sich vorher gemeldet.

Sigrid Leuschner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Klein, vielen Dank für die Einlassung, aber ich kann als verbraucherschutzpolitische Sprecherin meiner Fraktion auch etwas zu diesem Sachverhalt sagen.

Die Verbraucherzentrale Niedersachsen wird im Jahre 2007 - wenn es sie denn noch gibt - 50 Jahre bestehen. Die Verbraucherzentrale hat derzeit - das haben Sie gesagt, Herr Klein - 19 Beratungsstellen mit 65 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, vor allem in der Fläche, also im ländlichen Raum. Das sind teilzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen - überwiegend Kolleginnen -, die in den unteren Vergütungsgruppen beschäftigt sind und nicht so sehr viel Geld bekommen. Die Verbraucherzentrale führt qualifizierte Beratungen durch. Rund 90 % der Beratungen sind dem wirtschaftlichen Verbraucherschutz zuzurechnen, weil die Konsumwelt erheblich schwieriger geworden ist. Das betrifft Reklamationen, Telekommunikation, Baufinanzierung, Umwelt, Wohnen, Energie. Nur 10 % umfassen heute noch den Ernährungsbereich, der aber sehr wichtig ist. In den letzten Jahren sind auf die Verbraucherzentrale Niedersachsen erhebliche finanzielle Belastungen zugekommen, weil überwiegend Kommunen ihre Förderung eingestellt haben. Ein gutes Beispiel ist die Schließung der Beratungsstelle Braunschweig, eine unserer ältesten Beratungsstellen, die wir schließen mussten, weil dort die politische Entscheidung „Wir ziehen uns aus diesem Bereich völlig zurück“ getroffen worden ist. Es gibt im Nachtragshaushalt 2003 und im Haushaltsplan 2004 erhebliche Ein-

sparungen, die schon jetzt zur Entlassung von qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern führen.

Zum fast 50-jährigen Bestehen der Verbraucherzentrale den Vorschlag zu machen, die institutionelle Förderung von derzeit 1,573 Millionen Euro auf 1 Million Euro herunterzufahren, ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Danaergeschenk - anders kann ich es nicht bezeichnen. Das bedeutet, dass wir uns aus der Fläche völlig zurückziehen müssen, dass Beratungsstellen im ländlichen Bereich geschlossen werden müssen und dass im Grunde genommen nur noch sechs Regionalzentren bestehen. Wenn ein Ministerium den Namen „Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ trägt, dann frage ich mich, wo es sich für den ländlichen Raum und den Verbraucherschutz einsetzt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Minister Ehlen, ich weiß nicht, ob Sie wissen, was Ihr Kollege Hirche in dem Bereich vorhat. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, im Deutschen Bundestag wurde kürzlich eine Debatte zum Verbraucherschutz geführt, und dort wurde auch von einer Ihrer Bundestagskolleginnen zum Ausdruck gebracht, dass die Stärkung des unabhängigen Verbraucherschutzes ganz wichtig ist. Und was macht das Land? Es zieht sich aus der Förderung zurück, und macht der Verbraucherzentrale Niedersachsen dieses Angebot. Das kann nicht akzeptiert werden. Wir werden morgen noch Gelegenheit haben, darüber inhaltlich zu diskutieren. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank, Frau Kollegin Leuschner. - Frau Kollegin Konrath hat das Wort. Bitte schön!

Gisela Konrath (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unbestritten kann es an der Tatsache keinen Zweifel geben, dass Verbraucherschutz und Verbraucherberatung in der heutigen Zeit von besonderer Bedeutung sind.

(Beifall bei der CDU)

In den zahlreichen ökonomischen und rechtlichen Angelegenheiten und beim Gesundheitsschutz sind die Vorschriften so vielfältig und für den Nichtfachmann so wenig durchschaubar, dass professionelle Hilfe häufig unverzichtbar ist. Die Einrichtungen des Verbraucherwesens leisten insofern ebenso notwendige wie sinnvolle Arbeit. Dieser Einschätzung stimmen alle politischen Richtungen dieses Hauses zu.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie wissen, der Teufel steckt im Detail. So lässt es sich trefflich streiten, welche konkrete Ausgestaltung moderne Verbraucherberatung unter den gegenwärtigen Umständen annehmen muss. Zu Beginn der 90er-Jahre gab es über 40 Beratungsstellen in Niedersachsen. Im Laufe der Jahre sind sie bis auf 19 zurückgefahren worden. Somit trägt die SPD-Fraktion die Verantwortung dafür, während ihrer langen Regierungszeit die notwendigen Mittel systematisch gekürzt zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Das können Sie auch an den Zahlen nachlesen, wenn Sie sich diese einmal vornehmen. Für vieles hatten Sie damals Geld. Die kontinuierlich abnehmenden Mittel beim Verbraucherschutz machen Ihre Wertschätzung deutlich. Die jetzige Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen bemühen sich auch in dieser Angelegenheit um seriöse Politik.

(Zustimmung von Ursula Körtner [CDU] - Bernd Althusmann [CDU]:
Wo ist eigentlich Herr Gabriel?)

Seriös ist es allerdings, wenn zuzeiten einer verheerenden Finanzsituation kein Fachbereich von der bitteren Notwendigkeit verschont bleiben kann, einen vertretbaren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu erbringen. Es geht beim besten Willen nicht anders. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich vor allem Ihre unsolide Finanzpolitik als Ursache für die aktuellen Verhältnisse benenne.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hätten Sie mehr von der Tugend eines mündigen Verbrauchers, dessen wirtschaftliche Vernunft sich im rechten Ausgleich seiner Einnahmen und Ausgaben bewegt, an den Tag gelegt, wäre die Lage nicht so verzweifelt, und Diskussionen über „Kaputtsparen“ erübrigten sich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb hat der Minister mit seiner Feststellung völlig Recht, dass auch die Existenz der Verbraucherzentrale mittel- und langfristig ganz und gar vom Wiedererwerb finanzieller Handlungsspielräume abhängig ist. Ohne diese Konsolidierungsmaßnahmen geht alles, nicht nur die Verbraucherberatung, den Bach hinunter, wie man volkstümlich sagt. Wir können es uns nicht leisten, so weiterzumachen wie zu Ihren Zeiten, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben jede Chance gehabt, aber Sie haben die Finanzen dieses Landes systematisch ruiniert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Ursula Körtner [CDU]: Jawohl!)

In Wahrheit wissen Sie das ganz genau. Umsteuern ist also unvermeidlich. Es müssen Strukturveränderungen kommen. Reformbereitschaft bietet Chancen. Es gibt die Möglichkeit, zu schlankeren, schlagkräftigeren und effizienteren Strukturen zu kommen.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Zentralistische!)

Stellen wir uns der Herausforderung, auf einer Planungsgrundlage von 1 Millionen Euro jährlicher Zuwendungen bis 2007 - das passiert ja nicht schon in diesem Jahr, nicht morgen - einen wirksamen Verbraucherschutz zu organisieren. Jetzt ist nicht der Augenblick für Jammern und Wehgeschrei. Insofern sind Presseverlautbarungen der Verbraucherzentrale zurückzuweisen, die das Ende flächendeckender Beratung und die Schließung von 13 der verbliebenen 19 Beratungsstellen an die Wand malen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist zunächst einmal Polemik, die das zuständige Ressort nicht verdient hat; denn im Vorfeld sind bekanntlich durchaus konstruktive Gespräche mit der Verbraucherzentrale geführt worden. Die Verbraucherzentrale Niedersachsen ist schlecht beraten, wenn sie nun zu der Auffassung gekommen ist, das Geschäft der Opposition besorgen zu müssen. Damit ist der Verbraucherzentrale nicht gedient, ebenso wenig dem Verbraucher, dessen

Beratung auch zukünftig angemessen gewährleistet werden soll.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich für die CDU-Fraktion ankündige: Es besteht die bittere Notwendigkeit, Ihre Forderungen zurückzuweisen. - Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Leuschner hat noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön!

Sigrid Leuschner (SPD):

Frau Kollegin Konrath, ich weiß nicht, wer Ihnen diese Rede zur Aktuellen Stunde geschrieben hat. Vielleicht hätten Sie sich etwas ausführlicher bei Ihrer Kollegin im Vorstand in der Verbraucherzentrale erkundigen sollen.

(Zuruf von Gisela Konrath [CDU])

So stimmt es nicht. Natürlich hat die Verbraucherzentrale in den letzten Jahren auch Kürzungen hinnehmen müssen. Ich habe aber auch gesagt, was beispielsweise im Bereich Braunschweig passiert ist. Das waren Kürzungen auf kommunaler Ebene.

(Angelika Jahns [CDU]: Das stimmt ja nicht!)

Diejenigen Mittel, die wir auf Landesebene reduziert haben, haben nicht dazu geführt, dass die Verbraucherzentrale in ihrer Substanz in irgendeiner Weise gefährdet worden ist. Das passiert aber jetzt. Die Kürzungen in den Jahren 2003 und 2004 betragen 117 000 Euro. Das führt zu Entlassungen von derzeit fünf Kolleginnen und Kollegen, die qualifiziert arbeiten. Wenn man die Kürzungen bis zum Jahr 2007 auf ein Niveau von 1 Million Euro fortschreibt, bedeutet das, dass nur noch eine Hülle existiert, an der der Name Verbraucherzentrale steht und man nichts mehr damit machen kann. Es gibt zwar auch Synergieeffekte, worüber Einnahmen erzielt werden. Aber kommunale Förderung und Projektmittel fallen weg. Frau Konrath, auch darüber hätten Sie sich informieren können.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Klein, Sie haben noch einmal das Wort. Bitte schön!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Herr Präsident! Frau Konrath und meine Damen und Herren von der CDU! Ich meine, dass Sie es sich verdammt leicht machen, indem Sie jetzt die allgemeine politische Lage und die allgemeine Finanzknappheit als Totschlagsargument dafür benutzen, um jede inhaltliche und fachliche Diskussion zu zerschlagen. So geht das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich habe von Ihnen kein Argument gehört, das rechtfertigt, die Verbraucherberatung im gesamten ländlichen Raum zu zerschlagen.

In dem Zusammenhang interessiert mich vor allem eine Frage: Wo ist eigentlich der Verbraucherschutzminister? - Letztens habe ich ihn gesehen: Als die Verbraucherzentrale ihr Projekt „Bio macht Schule“ vorgestellt hat, stand er in der ersten Reihe. Er hat verkündet, Schülerinnen und Schüler sind die Verbraucher von morgen, und deshalb sollen frühzeitig die nötigen Grundlagen vermittelt werden. Aber, meine Damen und Herren, will er das denn künftig alleine und nur noch in staatlicher Regie machen? - Ich erwarte hier jedenfalls seinen Protest, und ich erwarte, dass er sich an dem Beispiel seiner Bundeskollegin Renate Künast orientiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Hören Sie zu! Meine Damen und Herren, keine Emotionen, sondern Fakten! - Trotz Länderzuständigkeit sind die Mittel für eine unabhängige Verbraucherberatung und für die Vertretung der Verbraucherinteressen in den letzten Jahren im Bund kontinuierlich erhöht worden. Es gibt inzwischen einen verabschiedeten Aktionsplan Verbraucherschutz, der eine langfristige konzeptionelle Basis bietet, um den Verbraucherschutz als Querschnittsaufgabe im Kabinett zu verankern. Das sind Beispiele, denen Sie folgen können.

Ich habe noch eine Frage: Wo ist eigentlich der Minister für den ländlichen Raum? - Auch den habe ich hier noch nicht erlebt. Wo sind all die

Streiter der CDU-Fraktion für den ländlichen Raum? - Sie haben doch in den letzten Monaten und Jahren Ihren angeblichen Einsatz für die Fläche immer wie eine Monstranz vor sich hergetragen. War das alles Schall und Rauch?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, war denn die Umbenennung des Landwirtschaftsministeriums vielleicht nicht eine Benennung von Schwerpunkten, sondern möglicherweise nur Ersatz für diese Politik? - Das wäre dann wirklich zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn Sie bereit sind, Ihre Ankündigungen in Richtung ländlichen Raum umzusetzen, dann werden Sie uns auf Ihrer Seite haben. Aber falls diese Kürzungsvorschläge Wirklichkeit werden, dann werden Sie sich künftig nicht mehr in der Kategorie der Provinzfürsten und kleinen Könige wiederfinden, sondern bei den Rittern von der traurigen Gestalt. Das wünsche ich Ihnen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Minister Hirche, Sie haben das Wort.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! An der Nützlichkeit bzw. Notwendigkeit von Verbraucherberatung und -aufklärung kann es keinen Zweifel geben. Beratung und Aufklärung haben in der Marktwirtschaft als Gegenmacht gegen Intransparenz und gegen Marktmacht schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Es ist auch Teil - das beweist etwa die Einrichtung der Stiftung Waren-test auf Bundesebene - einer marktwirtschaftlich orientierten Politik. Aber wir sind in einer ganz konkreten Situation, in die vier Jahre Rot-Grün und weitere Jahre SPD dieses Land geführt haben. Dieses Land ist in seinen Finanzen zerrüttet und zerstört, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Eigentlich müsste das Land zur Schuldnerberatung gehen. Die VZN, die Verbraucherzentrale Niedersachsen, könnte nichts anderes sagen, als sie auch einem privaten Schuldner sagen würde: Mache einen Sanierungsplan, kürze deine Maßnahmen überall dort, wo du keine Rechtsverpflichtungen hast!

(Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir müssen das eben auch bei den freiwilligen Leistungen tun. Da muss jeder seinen Teil beibringen. Immerhin hat diese Landesregierung mit Augenmaß gehandelt, auch im Falle VZN; das will ich ganz deutlich sagen. Denn wenn wir dem Rat des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Herrn Sigmar Gabriel, aus seiner Pressekonferenz - - -

(Bernd Althusmann [CDU]: Wo ist er denn?)

- Dass er jetzt nicht da ist, ist nicht so wichtig wie das, was er in dieser Pressekonferenz gesagt hat. - Zu Beginn dieses Monats hat er gesagt, es müsse ein Sanierungsplan her und alle freiwilligen Leistungen sollten gestrichen werden. Das hätte im Fall VZN bedeutet, dass wir nicht knapp 10 % im nächsten Jahr gestrichen hätten, sondern dass die VZN von einem Tag auf den anderen ausradiert gewesen wäre. Frau Leuschner, ich würde Sie bitten, dass das hier einmal zur Kenntnis genommen wird.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es gibt keine Abkehr vom Weg der Sanierung. Eine solche Sanierung ist Privatpersonen zu empfehlen und muss endlich auch bei der öffentlichen Hand wahrgenommen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es gibt schmerzhaft Abstriche. Wir haben bei den verschiedensten Maßnahmen quer durch den Landeshaushalt eine durchschnittliche Kürzung um 14 %. Wir als das in diesem Fall zuständige Ministerium haben in den Gesprächen mit der Verbraucherzentrale eingesehen, dass das diese Organisation z. B. angesichts bestehender Verträge im nächsten Jahr vor schwierigste Probleme stellt. Daraufhin ist diese Kürzung durch Kürzungen an anderer Stelle abgemildert worden. Es geht in etwa

noch um 7 bis 8 %, jedenfalls um weniger als 10 %. Gegenüber der Mipla, die im Übrigen noch von der alten Regierung aufgestellt worden war, bedeutet das eine Absenkung um 50 000 Euro bei einem Volumen von 1,5 Millionen Euro. Vor diesem Hintergrund kann niemand davon reden, meine Damen und Herren, dass das unverhältnismäßig sei, sondern das ist milde und verhältnismäßig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Allerdings werden die Sanierungsmaßnahmen nicht im Jahre 2004 beendet sein. Vielmehr müssen sie bis zum Jahre 2007 zu einem verfassungskonformen Haushalt führen. Wir haben gesagt - dazu bekenne ich mich -, dass auch die Verbraucherzentrale Niedersachsen ihren Teil dazu beitragen muss, indem das Volumen von im letzten Jahr 1,6 Millionen dann auf 1 Million Euro abgesenkt wird. Das ist berechenbar. Es bestehen vier Jahre Zeit, die Art und Weise der Verbraucheraufklärung in Niedersachsen neu zu organisieren. Niemand zerstört etwas. Wenn etwas zerstört worden ist, dann die Finanzsituation im Lande Niedersachsen in den letzten 13 Jahren, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Punkt nicht vor.

Wir kommen damit zu

b) Theatersparkurs - Abschied von Ambitionen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/412

Frau Bührmann hat das Wort. Bitte schön!

Christina Bührmann (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion hat diesen Antrag zu der heutigen Aktuellen Stunde eingebracht, weil sich seit einigen Monaten abzeichnet, dass die Verhandlungen mit den Staatstheatern - ich nenne Hannover, ich nenne aber auch Braunschweig und Oldenburg - in einem Desaster zu enden scheinen.

(Beifall bei der SPD)

Die HAZ trifft dazu in ihrer heutigen Ausgabe folgende Aussage: Wie laut müssen eigentlich Kulturschaffende werden, damit Politiker zuhören? - Das, sehr geehrte Damen und Herren, ist alles andere als erfreulich.

Ich komme auf die Pressekonferenz zurück, die gestern der Aufsichtsrat der Theater GmbH gegeben hat. Sehr geehrter Herr Minister Stratmann, Sie haben, wie wir das seit Monaten von Ihnen kennen, die Intendanten, insbesondere Herrn Schulz und Herrn Puhlmann - ganz besonders Herrn Schulz; er hat das auch verdient -, sehr gelobt und haben gesagt, Sie wollten Herrn Schulz gern halten, haben aber auch gestern wieder keine klaren Aussagen getroffen, wie die Bedingungen gestaltet sein müssten, damit Herr Schulz in Hannover bleiben kann.

Sie haben gestern in den Verhandlungen offensichtlich angeboten, die Tarifierhöhungen über Landesmittel auszugleichen. Dies macht auch Sinn, weil natürlich, wie Sie wissen, betriebsbedingte Kündigungen, Vertragsbrüche nicht zu verantworten sind. Offensichtlich erst jetzt - das finde ich beschämend, Herr Minister Stratmann - haben Sie begriffen, auf welch juristisch dünnem Eis Sie sich bewegen.

Ferner haben Sie offensichtlich auch gesagt, dass Sie die 2,7 Millionen an Einsparungen, die allein das Staatstheater Hannover treffen, strecken wollen. Ich möchte von Ihnen heute gern wissen: Wollen Sie die 2,7 Millionen in diesem Jahr strecken, wollen Sie sie im nächsten Jahr strecken, oder wollen Sie sie im übernächsten Jahr strecken? Wir reden hier von drei Jahren. Wie soll die Finanzierung aussehen? Das ist ja nicht eine Frage des Entgegenkommens für dieses Jahr. Was passiert 2004, was passiert 2005? Wir reden über drei Jahre. Das müssen Sie einmal erklären.

Das Fatale an den Verhandlungen mit den Theatern ist, dass Sie etwas sagen, was Sie dann im nächsten Moment wieder zurücknehmen müssen, weil Sie offensichtlich nicht Herr der Lage und vielleicht auch nicht kompetent genug sind, dies zu durchschauen.

(Beifall bei der SPD)

Werden die Verluste der Oper noch hinzugenommen, reden wir in drei Jahren über Einsparauflagen von jährlich jeweils 4,9 Millionen Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren, darin sind wir alle uns sicherlich einig: Das heißt, Sie sparen die Theater kaputt. Das ist nicht zu wuppen, sondern bedeutet, dass das Theater hier in Hannover kaputtgeht. Die Auswirkungen auf Oldenburg und Braunschweig sind ähnlich.

Herr Minister Stratmann, erklären Sie uns bitte einmal, wie das eigentlich weitergehen soll.

Mit Freude habe ich gelesen - das wurde allerdings auch höchste Zeit -, dass sich der Ministerpräsident nun endlich in die Verhandlungen einschalten will.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das macht er nicht!)

Er hat gesagt, er macht das zur Chefsache.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das hat er bestritten!)

- Ich kann nur das sagen, was ich gelesen habe. - Herr Ministerpräsident Wulff, wenn es stimmt, dass Sie das zur Chefsache machen, dann kann ich Ihnen dazu nur sagen: Spät, spät, spät, aber vielleicht können Sie noch etwas retten.

Eines ist doch deutlich: Hier geht es um die Landeshauptstadt von Niedersachsen. Es geht um Landespolitik. Es geht um die Frage, ob wir in der Landeshauptstadt, die die EXPO beherbergt hat, die internationale Messestadt ist, ein Theater, das national und in Teilen auch international in der ersten Liga spielt, kaputtmachen wollen.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist eine Argumentation! Haben wir auch so bescheuert argumentiert?)

Wollen wir denn wirklich zu einer Provinzialisierung der Kultur in Niedersachsen kommen? Herr Ministerpräsident, Sie haben eine große Verantwortung für die Theaterlandschaft in Hannover sowie in Braunschweig und Oldenburg. Ich fordere Sie auf, dieser Verantwortung endlich gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht sein, dass Sie sehenden Auges zulassen, wie Herr Minister Stratmann dies alles in den Sand setzt.

Was haben Sie inzwischen erreicht? - Die nationale Presse schreibt Sie in Grund und Boden. Es wird sogar gesagt, dass Sie eigentlich überhaupt

nicht in der Lage seien, Ihr Amt auszuüben, zumindest was den Kulturbereich angeht.

(Lachen bei der CDU)

- Ich zitiere hier die Presse!

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin, Sie haben Ihre Redezeit bereits erheblich überschritten. Sie können sich nachher noch einmal zu Wort melden.

Christina Bührmann (SPD):

Das mache ich gerne.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Jetzt müssen Sie aber zum Ende kommen.

Christina Bührmann (SPD):

Nur noch einen Satzesatz, bitte. - Sie haben die Theaterlandschaft hier in Niedersachsen im Grunde total ruiniert.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Wer hat den Landeshaushalt ruiniert?)

Ich fordere Sie auf, Herr Minister Stratmann: Unterbreiten Sie dem Theater sinnvolle, realisierbare Vorschläge, die dahin führen, dass die Theater hier in Niedersachsen weiterhin in der ersten Liga spielen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Ist Minister Stratmann schon seit fünf Jahren im Amt? - Wolfgang Jüttner [SPD]: So viel kann man in sechs Wochen kaputtmachen)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Vielen Dank. - Frau Kollegin Trost hat das Wort. Bitte schön!

Katrin Trost (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Theatersparkurs - Abschied von Ambitionen“ ist ein hehrer Titel. Ich werde mich mit den einzelnen Abschnitten jeweils gesondert befassen.

Was den Theatersparkurs angeht, ist es ganz klar: Bei der desolaten Finanzlage, die Sie uns hinterlas-

sen haben, müssen wirklich alle Bereiche zu Einsparungen bereit sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bereits seit Mitte der 90er-Jahre wurde seitens der SPD-geführten Landesregierung im kulturellen Bereich insbesondere in der Fläche massiv gespart, wobei die Staatstheater immer wieder ausgenommen worden waren bzw. wobei immer wieder Defizite ausgeglichen worden sind. Ich zitiere aus der Ausgabe des *rundblick* vom 12. September, wonach Minister Stratmann sagte: „Zudem sei das Verhältnis zwischen den historisch gewachsenen Zentralen in der Landeshauptstadt sowie in Oldenburg und Braunschweig einerseits und den unterschiedlichen kulturellen Angeboten in den ländlichen Regionen andererseits in keiner Weise ausgeglichen.“ Dem können wir uns voll anschließen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn ich mir jetzt die Theater insgesamt angucke: Das Staatstheater Braunschweig finanziert sich zu 50 % aus kommunalen Mitteln. Das Staatstheater Oldenburg finanziert sich immerhin zu einem Drittel aus kommunalen Mitteln. Das Staatstheater Hannover erhält keinerlei kommunale Mittel von der Landeshauptstadt. Das ist eine Ungleichbehandlung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Stellen wir dem einmal die fünf kommunalen Theater gegenüber. Beim Schlosstheater Celle, beim Deutschen Theater Göttingen, beim Stadttheater Hildesheim und bei den Städtischen Bühnen Osnabrück werden jeweils zwei Drittel des Etats durch kommunale Mittel erbracht. Beim Theater Lüneburg sind es 50 %. Dort wurde in den letzten Jahren immer gekürzt.

(Bernd Althusmann [CDU]: Richtig!
Die haben uns kaputtgemacht!)

Das Staatstheater Hannover erhält mehr als alle Theater zusammen, inklusive der Landesbühne, inklusive der anderen freien Theater. Der ländliche Raum bleibt absolut auf der Strecke. Wir haben uns immer dafür ausgesprochen, dass wir uns auch für den ländlichen Raum einsetzen.

Einsparungen sind in vielen Bereichen nötig, und „diesmal“ muss auch das Staatstheater Hannover seinen Beitrag leisten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein Etatansatz, der für 2003 bei 47 Millionen Euro liegt, wird bisher mit Ausgaben in Höhe von 53 Millionen Euro belegt. Das ist eine Etatüberschreitung von 6 Millionen Euro.

Da kommen nun folgende Fragen auf: Mit welcher Selbstverständlichkeit werden diese Etatüberschreitungen überhaupt geplant bzw. in Kauf genommen? Wie erklären Sie den Menschen, die nicht im Großraum Hannover leben, den Bürgerinnen und Bürgern also, wie Sie deren Anspruch auf Kultur nachkommen? Oder hat ein Mensch aus Ostfriesland, aus der Lüneburger Heide, aus dem Harz etc. etwa kein Anrecht auf entsprechende Kultur vor Ort? - Dies bitte ich auch einmal zu berücksichtigen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nun noch zum Stichwort „Abschied von den Ambitionen“. Meine Damen und Herren, wir würden es außerordentlich begrüßen, wenn sich die Ambitionen der Staatstheater auch auf die Einhaltung ihrer Etats erstrecken würden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Dr. Heinen-Kljajić, bitte schön!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, dass das, was wir in den letzten Wochen in punkto Staatstheater erlebt haben, nichts anderes war als Sparpolitik ohne jeglichen kulturpolitischen Sinn und Verstand.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Da wurde in Wildwestmanier aus der Hüfte geschossen, ohne sich Gedanken darüber zu machen oder ohne konzeptionelle Vorstellungen davon zu haben, welche Auswirkungen die Sparvorgaben überhaupt haben. Allein für die Häuser in Hannover wären das 15 Millionen Euro in drei Jahren.

Ich glaube, niemand behauptet ernsthaft, dass Staatstheater nicht in die Einsparbemühungen des Landes einbezogen werden sollten. Ich bin auch der Meinung, dass es in dieser Frage keine Tabus geben darf. So muss es z. B. auch erlaubt sein, die Frage aufzuwerfen, ob es berechtigt ist, dass Hannover nicht mit einem Eigenanteil am Staatstheater beteiligt ist. Das soll aber nicht heißen, dass eine Landeshauptstadt nicht ein Kulturprogramm vorhalten müsste, das überregionale Ausstrahlungskraft hat, und dass sich ein Land daran nicht auch entsprechend beteiligen müsste. Aber es wäre doch zumindest wünschenswert, eine vergleichende Gesamtbilanz zu haben, in der die anderen Oberzentren einmal mit Hannover verglichen würden.

Was auch ein Ende finden muss, ist die Schizophrenie der Tarifpolitik, d. h. dass die öffentliche Hand als Arbeitgeberin mit den Gewerkschaften Tarifsteigerungen beschließt, diese aber nicht an die Häuser weitergibt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dass sich dort die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer weiter öffnet, ist eine zwangsläufige Folge, und das bei einem Personalkostenanteil von 85 %.

Es ist zumindest schon einmal erfreulich zu hören, dass es in dieser Frage seit gestern wohl Bewegung gibt. Aber eines steht auch fest: Die Zusage, die zusätzlichen Ausgaben für ein Jahr zu übernehmen, wird den Theatern wenig weiterhelfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre übrigens auch schön, wenn dieses Angebot nicht nur den Häusern in Hannover, sondern auch in Braunschweig und Oldenburg gemacht würde.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Jedenfalls geht es nicht an, den Theatern aus haushaltspolitischer Notwendigkeit heraus eine Nummer vorzugeben - nach dem Motto: „Das ist die Einsparsumme, die ihr jetzt zu erbringen habt“ -, ohne ein kulturpolitisches Konzept zu haben und vor allen Dingen ohne eine fachliche und inhaltliche Begründung dafür zu geben, warum die Summe so ist, wie sie ist. Wenn man so vorgeht, riskiert man sehr schnell, in die Zweitklassigkeit abzurufen, und das in einer Situation, in der alle

Häuser inzwischen einen Zuschauerzuwachs zu verzeichnen haben, in der wir es geschafft haben, jüngere Menschen wieder ins Theater zu holen, und in der die beiden Theater in Hannover längst mit anderen großen Häusern auf nationaler und internationaler Ebene konkurrieren können. Und in einer solchen Situation dann auch noch den Leistungsträger, nämlich den Intendanten Wilfried Schulz, womöglich abziehen zu lassen, wäre aus meiner Sicht kulturpolitisch fatal.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Natürlich gilt, dass betriebswirtschaftliche oder haushaltspolitische Überlegungen künstlerischen nicht nachzustellen sind; das ist keine Frage. Aber betriebswirtschaftliche Überlegungen, die ihre Folgewirkungen auf die Qualität der Leistungen oder der Produkte nicht einbeziehen, sind wenig hilfreich.

In diesem Sinne erwarten wir von der Landesregierung, dass sie gemeinsam mit den Theatern Einsparmöglichkeiten festlegt und nicht gegen sie. Wenn es in diesem Zusammenhang hilfreich ist, dass das Ganze zur Chefsache erklärt wird, dann soll uns das nur recht sein; das ist ja schon einmal aufgegangen -. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Riese hat jetzt das Wort.

Roland Riese (FDP):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Gerade wurde mir aus dem linken Flügel des Hauses zugerufen: „Schon mal im Theater gewesen?“ - Ich bin wahrscheinlich einer der ganz wenigen hier im Hause, die schon einmal als Darsteller auf der Opernbühne gestanden haben.

(Oh! und Beifall bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN - Sigmar Gabriel [SPD]: Herr Kollege, das haben alle hier schon mal! - Rebecca Harms [GRÜNE]: Singen - Bernd Althusmann [CDU]: Ihr dürft ihn nicht reizen, sonst macht er das! Er singt gleich!)

Außerdem besuche ich sehr gerne die Aufführungen sowohl der staatlichen Theater dieses Landes, der freien Bühnen als auch der staatlich bezuschussten Bühnen. Bislang habe ich aber nicht feststellen können, dass es eine unmittelbare Korrelation zwischen der Höhe eines staatlichen Zuschusses für ein Haus und der Qualität der einzelnen Aufführung gibt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn Sie es also heute für notwendig halten, auch beim Punkt Theater das Spiel mit uns zu spielen, dass Sie uns im Einzelnen vorrechnen, wo wir sparen müssen, um den desolaten Haushalt des Landes Niedersachsen wieder auf die Beine zu bringen, dann erwarten wir, dass Sie das in vielen, vielen anderen Punkten auch noch tun werden. Allerdings haben Sie 9 respektive 13 Jahre verstreichen lassen, ohne entscheidende Weichen zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

13 Jahre lang - oder auch 9 Jahre lang, je nachdem, wie Ihre Zeitrechnung beschaffen ist - haben Sie es versäumt, Gespräche mit den Staatstheatern mit dem Ziel zu führen, die Strukturen so zu ändern, dass sie nachhaltig sind. Wir können es uns im Jahre 2003 im Lande Niedersachsen nicht erlauben, das Gespräch mit den Häusern so zu führen, dass wir uns Kürzungen mit dem Argument „Dann gehe ich eben“ wieder abhandeln lassen, sondern wir müssen von den Theatern ebenso wie von vielen, vielen anderen Einrichtungen im Lande Sparbeiträge erwarten.

Wir müssen - und dafür müssen wir mit den Intendanten sprechen - den Sachverstand dieser Häuser herbeiholen, um zu erfahren, wie wir gute Produktionen künftig schlanker auf die Bühne bringen können. Wir sollten beispielsweise alle miteinander einmal den Fundus der Staatsoper besuchen und uns dort anschauen, wie viele hochwertige Bühnendekorationen und Kostüme für *eine* Produktion erstellt worden sind und dort nunmehr zum Teil seit Jahrzehnten im Keller hängen und nie wieder angefasst worden sind. Was ist das für ein gebundenes Kapital! Vielleicht fällt es ja der Staatsoper und auch den anderen staatlich geförderten Häusern des Landes ein, wie diese ungehobenen Schätze mit marktwirtschaftlichen Instrumenten zur Erzielung zusätzlicher Einnahmen verwendet werden können.

(Beifall bei der FDP - Sigmar Gabriel [SPD]: eBay!)

- Zum Beispiel eBay, verehrter Herr Kollege Gabriel.

Überdies haben wir es bis auf den heutigen Tag in der Staatsoper und im Staatstheater mit der Situation zu tun, dass Sie, wenn Sie dort Chorsänger oder Solist sind, nach Wunsch und Willen des Intendanten zu jeder Tages- und Nachtzeit zu Überstunden bereit sein müssen, bis die Stimme und die Physis ruiniert sind. Wenn Sie hingegen Bühnenarbeiter sind, können Sie entsprechend dem Tarifvertrag von einer bestimmten Minute an Überstundenzuschläge verbuchen. Das ist für denjenigen, der es bekommt, natürlich sehr angenehm, hat aber mit den Realitäten des Theaterbetriebes nur sehr wenig zu tun. - Hier gibt es also noch einen sehr großen Spielraum.

Wir werden die Probleme sicherlich nicht innerhalb eines Jahres lösen können, aber wir beginnen jetzt damit, im Gespräch mit den Theatern inhaltlich das nachzuarbeiten, was Sie über viele, viele Jahre versäumt haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Frau Kollegin Bührmann hat noch einmal das Wort. Bitte schön!

Christina Bührmann (SPD):

Ich möchte der Rede, die ich eben gehalten habe, zwei Punkte hinzufügen. Den einen hat Frau Dr. Heinen bereits genannt: Natürlich müssen auch die Staatstheater sparen, und natürlich muss man sich die Frage stellen, ob die großen Tanker - wie es die Staatstheater nun einmal sind - hinsichtlich ihrer Etatbindung auf Dauer so weiter arbeiten dürfen wie bisher. Darüber herrscht, glaube ich, im gesamten Hause auch Konsens. Aber, Herr Minister Stratmann - Frau Trost hat das eben leider auch noch einmal aufgenommen -, ich warne inständig vor einer Polarisierung von Stadt und ländlichem Raum. Diese hilft weder der Kulturpolitik noch den Staatstheatern, noch dem ländlichen Raum.

Frau Trost, vielleicht prüfen Sie das noch einmal: Sie haben gesagt, nur die Staatstheater in Hannover werden vom Land finanziert, und all die anderen müssen sich selbst finanzieren.

(Katrin Trost [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Sie wissen, dass sich Braunschweig und Oldenburg an der Finanzierung ihrer Theater beteiligen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für die Zukunft.

Die alte Landesregierung hat es sehr sensibel vermieden, dieses fragile Gleichgewicht zwischen Stadt und ländlichem Raum in irgendeine Richtung zu belasten. Sie, Herr Minister Stratmann, fangen hingegen mit Schuldzuweisungen und einer Polarisierung an.

Ich bitte Sie: Hören Sie damit auf! Denn: Auf der einen Seite braucht sich die Kultur im ländlichen Raum von ihrer Qualität her nicht zu verstecken. Diese wird auch entsprechend gefördert. Auf der anderen Seite haben wir das Staatstheater in Hannover. Hannover ist die Landeshauptstadt, und deshalb gibt es auch ein großes Landesinteresse daran. Ich wäre froh, Frau Trost, wenn Sie das so mitnehmen würden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Danke sehr. - Herr Minister Stratmann, bitte sehr!

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Bührmann, zunächst einmal bin ich sehr froh darüber, dass Sie ganz zum Schluss doch noch darauf hingewiesen haben, dass es in diesem Haus offensichtlich keinen Unterschied in der Beurteilung der Entscheidung gibt, dass auch die großen Kultureinrichtungen unseres Landes - also auch die Staatstheater - an den Kürzungsbeschlüssen beteiligt werden. Das ist, wie ich finde, schon einmal etwas, was dazu beitragen kann, diese Diskussion etwas gelassener zu führen.

Nun werde ich das tun, was auch Sie bereits in Ihrer Eingangsrede getan haben, weil ich davon überzeugt bin, dass es so ist: Ich möchte mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Staatstheater dafür bedanken, dass sie in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit geleistet haben und dies auch jetzt noch tun.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich insbesondere bei den Mitarbeitern, die in den letzten Wochen und Monaten - seitdem klar ist, dass auch auf die Staatstheater Kürzungen zukommen - daran mitgewirkt haben, dass die Kürzungsbeschlüsse so umgesetzt werden können, dass die künstlerische Qualität keinen Schaden nehmen wird.

Beim Staatstheater Hannover haben wir es mit einer ganz besonderen Situation zu tun; das wissen Sie, Frau Bührmann - als jemand, der seit vielen Jahren Kulturpolitik in diesem Land macht -, ganz genau. Wir haben dem Staatstheater für 2003 ein Budget von ungefähr 48 Millionen Euro gewährt. Ausgegeben wurden weit über 50 Millionen Euro. Es entstand ein Fehlbedarf von 3,5 Millionen Euro.

Dieser Fehlbedarf hat zunächst einmal noch nichts mit den Kürzungsbeschlüssen der Landesregierung zu tun. Gleichwohl haben wir ihn über den Nachtragshaushalt ausgeglichen. Anderenfalls, meine Damen und Herren, wäre die Staatstheater *GmbH* - wir haben es hier ja mit einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu tun, d. h. wir haben auch andere rechtliche Voraussetzungen zu beachten - nicht mehr in der Lage gewesen, die Gehälter für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszuzahlen. Auch daraus ergibt sich für mich als dem Aufsichtsratsvorsitzenden eine ganz besondere Pflicht.

Dann haben wir allerdings gesagt, dass in den Jahren 2004 ff. Kürzungen vorgenommen werden müssen. Wie Sie alle wissen, haben wir das Budget auf 46,35 Millionen Euro festgesetzt. Das, meine Damen und Herren - und das hat nichts mit einem Auspielen der Fläche gegen die Stadt zu tun -, ist immer noch mehr als das, was alle übrigen Theater in Niedersachsen - freie Theater, Stadttheater und Staatstheater - zusammen bekommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vor diesem Hintergrund kann uns doch niemand ernsthaft den Vorwurf machen, wir würden die Hauptstadtrolle Hannovers bei diesem Thema nicht genügend beachten. Einen solchen Vorwurf zu erheben, liegt doch nun wirklich neben der Sache.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich weiter darauf hinweisen - auch das gehört zur Wahrheit -, dass die 3,5 Millionen Euro, mit denen wir den Fehlbedarf im laufenden Haushaltsjahr ausgeglichen haben, 50 % mehr sind

als das, was wir den vielen freien Theatern in Niedersachsen zur Verfügung stellen, die mit wenig Mitteln in der Fläche hervorragende Arbeit leisten.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen ehrlich sagen - das habe ich auch in einem persönlichen Gespräch getan -: Ich habe mich - dafür können Sie mich auch kritisieren - in der Frage, wo wir im Kulturbereich kürzen - wir kürzen dort im Vergleich zu anderen Bereichen übrigens unterproportional -, ganz bewusst dafür entschieden habe, zunächst die großen staatlichen Kultureinrichtungen mit Kürzungen zu konfrontieren. Damit wollte ich die vielen kleinen Einrichtungen im Land Niedersachsen, die mit viel ehrenamtlicher Arbeit und wenigen Mitteln exzellente Arbeit leisten, zunächst schützen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich eine weitere Bemerkung machen - das habe ich gestern auch vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatstheater so zum Ausdruck gebracht -: Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatstheater mache ich keine Vorwürfe. Vorwürfe mache ich denjenigen, die in der Vergangenheit - z. B. dadurch, dass sie beim Staatstheater Hannover ständig nachgeschossen haben, wenn es mit seinem Budget nicht klar kam - immer den Eindruck erweckt haben, dass dafür in diesem Land ausreichend Geld vorhanden sei. Meine Damen und Herren, das ist, wie wir alle wissen, nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit anderen Worten, Frau Bührmann: Diejenigen, die dafür die Verantwortung hatten, haben schlichtweg ihre Aufsichtspflicht vernachlässigt.

(Ursula Körtner [CDU]: Richtig!)

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie: Wer ist denn nun nicht in der Lage, sein Amt auszuüben?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Glocke des Präsidenten)

Seit vier Monaten stehe ich fassungslos vor einem bemerkenswerten Tatbestand: Im Staatstheater Hannover gibt es erst seit vier Monaten ein funktionierendes Controlling. Erst seit vier Monaten haben wir dort Kostentransparenz. Was ist denn die letzten 10, 15, 20 Jahre in dem Bereich geschehen? - Offensichtlich gar nichts.

(Ursula Körtner [CDU]: Beschämend!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Minister, Sie müssen zum Schluss kommen.

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Das Ganze ist im Übrigen kein singuläres Problem. Schauen Sie nach Stuttgart, schauen Sie nach Basel, schauen Sie nach Hamburg, schauen Sie nach Berlin! Ich darf einmal - dann komme ich auch zum Schluss - aus der *Berliner Zeitung* zitieren. Sie alle wissen ja, dass unsere ehemalige Kulturabteilungsleiterin dort als Staatssekretärin für Kultur zuständig ist. In der *Berliner Zeitung* vom 26. August diesen Jahres stand:

„Ratlos ging die neue Kulturstaatssekretärin Barbara Kisseler nach zweieinhalb Stunden Sitzung des Kulturausschusses in die Pause. ‚Was war das denn für eine Veranstaltung?‘, hörte man sie leise stöhnen. Die Frau aus Hannover ist erst seit zehn Tagen im Amt. Es war ihre erste parlamentarische Sitzung. Wir wissen nicht, wie Tagungen solcher Gremien in Hannover ablaufen, aber hier konnte sie schon einem Tollhaus beiwohnen.“

Meine Damen und Herren, das ist doch die Realität. Frau Kisseler merkt, was zurzeit in Berlin los ist. Andere merken es in Hamburg, in Stuttgart, in Köln. Wir müssen schlicht und einfach die Situation bewältigen, dass das Geld nicht mehr im Übermaß vorhanden ist und wir für solche Dinge nicht mehr die nötigen Mittel zur Verfügung stellen können, auch wenn ich dies gern tun würde. Ich würde gern mehr Geld für die Erwachsenenbildung, für die Hochschulen und für die Kultur zur Verfügung stellen.

Präsident Jürgen Gansäuer:

Verehrter Herr Minister, die Realität ist, dass Sie die Redezeit erheblich überschritten haben.

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Wir haben das Geld schlicht und einfach nicht. Das ist die Wahrheit. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Wir kommen zu

c) Bund streicht Gemeinschaftsaufgabemittel (West) - Herber Rückschlag für Zukunftsinvestitionen in Niedersachsen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 15/415

Der Kollege Dinkla hat das Wort. Bitte sehr!

Hermann Dinkla (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Wegfall der Gemeinschaftsaufgabemittel (West) ist für uns in Niedersachsen völlig inakzeptabel. Die Wirkung ist katastrophal. Im Ergebnis wird das Fördergefälle massiv erhöht. Je nach Betriebsgröße kann man, wenn man alles zusammenrechnet, von einem Fördervorteil von 40 % bis 60 % für die neuen Bundesländer ausgehen.

(Zuruf von der SPD: Das Geld ist nicht da!)

Rechne ich die steuerfreien Investitionszulagen noch dazu, ist der Fördervorteil noch höher.

In dem Zeitfenster 2004 bis 2007 bedeutet das für die alten Bundesländer neue Mittel von null Euro, während für die neuen Bundesländer ein Ansatz von 700 Millionen Euro als VE vorgehalten wird.

Ich bin der Letzte, der sich aus der Verantwortung für die deutsche Einheit wieder zurückziehen möchte. Ich möchte auch nicht den Konflikt zwischen Ost und West bzw. alten und neuen Bundesländer schüren. Aber ich sage mit Nachdruck: Mit dem jetzigen Eingriff der Bundesregierung wird das Verfassungsgebot der föderativen Gleichbehandlung massiv verletzt.

Es geht auch darum, den regionalen Konsens, der, Herr Plaque, ohnehin nur auf dünnem Eis steht, nicht auch noch durch solche zusätzlichen Maßnahmen massiv zu gefährden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in Richtung EU ist das, was von der Bundesregierung zurzeit auf den Weg

gebracht wird, das völlig falsche Signal, weil es dort als Hinweis dafür aufgenommen werden muss, dass die westdeutschen Flächenländer eigentlich keine Förderung seitens der EU mehr brauchen. Und das angesichts der Tatsache, dass dort zurzeit über die Fortführung der EU-Strukturfonds nach 2006 diskutiert wird! Ich glaube, da hat in Berlin jemand nicht zu Ende gedacht. Ich persönlich sehe das jedenfalls von der Außenwirkung her als schweren politischen Fehler an.

(Beifall bei der CDU)

Nun kann man ja über die Frage der Mischfinanzierungen diskutieren, und dieses Stichwort fällt ja auch gelegentlich. Mittelfristig mag es hier andere Lösungen geben, und für diese Diskussion sind wir von der CDU auch offen. Aber in der jetzigen Phase diese Finanzierung für die westdeutschen Flächenländer und damit auch für Niedersachsen abrupt zu kappen, halte ich für einen fundamentalen Fehler. Wir bleiben dabei, dass wir für eine Korrektur kämpfen müssen. Hoffentlich tun wir dies gemeinsam.

Meine Damen und Herren, ich habe wenig Verständnis dafür, dass die SPD-Fraktion Nebelkerzen in Form von Presseerklärungen wirft, in denen es, Herr Gabriel, u. a. heißt, dass die Landesregierung ihre Schulaufgaben zu machen habe - was die N-Bank und anderen Einrichtungen angehe - und dass es doch völlig nebensächlich sei, ob Unternehmer 10 %, 12 % oder 15 % Investitionszuschüsse bekommen. - Fragen Sie doch bitte die Unternehmen in den betroffenen Regionen!

(Sigmar Gabriel [SPD]: Die haben Eigenkapital!)

Die Lösung, die der Bund jetzt anstrebt, wird im Ergebnis massive Betriebsverlagerungen in die neuen Bundesländer bewirken.

(Beifall bei der CDU)

Wir kennen doch den kleinen Tiefbauunternehmer, der in den letzten Jahren abgezogen ist, oder - aktuelles Beispiel - den Helmhersteller, der jetzt in Magdeburg ansiedelt. Diese Betriebsverlagerungen sind das Ergebnis einer jahrelangen falschen Politik, die von der früheren SPD-Regierung ignoriert bzw., wenn Sie so wollen, akzeptiert worden ist. Ich meine, darüber muss man auch mal nachdenken.

(Zuruf von Thomas Oppermann [SPD])

Der frühere Ministerpräsident hat doch an den Kamingesprächen teilgenommen, Herr Oppermann. Er hat doch zugestimmt, auch dem letzten Solidarpakt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ach, Sie sind gegen den Solidarpakt?)

Bereits bei dem Paket hätten auch die Projekte und Probleme der westdeutschen Flächenländer mit eingebracht werden müssen. Das ist damals vergessen bzw. bewusst politisch ausgeblendet worden und wirkt jetzt negativ nach.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Haben Sie das Herrn Stoiber auch schon mal gesagt?)

Insbesondere im früheren Zonenrandgebiet hat es über Jahre hinweg irreparable Verwerfungen gegeben, die jetzt nach und nach wirken. Wer in Helmstedt und in all den anderen Bereichen hinter die Fassaden des Mittelstandes schaut, stellt fest, dass dort Verwerfungen entstanden sind, die nicht mehr zu reparieren sind. Das ist das Ergebnis einer Politik, die im Ergebnis Niedersachsen benachteiligt hat.

Meine Damen und Herren, in der Presseerklärung der SPD finden sich weitere Erklärungen. Dort steht, Herr Gabriel: Wir dürfen in Zukunft nur noch dort fördern, wo die Arbeitslosigkeit am höchsten ist, egal ob das links oder rechts der ehemaligen Zonengrenze liegt. - Wie wahr! Dafür hätten Sie sich jahrelang einsetzen können, meine Damen und Herren. Das haben Sie aber nicht getan.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das haben wir getan! Das ist an der CDU gescheitert! Fragen Sie mal Herrn Stoiber!)

Die Entscheidung über die Streichung der GA-Mittel reiht sich ein in eine schier endlose Kette rot-grüner Fehlentscheidungen in Berlin: Lkw-Maut, Dosenpfand, verkorkste Steuerreform und vieles mehr. Für uns in Niedersachsen ist das ein weiterer Tiefschlag. Er verhindert Zukunftsinvestitionen, bewirkt Betriebsverlagerungen, die wir wirklich nicht vertragen können, und gefährdet Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, nicht wenige im Lande sehen im Bundeskabinett eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahme für zurückgetretene und abgewählte Ministerpräsidenten der SPD. Wer wundert sich dann noch über die Ergebnisse? Ich kann auch nicht verstehen, Herr Gabriel, dass Sie unbedingt noch dorthin wollen.

(Beifall bei der CDU - Sigmar Gabriel [SPD]: Da haben Sie Recht!)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Herr Kollege Hagenah, bitte schön!

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir wollen gerne - so wie wohl alle Fraktionen hier im Hause - alles dafür tun, dass die Androhung, die GA-Mittel zu kürzen, zurückgenommen wird. Bei dem Verhalten dieser Landesregierung gehen uns allerdings die Argumente gegenüber unseren rot-grünen Freunden in Berlin aus.

(Bernd Althusmann [CDU]: Freunde? Parteiliebe! - Hermann Eppers [CDU]: Freunde machen so etwas nicht!)

Wer in den sechs Monaten, in denen CDU und FDP hier im Land regieren, wirklich jede Gelegenheit genutzt hat, um die Finanzprobleme des Bundes und der Länder zu erhöhen, darf sich nicht wundern, dass die Auswirkungen letztendlich auf Niedersachsen zurückfallen. Diese Landesregierung trägt mit Schuld an der Kürzung der GA-Mittel, weil sie es durch ihre ablehnende Haltung im Bundesrat z. B. gegenüber dem Steuervergünstigungsabbaugesetz

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

oder gegenüber dem Subventionsabbau, der notwendig ist, um die Steuerreform 2004 zu finanzieren, dem Bund unmöglich macht, die GAFörderung in der bisherigen Höhe weiter zu finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann Eppers [CDU]: Mäßiger Beifall!)

Die Landesregierung agiert als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung. Insofern sind uns

gegenüber Berlin die Argumente für einen vernünftigen Ausgleich der Interessen des Landes Niedersachsen ausgegangen.

Kehren Sie in Ihrer Politik endlich um, und arbeiten Sie konstruktiv mit dem Bund zusammen. Bringen Sie die Haushalte in Bund und Ländern gemeinsam in Ordnung, anstatt mit Ihrer Blockadehaltung im Bundesrat ständig dazu beizutragen, dass der Bund gar nicht anders kann,

(Zurufe bei der CDU)

als an allen möglichen Stellen zu kürzen, um überhaupt noch verfassungsgemäße Haushalte hinzubekommen.

Sie können nicht auf der einen Seite mit Ihrer Blockademehrheit im Bundesrat den Sack zuhalten und auf der anderen Seite „Haltet den Dieb!“ schreien und beklagen, dass der Bund die Mittel kürzt. Das glaubt Ihnen in der Öffentlichkeit auch niemand mehr. Denken Sie immer daran: Wenn man mit einem Finger auf jemanden zeigt und sagt „Der hat die Schuld“, dann zeigen drei Finger auf einen selber. Das ist auch bei dieser Landesregierung bzw. bei Minister Hirche in Sachen Streichung der GA-Mittel der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt auch im Lande selbst schon über Jahre Probleme, was den Nachweis der sinnvollen Verwendung der GA-Mittel angeht. Das hat nicht nur der Landesrechnungshof dem Land, sondern das hat auch der Bundesrechnungshof dem Bund aufgegeben. Insofern müssen Sie, Herr Minister Hirche, ihre Hausaufgaben machen und eine transparente Förderung nachweisen, damit uns in Berlin nicht die Argumente ausgehen, wenn es darum geht, die GA-Förderung, zumindest solange es die EU noch zulässt, in einem angemessenen Umfang wieder für Niedersachsen anlaufen zu lassen.

Wir werden uns dafür einsetzen. Den wesentlichen Beitrag dazu müssen allerdings die Damen und Herren auf der Regierungsbank leisten, denn ohne ihre Unterstützung im Bundesrat wird im Bund einfach nicht ausreichend Geld dafür da sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Jürgen Gansäuer:

Danke sehr. - Herr Kollege Oppermann, bitte schön!

Thomas Oppermann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal zum Sachverhalt, Herr Dinkla. Sie haben gesagt, die GA-Förderung werde auf null gestellt. Das trifft nicht zu. Alle Verpflichtungsermächtigungen bleiben erhalten. Es fließen - das hat auch Herr Hirche in seinem Schreiben an den Kanzler dargelegt - im Jahre 2004 weiterhin 40 Millionen Euro, im Jahre 2005 21,5 Millionen Euro und im Jahre 2006 13 Millionen Euro. Das heißt, die GA (West) wird abgebremst. Alle eingegangenen Verpflichtungen werden erfüllt.

(Hermann Dinkla [CDU]: Die sind aber bereits belegt!)

Sie konnten ohnehin nicht davon ausgehen, dass die GA über 2006 hinaus gezahlt wird; denn Sie haben ja noch vor einem Jahr in diesem Parlament argumentiert, die Landesregierung bereite sich nicht hinreichend auf das Auslaufen der Bundes- und europäischen Wirtschaftsförderung vor.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Hört, hört!)

Bleiben Sie also bitte bei den Fakten!

Dass jetzt insgesamt 40 Millionen Euro weniger Wirtschaftsförderung vorhanden sind, weckt natürlich Ihren Kampfgeist. Aber vielleicht ist es auch nur Opportunismus nach dem Motto: „Wo wir selber sparen, da erwarten wir bei den Betroffenen Verständnis, aber da, wo andere, die auch kein Geld haben, sparen, da protestieren wir.“ - Ich finde, das ist keine glaubwürdige Politik. Damit kommen Sie auch nicht durch.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob Sie heute Morgen die Zeitung gelesen haben. In der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* wurde über eine OECD-Studie berichtet. Die Überschrift dieses Artikels lautete aber nicht: „Subventionsabbau bremst Wirtschaftswachstum in Deutschland“, sondern da stand: „Bildungsabbau bremst Wachstum in Deutschland.“

(David McAllister [CDU]: Das haben Sie 13 Jahre hier gemacht!)

Die beiden Kernaussagen dieses Artikels waren: Erstens. In Deutschland wachsen die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung im OECD-Vergleich zu langsam. Zweitens. Wir haben zu wenig Hochschulabsolventen. - Herr Ministerpräsident, wir haben in Deutschland also nicht zu viel Wirt-

schaftssubventionen, sondern wir haben zu wenig Zukunftsinvestitionen. Sie kritisieren die Streichung der 40 Millionen Euro Wirtschaftssubventionen beim Bund, streichen aber gleichzeitig unseren Hochschulen 40 Millionen Euro aus dem Etat.

(Beifall bei der SPD - Rebecca Harms [GRÜNE]: Genau genommen 60 Millionen Euro!)

Sie jammern über Wettbewerbsverzerrungen im Verhältnis zu den fünf neuen Ländern, aber unsere Hochschulen sollen mit 40 Millionen Euro weniger gegenüber den Hochschulen in Bayern und Baden-Württemberg wettbewerbsfähig bleiben. Ich halte das alles für sehr doppelzünftig. Das, meine Damen und Herren, ist rückwärts gewandte Politik.

Herr Hirche, Sie müssen Ihre Hausaufgaben machen. Wenn uns die 40 Millionen Euro, die vom Bund kommen, fehlen, dann könnten wir mit der Innovations- und Förderbank mühelos mehrere hundert Millionen Euro Beteiligungskapital aktivieren. Aber wo ist die Innovations- und Förderbank? Sie sind jetzt sechs Monate im Amt und basteln daran herum, aber die Wirtschaft wartet immer noch auf das Ergebnis. Wo ist sie?

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um die GA-Förderung geht, dann bitte ich Sie: Das sind doch zum Teil Subventionen mit der Gießkanne. - Wo haben denn Regionen, in denen Unternehmen - theoretisch - mit zwischen 7,5 und 28 % gefördert worden sind, jemals eine erfolgreiche Aufholjagd vollzogen? Nennen Sie uns doch einmal ein Beispiel! - Das sind Subventionen, die nicht regionale Wachstumskerne fördern, so wie wir es eigentlich mit unseren regionalen Wachstumsprojekten praktizieren. Vielleicht ist es deshalb auch sinnvoller, wenn Sie die 40 Millionen Euro Landesmittel, die Sie freibekommen, wenn die GA-Förderung ausgelaufen ist, demnächst für regionale Wachstumsprojekte einsetzen, damit wirklich die schwachen Regionen zielgerichtet gefördert werden und nicht alle Unternehmen in allen Förderregionen bei Erweiterungsinvestitionen den gleichen Fördersatz bekommen.

(Hermann Eppers [CDU]: Eine völlige Neuorientierung der SPD zur GA-Förderung!)

Herr Hirche, Sie sind doch der Apostel des Subventionsabbaus. Nur, wenn die Subventionen in

Ihrem Bereich gestrichen werden, dann fordern Sie das nicht, sondern dann kritisieren Sie das.

(Hermann Eppers [CDU]: Die sind doch nach Arbeitsmarktsituation differenziert!)

Diese Wirtschaftsförderung schafft kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in Deutschland. Wo sind denn Ihre wirtschaftspolitischen Grundsätze? Darauf bin ich wirklich gespannt.

Es bleibt ein Problem. Das Problem ist das Fördergefälle. Dieses Problem hat übrigens auch Bundeskanzler Kohl miterzeugt, der nach der Wende noch acht Jahre, bis 1998, im Amt war. Herr Dinkla, wenn Sie darüber so einfach hinweggehen, dann ist Ihr Gedächtnis reichlich kurz. Damals ist in dem Bereich nichts passiert. In Ost und West ist immer mit sehr unterschiedlichen Präferenzen gefördert worden. Dieses Problem - insoweit gebe ich Ihnen Recht, Herr Wirtschaftsminister - müssen wir lösen. Es kann nicht sein, dass im Osten eine hohe Förderung gewährt wird und wir nur Betriebsverlagerungen erleben, die mit Wachstum überhaupt nichts zu tun haben. Wir setzen uns dafür ein, dass das bei der Neugestaltung der Wirtschaftsförderung auch auf Bundesebene gesehen und berücksichtigt wird.

(Vizepräsident Ulrich Biel übernimmt den Vorsitz)

Vielleicht erreichen wir, dass ein Förderkorridor festgelegt wird, und vielleicht bekommen wir Instrumentarien - die wir im Übrigen zum Teil schon haben, denn im grenznahen Bereich kann im Osten mit GA-Mitteln nichts gefördert werden, wenn der benachbarte Landkreis in Verbindung mit dem Wirtschaftsminister widerspricht. Sie können einmal sagen, wie oft Sie das bei Verlagerungsinvestitionen entlang der Grenze schon gemacht haben.

Wir setzen uns für eine zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung ein und werden Ihnen ein Konzept für regionale Wachstumskerne vorlegen. Die Wirtschaftsförderung des Landes muss künftig dort stattfinden, wo das Wachstumspotenzial vorhanden ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Minister Hirche, Sie haben das Wort.

Walter Hirche, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, am Schluss der Debatte feststellen zu können, dass die SPD Niedersachsen nach einigen Irrungen und Wirrungen offenbar bereit ist, die Landesregierung darin zu unterstützen, den kompletten Wegfall der GA-Mittel zu verhindern. Das ist das Fazit, das ich der Rede von Herrn Oppermann entnommen habe. Das empfinde ich schon einmal als eine gute Position.

Ich habe, als diese Nachricht aus Berlin kam, die Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen angeschrieben und darum gebeten, dass zum 1. Januar nicht von hundert auf null gekürzt wird.

Wir haben heute schon einmal diskutiert, und wir werden sicherlich auch weiterhin diskutieren müssen, wie Institutionen und insofern auch ein Bundesland im Verhältnis zum Bund damit umgeht, wenn Mittel, die man eingeplant hat, plötzlich auf null zurückgeführt werden.

Meine Damen und Herren, es geht doch überhaupt nicht darum - darin sind wir uns einig -, dass nicht auch diese Subventionen schrittweise abgebaut werden könnten. Schließlich sah das europäische Recht bereits vor, dass uns diese Mittel nach 2006 nicht mehr zur Verfügung stehen. Bis dahin aber sollten sie uns schon noch zur Verfügung stehen, damit wir bestimmte Dinge aussteuern können.

Herr Oppermann, über einige Bemerkungen in Ihrem kurzen Wortbeitrag war ich schon etwas irritiert. Sie fragten, wo jemals eine Region mit Zuschüssen eine Aufholjagd gewonnen hat. - Ich sage: Bayern, wenn auch unter anderen Verhältnissen. Im Übrigen möchte ich Sie bitten, einmal mit Ihren ostfriesischen Freunden darüber zu reden, warum sie jahrelang um Zuschüsse gebeten haben, die Ihre und frühere Regierungen auch zugesagt haben, um vor Ort Entwicklung zu betreiben. Wir werden allerdings sicherlich gemeinsam einräumen, dass die Förderung manchmal zu sehr in Richtung einzelbetrieblicher Förderung und zu wenig in Richtung Infrastrukturförderung ging.

Aber das, was nach Meinung der Bundesregierung passieren soll, ist für das Land Niedersachsen etwas Unerträgliches und extrem Schädliches, insbesondere wenn ich an unsere Ostgrenze denke. Dort liegt der Förderunterschied schon heute bei 40 % und soll auf knapp 70 % steigen. Im Kreis Lüchow-Dannenberg, im Kreis Gifhorn oder auch im

Kreis Osterode soll die Förderung auf null zurückgeführt werden, während sie 10 km weiter mehr als 70 % beträgt, bestehend aus 25 % steuerfreier Investitionszulage, die oft vergessen wird, und bis zu 43 % übriger Förderung. - Meine Damen und Herren, das ist schlicht und einfach inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir haben im Westen zehn Arbeitsmarktregionen, die schlechter sind als die zehn besten Arbeitsmarktregionen im Osten. Ich finde - und ich meine, dass ich nach meiner Arbeit in Brandenburg, wo wir am Ende die geringste Arbeitslosigkeit aller ostdeutschen Bundesländer hatten, wirklich etwas dazu sagen kann -, dass nach der deutschen Einheit allmählich einheitliche Kriterien gelten sollten. Ein Kriterium sollte die Arbeitslosigkeit sein, eines die Strukturschwäche, und darüber hinaus sollte es noch andere Kriterien geben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Sigmar Gabriel [SPD]: Aber das ist z. B. in Bayern gescheitert!)

Wir wollen uns doch hier nicht immer über Bande unterhalten - ich stimme Ihnen ja zu, dass das in Berlin, Bayern oder wo auch immer so ist -, sondern wir sollten uns in Niedersachsen endlich auf eine gemeinsame Linie verständigen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Darauf können wir uns verständigen!)

Natürlich würde die Kürzung der GA-Mittel enormen Schaden anrichten. Man muss diese Kürzung vor allem einmal unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachten. Was hat denn die deutsche Volkswirtschaft gewonnen, wenn ein Arbeitsplatz von einem Ort zum anderen verlagert wird? Damit ist in der Arbeitslosen- oder der Wirtschaftsentwicklungsstatistik kein Quäntchen gewonnen, sondern sind lediglich Steuermittel umverteilt worden. Das ist das Problem, meine Damen und Herren.

Mein Vorschlag an die Bundesregierung ist ganz einfach: Auch sie muss ihren Einsparbetrag erbringen, und zwar auch im Zusammenhang mit der GA. Aber insoweit empfiehlt sich, die GA-Mittel in Ost und West gleichmäßig zu kürzen. Damit bleibt für die ostdeutschen Länder immer noch die steuerfreie Investitionszulage unberührt. Damit hätte sich die Situation geändert, und Niedersachsen könnte damit leben.

Ich sehe allerdings einen grundsätzlichen Unterschied zu Ihren Ausführungen, Herr Oppermann. Sie erwecken immer noch den Eindruck, als könnte man die Finanzen des Staates über höhere Einnahmen sanieren. Ich hingegen sage, die Finanzen können nur über eine Verringerung der Ausgaben saniert werden. Wichtig ist, dass draußen die Wirtschaft wieder läuft. Dort werden Arbeitsplätze bereitgestellt. Wenn dort mehr Arbeitsplätze sind, steigen automatisch die Steuereinnahmen. In Deutschland muss Priorität sein, dass wir auf diese Weise Arbeitsplätze schaffen und dass wir sie nicht künstlich beim Staat erhalten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Zu Wort gemeldet hat sich noch einmal der Abgeordnete Dinkla. Sie haben das Wort.

Hermann Dinkla (CDU):

Herr Präsident! Herr Kollege Oppermann, ich lege schon großen Wert darauf, dass die Zahlen, die Sie hier darstellen, stimmen. Sie haben vorhin den Eindruck erwecken wollen, als stelle der Bund Mittel für den Bereich zur Verfügung, die auch noch verplant werden können. Ich sage Ihnen: Das ist falsch.

(Thomas Oppermann [SPD]: Die werden aber ausgezahlt!)

- Sie werden ausgezahlt, aber die Mittel, die jetzt noch eingeplant sind, sind bereits gebunden.

(Thomas Oppermann [SPD]: Die habt ihr schon verplant!)

Das sind Barmittel, die zur Abwicklung bereits eingegangener Verpflichtungen benötigt werden.

(Thomas Oppermann [SPD]: Die kommen trotzdem! - Sigmar Gabriel [SPD]: Gott sei Dank!)

Ich bleibe dabei: Der Spielraum für neue Zusagen ist null.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Sie sollen ja auch nicht spielen!)

Von der Zahl muss man ausgehen und nicht von dem, was im Moment für alte Verpflichtungen ausgezahlt wird.

(Thomas Oppermann [SPD]: Das kostet aber trotzdem Geld!)

Herr Oppermann, Sie haben die Frage der neu zu schaffenden Arbeitsplätze noch einmal angesprochen. Es ist doch Realität, dass in den letzten Jahren - ich will das gar nicht auf ein Jahr festmachen, das war durchaus auch in den Jahren vor 1998 so, wenn Sie es gern hören wollen - Entwicklungen eingetreten sind, die eindeutig zulasten bestimmter Bereiche in Niedersachsen gingen. Das ist für uns doch auf Dauer inakzeptabel.

Ich sage noch einmal: Wir als Niedersachsen müssen jetzt, 13 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung, einmal unser Grundgesetz in Erinnerung rufen. Das Verfassungsgebot der föderativen Gleichbehandlung muss umgesetzt werden. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Sie sind doch sonst dagegen!)

Wenn Sie, Herr Oppermann, vorhin - so habe ich Sie übrigens verstanden -, wenn auch leicht verkleidet und kaschiert, den Eindruck erwecken wollten, dass Sie irgendwo unsere Linie doch zumindest teilweise mittragen,

(Thomas Oppermann [SPD]: Ich bin überzeugter Marktwirtschaftler!)

dann sollten wir den Ansatz auch weiter verfolgen. Ich erwarte jedenfalls von der SPD, dass sie sich auch in Berlin für eine Lösung einsetzt, wie sie eben vom Minister hier angesprochen worden ist. Wenn durch Veränderungen Sparzwänge entstehen, dann führt kein Weg daran vorbei, nicht nur in den westdeutschen Ländern zu sparen, sondern bitte schön auch anteilig in den neuen Bundesländern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, es gibt keine weiteren Wortmeldungen zu Punkt 1 c.

Ich rufe nun auf

d) **Gemeindefinanzen** - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 15/416

Herr Rösler, Sie haben das Wort.

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich hier nur über die schlechte kommunale Finanzausstattung klagen würde, könnte ich wahrscheinlich die rot-grüne Bundesregierung und die rot-grünen Parteien hier im Lande Niedersachsen nicht wirklich bewegen. Aber es ist ja nicht so, dass ich an dieser Stelle und auch mit dieser Behauptung alleine stehe. Gestern haben bundesweit diverse Bürgermeister in ihren Rathäusern Protestaktionen durchgeführt, von Beflaggungen bis hin zu Protesten vor Bundestag und Bundesrat. Mehr noch, am 24. September werden mehr als 1 000 Mitglieder des Städtetages in Berlin erwartet, die alle gemeinsam gegen die rot-grüne Bundesregierung demonstrieren wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, wir sind an dieser Stelle nicht allein, sondern parteiübergreifend, über alle Parteigrenzen hinweg, ist eines klar: Die jetzige rot-grüne Bundesregierung lässt die Kommunen finanziell im Stich und die Menschen, die vor Ort Verantwortung tragen, schlichtweg allein.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie kommen ja nicht einmal auf die Idee, vernünftige Konzepte zu entwickeln. All das, was in Ihrer Gemeindefinanzreformkommission entwickelt wurde, ist selbst von Ihrer eigenen Bundestagsfraktion vor kurzem in der Luft zerrissen worden. Von Ihrer Substanzsteuer, also einer Steuer auf Mieten, Pachten und Leasingraten, ist nichts übrig geblieben als die zusätzliche Besteuerung von Freiberuflern. Das nennen Sie dann so schön „Revitalisierung der Gewerbesteuer“. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass wir keine Revitalisierung der Gewerbesteuer brauchen, sondern dass wir im Gegenteil diese Steuer abschaffen müssen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir sind der Meinung: Sie ist längst nicht mehr zeitgemäß. Die Kommunen klagen darüber, dass sie nicht vernünftig planen können. Die Gewerbesteuer ist konjunkturabhängig und darüber hinaus auch noch prozyklisch und kann damit keine verlässliche Basis für solide und gesunde Gemeindefinanzen sein.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Rösler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Meinhold?

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Nein, vielen Dank. - Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann ich Sie nur auffordern, in Ihr Konzept und in Ihre Prüfung vielleicht auch einmal das von führenden Wirtschaftsforschungsinstituten entwickelte Modell, das so genannte Zwei-Säulen-Modell, mit einzubeziehen, das besagt, dass wir, erstens, die Gewerbesteuer abschaffen müssen,

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Dafür demonstrieren die Kommunen aber nicht!)

um sie, zweitens, durch dieses Zwei-Säulen-Modell zu ersetzen. Das bedeutet, Frau Harms, in der ersten Säule einen höheren Umsatzsteueranteil für die Kommunen. Dann haben Sie genau das, was Sie jetzt schon wollen, nämlich Planbarkeit, Verlässlichkeit und eine solide Basis für die Gemeindefinanzen.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Dagegen würden aber mehr als 1 000 protestieren!)

In der zweiten Säule soll die jetzige Gewerbesteuer ersetzt werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch Herr Hagenah, durch ein eigenes Hebesatzrecht für unsere Kommunen.

Ich glaube, das wäre sinnvoll. Jede Kommune könnte dann ihren Steueranteil selber festlegen. Das führt zu mehr Wettbewerb. Da dieser Steueranteil auf der Lohnsteuerkarte mit ausgedruckt werden soll, führt das im Übrigen auch zu mehr Interesse an Kommunalpolitik, weil immer dann, wenn Rot-Grün vor Ort regiert, diese Steuern besonders hoch sind und man ein besonderes Interesse hat, sich auch kommunalpolitisch zu engagieren. Das ist unsere Forderung an dieser Stelle.

Ich bitte Sie ganz offen: Prüfen Sie es doch einfach ganz neutral. Lassen Sie die Argumente auf sich wirken. Hat dieses System Bestand, ja oder nein? Bisher haben Sie sich noch nicht einmal getraut, diesen Vorschlag in Ihre Gemeindefinanzreformkommission aufzunehmen.

Ich bin sehr froh, dass die neue CDU/FDP-Landesregierung den Mut gehabt hat, bevor Sie es

geprüft haben, trotz eigener finanzieller Belastung zu sagen: Wenn die Bundesregierung nicht in die Puschen kommt, lassen wir unsere Kommunen nicht im Regen stehen. Sie wird im Bundesrat einen Antrag einbringen, die Gewerbesteuerumlage auf 20 Prozentpunkte zu senken. Das schafft Erleichterung für die Kommunen. Hier zeigt sich sehr deutlich, wer in unserem Lande tatsächlich für die Kommunen steht und wer nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das kann aber nur der erste Schritt sein. Es gibt viele Gesetze auf Bundesebene - ich erwarte von der Landesregierung, dass sie sich auch im Bundesrat engagiert -, die allesamt unsere Kommunen belasten. Das alles sind Ihre tollen Wohltaten wie Grundsicherung und Unterhaltsvorschussgesetz, um hier nur einige zu nennen. Bei Jugendhilfe sind selbst Ihre eigenen Parteifreunde inzwischen der Meinung: Das war doch ein bisschen zu viel des Guten.

Ich kann Sie nur auffordern: Nehmen Sie Gemeindefinanzreform ernst. Prüfen Sie alle Modelle ganz objektiv. Dann werden Sie zu dem Schluss kommen, dass wir viele Gesetze, die Sie im Rahmen der Verteilung von Wohltaten hier entwickelt haben, endlich abschaffen müssen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Rebecca Harms [GRÜNE]: So spricht ein Doppelpverdiener!)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Als Nächster hat sich der Minister für Finanzen zu Wort gemeldet. Herr Möllring, Sie haben das Wort.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Jetzt kommt Frau Roth!)

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Nein, jetzt kommt: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Schmalstieg wird heute in der Zeitung zitiert, dieses Gesetz, das die Bundesregierung vorgelegt hat, sei Murks. Ich weiß nicht, ob das ein parlamentarischer Ausdruck ist,

(Heidrun Merk [SPD]: Er ist ja auch nicht mehr im Parlament!)

aber besser kann man es eigentlich nicht auf den Punkt bringen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei dem vorgelegten Gesetzentwurf handelt es sich nicht um die Revitalisierung der Gewerbesteuer, sondern um ein Kreislaufsystem. Wir sollen bei den Selbständigen eine Steuer erheben, die Bund und Länder ihnen wieder erstatten,

(Dieter Möhrmann [SPD]: Was sie jetzt schon machen!)

und dafür sollen sich Bund und Länder bei der Gemeinde die Gewerbesteuerumlage holen. Das heißt, wir drehen ein Geldkarussell, ohne dass bei dem Gesamtgebilde Staat, also bei Kommunen, Land und Bund, auch nur ein Cent mehr bleibt.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Hebesatz aber 380!)

Die Folge ist ein ausgesprochen kompliziertes Gesetz, das wir als Länder administrieren müssen. Das heißt, wir müssten 75 000 Gewerbesteuerbescheide neu erstellen und die Gewerbesteuer 75 000 mal bei der Einkommensteuer anrechnen. Wir hätten dadurch 150 000 weitere Vorgänge und damit 150 000 weitere Fehlerquellen bei unseren Finanzämtern. Das ist doch kontraproduktiv.

(Zuruf von der CDU: Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Steuerberater!)

Deshalb schlagen wir vor, erstens, die Gewerbesteuer abzuschaffen,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

und, zweitens, den Kommunen einen erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer zu geben. Dafür haben wir bereits eine Mehrheit im Bundestag, denn die Grünen haben während des bayerischen Wahlkampfes für die Bundesebene beschlossen, die Kommunen müssten einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer bekommen, und wir schlagen vor, den Kommunen einen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu geben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Über die notwendigen komplizierten Rechenvorgänge muss natürlich langfristig diskutiert werden, nicht nur in einer Sitzung des Vermittlungsausschusses zwischen dem 24. und 30. November. Mir als Finanzminister wäre natürlich ein eigenes Heberecht der Kommunen am liebsten. Aber wir müssen im Rahmen der Beratungen über ein ausgesprochen kompliziertes Zerlegungsmodell diskutieren, in dem es auch um die Zuständigkeit der Wohnsitzgemeinde oder der Betriebsgemeinde geht.

(Thomas Oppermann [SPD]: Also noch mehr Bürokratie! Noch mehr Finanzbeamte! - Enno Hagenah [GRÜNE]: Das ist kein guter Vorschlag!)

Für diese Diskussionen muss man sich ein bisschen Zeit nehmen, denn man kann ein solches Steuergesetz nicht aus der Hüfte machen. Um die Gemeinden abzusichern, müssen wir die Verfassung entsprechend ändern, denn die Gemeinden glauben weder Bundes- noch Landespolitiken, dass das auf Dauer so bleibt.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Die waren auch gegen den Arbeitgebervorschlag!)

Die verfassungsändernde Mehrheit haben wir. Rot-Grün hat nun einmal die Mehrheit im Bundestag, CDU und FDP haben die Mehrheit im Bundesrat, und durch beide Instanzen muss ein solches Gesetz. Wenn wir uns dann über vier Parteien hinweg einig sind, dann können wir das auch in die Verfassung hineinschreiben. Dazu brauchen wir aber Zeit. Deshalb hat die Niedersächsische Landesregierung gemeinsam mit Bayern ein Sofortprogramm für die Kommunen beantragt mit dem Ziel, den Umsatzsteueranteil von 2,2 % auf 3 % zu erhöhen und die Gewerbesteuerumlage zurückzunehmen. Ich hoffe, dass dieses vernünftige Anliegen auch von den SPD-Kollegen mitgetragen wird. Das Gesetz ist durch den Bundesrat durch und befindet sich jetzt im Bundestag. Morgen legt die SPD einen Antrag auf Reduzierung der Gewerbesteuerumlage vor. Sie können auf Bundesebene ja zustimmen. Auf diese Weise werden wir den Gemeinden kurzfristig helfen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Als Nächster hat sich Herr Wenzel zu Wort gemeldet. Herr Wenzel, Sie haben das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Möllring, es gibt auch in Ihrer Partei eine Reihe von Kollegen, die sich mit dem Bereich der Kommunal финанzen intensiv befassen und auf diesem Gebiet als Experten gelten. Ihre Kollegin Petra Roth aus Frankfurt vertritt eindeutig das Kommunalmodell und sagt ganz deutlich: Wir müssen das Leistungsfähigkeitsprinzip stärken, und wir müssen dieses Prinzip auch in dem Sinne ernst nehmen, dass wir in Deutschland auch die Unternehmen an der Finanzierung des Gemeinwesens, an der Finanzierung unserer Kommunen beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Modelle, die Sie hier vorschlagen - höhere Umsatzsteuer, Hebesatz auf Einkommensteuer -, zielen einzig und allein

(Dr. Philipp Rösler [FDP]: Körperschaftsteuer!)

- Sie haben eben aber Einkommensteuer gesagt - auf die Einkommen der abhängig Beschäftigten ab. Die Unternehmen werden in diesem Umverteilungsspiel auf jeden Fall entlastet. Das verstehe ich aber nicht unter Leistungsfähigkeitsprinzip, Herr Rösler. Sie sind doch sonst immer für Leistung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Ihren Vorträgen halten Sie dieses Prinzip doch immer sehr hoch. Deshalb halten wir es für notwendig, dass die Steuergestaltung für Konzerne eingeschränkt wird und die Gemeinden vor Ort mehr Planungssicherheit gewinnen. Deshalb ist es auch richtig, gewinnunabhängige Elemente zu integrieren und auch die Freiberufler einzubeziehen. Das ist einfach ein Akt der Gerechtigkeit.

(Dr. Harald Noack [CDU]: Das bringt doch aber nichts! Die kriegen das doch erstattet!)

- Ja, Moment! Ich komme noch darauf zu sprechen, Herr Dr. Noack, weil sich hier auch Herr Möllring so intensiv mit dem Gesetzentwurf der

Bundesregierung auseinandergesetzt hat. Vor drei Wochen schon ist doch durch die Gazetten gegangen, dass dieser Gesetzentwurf im Bundestag keine Mehrheit findet. Die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben sich im Bundestag darauf verständigt, den Gesetzentwurf im Hinblick auf das Kommunalmodell und auch im Hinblick auf das, was auch Ihre Kollegin Petra Roth in Frankfurt möchte, noch einmal zu überarbeiten. Letztlich ist es der Bundestag, der einen Gesetzentwurf auf den Weg in den Bundesrat bringen muss. Ganz entscheidend ist dann, was dort passiert. Dann sind Sie wieder gefragt. Es reicht dann nicht, nur "nein, wir wollen das nicht" zu sagen, sondern wir müssen dann nach Lösungen suchen, die am Ende auch eine Mehrheit finden.

Herr Rösler, ich habe gerade einmal nachgesehen. Ihrer Fraktion gehören neun Abgeordnete an, die seit maximal zweieinhalb Jahren über kommunalpolitische Erfahrungen verfügen. Sechs von Ihnen haben überhaupt keine kommunalpolitischen Erfahrungen. Ich möchte Sie bitten: Setzen Sie sich noch einmal intensiv mit dem Kommunalmodell und mit der Frage auseinander, weshalb diejenigen, die seit Jahren oder Jahrzehnten Kommunalpolitik betreiben, sagen, dass das wichtig sei und dass wir ein Bindeglied zwischen der regionalen Wirtschaft und den Kommunen bräuchten. Das muss letztendlich doch auch in Ihrem Interesse liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Rösler, in einem anderen Zusammenhang haben wir gesagt: Die FDP feilt wieder einmal an dem Profil der Partei für den besser verdienenden Mann. Wenn ich mir anhöre, was Sie hier vorgetragen haben, fühle ich mich wieder einmal sehr daran erinnert. Ihnen geht es in erster Linie offensichtlich darum, das Thema Freiberufler aus der Diskussion herauszuhalten, wobei die durch den Gesetzentwurf aber gar nicht zusätzlich belastet würden.

Ich bitte Sie deshalb ganz ernsthaft: Lassen Sie es nicht auf eine Blockade im Bundesrat ankommen. Suchen Sie auch nach Kompromissen. Sie tragen an dieser Stelle viel Verantwortung. Wir alle gemeinsam müssen hier eine Menge Verantwortung tragen, damit wir es endlich schaffen, diese Diskussion zu einem Ergebnis zu führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat der Kollege Rolfes das Wort. Herr Kollege Rolfes, ich erteile es Ihnen.

Heinz Rolfes (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich die Entwicklung der Kommunal Finanzen in den letzten Jahren vor Augen führt, dann stellt man fest, dass das Gewerbesteueraufkommen vom Jahr 2000 an so dramatisch gesunken ist, dass die Kommunen jetzt kaum noch handlungsfähig sind. Das ist die Ausgangslage, vor der wir stehen. Deshalb ist es auch notwendig, die Kommunen so schnell wie möglich zu entlasten. Bis zu 70 % aller öffentlichen Investitionen werden durch die Kommunen ausgelöst.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir die Kommunen in die Pleite führen, ist das der beste und sicherste Weg, auch den Mittelstand und das Handwerk in die Pleite zu führen. Das aber darf auf keinen Fall passieren.

(Beifall bei der CDU)

Welche Entwicklung haben denn die Kommunal Finanzen in der Politik genommen? - Im Jahr 1998 hat die Koalition in Berlin vereinbart, eine Kommunalfinanzreformkommission einzusetzen. Drei Jahre hat es gedauert, bis sie eingerichtet worden ist. Danach hat es fast wieder ein Jahr gedauert, bis sie endlich getagt hat. Sie hat über sieben Modelle diskutiert und zwei Modelle gerechnet. Und was hat Eichel letztendlich gemacht? - Er hat als Gesetzentwurf ein Modell vorgeschlagen, das weder in der Kommission diskutiert noch gerechnet worden ist.

Zwischendurch sind alle Ministerpräsidenten aufgefordert worden, die Vernunft des Runden Tisches zu pflegen. Ja, mit wem sollen die denn etwas besprechen? - Etwa mit einem Finanzminister, der einen Gesetzentwurf eingebracht hat, den die eigene Fraktion im Bundestag nicht mitträgt?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die eigene Fraktion im Deutschen Bundestag hat eine Kommission eingerichtet, die ihrerseits Vorschläge unterbreiten will. Wenn man nicht mehr weiter weiß, bildet man 'nen Arbeitskreis - das ist das Motto dieser Regierung in Berlin.

Wohin sind wir nun gekommen? - Wir haben September 2003. Welches ist denn die Perspektive für die Kommunen? - Die Kommunen stellen jetzt allesamt ihre Haushalte auf, wissen aber nicht, wie sich die Gemeindefinanzreform und der kommunale Finanzausgleich entwickeln werden und wie sie ihr Steueraufkommen im nächsten Jahr einschätzen sollen. Deshalb ist es wichtig, dass am 6. August eine Bundesratsinitiative gestartet worden ist mit dem Ziel, die Gewerbesteuerumlage, die *eine* Ursache für die sinkenden Gewerbesteuererinnahmen ist, wieder auf das Niveau des Jahres 2000 zurückzuschrauben. Dieser erste Schritt bringt eine Entlastung in Höhe von 2,3 Milliarden Euro für die Kommunen. Die Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer ist die nächste Notmaßnahme, die auf das nächste Jahr befristet ist. Jetzt sollte man um Himmels Willen in der Lage sein, im nächsten Jahr eine vernünftige Lösung zu finden.

Ich erwarte allerdings, dass man endlich einmal auch in Niedersachsen und auf der Bundesebene zu rechnen anfängt. Die wenigsten Politiker sind blindflugtauglich. In den meisten Fällen hat es einen Crash gegeben. Meiner Meinung nach kann man nicht darauf verzichten, einmal zu berechnen, wie sich die Verschiebung bei Umsatzsteuer, Körperschaftsteuer und Einkommensteuer auf die einzelnen Regionen auswirkt.

(Beifall bei der CDU)

Man muss aber auch berechnen, in welcher Form die Zerlegung vorgenommen werden muss, um zwischen der Sitzgemeinde der Industriebetriebe und der Wohnortgemeinde eine halbwegs ausreichende Gerechtigkeit herzustellen. Das kann man rechnen. Dann wird man auch die Akzeptanz der Kommunen erhöhen.

Ich möchte mich jetzt bezüglich der Beteiligung der Kommunen nicht festlegen. Aber ein ganz wesentliches Merkmal kommunaler Selbstverwaltung ist ein eigenes Heberecht.

(Beifall bei der CDU)

Die Bindung der Kommunen an die ortsansässigen Betriebe und auch an die Ortsansässigen, die durch

dieses Heberecht betroffen werden, ist ganz wichtig. Diese Klammer ist substanzielle kommunale Selbstverwaltung. Es soll mir keiner sagen, er habe davor Angst. Wer in diesem Punkt wirklich etwas zu entscheiden hat, der soll mutig ein Ja zur kommunalen Selbstverwaltung sagen. Dann bekommen wir eine verlässliche Finanzsituation der Kommunen.

Eines ist aber klar: Ganz konjunkturunabhängig ist keine Steuer, es sei denn, man besteuert die Substanz. Das ist das Problem bei der Körperschaftsteuer. Einen Schutz vor politischen Fehlern, wie bei der Körperschaftsteuer, gibt es nicht, es sei denn, wir legen in der Verfassung fest, wie hoch der Anteil der Kommunalfinzen sein muss. Wenn das gelingt, dann ist es gut für die Kommunen: 2004 Übergang mit einer deutlichen Entlastung und 2005 ein neues Konzept. Dann können unsere Kommunen zuversichtlich in die Zukunft schauen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Aller. Herr Aller, ich erteile Ihnen das Wort.

Heinrich Aller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe nicht viel Zeit, deshalb nur Stichworte.

Erstens. Wer die Regierung, die CDU und die FDP gehört hat, der wird festgestellt haben, dass es drei unterschiedliche Positionen zu der Frage gibt,

(Zustimmung von Dieter Möhrmann [SPD])

wie die Kommunalfinzen mit der Gemeindefinanzreform geregelt werden sollen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Von unterschiedlichen Positionen müssen Sie gerade sprechen!)

Deshalb gibt es keine klare Ansage der Regierung in Richtung Bundesrat und keine Stellungnahmen zu dem Antrag, den die SPD bereits im Mai eingebracht hat.

Zweitens. Herr Rolfes hat deutlich gemacht - und das ist richtig -: Es muss schnell und sofort etwas passieren. Das hat der damalige innenpolitische Sprecher der Opposition und jetzige Innenminister

Schünemann im Januar ausdrücklich gesagt: sofort Erhöhung der Bedarfszuweisung, sofort etwas bei der Gewerbesteuerumlage unternehmen, vor der Sommerpause Durchsetzung des Konnexitätsprinzips. Alle drei Dinge hat die Landesregierung nicht umgesetzt. Sie hat es nicht bei der Bedarfszuweisung getan - der Haushalt liegt vor -, sie hat es nicht getan, indem sie den entsprechenden Betrag bei der Gewerbesteuerumlage in den Haushalt für die Gemeinden eingesetzt hat, und sie richtet sich bei dem Konnexitätsprinzip nicht einmal im Lande Niedersachsen nach den Vorgaben, die sie selber fordert.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Leere Versprechungen!)

Drittens. Die Landesregierung ist offensichtlich nicht in der Lage, das, was sie politisch gegenüber dem Bund fordert, im eigenen Land umzusetzen. Ganz im Gegenteil: Indirekt wälzt sie mit dem Haushalt Kosten auf die kommunale Ebene ab. Damit wird klar, dass das gesamte Gerede, das derzeit stattfindet, nichts anderes als ein Vertuschungsversuch ist und dass diese Landesregierung im Konzert der Vertretung der Kommunen nicht sprechfähig ist.

(Heinz Rolfes [CDU]: Aus Ihrem Munde so etwas zu hören!)

Würde sie das Konnexitätsprinzip ernsthaft anwenden, müsste sie bei der Gewerbesteuer auf das Kommunalmodell zurückgreifen. Dann hätte sie die Zustimmung der Kommunen. Das war auch die Mehrheitsmeinung in der Expertenkommission, die sich gemeinsam, also auch mit CDU-Vertretern aus den Ländern und den Kommunen auf dieses Konzept verständigt hat.

(Ursula Körtner [CDU]: Wie lange haben Sie darin gesessen? - Bernd Althusmann [CDU]: Sie haben darin gesessen und nichts hingekriegt! Sie saßen da drin: Ergebnis null!)

Ich fordere also Ihre Fraktion und die Landesregierung auf, sich unverzüglich in diesem Sinne zu äußern. Dann können Sie den Anträgen der SPD und der Grünen zustimmen. Dann hat Niedersachsen eine Position, die im Lande auch gehört wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die Landesregierung hat nun der Herr Ministerpräsident das Wort.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es geht hier nicht um eine Petitesse, sondern um die Existenz der Gemeinden, der Städte und Landkreise in diesem Land.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie, Herr Kollege Bartling und Herr Kollege Aller, haben ein doppeltes Fiasko zu verantworten. Das erste war die Körperschaftsteuerreform, die wir hier vehement bekämpft haben. Wir haben Sie aufgefordert, nicht zuzustimmen. Sie aber meinten, Sie hätten das Ei des Kolumbus gefunden.

Die Folge ist, dass sich immer mehr Körperschaften jeder Besteuerung in Deutschland entziehen. Hatten wir 1999 noch Einnahmen von 24 Milliarden Euro aus der Körperschaftsteuer, so mussten wir im vergangenen Jahr 1 Milliarde Euro an die Wirtschaft zurückreichen, sodass ein Fehlbetrag von etwa 25 Milliarden Euro entstanden ist. Das kann keine Ebene der öffentlichen Hand verkraften. Dafür sind Sie verantwortlich.

(Beifall bei der CDU)

Das zweite Fiasko erleben wir jetzt bei der Debatte um die Gewerbesteuerreform. Prof. Jarass, der Vorsitzende der Sachverständigenkommission der Bundesregierung, erklärte - der Kollege Rolfes hat darauf hingewiesen -, die Kommission habe sieben Modelle durchgerechnet. Zwei seien im Detail durchgerechnet worden. Das Modell aber, das jetzt die rot-grüne Bundesregierung vorgelegt habe, habe die Kommission niemals berechnet. Dafür gebe es keine zahlenmäßige Grundlage.

Wir reden also wie der Blinde über die Farbe, wenn wir über Ihre Vorstellungen zur Gewerbesteuerreform sprechen. Sie muten diesem Lande mit Ihrer Steuer- und Finanzpolitik ein weiteres Fiasko zu.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möhrmann?

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Wenn Sie die drei Minuten, die Sie mir zugeteilt haben, um eineinhalb Minuten verlängern, dann gern.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen keine drei Minuten zugeteilt. Die Landesregierung hat, so ist mir jedenfalls versichert worden - - -

Christian Wulff, Ministerpräsident:

- - - jederzeit das Recht zu sprechen. Trotzdem weisen Sie ständig auf die verbrauchte Redezeit hin. Ihr Beisitzer hat eben gesagt, dass drei Minuten eingeräumt würden. Wenn das mehr sind, kann jede Frage der Welt an mich gestellt werden.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Abgeordneter Möhrmann!

Dieter Möhrmann (SPD):

Gehe ich recht in der Annahme, dass die Steuerreform nur durchgesetzt werden konnte, weil der Bundesrat, also auch CDU und CSU, zugestimmt hat?

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Herr Möhrmann, immer wenn Sie eine Frage stellen, hat diese Frage einen realen Hintergrund. Häufig kann man Ihnen beipflichten. Durch die Zustimmung der großen Koalitionen in Berlin und Bremen und, wenn ich mich recht erinnere, der Koalition des Landes Brandenburg hat diese Steuerreform eine Zustimmung gefunden. Der Kollege Diepgen ist nicht mehr im Amt. Der Kollege Vogel hat im Bundesrat darauf hingewiesen, dass es selten in der Geschichte Deutschlands vorgekommen ist, dass sich Länder Ihr Abstimmungsverhalten im Bundesrat abkaufen ließen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Bremer Kollegen laufen mit dem Brief des Bundeskanzlers durch die Gegend und fragen, ob der Brief beleihbar sei. Jetzt wird ihnen von der Bundesregierung gesagt, es sei ein netter Brief von Herrn Schröder gewesen, in dem gestanden habe, dass er Bremen weiter helfen wolle, aber Geld gebe es keines. Daher hat es auch denen, die zuge-

stimmt haben, nicht genützt. Ich habe die Parteifreunde, die der chaotischen Steuerreform von Ihnen zugestimmt haben, nie verstanden.

Wir können auch nicht ständig das Sauerstoffzelt für diese Bundesregierung bereitstellen. Intensivpatienten gehören in die Intensivstation, nicht auf die Regierungsbänke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann Sie nur mahnen, nach dem Fiasko von 1999 jetzt kein Fiasko 2004 anzufügen.

Herr Allers, Sie haben sich doch in der Debatte verdient gemacht. Sie waren bei der Gewerbesteuerdebatte einer der Wortführer. Was jetzt vorliegt, ist vom Sprecher für Kommunalpolitik Ihrer Bundestagsfraktion als „verteilungspolitischer Blindflug“ bezeichnet worden, weil es ein Nullsummenspiel ist.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Ja!)

Es schafft Arbeit bei Herrn Möllring, denn es werden 76 000 zusätzliche Gewerbesteuererklärungen von Freiberuflern in Niedersachsen erforderlich. Am Ende bleibt fast nichts übrig, außer einigen tausend Finanzbeamten mehr, die diese Steuererklärungen bearbeiten müssen. Dem werden wir doch nicht zustimmen. Wir werden doch nicht einem nach Ihrer eigenen Meinung verteilungspolitischen Blindflug, einem Nullsummenspiel zustimmen.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Das sollen Sie auch nicht!)

Wir stimmen natürlich auch deswegen nicht zu, weil dieser Vorschlag verfassungswidrig ist. Deswegen hat Herr Eichel das Ganze auch Gemeindefortschrittsteuer genannt. Als wir ihn darauf hingewiesen, dass das Gesetz dann endgültig verfassungswidrig sei - sonst hatte er immer noch den Aufhänger Gewerbesteuer in der Verfassung -, hat er es in Gewerbesteuer umbenannt, um vielleicht doch noch vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu obsiegen.

Sie entfernen die Gewerbesteuer von der Realbesteuerung, von der Objektbesteuerung hin zur Gewinnbesteuerung und damit nah an die Körperschaft- und Einkommensteuer. Damit wird sie verfassungswidrig.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Das ist richtig!)

Die Grünen haben es erkannt; Frau Scheel sei Dank. Deswegen ist das Projekt schon gescheitert, bevor es überhaupt richtig ins Rohr eingelegt wurde. Bei Ihnen gehen die Dinge immer nach hinten los. Deswegen stehen Sie auch da, wo Sie stehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Lassen Sie mich in der notwendigen Knappheit noch ein Letztes sagen. Herr Aller, ich kann Sie beruhigen, was die Positionierung dieser Landesregierung anbelangt. Wir haben den Antrag in den Bundesrat eingebracht, die Gewerbesteuerumlage wieder auf das alte Niveau von 20 Punkten zu bringen. Der ist inzwischen beschlossen worden.

Wir haben den Antrag eingebracht, den Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer im nächsten Jahr von 2,2 % auf 3 % zu erhöhen, und wir haben eine nachhaltige Entlastung der Kommunen auf der Ausgabenseite beantragt. Wir wollen, angefangen vom Jugendhilferecht über das Betreuungsrecht bis zur Grundsicherung, den Kommunen mehr Luft zum Atmen geben. Das umfasst ein Entlastungspaket von 6,5 Milliarden Euro. Das ist in den letzten Wochen vom Bundesrat beschlossen worden und wird jetzt dem Bundestag zugeleitet. Dann muss der Bundestag Farbe bekennen, ob er dieser Entlastung der Kommunen, der Sie sich bisher immer verweigert haben, zustimmen will oder nicht. Die Kommunen brauchen ein Signal zum 1. Januar.

All das, was Sie diskutieren, ist unausgegoren. Wenn das käme, wäre es falsch. Es würde nicht einmal eine Entlastung bringen, denn die Entlastungen, die Sie vorsehen, würden sich erst 2005/2006 mit der dann abgegebenen Steuererklärung auswirken. Also, nur die Union hilft, und deswegen regieren wir auch.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Die SPD-Fraktion hat sich zu Wort gemeldet. Nach § 71 Abs. 2 der Geschäftsordnung erteile ich Ihnen, Herr Aller, das Wort und geben Ihnen eine Redezeit von vier Minuten.

Heinrich Aller (SPD):

Herr Wulff, es ist nett, dass Sie sich hier geäußert haben, insbesondere auch zur Körperschaftsteuer. Sie wissen, dass das, was Sie dargestellt haben, nur die halbe Wahrheit war. Sie wissen, dass die Senkung auf 25 % natürlich Verluste bei der Körperschaftsteuer bringen musste. Dass sich die abflachende Konjunktur ausgewirkt hat, brauche ich nicht zu wiederholen.

Erstens. Die zentrale Frage, die Sie als Ministerpräsident dieses Landes beantworten müssen, ist: Warum haben Sie in den beiden von Ihnen inzwischen vorgelegten Haushalten nicht eines Ihrer Versprechen, die Sie hier im Lande zu den Bedarfszuweisungen, der Gewerbesteuerumlage und dem Konnexitätsprinzip gegeben haben, eingelöst? Gemessen an dem, was Ihr jetziger Innenminister vorher gesagt hat, ist das ein klarer Wortbruch.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU)

- Das ist so.

Zweitens. Sie können doch nicht vertuschen, dass mit dem Redebeitrag des Vertreters der CDU-Fraktion, dem Redebeitrag von Herrn Rösler und dem des Regierungsvertreters Herrn Möllring hier drei völlig unterschiedliche Positionen, was die Ausgestaltung der Gewerbesteuer angeht, dargestellt worden sind. Das ist nun mal so. Da hilft es auch nicht, dass Sie versuchen, mit Sofortprogrammen und Diskussionen über andere zukunftsgerichtete Lösungen nach vorne zu kommen.

Der entscheidende Punkt, der sich aus Ihren Initiativen, die Sie hier vorgestellt haben, ergibt, ist folgender: Wenn Sie so sicher sind, dass die Gewerbesteuerumlage um 10 % gekürzt wird und dass die Umsatzsteuer für eine noch nicht geschaffene Gewerbesteuerreform einspringen muss, dann müssen Sie, wissend, was kommt, in Ihrem Haushalt ungefähr 225 Millionen Euro als Mindereinnahme ausweisen und dies in der mittelfristigen Finanzplanung, die demnächst gestrickt wird, entsprechend darstellen. Das haben Sie noch nicht einmal in den entsprechenden Gremien angekündigt, geschweige denn, dass Sie es heute getan hätten. Damit ist Ihre Finanzplanung an der Stelle jedenfalls im Eimer. Davon können Sie sicher ausgehen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens. Da Sie die Nähe und das Vertrauensverhältnis zu den Kommunen immer wieder reklamieren, will ich Ihnen noch einmal deutlich sagen, dass in der Expertenkommission, die Eichel eingesetzt hat, außer der Wirtschaft selbst eine klare Mehrheit für das Kommunalmodell gewesen ist. Es ist gerechnet worden, Herr Rolfes. Es sind die positiven und negativen Auswirkungen dargestellt worden. Es ist dann von Eichel anders in das Gesetzgebungsverfahren gegeben worden.

(Bernd Althusmann [CDU]: Hinterher waren die Zahlen falsch! Das ist die Realität!)

Die SPD hat sich massiv dagegen gewandt, und sie wird nachbessern. Aber die klare Ansage der SPD sowohl in Berlin als auch in den Ländern - auch hier in Niedersachsen - ist, dass die Nachbesserung auf der Basis des Kommunalmodells zu erfolgen hat.

(Bernd Althusmann [CDU]: Die Zahlen waren falsch! Deswegen sind die Kommunen ausgestiegen!)

Das ist das, was wir im Hinblick auf die Konnexität in Reinkultur deutlich machen können. Wir stehen in der Frage der Gewerbesteuer an der Seite der Kommunen. Herr Rolfes, dann dürfen Sie auch präzisieren, was das heißt. Es muss ein eigenes Heberecht geben, und es muss eine unternehmensbezogene Steuer bleiben, so wie es in der Verfassung steht. Da gibt es keine Herumeierei, sondern es stellt sich nur die Frage, ob wir an der Seite der Kommunen stehen oder ob wir - wie Herr Rösler oder Herr Wulff - für ein Modell sind mit einer Steuer, die so derzeit überhaupt nicht zu realisieren ist.

Ich fasse noch einmal zusammen, Herr Wulff: Das, was Sie zurzeit machen, ist der Versuch, sich möglichst lange um konkrete Positionierungen zu drücken, damit Sie in der bundespolitischen Diskussion nicht der SPD-Linie bzw. der SPD-Grünen-Linie in Berlin zugeordnet werden können. Sie versuchen, auch innerhalb der CDU erst einmal zu gucken, wo die Mehrheiten sind. Denn es glaubt Ihnen doch niemand in diesem Land, dass Herr Koch der gleichen Meinung sei wie Herr Stoiber und Herr Stoiber der gleichen Meinung wie Sie und dass Herr von Beust der gleichen Meinung wie beispielsweise ein ostdeutscher Ministerpräsident sei.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Ich erteile dem Ministerpräsidenten noch einmal das Wort.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Ich möchte zwei Bemerkungen machen. Zum Haushaltsgrundsätzegesetz brauche ich Ihnen ja nichts zu sagen, Herr Aller. Wir können erst dann in die mittelfristige Finanzplanung einstellen, wenn sich die jeweiligen Hebesätze verändert haben. Wir haben die in Deutschland geltenden Hebesätze zugrunde zu legen. Im Moment verweigert sich Rot-Grün, die Gewerbesteuerumlage wieder auf 20 Punkte abzusenken.

(Bernd Althusmann [CDU]: Genau das ist der Punkt!)

Wenn Rot-Grün hier einbricht, dann wird die mittelfristige Finanzplanung selbstverständlich entsprechend angepasst. Bisher hat die Bundesregierung ihr Versprechen, die angehobene Gewerbesteuerumlage gegenzufinanzieren, nicht gehalten. Deshalb haben die Kommunen solch gigantische Einnahmeausfälle.

(Heinrich Aller [SPD]: Sie können die entsprechende Summe in landesgesetzlicher Form hinübergeben!)

Bei der zweiten Bemerkung wird es jetzt auch für die Öffentlichkeit reizvoll. Sie sprechen immer von einer Linie der SPD und einer Linie der Grünen. Sie haben hier eine richtig große Linie beansprucht.

(Bernd Althusmann [CDU]: Vielfältige Linie!)

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, der Ihrer Partei angehört, hat erklärt, dass es ökonomisch und konjunkturell absolut unverantwortlich sei, dem Kommunalmodell zu folgen und beispielsweise Leasingraten, Pachten und Mieten - Instrumente, die für Mittelständler angesichts der Eigenkapitalsituation unserer mittelständischen Betriebe unbedingt notwendig sind, um fehlendes Eigenkapital auszugleichen - jetzt noch zusätzlich zu besteuern, weil dadurch die Rentabilität der Betriebe und die Erhaltung von Arbeitsplätzen gefährdet würde. Deswegen hat er als Bundeskanzler seine Richtlinienkompetenz benutzt und gesagt, das sei mit ihm nicht zu machen. Sie zeigen ihm ja die gelbe Karte und uns die rote. Ich meine,

nach der heutigen Debatte dürften Sie uns allenfalls die gelbe und müssten Ihrem Bundeskanzler die rote geben; denn Sie haben genau das Gegenteil dessen erklärt, indem Sie gesagt haben: Wir wollen die Objektbesteuerung. Wir wollen die Realbesteuerung. Wir wollen die Besteuerung von Pachten und Leasingraten, also das Kommunalmodell. Ihr Bundeskanzler hingegen will es nicht. Sie fordern hier eine Linie von den anderen Parteien, obwohl Sie überhaupt keine Linie mehr haben außer der Schlingelinie mit 3,0 Promille. Es ist doch peinlich, was Sie hier bieten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir als Regierung haben damit zu kämpfen, dass Sie Jahr für Jahr die Zahl der Insolvenzen gesteigert haben. Wir hatten im letzten Jahr 40 000 Unternehmensinsolvenzen. In diesem Jahr werden es vielleicht 50 000 oder 55 000 sein, weil die Probleme in den Unternehmen immer größer geworden sind. Vor dem Hintergrund eine Debatte über die Besteuerung von Leasingraten zu führen, was zu einer zusätzlichen Belastung für Mittelständler führt, ist wirklich abenteuerlich. Wenn Schröder mal Recht hat in diesem Land, dann sollten wir ihm auch Recht geben. Dafür, dass Sie ihm das schon wieder verweigern, fehlt mir jedes Verständnis.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Meinhold?

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Herr Meinhold, Sie haben es in Hannover schwer genug. Bitte schön!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Meinhold!

Walter Meinhold (SPD):

Herr Ministerpräsident, ich vermisse immer noch eine klare Aussage dazu, wie Ihre Landesregierung zur Gewerbesteuer steht. Herr Rösler hat hier sehr

deutlich für die Abschaffung plädiert. Der Finanzminister des Landes Hessen, Herr Weimar, hat ein sehr interessantes Papier zur Gewerbesteuer geschrieben. Darin spricht er sich eindeutig für eine Revitalisierung und dafür aus, dass auch die Freiberufler einbezogen werden. Dazu muss doch mindestens Position bezogen werden, auch wenn Sie sagen, Sie müssten das im Moment nicht tun.

Zu dieser Position von Herrn Weimar hat sich der Ministerpräsident des Landes Hessen, Herr Koch, dahin gehend geäußert, auf der Basis dieses Papiers werde er die Verhandlungen im Bundesrat führen. Wenn er diese für Ihre Seite mit führt, dann muss doch klar sein: Was wollen Sie denn nun, eine Abschaffung oder eine Revitalisierung der Gewerbesteuer? Über Details kann man durchaus streiten.

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Herr Meinhold, Sie haben so schön wiedergegeben, was Herr Rolfes gesagt hat. Was Herr Möllring gesagt hat, war exakt das Gleiche. Herr Möllring hat nämlich wörtlich ausgeführt: Wir wollen die Abschaffung der Gewerbesteuer. - Das hat auch Herr Rolfes gesagt. Das heißt, es besteht hundertprozentige Übereinstimmung.

Richtig ist, dass wir hier in Hannover und nicht in Wiesbaden sind. Richtig ist, dass der Finanzminister bei uns Möllring und nicht Weimar heißt. Insofern kann ich hier auch nur für Möllring, Rolfes und die CDU/FDP in diesem Lande sprechen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Position in der Union ist - das ist in enger Abstimmung mit der FDP auch die Position der Landesregierung -, dass wir angesichts dieser Vorlagen zum 1. Januar keine Gewerbesteuerreform in diesem Lande mehr hinbekommen. Die Chance ist vertan. Das ist innerhalb von drei Monaten nicht zu schaffen. In drei Monaten sitzen Sie unter dem Weihnachtsbaum, und dann kommen Silvester und Neujahr. Wir werden die kommenden Wochen nur noch für ein Sofortprogramm zur sofortigen Entlastung nutzen können. Das ist beschlossen. Da müssen Sie einlenken.

Zum 1. Januar 2005 brauchen wir in Deutschland eine große Steuerreform, eine Steuerreform mit Transparenz, Durchschaubarkeit und Berechenbarkeit, mit Gewinnbesteuerung und Renditebesteuerung, und das möglichst verständlich und einheit-

lich bei niedrigen Sätzen und wenigen Ausnahmen. Bei einer solchen Steuerpolitik wird man zu einer Zusammenführung von Lohnsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer kommen. Wenn Sie die 25-prozentige Körperschaftsteuer wieder um den Gewerbesteueranteil von etwa 13 % auf etwa 38 % steigern, dann wird ab 2005 etwa der Spitzensteuersatz von 42 % erreicht, den Sie beschlossen haben. Das heißt, da gibt es kaum noch eine Differenz. Dann lohnt es sich, darüber nachzudenken, die privaten und gewerblichen Einkünfte zu einer Einkunftsart zusammenzuführen, die Zahl der Ausnahmen zurückzuführen und damit den Standort Deutschland attraktiver zu machen.

Den Kommunen sollte ein fester Anteil an diesen Steuereinnahmen gegeben werden, den sie im Rahmen des eigenen Hebesatzrechts floaten können, wodurch sie unter Beweis stellen könnten, ob sie wirtschaftsfreundlich sind oder nicht. Das Modell möchten wir in Deutschland diskutiert sehen. Das ist eine klare Positionierung von CDU und FDP.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da wir latent ein besonderes Interesse an unserer Landeshauptstadt haben, die besonders finanziell Not leidet, sind Sie, Herr Meinhold, eingeladen, die Debatte mit uns gemeinsam zu führen, aber bitte so, dass die, die mitdiskutieren, offen legen, wo sie stehen und dass nicht hier dem Kommunalmodell das Wort geredet wird, während der Bundeskanzler sich gegen das Kommunalmodell ausspricht. Diese Form des Politikmachens in Deutschland, dass mal dieses, mal jenes gesagt wird, dass am Wochenende eine Forderung aufgestellt wird, die am darauffolgenden Montag wieder dementiert wird, bringt unser Land um. Das macht die Leute verrückt. Das macht auch die Wirtschaft verrückt. Sie warten doch alle ab. Wer will denn bei den Signalen, die Sie uns jedes Wochenende über die Sonntagszeitungen liefern, in Deutschland noch etwas investieren oder konsumieren? Daher lautet mein dringender Appell an Sie: Bringen Sie Ihren Haufen irgendwie in geordnete Strukturen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE] begibt sich zum Redepult)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Wenzel, ich verstehe, dass Sie die Zeit straff nutzen wollen. Aufgefordert habe ich Sie jedenfalls noch nicht. Sie haben sich zu Wort gemeldet. Ich erteile der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bis zu zwei Minuten Redezeit, weil ihre Redezeit verbraucht ist. Herr Wenzel, Sie haben das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Wulff, Ihr Appell zum Schluss in allen Ehren. Er richtet sich aber in derselben Qualität auch an Ihre Koalition, Ihre eigene Partei und an Ihre eigene Fraktion. Wenn man sich ansieht, wie Ihre Fraktionskollegen zum Teil in den Kommunen abstimmen, dann erkennt man, dass es bei Ihnen offensichtlich auch noch viel Klärungsbedarf gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie die Frage ansprechen, ob es möglich ist, Mieten, Pachten, Leasingraten in die Bemessung der Gewerbesteuerumlage zu integrieren, dann frage ich Sie: Wie wollen Sie denn damit umgehen, wenn ein Konzern, der seinen Sitz in einer Gemeinde in Niedersachsen hat, seine ganzen Immobilien auslagert, eine Tochtergesellschaft auf den Cayman-Inseln gründet, diese Tochtergesellschaft dann Eigentümerin der Gebäude wird, der Mutter die Mieten in Rechnung stellt und dies dann beim Finanzamt als Aufwand geltend gemacht wird? Diese Möglichkeiten zur Steuerumgehung müssen wir alle gemeinsam in den Griff kriegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es kann nicht sein, dass wir uns hier völlig austricksen lassen, weil wir nicht in der Lage sind, uns letzten Endes auf ein gemeinsames Modell für unsere Gemeinden zu verständigen. Ich weiß auch - das nehme ich auch ernst -, dass Ihnen die Kommunen am Herzen liegen. Daher müssen wir letzten Endes auch auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Wir kommen aber nicht dahin, wenn wir jetzt nur den kleinsten gemeinsamen Nenner nehmen - die Senkung der Gewerbesteuerumlage, wozu Sie unsere Zustimmung hätten - und gleichzeitig sagen: Wartet mal bis zu der großen Steuerreform, die in der Zukunft kommt. - Das kann doch wieder zwei, drei oder vier Jahre dauern. Dies ist nur ein Blankoscheck auf die Zukunft, der unseren Kommunen nicht hilft.

Deshalb habe ich die herzliche Bitte: Lassen Sie uns alle gemeinsam in diesem Herbst nach einer Lösung suchen, und lassen Sie uns nicht den Kommunen wieder einen Blankoscheck versprechen, der am Ende nicht eingelöst wird! - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Die SPD-Fraktion hat um zusätzliche Redezeit nach § 71 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung gebeten. Ich erteile Ihnen bis zu zwei Minuten, Herr Aller.

Heinrich Aller (SPD):

Herr Wulff, es ist verständlich, dass Sie in dieser Frage auf Zeit spielen, weil es extrem schwierig ist, die Interessengruppen voreinander zu bringen. Sie haben es vermieden, sich eindeutig an die Seite der Kommunen zu stellen, weil Sie sich, wenn Sie das Kommunalmodell unterstützen - das ist ja aus Ihrem Redebeitrag deutlich geworden -, mit der Frage anlegen müssen: Werden die Freiberufler einbezogen, wird die Bemessungsgrundlage erweitert? - Das ist so. Für diese Diskussion brauchen Sie Zeit.

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Deshalb gilt das, was Sie uns vorgeworfen haben - die Truppen hinter sich zu bringen -, natürlich auch für das CDU-Lager. Ich lasse einmal die Frage außer Acht, ob die FDP mit dem kompatibel ist, was große Teile der CDU wollen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Wer einen Haushalt zu verantworten hat, der nicht entlastet wird, der braucht hier nicht so zu reden!)

Das Zweite ist aber mindestens genau so wichtig. Da werden Sie im Laufe dieser Haushaltsberatungen in dem Tempo, in dem sich ein Sofortprogramm auf der Berliner Ebene abzeichnet, Konsequenzen für den Landeshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung, die Sie vorlegen müssen, ziehen müssen. 225 Millionen Euro - so ist uns ja glaubhaft versichert worden; das sind fast eine halbe Milliarde DM - aus einem Papier herauszuschneiden, das gerade vorgelegt worden ist, ist nicht ohne Weiteres darstellbar. Da gibt es ganz einfache Fragen: Kürzen Sie, oder gehen Sie weiter

in die Nettokreditaufnahme? Wenn Sie weiter in die Nettokreditaufnahme gehen, heißt das, dass Sie Ihren verfassungswidrigen Haushalt noch weiter in die Zukunft schreiben. Das kann nicht im Sinne der Veranstaltung sein.

(Lachen bei der CDU - David McAllister [CDU]: Setz' dich hin! Das ist ja unglaublich! - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Herr McAllister, ich verstehe überhaupt nicht, dass Sie sich jetzt aufregen.

Der entscheidende Punkt wird sein: Wenn die Analyse stimmt, die alle vier Fraktionen hier getroffen haben, dass die Kommunen sofort Geld brauchen, und wenn stimmt, dass sie vor der Wahl von Vertretern der CDU, die jetzt regiert, zugesagt bekommen haben, dass die Bedarfszuweisungen erhöht werden sollen und dass das Konnexitätsprinzip vor der Sommerpause durchgesetzt werden soll, um zu verhindern, dass zusätzliche Kosten auf die Kommunen abgewälzt werden, dann müssen Sie schon mal irgendwann sagen, wie Sie sich in diesen konkreten Fragen verhalten. Wenn es so ist, wie es sich jetzt abzeichnet, dann haben Sie vor der Wahl die Unwahrheit gesagt, und dann führen Sie nicht das aus, was Sie vor der Wahl versprochen haben. Das ist das Resümee dieser Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 2:

4. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 15/385 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/421 - Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/422

Im Ältestenrat haben die Fraktionen vereinbart, die Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen, erst am Freitag, dem 19. September 2003, zu be-

raten. Ich halte das Haus damit einverstanden, dass wir heute nur über die Eingaben beraten, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. - Es ergeben sich keine Wortmeldungen.

Ich rufe zunächst die Eingaben aus der 4. Eingabenübersicht in der Drucksache 385 auf, zu denen keine Änderungsanträge vorliegen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nun zu

Tagesordnungspunkt 3:
Einzige (abschließende) Beratung:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/130 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 15/368

Die Beschlussempfehlung lautet: Annahme mit Änderungen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Wiese. Ich erteile ihm das Wort.

André Wiese (CDU), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Drucksache 368 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen einstimmig, den Gesetzentwurf der Landesregierung mit den aus der Beschlussempfehlung ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Dieses Votum wird auch vom Ausschuss für Wissenschaft und Kultur sowie vom Ausschuss für Haushalt und Finanzen getragen, denen die Mitberatung oblag.

Lassen Sie mich die wesentlichen Änderungsempfehlungen kurz ansprechen:

Der federführende Ausschuss hat im Rahmen der Beratungen zum einen den Vorschlag der Universitäten Göttingen und Osnabrück aufgegriffen, die Bewertung von einzelnen im Rahmen der universitären Schwerpunktbereichsprüfung erbrachten Prüfungsleistungen durch nur eine Person zuzulassen.

Zum anderen soll als Ergebnis der vom federführenden Ausschuss durchgeführten Anhörung der Bedeutung des Europarechts dadurch verstärkt Rechnung getragen werden, dass die Auslandsausbildung im Rahmen der Anwaltsstation erleichtert wird und die Ausbildung an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer künftig auch im Wahlbereich Europarecht stattfinden kann.

Die weiteren Einzelheiten zu den vorgeschlagenen Änderungen können Sie dem schriftlichen Bericht zum Gesetzentwurf entnehmen.

Abschließend bitte ich namens des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, entsprechend der Empfehlung in der Drucksache 368 zu beschließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass dieser Gesetzentwurf ohne allgemeine Aussprache verabschiedet werden soll. - Ich höre keinen Widerspruch.

Wir kommen dann zur Einzelberatung. Ich rufe auf:

Artikel 1. - Hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Artikel 2. - Unverändert.

Artikel 3. - Hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Außerdem müssen wir noch über die Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses abstimmen.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit die in die Beratung einbezogenen Eingaben für erledigt erklären möchte, den bitte ich nun um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich rufe nun - wie im Ältestenrat vereinbart - auf

Tagesordnungspunkt 4:

Zweite Beratung:

Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/6 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen - Drs. 15/405

- die Beschlussempfehlung lautet: Ablehnung - und

Tagesordnungspunkt 5:

Zweite Beratung:

a) **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/5

b) **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages** - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/7

c) **Änderung der Geschäftsordnung des Niedersächsischen Landtages** - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/120 - Beschlussempfehlung des Ältestenrats - Drs. 15/406

Die Beschlussempfehlungen zu den Punkten a) und b) lauten: Ablehnung. Die Empfehlung zu Punkt c) lautet: Annahme.

Der Berichterstatter für den Punkt 4 ist der Abgeordnete Albers. Ich erteile Ihnen das Wort.

Michael Albers (SPD), Berichterstatter:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In

der Drucksache 405 empfiehlt Ihnen der federführende Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, den Antrag in der Drucksache 15/6 abzulehnen. Diese Empfehlung ist mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ergangen. Das entspricht auch dem Votum des mitberatenden Ältestenrates. Der Antrag würde eine Änderung des § 18 b der Geschäftsordnung herbeiführen, der die Ausländerkommission betrifft. Durch eine Einbeziehung der Aussiedlerverbände in die Kommission würde diese zu einer Kommission für Integrationsfragen werden. Mit einer Erhöhung der Anzahl der Abgeordneten in der Kommission und durch die Einführung des Mehrheitsprinzips für Beschlüsse soll die Bedeutung der Kommission verstärkt werden. Dem gleichen Ziel soll die Verpflichtung der Landtagsausschüsse dienen, sich mit den Empfehlungen der Kommission zu Gegenständen der Tagesordnung zu befassen und - im Sinne einer Sollvorschrift - Stellungnahmen der Kommission einzuholen. Da hierzu gleich noch eine Aussprache erfolgt, gebe ich die Ausführungen zur Diskussion im Ausschuss zu Protokoll. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

(Zu Protokoll:)

Die Vertreter der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben im federführenden Ausschuss zu dem Antrag ausgeführt:

Die Einbeziehung der deutschstämmigen Aussiedlerinnen und Aussiedler sei dringend geboten. Diese stellten inzwischen die größte Gruppe unter den Zuwanderern. Gerade unter den jugendlichen Angehörigen dieser Gruppe sei eine Tendenz zur Abschottung festzustellen, die zu erheblichen Integrationsproblemen führe. Die Einbeziehung der Aussiedlerverbände in die Kommission ermögliche einen besseren Zugang zu dieser Bevölkerungsgruppe und stärke deren Akzeptanz gegenüber staatlichem Handeln.

Die mit dem Antrag vorgeschlagenen Verfahrensänderungen sollen nach Auffassung der Vertreter der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Gewicht der Kommission und seiner Empfehlungen stärken. Bei der Vorbereitung von Entscheidungen des Landtags sei die Kommission bisher nur ungenügend beteiligt wor-

den. Wenn die Ausländerkommission Empfehlungen gefasst habe, seien sie nach den Erfahrungen der letzten Jahre in der Regel vom Landtag nicht aufgegriffen worden. Willensäußerungen der Kommission seien zudem durch das bisher gültige Einstimmigkeitsprinzip über Gebühr behindert worden.

Die Vertreter der SPD-Fraktion haben ergänzend darauf hingewiesen, dass der Antrag einem im November des letzten Jahres gefassten Beschluss des Landtages der 14. Wahlperiode entspreche.

Die Vertreter der CDU-Fraktion haben eine Änderung der Vorschriften über die Ausländerkommission nicht für erforderlich gehalten.

Die CDU-Fraktion halte auch nach der vom federführenden Ausschuss durchgeführten Anhörung eine Einbeziehung der Aussiedlerverbände in die Ausländerkommission nicht für geboten. Aussiedlerinnen und Aussiedler seien deutsche Staatsangehörige, die ihren politischen Willen ebenso artikulieren könnten wie jeder andere niedersächsische Bürger. Die vorgeschlagene Einbeziehung dieser Bevölkerungsgruppe löse im Übrigen nicht die aufgetretenen Integrationsprobleme, die nur vor Ort zu lösen seien.

Die beabsichtigte Einführung des Mehrheitsprinzips für Beschlüsse der Kommission führe zu einer aus der Sicht der CDU-Fraktion nicht wünschenswerten Dominanz der Ausländer- und Aussiedlerverbände innerhalb der Kommission, auch wenn die Zahl der ihr angehörenden Landtagsabgeordneten erhöht werde. Die Vertreter der CDU-Fraktion haben über die bereits vorhandenen Möglichkeiten hinaus auch kein Bedürfnis für eine Verpflichtung der Landtagsausschüsse gesehen, sich mit Stellungnahmen der Ausländerkommission zu befassen oder eine solche Stellungnahme einzuholen.

Ich bin damit am Ende meines Berichts. Ich bitte Sie, den Empfehlungen des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen in der Drucksache 405 zuzustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Hagenah. Herr Hagenah, ich erteile Ihnen das Wort.

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt immer wieder Situationen, in denen man alten Theoretikern Recht geben muss. Heute liegt so ein Fall vor. Sie sagen: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. - Die CDU legt heute wieder Zeugnis darüber ab, dass das offensichtlich wahr ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Herr Althusmann, Herr Schünemann - er ist jetzt nicht da; er hatte damals Ihre Funktion -, es konnte Ihnen vor einem Jahr gar nicht schnell genug gehen mit der Umsetzung der Parlamentsreform und der mühsam erarbeiteten Beschlüsse aus der Enquete-Kommission. Heute sitzt die Union auf der Bremse. Das kann man nur daraus erklären, dass die CDU-Fraktion diese Vorschläge jetzt nicht mehr aus der Sicht der Opposition bewertet, sondern zusammen mit der FDP aus der Sicht der Regierung und deshalb gar nicht mehr an eine schnelle Umsetzung denkt.

Die Fraktionen der SPD und der Grünen legen Ihnen heute diese Vorschläge der Enquete-Kommission zur Abstimmung vor, um einen weniger starren Tagungsablauf - wie wir ihn auch heute wieder im Plenum erleben - zu ermöglichen. Kurzinterventionen und ein Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse sollen endlich umgesetzt werden, weil wir glauben, dass unser Beratungsverfahren nach Jahren und Jahrzehnten durchaus einer Erneuerung bedarf und wir in Zeiten der Mediendemokratie viel schneller, viel lebendiger - auch für die Öffentlichkeit - diskutieren müssen,

(David McAllister [CDU]: Ihre Rede aber auch!)

um den Ruf der Politik und die Dialogfähigkeit der Politik anders in der Öffentlichkeit zu kommunizieren, als es mit den derzeitigen Beratungsformen möglich ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Althusmann, die Ablehnungsbegründung, die Sie immer wieder vorgetragen haben - und wahrscheinlich noch einmal vorgetragen werden -, die FDP als Parlamentsneuling bräuchte erst einmal mindestens ein Jahr Erfahrung, um sich hierzu eine Meinung zu bilden, kann so nicht gelten. Wer ins Parlament gewählt wird und Regierungsverant-

wortung übernimmt, der muss wirklich in der Lage sein, kompetent über den Alltag im Parlament Entscheidungen treffen zu können, zumal jetzt ein halbes Jahr verstrichen ist.

(David McAllister [CDU]: Das kann die FDP ja für sich selbst beantworten!)

Alle, die hier sitzen, haben wohl in der Zwischenzeit erlebt, wo die Dinge bei den Plenarsitzungen im Argen liegen.

(David McAllister [CDU]: Vor allem bei Ihren Reden!)

Sie könnten wohl ohne Weiteres diesen Vorschlägen der Enquete-Kommission sofort zustimmen, wenn Sie sie so bearbeitet hätten, wie die Enquete-Kommission sie bearbeitet hatte. Ich verstehe Ihre Zurückhaltung nicht, es sei denn, Sie wollen die Vorschläge gar nicht umsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Unseren beiden anderen Anträgen zu mehr Transparenz in der Politik durch die Pflicht zur Offenlegung außerparlamentarischer Interessenbeziehung der Abgeordneten und für die Einrichtung einer Kommission für Integrationsfragen hat die CDU-Fraktion - das müssen wir zugestehen - nie beige-pflichtet. Dazu hat sie auch in Oppositionsjahren immer ihre Skepsis und Zurückhaltung erklärt.

(David McAllister [CDU]: Aus guten Gründen!)

Dabei haben wir aber auf die FDP gesetzt. Letztendlich haben die Liberalen einmal im parlamentarischen Sinn für Liberalität, Offenheit und dergleichen mehr gestanden.

(Zuruf von der SPD)

Wir bedauern, dass davon offenbar nur der Name und die äußere Hülle übrig geblieben sind.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Für Sie scheint der gläserne Abgeordnete, der seine Interessen offen legt, mehr ein Schreckensbild als ein erstrebenswertes Ziel zu sein.

Es ist umso erfreulicher, wie engagiert die SPD-Fraktion jetzt in der Opposition für die Umsetzung dieser Initiativen eintritt. Das Bild hat sich eben

doch bei beiden großen Fraktionen hier im Haus gewendet. Wir wissen noch, wie die jetzigen Kompromisse mühsam mit der regierenden SPD-Fraktion ausgehandelt werden mussten. Ich sagte schon: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein.“ Für die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie ist uns das auf allen Seiten zu wenig. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Um das Wort gebeten hat der Kollege Bachmann von der SPD-Fraktion. Herr Bachmann, Sie haben das Wort.

Klaus-Peter Bachmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hagenah, an einer Stelle muss ich Sie korrigieren. Wir haben bereits im November vorigen Jahres das beschlossen, was die Reform der parlamentarischen Rahmenbedingungen für die Arbeit der Ausländerkommission angeht. Das ist ein Entwicklungsprozess, der aus den letzten fünf Jahren Arbeit der Ausländerkommission auch unter meiner Leitung - ich durfte das fünf Jahre machen - Erfahrungswerte hervorbringt. Wir, mit Mehrheit ausgestattet, hätten das jetzt in die Geschäftsordnung geschrieben. Aus diesem Grunde liegt dieser Antrag vor. Ich brauche auf die Einzelheiten nicht einzugehen. Der Kollege Albers hat im Einzelnen genannt, welche Verbesserungen wir bei der Ausländerkommission erreichen wollen. Er hat nur einen Punkt, den ich noch ergänzen möchte, nicht erwähnt. Es gibt immer noch den Zwang zur Einstimmigkeit. Dies ermöglicht es jedem einzelnen Mitglied der Ausländerkommission, sie sprachunfähig zu machen. Auch das wollten wir überwinden, indem wir meinungsbildende Mehrheitsbeschlüsse vorsehen, damit das Parlament die Meinung kennt.

(David McAllister [CDU]: Ja, das ist klar!)

An dieser Stelle hatte auch ich auf die FDP-Fraktion gehofft; denn es gibt hier drei Mitglieder der Koalitionsfraktionen, die z. B. die Einbindung der Aussiedler in ein beratendes Gremium für Integrationsfragen eigentlich gutheißen müssten. Die Kollegen Schrader, Brandes und Lehmann als Ratsmitglieder in Braunschweig praktizieren es nämlich so. Ich frage mich, warum Sie das hier

nicht tun. Im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen hatte ich die Hoffnung, dass der Kollege Lehmann zumindest nachdenklich geworden ist. Aber ich muss mich geirrt haben, als ich Sie für einen in gewissen Teilen einflussreichen Abgeordneten der Koalition gehalten habe.

Wir haben das im November beschlossen und bitten Sie heute, dies umzusetzen. Ich habe nach wie vor die Hoffnung nicht aufgegeben, dass Sie sich an der einen oder anderen Stelle noch bewegen. Es geht auch um ein Zeichen gegenüber den Verbänden der Migrantinnen und Migranten im Lande.

Wenn Sie trotz der wesentlichen Verbesserungen, die der Berichtsteller genannt hat, bei Ihrer Ablehnung bleiben, dann machen Sie eigentlich deutlich, dass Sie der Ausländerkommission zukünftig nur eine Alibifunktion zuweisen wollen. Sie drücken mit Ihrer Ablehnung auch aus, dass Sie die Migrantinnen und Migranten als Berater unseres Parlaments nicht ernst nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Als nächstem Redner erteile ich das Wort dem Abgeordneten Möhrmann von der SPD-Fraktion.

(Oh! bei der CDU)

Dieter Möhrmann (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst mit der Anlage zur Geschäftsordnung des Landtages beschäftigen,

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

zu der die Koalitionen von Rot und Grün beantragt haben, weitere Möglichkeiten für die Öffentlichkeit zu schaffen, Interessenkonflikte und Interessensgegensätze in diesem Parlament aufzuspüren.

Herr McAllister, wenn Sie sich mal eben so schlank dazu äußern, dass wir uns alle noch einmal neu „gaucken“ lassen sollten, müssen Sie sich natürlich fragen lassen, warum Ihr Appell, den Sie nach meiner Ansicht schon zu Recht in die Öffentlichkeit lanciert haben, eigentlich nicht für Mitglieder des Parlaments gilt. Schließlich geht es um tatsächliche Interessen, die möglicherweise eine viel größere Rolle in diesem Landtag spielen können als Dinge, die durch die Rosenholz-Karteien zutage getreten sind. Herr McAllister, im Übrigen

hätte ich mir gewünscht, wenn Sie den großen Schwarzen, der sich ja immer noch weigert, irgendetwas dazu zu sagen, bei der Gelegenheit auch einmal aufgefordert hätten, etwas für mehr Transparenz zu sorgen und seine Tätigkeiten einzustellen.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Wir gehen davon aus, dass Sie das machen! - Heinz Rolfes [CDU]: Jetzt wird es gefährlich!)

Meine Damen und Herren, wir fragen uns, warum es für Abgeordnete, die für Unternehmen tätig sind, schwierig ist, dies auch in der Öffentlichkeit zu sagen. Im kommunalen Bereich ist das gang und gäbe. Für Landtagsabgeordnete gibt es anscheinend andere Regeln, zumindest wenn man der Koalition von CDU und FDP folgt. Warum ist es ein Problem, wenn Abgeordnete offen legen sollen, dass sie während ihrer Tätigkeit im Landtag Vereinbarungen mit Unternehmen getroffen haben, die sich möglicherweise auf Tätigkeiten nach der Landtagstätigkeit beziehen? Im Bundestag muss man das tun. Meine Damen und Herren, warum haben eigentlich Rechtsanwälte ein Problem, wenn sie offen legen sollen, ob sie in Prozessen für oder gegen das Land Niedersachsen beteiligt sind? Ich kann das beim besten Willen nicht nachvollziehen. Ich glaube, viele Bürger im Lande können das auch nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es entzieht sich wirklich meiner Beurteilung, warum Sie nicht zugestehen wollen, offen zu legen, wenn man als Abgeordneter z. B. in einem Interessenverband vertreten ist. Ich kann nicht einsehen, warum das, was in jedem Kommunalparlament, in jedem kleinen Gemeinderat an der Tagesordnung ist, für diesen Landtag nicht gelten soll. Von daher verstehe ich Ihre Ablehnung nicht. Ich kann nur an Sie appellieren, darüber noch einmal wirklich nachzudenken.

Meine Damen und Herren, ich komme dann zu dem Punkt, der sich unter der Überschrift „Geschäftsordnung“ eigentlich nur unzutreffend beschreiben lässt. Die jetzige Regierungsfraktion der CDU hat vom 21. Juni 2000 bis zum 30. September 2002 mit uns, mit den Grünen und mit externen Fachleuten in einer Enquete-Kommission zusammengesessen. Die hieß allerdings nicht „Enquete-Kommission zur Änderung

der Geschäftsordnung“ und hatte von daher natürlich durch ihre Überschrift eine andere Bedeutung. Wenn Sie jetzt, Herr Althusmann, in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, wir würden uns um Nebensächlichkeiten wie die Geschäftsordnung kümmern

(Zustimmung bei der CDU)

und Sie würden sich um Sanierung des Landeshaushaltes kümmern, dann kann ich Sie nur fragen: In welcher Welt leben Sie eigentlich?

(Beifall bei der SPD)

Sie haben sich fast zwei Jahre lang mit dem Thema beschäftigt, und es konnte Ihnen nicht schnell genug gehen. Soll ich Ihnen einmal sagen, was Sie seinerzeit gesagt haben?

„Aus meiner Sicht müssen darüber keine langen Untersuchungen in der Enquete-Kommission durchgeführt werden ... Wir wollen doch eigentlich die Entscheidungen und Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, umsetzen.“

(Karsten Behr [CDU]: Dann habt Ihr das Gott sei Dank umgesetzt!)

„Wir sollten so schnell wie möglich darangehen, die Plenardebatten interessanter zu gestalten.“

Warum gilt das, was Sie am 21. Juni 2000 gesagt haben, eigentlich heute nicht mehr?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Althusmann hat in der Plenarsitzung am 21. November 2002 gesagt:

„Die Ergebnisse dieser Enquete-Kommission - das möchte ich im Hinblick auf meine Schlussworte sagen - können nur dann wirkliche Ergebnisse und für dieses Haus bindend sein, wenn wir sie ernst nehmen. Ich meine, das, was wir erarbeitet haben, ist durchaus dazu angetan, ernst genommen zu werden.“

Ich stelle fest: Sie nehmen Ihre eigene Arbeit nicht mehr ernst.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben anscheinend nicht nur das zeitliche Problem. Ich kann mir nicht vorstellen, warum die neuen Kolleginnen und Kollegen im Parlament die Regeln, die Sie noch vor zwei Jahren als schlecht empfunden haben, noch lernen und sich dann auf neue einstellen sollen. Ihre Argumentation kann ich irgendwie nicht ganz nachvollziehen.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Möhrmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Biallas?

Dieter Möhrmann (SPD):

Nein, ich habe zu wenig Zeit, um Zwischenfragen zu beantworten.

(Bernd Althusmann [CDU]: Dann könnte er sich zu einer Kurzintervention melden!)

Meine Damen und Herren, worum geht es denn? - Wir wollten, wie es in vielen Parlamenten üblich ist, ein Selbstbefassungsrecht der Ausschüsse einführen.

(Zurufe von der CDU)

Wir wollten - da es immer wieder bei Dringlichen Anfragen und auch bei Mündlichen Anfragen zu Problemen führt - zulassen, dass man als Abgeordneter in drei Minuten eine Kurzintervention durchführen kann. Meine Damen und Herren, das haben Sie vehement gefordert. Wir haben uns im November letzten Jahres auf ganz wenige Punkte geeinigt,

(Bernd Althusmann [CDU]: Falsch! Auf eine ganze Menge Punkte!)

und jetzt, wo es zum Schwur kommt, knicken Sie ein und schieben es mit der Begründung weg, man müsse der neuen Fraktion erst einmal Zeit geben, sich in die schlechten alten Regeln einzufinden. Ich weiß nicht, wer das noch verstehen soll. Deshalb, Herr Althusmann, will ich mir auch verkneifen, das zu kommentieren, was Sie ansonsten noch alles gefordert haben. Ich habe Ihnen schon damals gesagt: Warten Sie einmal ab, ob Sie, wenn Sie eine Mehrheit haben, die Punkte auch noch umsetzen wollen. Aber auf die Punkte, über die ich jetzt gesprochen habe, hatten wir uns geeinigt, und zwar

Herr Schünemann, Herr Schröder von der Fraktion der Grünen und ich. Wir hatten das auch mit Mühe gegenüber unseren eigenen Leuten durchgesetzt. Ich möchte Ihnen nicht vorlesen, was Sie zum Thema Redezeit gesagt haben. Sie haben Bedenken und Angst davor, dass, wenn Redezeiten nicht mehr festgelegt sind, das, was Ihnen z. B. heute Morgen bei dem Thema der Gemeindefinanzen passiert ist, noch häufiger passieren würde. Das wollen Sie vermeiden. Es geht also nicht um das zeitliche Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, da bleibt einem eigentlich nur, den Kollegen Althusmann zum Ehrenwendehals zu ernennen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Warum zum Ehrenwendehals? - Ich habe mir eine Beschreibung besorgt, in der steht: Wendehälse können ihren Kopf um 180 Grad drehen.

(Zuruf von der CDU: Um 160 Grad!)

Meine Damen und Herren, ihre Oberseite - das gilt wahrscheinlich auch für Sie - ist unauffällig schwarz gesprenkelt, die Unterseite rabengelb, und - das gilt für Sie auch, weil Sie dort in der Ecke wohnen - sie leben in offenen Kiefernwäldern, in Heide- und Moorlandschaften.

(Zuruf von Hans-Christian Biallas [CDU])

Ich hoffe, dass Sie Ihre und auch die FDP-Fraktion noch davon überzeugen, dass der Weg, den Sie damals gehen wollten, in diesen Punkten richtig ist. Damit das mit dem nötigen Nachdruck passieren kann, habe ich für Sie auch den goldenen Wendehammer mitgebracht. Den möchte ich Ihnen gerne überreichen.

(Dieter Möhrmann [SPD] überreicht Bernd Althusmann [CDU] einen goldenen Hammer - Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine Damen und Herren, nun kann sich der Beschenkte gleich zu Wort melden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Er hat es getan. - Herr Althusmann, Sie haben das Wort.

Bernd Althusmann (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass ich das noch erleben darf, dass ich in diesem Parlament jemals einen Preis von der SPD-Fraktion bekomme!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine Vorbemerkung: Werter Herr Kollege Möhrmann, das Signal, das von einem von Ihnen und von den Grünen zu verantwortenden Parteienstreit über Geschäftsordnungsfragen ausgeht, ist fatal. Es gibt in Niedersachsen im Moment mit Sicherheit Wichtigeres, als sich im niedersächsischen Landesparlament über Ordnungsfragen zu unterhalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Die Bürger erwarten zu Recht, Frau Merk, dass wir solche Fragen im Konsens oder auf dem Wege des Kompromisses ohne Klamauk lösen. Diesen Konsens, den gerade Sie von der Fraktion der Grünen im Zusammenhang mit der Besetzung des Vizepräsidentenamtes anmahnten, haben Sie zugunsten eines Effektes hier gekündigt. Das ist sehr bedauerlich. Die heute von den Fraktionen der SPD und der Grünen erzwungene Abstimmung über in Wahrheit nur Teilaspekte der Empfehlung der Enquete-Kommission ist ein zulässiger, aus Sicht der Opposition sogar ein nachvollziehbarer, aber meiner Meinung nach ein äußerst zweifelhafter Versuch einer bewussten Irreführung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei der CDU - Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie hatten mit Ihrer Mehrheit immerhin 13 Jahre lang Zeit, die von Ihnen heute beklagten Defizite zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie hätten mit Ihrer Mehrheit bereits vor einem Jahr alle Empfehlungen der Enquete-Kommission sofort - noch vor Ende der Legislaturperiode - umsetzen können. Sie haben dies trotz unseres Angebotes zur Zusammenarbeit, Herr Kollege Möhrmann, nicht getan. Sie haben das gerade eben wunderbar zitiert.

Ich bin, rückblickend auf die Arbeit der Enquete-Kommission, zutiefst davon überzeugt, dass es ohne einen Regierungswechsel in Niedersachsen keine Reduzierung der Zahl der Ausschüsse gegeben hätte. Ohne einen Regierungswechsel hätte es kein - trotz FDP im Landtag - verkleinertes Präsidium gegeben. Mitnichten hätte es einen eigenständigen Petitionsausschuss gegeben. Für diese - zugegebenermaßen wenigen - Reformen haben CDU und FDP wenige Wochen, aber nicht 13 Jahre gebraucht, Herr Möhrmann.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dennoch bieten wir Ihnen, wie bereits bei der Konstituierung des Landtages am 4. März angekündigt, an, nach einem Jahr - natürlich mit Rücksicht auf die FDP - an eine weitere Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission zu gehen, und zwar gemeinsam mit Ihnen.

Es gibt noch Einiges zu tun - das haben Sie nicht in Ihren Antrag aufgenommen -, was im Prinzip jedenfalls einvernehmliche Empfehlung der Enquete-Kommission gewesen ist. Was ist denn mit der Frage des Sitzungsrhythmus? Wir hatten uns auf drei Wochen und zwei Sitzungstage geeinigt. Was ist denn mit der Frage der Kurzinterventionen? Wer auf der einen Seite die Redezeitbeschränkungen völlig aufhebt, braucht auf der anderen Seite das Instrument der Kurzintervention nicht mehr, weil sich jeder Abgeordnete jederzeit zu jedem Tagesordnungspunkt zu Wort melden kann.

Was die Reihenfolge der Mündlichen Anfragen - das, was im *rundblick* als Igel-und-Hase-Spiel bezeichnet wurde - angeht, dazu gab es eine einvernehmliche Empfehlung der Enquete-Kommission. Sie haben das in Ihrem Antrag nicht aufgeführt.

Die öffentlichen Sitzungen aller Ausschüsse sind ein wahrhaft umstrittenes Thema. Dazu müsste § 93 der Geschäftsordnung geändert werden. Sie haben das nicht in Ihren Antrag aufgenommen.

Die Frage des Selbstbefassungsrechtes der Ausschüsse ist ein wichtiger Punkt. Wir werden mit unseren Agrarpolitikern sehr genau ausloten müssen, mit welchen Gegenständen der EU-Gesetzgebung - oder was auch immer - sich die Ausschüsse selbst befassen sollten, weil es dabei um wichtige Entscheidungen für die Zukunft dieses Land geht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man kann also nicht einmal eben so Empfehlungen einer Enquete-Kommission in irgendeiner Form umsetzen.

Im Übrigen sei daran erinnert, liebe Frau Merk - Sie haben mir das vorhin in so wunderbarer Form zugerufen -: Geschäftsordnungsfragen umfassten lediglich ein Drittel des Arbeitsauftrages der Enquete-Kommission. Viel bedeutender als diese Fragen waren die Fragen des Selbstverständnisses des Parlaments, die Frage des Bedeutungsverlustes der Länderparlamente, die Frage der Föderalismusreform, die Stärkung der Finanzautonomie und die Wahrung des Budgetrechts des Parlaments bei der Einführung neuer Steuerungsinstrumente. Diese zwei Drittel erwähnen Sie im Zusammenhang mit dem Bericht der Enquete-Kommission aber nicht. Das finde ich beschämend.

Meine Damen und Herren, es gehört zur Wahrheit über die Arbeit der Enquete-Kommission dazu: Nur dadurch, dass die externen Sachverständigen - übrigens gegen Ihren Widerstand - Stimmrecht bekommen haben, konnte etwas durchgesetzt werden, konnte überhaupt etwas Vernünftiges beschlossen werden.

(Axel Plau [SPD]: Sie haben doch keine Ahnung!)

Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten Sie die Enquete-Kommission zu einem Geschäftsausschuss degradiert. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Im Eifer des Gefechts mögen Sie das vergessen haben.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Kollege Althusmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Merk?

Bernd Althusmann (CDU):

Selbstverständlich, gerne.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Frau Kollegin Merk, Sie haben das Wort.

Heidrun Merk (SPD):

Herr Kollege, können Sie sich nicht mehr daran erinnern, dass wir alle gemeinsam dafür gestimmt haben, dass diejenigen, die als Gutachter in der Enquete-Kommission dabei waren, Stimmrecht erhalten? Meine Fraktion hat das einstimmig so beschlossen, und genauso haben wir dann auch in der Enquete-Kommission abgestimmt. Ich fände es gut, wenn Sie bei der Wahrheit blieben und nicht solche Lügen verbreiteten.

Bernd Althusmann (CDU):

Sehr verehrte, liebe Frau Kollegin Merk, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir jetzt einen weiteren Ausschuss, nämlich einen zusätzlichen Ausschuss für Gender Mainstreaming im Niedersächsischen Landtag eingerichtet. Wir mussten Sie in der Frage der Reduzierung der Zahl der Ausschüsse zum Jagen tragen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Kollege Althusmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Aller?

Bernd Althusmann (CDU):

Gerne.

Heinrich Aller (SPD):

Herr Althusmann, Sie beklagen, dass drei konkrete Dinge zur Abstimmung gestellt werden. Was haben diese drei Forderungen mit dem zu tun, was Sie jetzt ins Feld führen? Die Anzeigepflicht für Nebentätigkeiten und Abhängigkeiten hat doch wahrlich nichts mit Redezeiten zu tun.

Bernd Althusmann (CDU):

Dazu komme ich noch. Sehr geehrter Herr Kollege, wenn Sie mich ausreden lassen, werde ich Ihnen auch dazu unsere Position erläutern.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, dass die Empfehlungen von Enquete-Kommissionen keinen rechtsverbindlichen Charakter haben. Es gibt also überhaupt keinen Grund, die Umsetzung solcher Empfehlungen verpflichtend vorzusehen. Stellen sich einmal vor, wir würden in Deutschland die Empfehlungen aller 40 Kommissionen, die zu Fragen der Verfassungsreform, der Parlamentsreform,

der Föderalismusreform eingesetzt worden sind, umsetzen - oben draufgesetzt möglicherweise auch noch Rürup und Hartz. Meine Damen und Herren, die Republik stünde Kopf, wenn das 1 : 1 umgesetzt werden würde.

(Beifall bei der CDU)

Gestatten Sie uns doch heute, lieber Kollege Jüttner, an die Ergebnisse der Enquete-Kommission dieselben Maßstäbe anzulegen, die uns die SPD-Abgeordnete Frau Müller dankenswerterweise - sie ist ja Mitglied der Enquete-Kommission gewesen - mit auf den Weg gegeben hat. Ich zitiere:

„Demokratie beruht auf dem Mehrheitsprinzip. Das darf man nicht über eine Geschäftsordnung aushebeln. Die Verantwortlichkeiten müssen klar und eindeutig bleiben.“

So Frau Müller am 21. November. Herzlichen Dank für diese Vorlage.

(Beifall bei der CDU)

Was das Demokratieverständnis angeht, gilt Gleiches auch für die von Ihnen geforderte Integrationskommission. Es ist schlichtweg falsch, Ausländer- und Aussiedlergruppen in einen Topf zu werfen. Deutsche aus Russland sind nicht Ausländer, sondern Deutsche im Sinne des Grundgesetzes.

(Beifall bei der CDU)

Viel bedenklicher aber ist, dass bei der Zusammensetzung dieses Gremiums die gewählten Mehrheitsverhältnisse nicht mehr gewahrt bleiben. Dem Gremium sollen fünf stimmberechtigte Abgeordnete angehören. Ihnen stehen zehn stimmberechtigte, aber von Verbänden gewählte bzw. benannte Vertreter gegenüber. Das steht in keinem Verhältnis zueinander, zumal zukünftig mit Stimmenmehrheit alle Ausschüsse des Landtages und auch die Landesregierung zwingend mit diesen Fragen beschäftigt werden sollen. Meine Damen und Herren, hierfür gibt es keine demokratische Legitimation.

(Beifall bei der CDU)

Zu guter Letzt zur Frage des erhöhten Transparenzgebotes für Abgeordnete. SPD und Grüne müssen sich schon fragen lassen, warum dieses von ihnen als Problem erkannte Thema, das für alle Parteien wahrlich von politischer Brisanz und Relevanz sein dürfte, bis zu einem Regierungs-

wechsel in Niedersachsen überhaupt keine Rolle spielte. SPD und Grüne haben trotz einer intensiven Debatte im Deutschen Bundestag im Jahre 1998 weder im Bund noch hier im Lande Niedersachsen die Gelegenheit genutzt, diese Fragen auf den Tisch dieses hohen Hauses zu bringen.

(Glocke des Präsidenten)

Dieses plötzliche Misstrauen gegenüber den Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages scheint offenbar erst jetzt aufzutreten. Glaubwürdig wirkt das nicht.

Meine Damen und Herren, kein einziger Abgeordneter der CDU-Fraktion wehrt sich gegen ein Höchstmaß an Transparenz der Abgeordnetentätigkeit. Es liegt in unserem ureigensten Interesse, dass unsere Arbeit für jedermann nachvollziehbar und transparent ist. Es besteht kein Zweifel daran, dass es richtig war, das Parteispendinggesetz zu verschärfen und strafrechtliche Verfehlungen zu ahnden. Abgeordnete, Parteien und Spender unterliegen, wie alle anderen Bürger auch, strengsten Maßstäben. Abgeordnete müssen sich nun einmal ebenso wie jeder andere Bürger auch in diesem Lande an Recht und Gesetz halten.

(Beifall bei der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, ob man die Frage des Transparenzgebotes in einer Anlage zu Geschäftsordnung regeln kann, ist die entscheidende Frage, die schon im Deutschen Bundestag mit Nein beantwortet wurde, u. a. von Professor Morlock und Professor Badura, den von Ihnen benannten Rechtsexperten, die in der dazu durchgeführten Anhörung im Deutschen Bundestag gesagt haben: Um einen solchen weitgehenden Eingriff in die Berufsfreiheit eines Abgeordneten, der eine Diskriminierung von allen Freiberuflern, von Handwerkern, Ärzten und Rechtsanwälten bedeutet, vorzunehmen, müsste das Abgeordnetengesetz geändert werden.

Ich sage Ihnen zu: Wir werden mit Sicherheit sehr genau prüfen, ob wir Ihre Anregungen entsprechend ernst nehmen, um dann in einer ruhigeren Phase zu prüfen, ob das Niedersächsische Abgeordnetengesetz - Frau Kollegin Bockmann, ich wundere mich, dass der Hinweis nicht von Ihnen gekommen ist - entsprechend geändert werden müsste.

Vizepräsident Ulrich Biel:

Herr Kollege Althusmann, Ihre Redezeit ist überschritten.

Bernd Althusmann (CDU):

Ich komme damit zum Schluss. - Meine Damen und Herren, wir werden alle Punkte, wie Sie hier zur Änderung der Geschäftsordnung aufgeführt haben, zum heutigen Tage ablehnen. Das ist aber keine Blockade, sondern wir haben deutlich gemacht, wo wir noch Beratungsbedarf sehen. Wir wollen das mit Ihnen nach wie vor - trotz ihrer Haltung und trotz des Klamauks in der heutigen Sitzung - gemeinsam umsetzen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Da sagen wir Danke schön!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: 3 : 1!)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Für die FDP-Fraktion hat sich der Kollege Lehmann zu Wort gemeldet. Herr Kollege Lehmann, ich erteile Ihnen das Wort.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Die sind doch noch in der Probephase! Das finde ich nicht in Ordnung, Herr Präsident!)

Carsten Lehmann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen! Sehr verehrte Kollegen! Ich will eingangs kurz darauf eingehen, dass hier immer wieder gesagt wird, die FDP könne jetzt noch keine Entscheidung treffen, weil sie noch nicht so lange dabei sei. - Das haben wir in der Tat angeführt. Ich habe in der letzten Ältestenratsitzung angeboten, uns bis Ende des Jahres Zeit zu lassen, um die entsprechenden Erfahrungen zu sammeln.

Natürlich sind wir auch schon jetzt in der Lage, die Dinge zu beurteilen, und ich werde dazu auch entsprechend Stellung nehmen. Es stellt sich nämlich die Frage, wie viel Erfahrung man überhaupt sammeln kann. Sie sagen, wir seien schon ein halbes Jahr dabei. Dann müssen Sie die Parlamentsferien abziehen, und dann bleibt nicht mehr so viel. - Aber ich werde Ihnen sagen, wie wir die Dinge

einschätzen, und dann werden Sie sicherlich auch überzeugt sein.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Aber Schuld habt ihr auch nicht!)

Wir haben nach unseren bisherigen Erfahrungen keinen Anlass, auf die von Ihnen vorgelegten Anträge einzugehen, insbesondere wenn es darum geht, die Einflussmöglichkeiten der Abgeordneten zu verstärken und längere Redezeiten zu erhalten.

Es wird vorgetragen - das ist heute auch schon erwähnt worden -, die Debatten sollten aktueller, lebendiger und effektiver werden. Was die Lebendigkeit der Debatten angeht: Sie sind schon jetzt relativ lebendig. Der Inhalt der Debatten aber wird nicht allein von der Anzahl der Anfragen oder davon bestimmt, dass man sich mehr einbringen kann, sondern von dem, was gesagt wird. Allein durch eine Verlängerung der Redezeit wird es nicht besser. Schließlich muss man nicht nur mehr reden, sondern man muss vor allen Dingen zur Sache reden. Das ist es, was wir in diesem Hause insbesondere brauchen: den Austausch sachlicher Argumente.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Eben wurde darauf hingewiesen, heute Morgen hätte man ja gesehen, wie wichtig es sei, zwischendurch noch Fragen stellen zu können. Allerdings habe ich nicht erkennen können, dass die Debatte dadurch, dass mehrfach nachgefragt und dann auch geantwortet wurde, besser geworden ist. Die Nachfragen haben die Debatte zwar in die Länge gezogen, aber unter dem Strich haben sie nicht zu einem größeren Erkenntnisgewinn geführt, als wenn die Debatte ganz normal durchgeführt worden wäre.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Dieter Möhrmann [SPD]: Ist doch in Ordnung! Sagen Sie doch Nein!)

Wenn wir uns über die Debattenkultur unterhalten, dann sollten wir nicht nur darüber sprechen, dass mehr gesagt werden müsste und dass sich der einzelne Abgeordnete mehr einbringen müsste, sondern dann müssten wir uns darüber unterhalten, wie die Abläufe im Parlament sind.

Ich erinnere mich gerne an die erste Rede unserer haushaltspolitischen Sprecherin, der Kollegin Peters: Kaum hatte sie ihren ersten Satz herausge-

bracht, da wurde sie von der linken Seite des Hauses schon so angegangen, dass ich mich gefragt habe, warum sich jemand, der neu im Parlament ist, nicht erst einmal akklimatisieren darf. Das ist doch auch eine Frage der Debattenkultur. Ich habe in vielen Fällen jedenfalls den fairen Umgang miteinander vermisst.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Darüber müsste man in jedem Fall einmal sprechen. Das fällt übrigens nicht nur mir auf, und ich stelle mich hier auch nicht als der Gute hin, sondern das entnehme ich auch Briefen von Lehrern, die mir schreiben: „Ich war mit meinen Schülern hier, und die waren völlig entsetzt, wie hier im Hause zum Teil geredet wird.“ Wir müssen uns alle fragen, ob der Umgang, den wir miteinander pflegen, so richtig ist. Ich glaube, zum Teil ist er eben nicht richtig. Ein Beispiel habe ich eben genannt.

Wir verbessern auch nicht das Bild der Politiker und der Politik insgesamt, wenn wir sagen, wir schaffen quasi den gläsernen Abgeordneten, indem wir die Darlegungspflicht in dem Sinne ausweiten, wie es von Ihnen beantragt worden ist. Wir beklagen sehr häufig, dass wir zu wenige Selbstständige bzw. Freiberufler in unseren Reihen haben. Die werden natürlich in gewisser Weise abgeschreckt, wenn sie alles offen legen müssen. Herr Möhrmann hat gesagt, er versteht nicht, warum Rechtsanwälte ein Problem hätten. Herr Möhrmann, Sie sollten sich einmal mit dem Standesrecht der Rechtsanwälte beschäftigen. Dann würden Sie nämlich feststellen, dass es dort Verschwiegenheitspflichten gibt und dass man Fälle, die man bearbeitet, und Mandate, die man hat, nicht einfach offen legen darf.

(Heike Bockmann [SPD]: Das stimmt doch gar nicht! Gucken Sie doch mal hinein!)

Es bleibt dabei: Wir haben in unserer Parlamentszeit bisher keine Veranlassung gesehen, auf Ihre Vorschläge einzugehen. Es wurde schon gesagt - ich schließe noch einmal daran an -: Ihre Vorschläge sind im Hinblick auf das, was die Enquete-Kommission vorgelegt hat, unvollständig geblieben. Im Übrigen hätten Sie Ihre Vorschläge schon längst umsetzen können. Das haben Sie nicht gemacht. Uns nun den Vorwurf zu machen, wir würden das auch nicht tun, ist eine Umkehrung der

tatsächlichen Verhältnisse. Sie hätten es längst machen können. Warum haben Sie es nicht getan? - Wir werden jedenfalls nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Ulrich Biel:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 4. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Das Erste war die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 5 a und 5 b. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Das Erste war die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Einzelberatung zu Punkt 5 c. Ich rufe auf:

§ 10 Abs. 1 Nr. 7. - Unverändert.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung in der Schlussabstimmung zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

(Bernd Althusmann [CDU]: Da könnt ihr doch mitmachen! Das ist die Änderungsempfehlung des Ausschusses! Kommt hoch!)

Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit haben Sie dem Antrag in der Schlussabstimmung zugestimmt.

Meine Damen und Herren, wir sind so weit, dass wir in die Mittagspause gehen können. Ich wünsche Ihnen allen einen guten Appetit.

Unterbrechung: 13.17 Uhr.

Wiederbeginn: 14.32 Uhr.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, wir setzen unsere Sitzung fort. Ich rufe vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Tagesordnungspunkt 6:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2004 (Haushaltsgesetz - HG 2004 -) - Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 15/345

Tagesordnungspunkt 7:

Erste Beratung:

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2004 - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/388 und Berichtigung

Tagesordnungspunkt 8

Erste Beratung:

Wiederherstellung der staatlichen Handlungsfähigkeit durch den Abbau von Subventionen und die Auflösung von Mischfinanzierungen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/386

und

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

Regionale Wirtschaftsförderung - Für den Fortbestand der GA-Mittel in Niedersachsen - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/393

Die Redezeiten sind wie folgt festgelegt: CDU und SPD jeweils 45 Minuten, FDP und Grüne jeweils 22,5 Minuten, Landesregierung 45 Minuten.

Zur Einbringung von Tagesordnungspunkt 6 erteile ich Herrn Minister Möllring das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat mit dem Haushaltsplanentwurf 2004 einen klaren und berechenbaren Kurs eingeschlagen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dies zeigt sich schon daran, dass wir trotz Regierungswechsel und schwierigsten Rahmenbedingungen den vorgefundenen Zeitplan zur Aufstellung des Haushaltsplanes für 2004 übernommen und eingehalten haben.

Unmittelbar nach der haushaltswirtschaftlichen Standortbestimmung und der Erarbeitung des Zweiten Nachtragshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2003 wurden die entscheidenden Weichenstellungen für das Haushaltsjahr 2004 in Angriff genommen. Diesem entschlossenen Vorgehen ist es zu verdanken, dass heute - wie im Landtagskalender vorgesehen - die Beratung des Haushaltes 2004 beginnen kann. Damit ist zugleich der Grundstein für die rechtzeitige Verabschiedung im Dezember-Plenum gelegt. Auf dieses hohe Tempo bin ich übrigens genauso stolz wie auf die in der Sache erzielten Erfolge.

Wie Sie wissen, habe ich bereits zweieinhalb Monate nach meinem Amtsantritt den Zweiten Nachtragshaushaltsplan 2003 eingebracht. Noch im Juni wurde er hier im Landtag verabschiedet. Er bildet inzwischen für alle am Haushaltsvollzug Beteiligten eine neue und vor allen Dingen verlässliche Grundlage. Der neuen Landesregierung ist es damit quasi aus dem Stand heraus gelungen, den schlingernden Landeshaushalt wieder auf Kurs zu bringen und in einem ersten Schritt die Verhältnisse für 2003 vernünftig zu ordnen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Diesen Prozess hat die Landesregierung von Anfang an mit verschiedenen Maßnahmen flankiert, die einen Beitrag dazu leisten können, die notwendige strategische Neuausrichtung des Landes herbeizuführen. Hierzu zähle ich die Verschärfung der Haushaltsführung ebenso wie die Neuausrichtung der Verwaltungsmodernisierung und die unverzügliche Berufung einer Haushaltsstrukturkommission. Ich meine, es hat dem Land gut getan, dass wieder eine Mannschaft an Bord ist, die nicht nur weiß, wohin sie will, sondern auch, wie sie dorthin kommt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Dieter Möhrmann [SPD]: Sie sollte aber auch nicht vergessen, wo sie herkommt!)

- Herr Möhrmann, das Schiff kommt aus Ihrer Richtung und war ziemlich am Schlingern. 13 Jahre lang sind wir unter Wasserlinie gefahren. Wir

versuchen jetzt, das Schiff langsam wieder auf über Wasserlinie zu bringen. Ich wäre dankbar, wenn ich nachher Ihre Vorschläge dazu hören könnte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Erste Ergebnisse dieser Neuorientierung haben wir im Entwurf des Haushaltsplans 2004 umgesetzt. Weitere werden wir Ihnen in der Mipla 2003 bis 2007 vorstellen, die wir Ihnen rechtzeitig vor der Schlussberatung des Haushaltsplanes im Haushaltsausschuss vorlegen werden.

In der Tat stellte die Erarbeitung eines ausgeglichenen Haushaltsplanentwurfs für 2004 eine Aufgabe dar, die in der Geschichte Niedersachsens ohne Beispiel war. Auch wenn es sich hierbei um den ersten Grundhaushalt der neuen Landesregierung handelt, konnten wir leider nicht auf der grünen Wiese beginnen.

(Heinrich Aller [SPD]: Das stimmt!)

- Herr Aller, wir mussten auf Ihren katastrophalen Zahlen aufbauen. Das sind unsere Grundlagen. Deshalb hätte ich an Ihrer Stelle hier keinen Zwischenruf gemacht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe das alles extra aus meiner Rede herausgestrichen, aber Sie waren der erste und hoffentlich der letzte Finanzminister, der in einem Jahr 3,8 Milliarden Euro mehr ausgegeben hat, als er eingenommen hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Heinrich Aller [SPD]: Die haben Sie sofort zurückgeführt!)

Auf Basis des für 2003 entwickelten Datenstandes und der bestehenden Vorbelastungen und Neuansmeldungen ergab sich für 2004 insgesamt eine Deckungslücke von sage und schreibe 1,45 Milliarden Euro. Das sind fast 3 Milliarden DM.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das ist ja unheimlich!)

Dass das Problem der Haushaltsdeckung eine solche Größenordnung erreicht, hat auch mit dem für das Jahr 2002 festgestellten Soll-Fehlbetrag von gewaltigen 233,7 Millionen Euro zu tun - und das, obwohl die von der alten Landesregierung erst

Mitte Dezember 2002 mehr als verdoppelte Kreditermächtigung von nahezu 3 Milliarden Euro voll ausgeschöpft wurde. Der Ist-Fehlbetrag lag mit 386 Millionen Euro übrigens noch darüber. Weil wir einen Soll-Haushalt fahren, wird diese Differenz übrigens nicht beseitigt, sondern wird uns die Differenz von über 152 Millionen Euro beim nächsten Haushalt einholen. Das muss man immer noch sagen. Wir haben also noch mehrere Jahre lang an Ihrem Defizit zu tragen.

Diese gewaltige Lücke ist ganz wesentlich auf das Zusammentreffen ungünstiger struktureller wie konjunktureller Faktoren und die sich daraus ergebende gesamtwirtschaftliche Wachstumsschwäche in Deutschland zurückzuführen, aus der erhebliche Steuerausfälle resultieren,.

(Heinrich Aller [SPD]: Das hätten Sie gleich am Anfang sagen sollen!)

Die entscheidende Voraussetzung für einen nachhaltigen Abbau der öffentlichen Defizite besteht daher in einer Wiedergewinnung wirtschaftlicher Dynamik. Der Schlüssel hierzu liegt in der Gestaltung der bundespolitischen Rahmenbedingungen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik; darüber haben wir bereits heute Morgen diskutiert. Deren Aufgabe ist es - insbesondere durch eine tiefgreifende Reform der sozialen Sicherungssysteme sowie des Arbeitsmarktes -, Wettbewerb und Flexibilität zu fördern, Effizienzreserven zu mobilisieren, Lohnnebenkosten zu senken und auf diese Weise unverzichtbare Grundlagen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und in dessen Gefolge für eine Belebung des Wachstums der Steuereinnahmen zu legen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie wir alle wissen, ist ohne nachhaltiges und angemessenes Wirtschaftswachstum Defizitabbau im notwendigen Maße nicht möglich. Gleichwohl ist die Landesregierung entschlossen, zumindest im Rahmen dessen, was aus eigener Kraft möglich ist, den dringend erforderlichen Kurswechsel bei der Schuldenaufnahme einzuleiten. Der Haushaltsplanentwurf 2004 sieht deshalb trotz aller damit verbundenen schmerzlichen Kürzungsentscheidungen eine im Vergleich zu diesem Jahr um 350 Millionen Euro abgesenkte Kreditaufnahme von 2,5 Milliarden Euro vor. Wie Sie wissen, hat die Landesregierung im Rahmen ihrer Klausursitzung vor 14 Tagen festgelegt, diese Absenkung der

Nettoneuverschuldung um 350 Millionen Euro jährlich bis 2007 in allen Planungsjahren fortzusetzen.

Die weiter ausbleibende konjunkturelle Belebung schlägt also unmittelbar auf die für Niedersachsen zu erwartenden Steuer- und steuerinduzierten Einnahmen des Jahres 2004 durch. Basis für ihre Veranschlagung sind die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung im Mai 2003. Aufgrund der zu diesem Zeitpunkt erneut verringerten Wachstumserwartungen mussten die Einnahmeprognosen für das Jahr 2004 massiv reduziert werden.

Für Niedersachsen heißt das: Nach den Minusjahren 2001 und 2002 mit Rückgängen von 4,5 % und 8,3 % der Steuereinnahmen gegenüber dem jeweiligen Vorjahr kommt es zwar in den Jahren 2003 und 2004 wieder zu einem absoluten Ansteigen der Einnahmeerwartungen. Die Einnahmeerwartungen liegen aber für 2004 um 1,3 Millionen Euro oder um rund 8 % unter dem Niveau der vorherigen Schätzung vom Mai 2002.

(Heinrich Aller [SPD]: Milliarden, nicht Millionen! Sonst ginge es ja!)

- 1,3 Milliarden Euro. Sonst ginge es, sonst hätten wir kein Problem damit, da gebe ich Ihnen Recht. Nur wenn man sieht, dass die Steuereinnahmen um 4,5 % und 8,3 % zurückgehen, macht man eine eigene Schätzung, dass man um 1,3 Milliarden Euro höher liegt. Man muss natürlich von der Basis schätzen, von der man auszugehen hat; und das hat die alte Landesregierung leider versäumt.

Wenngleich das erwartete Einnahmenniveau aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen im Haushaltsplanentwurf 2004 immerhin noch um etwa 0,5 Milliarden Euro über dem des Jahres 2003 liegt, darf bei der Gesamtbeurteilung nicht vergessen werden, dass sich die Einnahmen damit gerade einmal auf dem Niveau des Jahres 1999 bewegen. Welche Ausgabesteigerungen sich für den Landeshaushalt in dieser Zeit ergeben haben, dürfte allen in diesem Hause hinlänglich bekannt sein. Während mit den Steuereinnahmen von rund 15,5 Milliarden Euro im Jahre 1999 ein Haushaltsvolumen von 20,6 Milliarden Euro bewältigt werden musste, liegt dieses im Jahre 2004 mit 22,6 Milliarden Euro 2 Milliarden Euro darüber.

Voraussetzung dafür, dass die aus der zentralen Schätzung vom Mai 2003 abgeleiteten Erwartungen erfüllt werden, ist eine schnelle und deutliche

Belebung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Ohne kräftiges Wachstum wird auch die Belebung der Steuereinnahmeentwicklung nicht stattfinden; und Wachstum wird nur stattfinden, wenn wir alle mehr arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Man muss den Leuten natürlich auch die Gelegenheit geben zu arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Keine Risiken, aber klare Grenzen sind hinsichtlich möglicher Vermögensaktivierung zu erkennen. Wir haben die Entnahmen aus dem Landesliegenschaftsfonds mit 25 Millionen Euro, dem Agrarstrukturfonds mit 11 Millionen Euro und die 152 Millionen Euro Veräußerungserlöse für domänenfiskalische Flächen deshalb in dieser Höhe veranschlagt, weil wir sicher sind, entsprechende Einnahmen auch tatsächlich realisieren zu können. Ich habe auch nicht gehört, dass bisher irgendjemand behauptet hätte, ein solcher Betrag sei mit der Wertigkeit unserer Domänen nicht zu vereinbaren. Glauben Sie mir, mein Bedürfnis nach Luftbuchungen ist nicht sehr ausgeprägt; denn ich möchte noch eine lange Zeit als Finanzminister vor Ihnen stehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Wolfgang Jüttner [SPD]: Vier Jahre könnten drin sein!)

- Herr Jüttner, warten wir es doch ab!

Auch auf der Ausgabenseite des Haushalts haben wir deshalb größten Wert darauf gelegt, Ausgabeansätze realistisch zu bemessen und Globalbuchungen so weit wie möglich zu begrenzen. Im Ergebnis ist es uns gelungen, durch ein Bündel von Einsparauflagen unter anderem im Bereich der Subventionen und Zuwendungen diese gewaltige Deckungslücke zu schließen. Dass dieses Manöver erfolgreich war, hatte vor allem damit zu tun, dass sich das Kabinett auf anteilige Einsparauflagen für alle Ressorteinzelpläne verständigen konnte, die in vielen Fällen bis an die Grenzen des Machbaren gehen mussten. Ich darf hier einmal allen Kolleginnen und Kollegen des Kabinetts danken, dass sie mit an der richtigen Seite des richtigen Strickes gezogen haben. Eine Einzelmaßnahme kann das nicht sein. Ein derartiger Haushaltsentwurf ist immer eine Kollegialvorlage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will Ihnen hier nicht alle Einzelheiten aufzählen. Zusammenfassend möchte ich aber feststellen, dass Mehrforderungen im Umfang von 207 Millionen Euro abgelehnt und in den Ressorthaushalten zugleich Einsparungen von über 530 Millionen Euro realisiert werden mussten. Damit Sie nur einmal sehen, vor welchen Problemen wir stehen: Wenn der Kollege in Bayern 530 Millionen Euro streichen würde, könnte er 200 Millionen Euro aufs Sparbuch legen. So gering ist dessen Nettokreditaufnahme. Sie sehen, mit welchen Problemen wir hier zu kämpfen haben.

Mit Augenmaß - ich habe das eben schon erläutert - wurde eine Vermögensaktivierung im Umfang von 188 Millionen Euro eingestellt. Durch die Nutzung der Öffnungsklausel im Besoldungsrecht und sonstiger Einsparungen musste mit fast 290 Millionen Euro zudem ein ganz erheblicher Beitrag im Bereich der Personalausgaben mobilisiert werden. Hieran haben die Einsparungen bei der Beamtenbesoldung mit allein 210 Millionen Euro den größten Anteil. Daneben nenne ich noch die Kürzung der Personalausgabenbudgets, Einstellungsstopps, Zahlungstermin, Sozialversicherungsausgaben von 77 Millionen Euro.

Nehmen Sie mir ab, dass dem Kabinett diese Kürzungsentscheidung sehr, sehr schwer gefallen ist. Aber solange wir einen Landeshaushalt haben, der die Verschuldungsgrenze der Niedersächsischen Verfassung nicht einhalten kann, muss man auch schwere Entscheidungen treffen.

Eines darf man nicht aus dem Auge verlieren: Wir haben keinen Sparhaushalt vorgelegt. Sparen kann man nämlich nur, wenn man Geld hat und es nicht ausgibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn man Geld ausgibt, das man nicht hat, dann macht man Schulden. Wir nennen das vornehm „Nettokreditaufnahme“. Aber das ist ein anderer Name für den gleichen Vorgang. Wenn man Geld, das man nicht hat, nicht ausgibt, dann handelt man schlichtweg vernünftig, und das tun wir.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Adorno würde sagen: ein Haushalt der reinen Vernunft.

(Heiterkeit)

Unter den gegebenen Bedingungen überhaupt noch politische Schwerpunkte zu setzen, stößt auf sehr enge Grenzen. Aber selbstverständlich ist es Aufgabe einer Landesregierung, auch in solchen Zeiten zu gestalten. Für alles, was zusätzlich finanziert werden soll, müssen in jedem Fall Einsparungen in Kauf genommen und auch angeboten werden. Auch dies ist ohne Alternative; denn zusätzliche Kreditmittel stehen als Finanzierungsinstrument definitiv nicht mehr zur Verfügung. Wir haben uns deshalb auch ganz bewusst auf wenige Politikbereiche konzentriert. Weil Leistungsausweitungen teuer erkaufte werden müssen, müssen sie wohl auch auf lange Sicht die Ausnahme bleiben.

Ich meine, vor diesem Hintergrund verbietet sich jede Häme, wenn die Landesregierung ankündigt, den Bestand an Lehrerstellen im Einklang mit den Schülerzahlen mittelfristig wieder zurückzuführen. Entscheidend ist eine ausreichende Qualität und Quantität der Unterrichtsversorgung; und die werden wir sicherstellen, weil wir hierzu keine Alternative sehen.

Herr Oppermann, der jetzt nicht da ist, hat heute Morgen auf den Zeitungsartikel zu dem OECD-Bericht hingewiesen, wonach mangelnde Bildung ein wachstumshemmender Faktor ist. Wir haben in diesem Jahr 2 500 Lehrerstellen geschaffen und für 2004 auch finanziert. Diese Stellen sind inzwischen auch alle vergeben, sodass die Lehrer inzwischen an unseren Schulen arbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Damit werden im Haushalt 2004 genauso wie im Haushalt 2003 69 046 Lehrerstellen finanziell abgesichert. Das ist die höchste Zahl, die es in Niedersachsen je gegeben hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Auch die personellen Möglichkeiten der Polizei werden endlich nachhaltig verbessert. Wir haben die Einstellung von weiteren 250 zusätzlichen Polizeianwärtern berücksichtigt, sodass im Jahre 2004 500 zusätzliche Polizeianwärter vorhanden sind. Das wollen wir in den Jahren 2005 und 2006 fortsetzen.

Die Hochbauinvestitionen werden auf dem hohen Niveau von 180 Millionen Euro fortgeführt, wenngleich für den Beginn zusätzlicher Maßnahmen jeder Spielraum verloren gegangen ist, nachdem noch unter der alten Landesregierung mehr Projekte begonnen wurden, als nach den Planungen finanziert werden konnten.

Die Realisierung des Tiefwasserhafens Wilhelmshaven wurde im Haushalt nun hinreichend abgesichert: 13,1 Millionen Euro allein im Jahre 2004 plus 333 Millionen Euro bis 2007, also im Planungszeitraum der neuen MiPla. Schließlich werden wir die für regionale Wirtschaftsförderung vorgesehenen Landesmittel in Höhe von 40 Millionen Euro auch im Jahre 2004 bereitstellen, obwohl der Bundesfinanzminister die GA „Regionale Wirtschaftsförderung“ ab 1. Januar 2004 auf die neuen Länder beschränken will.

Darüber hinaus erhalten die Kommunen über den kommunalen Finanzausgleich 75 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Auch das ist eine Tat für die Kommunen; darüber haben wir heute Morgen schon diskutiert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Dieter Möhrmann [SPD]: Automatische Folge, Herr Kollege!)

- Natürlich ist das eine rechnerische Folge. Nur, Sie haben immer dann, wenn es hoch gegangen ist, gleich über das Haushaltsbegleitgesetz eingegriffen und den Kommunen den Mehrwert weggenommen. Wir sagen den Kommunen, dass sie das bekommen, was ihnen zusteht. Das sind 75 Millionen mehr als in diesem Jahr und deutlich mehr als im letzten Jahr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen, dass wir wissen, wohin wir wollen und was zu tun ist. Genau daran fehlt es bei dem von der SPD eingebrachten Entschließungsantrag „Wiederherstellung der staatlichen Handlungsfähigkeit ...“. Da haben sich offenbar diejenigen in der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet, die wissen, was sie uns hinterlassen haben. Meine Zeit reicht leider nicht aus, und ich will mich auch nicht mit den ziemlich unausgegorenen Vorstellungen Ihres Antrags auseinander setzen. Ich will nur auf einen Punkt hinweisen: Die dem Antrag beigelegte Liste enthält Vorschläge zum Abbau von Steuervergünstigungen von etwas weniger als 1,8 Milliarden

Euro, während Sie im Beschlussteil Ihres Antrags sagen, dass man anhand dieser Liste 1,9 Milliarden Euro sparen kann. Wie man mit einer Liste, auf der nicht 1,9 Milliarden draufstehen, 1,9 Milliarden einsparen will, bleibt sicherlich Ihr Geheimnis. Aber vielleicht muss - wie nach der Pressekonferenz von Herrn Gabriel - nachmittags der Pressesprecher noch einmal herumlaufen und das richtige Exemplar verteilen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Dieter Möhrmann [SPD]: Schauen Sie die Drucksache noch einmal an!)

Ich komme zum Schluss. Wir treffen ehrliche Aussagen zu dem, was das Land sich noch leisten kann. Wir haben mutige Entscheidungen nicht gescheut, wir haben Mut zu radikalen Einschnitten bewiesen, und wir haben die Dynamik der Ausgabesteigerung deutlich begrenzt. Genauso wollen wir in den nächsten Jahren weitermachen. - Vielen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Meine Damen und Herren, bevor ich weitere Redner aufrufe, begrüßen Sie mit mir gemeinsam eine Delegation aus der russischen Region Slawsk in der Nähe von Königsberg unter der Leitung des Landrates Alexander Dudnik. Ich freue mich ganz besonders, dass Sie heute hier an dieser Debatte teilnehmen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir fahren fort. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Möhrmann von der SPD-Fraktion. Herr Möhrmann, Sie haben das Wort.

Dieter Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich will zunächst einmal gerne einräumen, dass Sie sich hier sehr sachlich auseinander gesetzt haben.

(Zuruf von der CDU: Das ist er immer!)

- Wenn Sie das behaupten, dann kennen Sie ihn noch nicht lange genug, Herr Kollege. Ich jedenfalls habe hier eine andere Erfahrung gemacht.

(Reinhold Coenen [CDU]: Das ist sein Markenzeichen!)

Aber jetzt zur Sache. Herr Möllring, ich möchte einige Vorbemerkungen machen, weil ich Ihrer Rede aufmerksam zugehört habe.

Es geht nicht, dass Sie auf der einen Seite beklagen, dass im Jahre 2003 die Nettokreditaufnahme hochgefahren worden ist, Sie sie in Ihrem Nachtrag noch einmal erhöhen und dann die, die wir beschlossen haben, weiterlaufen lassen. Wenn Sie das Beklagen ernst meinten, hätten Sie die Nettokreditaufnahme reduzieren müssen. Das haben Sie nicht getan.

Eine zweite Vorbemerkung. Sie haben hier zu Recht die öffentlichen Defizite und die zurückgehenden Steuereingänge beklagt. Wenn das zutreffend ist, dann müssen Sie das natürlich auch Finanzminister Aller zugute halten und können das nicht nur für sich selbst in Anspruch nehmen.

Meine Damen und Herren, ob das, was Herr Möllring hier vollmundig zu den Leistungen der neuen Landesregierung geäußert hat, zutreffend ist, wollen wir einmal im Einzelnen untersuchen.

Sie haben sich für Ihren Haushalt zwei Grundannahmen ausgesucht. Die erste Grundannahme ist: Der Wirtschaft geht es gut und in 2004 wieder besser; denn die Steuereinnahmen steigen um 498 Millionen Euro. Ohne diese Grundannahme hätten Sie diese Planungsdaten nicht übernehmen können.

Ihre zweite Grundannahme, Herr Möllring, ist: Uns geht es schlecht. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht ist gestört, und zwar nicht nur in diesem Jahr, sondern bis zum Jahre 2006. Nur so ist zu erklären, dass Sie angekündigt haben, dass Sie bis 2007 sogar die Nettokreditaufnahme über die selbstfinanzierten Investitionen ausdehnen müssen.

Also, Sie müssen sich entschieden, welches Argument Sie gelten lassen wollen.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, sage ich hier nichts anderes als das, was der Kollege Merz im Bundestag gesagt hat. Herr Möllring, Sie müssen sich entscheiden, ob Sie der Strategie Merz folgen wollen. Dann dürfen Sie die knapp 500 Millionen Euro nicht als zusätzliche Einnahme einplanen, sondern müssen Sie sie irgendwo zusätzlich einsparen. Oder Sie müssen die Nettokre-

ditaufnahme noch weiter erhöhen. - Von daher ist hier der erste Widerspruch festzustellen.

Herr Kollege Möllring, auch für das Jahr 2003 sind Sie noch davon ausgegangen, dass ein nominales Wirtschaftswachstum von 3 % erreichbar ist. Wir alle wissen, dass dieses Ziel nur noch unter größten Schwierigkeiten erreicht werden kann. Deswegen, Herr Möllring, müssen Sie, wenn Sie die Mipla für das Jahr 2005 endlich vorlegen, Vorsorge dafür treffen, dass das Haushaltsjahr 2003 erneut nicht ausgeglichen war.

Meine Damen und Herren, trotzdem bleibt es dabei, dass Sie in Ihrem Haushaltsplanentwurf von Mehreinnahmen in Höhe von 500 Millionen Euro ausgehen. Was machen Sie eigentlich mit dem Geld, Herr Möllring?

(Zurufe von der CDU)

Wir können nicht feststellen, an welcher Stelle Sie über das, was die alte Landesregierung sich noch vorgenommen hat, hinausgehen. Und, meine Damen und Herren: Im Interesse des Landes kann man natürlich nur hoffen, dass die Einnahmen tatsächlich eingehen werden.

Aber es geht nicht nur um das, was Herr Möllring hier als Strategie verkündet hat. Es geht auch darum, einmal zu untersuchen, ob die Aussage des Ministerpräsidenten, der in großen Schuhen daherkommt, zutreffend ist, dass die Nettokreditaufnahme im Haushalt 2004 hinter der von 2003 zurückbleibt.

Sie haben vorher erklärt, Sie würden die Nettokreditaufnahme um 345 Millionen Euro reduzieren und mit 2,5 Milliarden Euro auskommen. Wenn man sich Ihr Haushaltsaufstellungsverfahren anschaut, dann stellt man fest, dass Sie sehr schnell gemerkt haben, dass diese Zahl, wenn überhaupt, dann wohl nur sehr schwer zu erreichen ist. Sie waren aber nicht Manns genug, das in der Öffentlichkeit zuzugeben, und haben deshalb etwas getan, was man Ihnen vorhalten muss, Herr Möllring. Sie haben sich, wie jeder seriöse Haushaltspolitiker feststellen wird, mit Haushaltsbuchungen, die man nur als Luftbuchungen bezeichnen kann, und mit Schattenhaushalten gerettet. Ich will Ihnen das beweisen: Wenn Sie dem Landtag als Einsparung im Bereich Wohnungsbau verkaufen, dass Sie die Städtebauförderung und die Krankenhausförderung zur LTS Wohnungsbau geben und die sich dann mit 115,3 Millionen Euro verschulden muss, dann

ist das nichts anderes als ein Schattenhaushalt, der zulasten Dritter aufgestellt wird.

(Beifall bei der SPD)

Herr Möllring, Sie haben die Klosterkammer schon angesprochen. Wenn Sie auch da der Auffassung sind, die könnten die 152 Millionen Euro für die Domänen, die Sie an sie verkaufen wollen, mal so eben aus der Portokasse bezahlen, dann muss ich auch insoweit feststellen, dass die Klosterkammer dieses Vermögen nicht hat und nicht so liquide ist. Auch hierfür ist eine zusätzliche Verschuldung notwendig.

Also muss man schon einmal die beiden Posten 115 und 152 Millionen zur Nettokreditaufnahme dazuzählen.

Und es kommt noch besser, meine Damen und Herren. Sie haben uns immer vorgeworfen, wir würden die globale Minderausgabe nicht erreichen. Das hat sich für das Jahr 2002 auch tatsächlich herausgestellt. Nun haben Sie, was ich nicht kritisiere, erheblich eingegriffen, insbesondere in die Beschäftigungsvolumina der einzelnen Häuser. Sie haben erheblich eingegriffen in die Sachausgaben. Sie haben erheblich eingegriffen in Investitionen, noch über das hinaus, was die Vorgängerregierung schon immer gemacht hatte.

(Zuruf von der CDU: Die haben nichts gemacht!)

Trotzdem trauen Sie sich zu, obwohl 2002 die globale Minderausgabe nicht erreicht wurde, im Jahre 2004 222 Millionen einzusparen und übergeben das den Häusern. Meine Damen und Herren, auch das ist eine typische Luftbuchung.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn wir der pessimistischen Auffassung von Herrn Merz folgten, dass die 500 Millionen Euro Mehreinnahmen im Haushalt nicht erreicht werden, dann hätten Sie folgende Situation, Herr Möllring: 3,553 Millionen Euro zusätzliche Schulden, verursacht durch den Haushaltsplan 2004 dieser Landesregierung. Das ist eine Summe, die noch keine Regierung vor Ihnen erreicht hat. Das ist eine Summe, die auch Sie, Herr Wulff, sich zu Herzen nehmen sollten, weil ich glaube, dass Sie dann nicht mehr sagen können: Wir haben im Gegensatz zu allen Bundesländern erreicht, dass die Nettokreditaufnahme zurückgeht, während alle

anderen sie erhöht haben. Ich stelle fest: Ihre Aussage war unzutreffend.

(Beifall bei der SPD - David McAllister [CDU]: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Selbst wenn ich diese pessimistische Annahme von Herrn Merz außen vor lasse, landen wir immer noch bei fast 3 Milliarden Euro, das sind 6 Millionen DM.

(David McAllister [CDU]: Milliarden!)

- 6 Milliarden DM. - Ich hätte Herrn Möllring hier einmal erleben wollen in seiner früheren Rolle als Oppositionspolitiker. Den neuen Kolleginnen und Kollegen kann ich nur empfehlen, einmal nachzulesen, was der so alles gesagt hat. Ich stelle mir vor, was hier los gewesen wäre, wenn man einer Landesregierung mit Fug und Recht hätte unterstellen können, sie nähme eine Verschuldung von 6 Milliarden DM pro Jahr billigend in Kauf. Dann hätten Sie auf den Oppositionsbänken Zeter und Mordio geschrien und sich gar nicht wieder beruhigen können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, und was machen Sie? - Sie geben in dem einen Jahr an zusätzlichen Schulden fast die gleiche Summe aus, die die Landesregierung in den 29 Jahren von 1947 bis 1976 an Schulden angehäuft hat. Das ist der Maßstab, mit dem Sie gemessen werden müssen, Herr Möllring.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Da waren Sie aber gewaltig schneller!)

Der Bund der Steuerzahler hat der Regierung Albrecht einmal vorgeworfen, dass sich die Schulden Spirale erst unter der Regierung Albrecht richtig zu drehen begann. Ich habe den Eindruck, dass zumindest Ihr erster Entwurf genau in die Richtung geht, und darauf müssen Sie aufpassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das wird ja immer abenteuerlicher!)

Ich möchte noch einmal auf die Abwicklung der Krankenhausfinanzierung durch die LTS zurückkommen. Ich hätte dafür Verständnis, weil ich ja auch weiß, wie schwierig das ist. Ich weiß ja auch,

dass man Ideen entwickeln muss, weil man ein bestimmtes Ziel erreichen will. Aber ich hätte mir zumindest gewünscht, dass Sie, Herr Möllring, uns im Ausschuss gesagt hätten: Wir haben das gemacht, wir geben die Verwaltung dieser Mittel in die LTS, weil es dadurch wirtschaftlicher wird. Auf mein Nachfragen in Vorgesprächen zum Haushaltsplanentwurf wurde mir gesagt: Das ist überhaupt nicht geprüft worden. Worum ging es also? - Es ging allein um das Stopfen von Löchern, weil Sie sich bestimmte Ziele gesetzt hatten, und es ging nicht um eine vernünftige politisch begründete Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bei den 152 Millionen Euro, die Sie durch den Verkauf der Domänen an die Klosterkammer erwirtschaften wollen, gibt es die gleichen Fragen. Wir haben das Finanzministerium gebeten, uns im Haushaltsausschuss einmal darzulegen, wie der Wert dieser Domänen geschätzt wurde, wie die Klosterkammer dieses alles finanzieren kann und wie sie dann trotzdem noch ihren gesetzlichen Aufgaben nachkommen kann, und wir stellten Folgendes fest: Erstens. Mit der Klosterkammer wurde bis heute nicht einmal gesprochen. Zweitens. Alle Zahlen, die wir zur Klosterkammer ermittelt haben, treffen zu. Drittens. Wie die Öffentlichkeit oder die potenziellen Käufer den Wert dieser Domänen einschätzen, ist noch nicht einmal ermittelt worden. Es gibt keine Verträge oder Vereinbarungen, es gibt nicht einmal Gespräche.

Ich stelle fest: Die zweite Luftbuchung. Es ging nicht um eine vernünftige Finanzierung des Haushalts, sondern Sie wollten mit allen Mitteln die 2,5 Milliarden erreichen und haben deshalb diese Luftbuchungen vorgenommen. Das ist etwas ganz anderes als seinerzeit der Verkauf von Lotto/Toto, den man uns vorgeworfen hat.

Ich komme zu einem weiteren Punkt.

(Zuruf von der CDU: Zum Schluss!)

- Nein, Schluss ist noch nicht. Sie müssen meinen Vortrag noch ein bisschen ertragen.

(Friedrich Kethorn [CDU]: Aber auch Ihre eigene Fraktion!)

Sie stellen sich hier hin und tun so, als ginge das Sparen erst jetzt los.

(David McAllister [CDU]: Was denn sonst?)

Ich will hier keine Vergangenheitsbewältigung machen.

(Zurufe von der CDU)

Ich könnte Ihnen Zahlenkolonnen nennen, bei denen Sie alle, meine Damen und Herren, blass würden.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: In dem Zusammenhang haben Sie nicht viel zu bewältigen, bei dieser Vergangenheit! - Karl-Heinz Klare [CDU]: Aber wir würden Wert darauf legen!)

Ich will hier nur auf Folgendes hinweisen: Was wir auch immer in den Jahren 1994 bis 2003 gekürzt, gestrichen und zurückgeführt haben, wurde von Ihrer Seite bekämpft. Sie haben es nicht nur bekämpft, sondern Sie wollten immer noch draufsateln.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Unglaublich!)

Ich will hier gar nicht über die Hanstedter Erklärung reden, Herr Wulff; ich will nur an Ihre damaligen Forderungen erinnern. Wir haben im Jahre 2001 einen Doppelhaushalt für 2002 und 2003 beschlossen.

(Zuruf von der CDU: Schlimm genug!)

Damals wollten Sie auf einen Streich 700 Millionen kürzen. Das haben Sie selbst in Ihrem Nachtrag nicht geschafft. Wie kommt das eigentlich? - Zusätzlich wollten Sie 5 Millionen für Städtebau und 41 Millionen für Küstenschutz bereitstellen. Was machen Sie jetzt? - Sie kürzen in dem Bereich.

(David McAllister [CDU]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Sie wollten außerdem - man höre und staune - ein Landes-Kombilohn-Programm mit einem Volumen von 15 Millionen Euro auflegen. So viel zur Vergangenheitsbewältigung und zu dem Hochmut, wenn die neue Mehrheit sagt: Wir fangen jetzt endlich an zu kürzen. Wäre man Ihnen gefolgt, hätte es in den letzten Jahren ein finanzpolitisches Fiasko in Niedersachsen gegeben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es gilt Weiteres zu untersuchen. Herr Möllring, ich gestehe Ihnen gern zu, dass Sie wirklich erhebliche Einschnitte gemacht haben - ob immer an der richtigen Stelle, werden wir noch im Haushaltsausschuss und in den Fachausschüssen miteinander besprechen müssen. Aber Sie haben gesagt, Sie wollten nachhaltig sparen. Deshalb frage ich Sie: Wie ist es eigentlich zu erklären, dass Sie im Jahre 2004 1,4 Milliarden Euro einsparen wollen, dass aber diese Einsparungen, wenn man sie auf die nächsten Jahre fortschreibt, im Jahre 2005 nur noch 751 Millionen Euro und im Jahre 2006 nur noch 639 Millionen Euro ausmachen? Hier merkt man ganz genau, dass Sie nicht nur globale Minderausgaben, sondern auch Einmaleffekte, mindestens in Höhe von 700 Millionen Euro in diesem Jahr, brauchen, um Ihren Haushalt für das Jahr 2004 überhaupt ausgleichen zu können. Das ist nicht seriös; zumindest müssen Sie es anders begründen.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: 2 Milliarden globale Minderausgabe hatten Sie in der letzten Finanzplanung!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen Gedanken an die Frage der globalen Minderausgabe verschwenden.

(Zuruf von der CDU: Lassen Sie es lieber!)

Das Sozialministerium von Frau von der Leyen hat sich ja schon schwer getan, überhaupt die Einsparungen nachzuweisen, die man ihm auferlegt hat. Wenn man sich die Haushaltspläne im Einzelnen anguckt, stellt man auch fest, dass es an vielen Stellen wegen einer völlig neuen Haushaltssystematik Schleier gibt, die man nur ganz schwer durchdringen kann. Aber es ist noch etwas anderes Interessantes festzustellen: Frau von der Leyen sollte 41,6 Millionen Euro zusätzlich erbringen. Wie soll sie das machen? An welcher Stelle soll gekürzt werden? - Ich bin ja für Kürzungen, nur sollte man dann auch den Mut haben, hier darüber zu sprechen und Kürzungen nicht klammheimlich vorzunehmen, so wie Sie es an vielen Stellen im Haushaltsplanentwurf 2004 immer wieder tun.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt ja nicht!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wirft mit diesem Haushalt auch ihre eigenen noch vor wenigen Monaten formulierten finanzpolitischen Ziele über Bord. Der Finanzminister hat noch am 26. März 2003 im Finanzausschuss erklärt, dass die aus dem Verkauf von Landesliegenschaften fließenden Erlöse künftig nicht mehr zur allgemeinen Haushaltdeckung verwendet, sondern gezielt und langfristig in möglichst produktive Vermögenswerte investiert werden sollen. Das Ergebnis sehen wir bei der eingestellten Summe für die Domänen. 152 Millionen - niemand weiß, wo sie herkommen sollen. Sie werden nicht verwendet für langfristige Investitionen, sondern sie werden verwendet, um Haushaltslöcher zu stopfen. Insofern bleiben Sie, Herr Möllring, schon nach wenigen Monaten hinter dem zurück, was Sie ursprünglich vollmundig versprochen haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit diesem Thema darf man auch einige andere Dinge nicht vergessen. Herr Möllring hat am 28. August 2002 in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* erklärt, dass das Land sein Tafelsilber längst veräußert habe und dass man sich mit Flohmarktartikeln über Wasser halten müsse. Herr Möllring, was für Flohmarktartikel sind das denn, die Sie in die Mipla und auch in den Haushalt 2004 eingestellt haben, um einen Ausgleich zu erzielen? Das möchte ich doch einmal konkret wissen. Entweder war Ihre Aussage vom 28. August 2002 falsch, oder Ihre Annahme im Haushalt ist falsch. Das müssen Sie uns einmal sagen. Sie betreiben an dieser Stelle keine seriöse Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht aber nicht nur um dieses. Herr Möllring hat darüber hinaus in seiner Regierungserklärung am 2. April 2003 erklärt, dass im September nicht nur der Haushalt, sondern auch die mittelfristige Finanzplanung vorgelegt werden soll. Wir stehen heute hier und kennen den Kabinettsbeschluss nur durch eine Pressemitteilung. Wir kennen aber keine Einzelheiten. Auch an der Stelle, Herr Möllring, haben Sie Ihre Zusage vom 2. April - seinerzeit hatten Sie ja wohl schon Kenntnis über die finanzpolitische Situation des Landes - nicht einhalten können.

Es kommt noch eines hinzu. Wir reden ja über Liegenschaften. Morgen beraten wir über den Tagesordnungspunkt 18, den Bericht des Landes-

rechnungshofes. Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass die in der mittelfristigen Finanzplanung der alten Landesregierung eingesetzten Einnahmeerwartungen für Liegenschaften nicht seriös gewesen seien. Das haben Sie im Haushaltsausschuss auch selbst so mit beschlossen. Dass Sie diese Summe jetzt noch erheblich erhöhen und meinen, dass niemand merken wird, dass Sie wirklich nur Luftbuchungen vornehmen, müssen Sie einem anderen klar machen. Mir jedenfalls können Sie das nicht klar machen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wie sieht denn die derzeitige Mipla aus? - Nach dem Kabinettsbeschluss wird sich in den Jahren 2005 bis 2007 ein Loch in Höhe von 1,883 Milliarden Euro auftun. Wenn ich den pessimistischen Annahmen von Herrn Merz folge, wird das Loch noch erheblich größer sein. Wir sind uns also darüber einig, dass sich das Land Niedersachsen in einer schwierigen finanziellen Lage befindet. Ich kann Herrn Gabriel nur Recht geben: Eigentlich müssten wir uns überlegen, was wir noch zu sagen haben. Wenn Sie, Herr Möllring, sich aber hier hinstellen und so tun, als hätten Sie alles im Griff und unter Dach und Fach, dann müssen wir das als Opposition kritisieren, weil ich glaube, dass ich mit den von mir aufgezeigten Beispielen ganz gut beweisen können, dass Sie die Situation eben nicht im Griff haben, sondern uns nur vormachen, dass Sie sie im Griff hätten. In Wirklichkeit aber schwimmen Sie, und Sie wissen nicht, wie Sie aus dieser Lage wieder herauskommen sollen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

- Ja, ja, die 13 Jahre höre ich wohl. Ich habe Ihnen das ja gesagt. Soll ich noch ein paar von den Forderungen vorlesen, die Sie hier gestellt haben? - 100 Stunden in der Grundschule.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Wer hat denn das Chaos verursacht? - Bernd Althusmann [CDU]: Sie haben doch alles abgelehnt! Wo ist das Geld denn?)

Ablehnung der Lehrerarbeitszeitkonten. Wollen wir einmal feststellen, was das gekostet hätte? Einige von denen, die das damals gefordert haben, sind ja noch hier. Lösen Sie das doch endlich einmal ein! Lösen Sie die 250 Millionen für die Kommunen doch einmal ein. Auch das haben Sie

gefordert. Wo bleibt denn die Erhöhung der Bedarfszuweisungen für die Kommunen? Auch das haben Sie gefordert. Ihre 13 Jahre - so billig kommen Sie mir nicht davon, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Es gibt einen weiteren Punkt, den ich hier anführen muss. Die vorherige Landesregierung ist in die Landtagswahl gezogen

(Bernd Althusmann [CDU]: Und abgewählt worden!)

- ja, das ist ja alles in Ordnung; ich bestreite das nicht, aber lassen Sie uns doch einmal die Fakten betrachten - mit einem Beschluss zur mittelfristigen Finanzplanung und mit konkreten Hinweisen auf die Dinge, die zukünftig nicht mehr möglich sind oder gekürzt werden müssen. Was haben Sie in Ihr Landtagswahlprogramm geschrieben? - Ich habe es ja hier, das Blaue. Sie kennen es wahrscheinlich alle. Sie sehen es aber nicht mehr so gerne. Ich frage Sie: Was ist von den Forderungen bzw. Versprechungen in diesem Wahlprogramm denn noch übrig geblieben? - Nichts ist davon übrig geblieben! Auch bei den Lehrern rudern Sie inzwischen zurück und verkaufen das als Einsicht in die Realität. Das ist doch die Situation, vor der wir stehen.

(Beifall bei der SPD - Hans-Christian Biallas [CDU]: Was? - Weitere Zusage von der CDU)

Meine Damen und Herren, angesichts der Situation, in der sich Niedersachsen derzeit befindet, muss man sich die Frage stellen, wie man das Land schneller in die Lage versetzen kann - das ist für mich das Wichtigste -, endlich wieder einen verfassungsgemäßen Haushalt vorzulegen. Herr Möllring mag das, was wir dazu vorgeschlagen haben, ja abtun. Der Fehler ist übrigens berichtigt worden. Der befand sich nur in dem Entwurf, der Ihnen zuerst zugegangen war. Wir haben das gemerkt. Aber auch Sie haben Erfahrungen mit Vorlagen, die nicht stimmen. Erinnern Sie sich noch an den Antrag zum kommunalen Finanzausgleich? - Ich sage Ihnen das nachher einmal.

Wir haben Ihnen Vorschläge dafür unterbreitet, wie Niedersachsen unserer Meinung nach schneller aus seiner derzeitigen schwierigen Situation herauskommen kann. Ganz entscheidend ist in diesem Zusammenhang das Verhalten dieser Landes-

regierung im Bundesrat. Wer sich hier hinstellt und die Einnahmesituation der öffentlichen Hände beklagt, wer sich hier hinstellt und sagt, wir könnten den Haushalt nicht verfassungsgemäß umsetzen, der darf im Bundesrat nicht alles blockieren, was zu einer Verbesserung der finanziellen Lage des Landes und der Kommunen führt.

Meine Damen und Herren, das gilt auch für Subventionen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, alle Steuersubventionen um 10 % abzusenken. Wir haben Ihnen außerdem vorgeschlagen - darüber ist auch heute Morgen schon einmal diskutiert worden -, aus dem Steuervergünstigungsabbaugesetz bestimmte Steuervergünstigungen zu streichen.

Wir schlagen Ihnen noch einen weiteren wichtigen Punkt vor, weil wir glauben, dass jetzt der richtige Zeitpunkt dafür gekommen ist, bevor sich der Bund vollständig aus der Gemeinschaftsaufgabe verabschiedet, weil es EU-rechtlich nicht mehr zulässig ist. Unserer Meinung nach muss der Bund zum jetzigen Zeitpunkt dazu gebracht werden, den Ländern diejenigen Mittel, die heute noch in den Mischfinanzierungen der Gemeinschaftsaufgaben enthalten sind, in der bisherigen Höhe zur Verfügung zu stellen. Wir als Opposition können dann beobachten, ob Sie diese Mittel immer richtig einsetzen. Die Landesregierung wäre dann aber in der Lage, mit diesen Mitteln in Niedersachsen eine vernünftige Strukturpolitik zu betreiben und einen Teil dieser Mittel dazu zu verwenden, die Netto-neuverschuldung zu einem früheren als von Ihnen geplanten Zeitpunkt verfassungsgemäß zu gestalten.

(Bernd Althusmann [CDU]: Haben Sie sich da nicht irgendwie um ein Jahr verrechnet? Haben Sie die 500 Millionen jetzt gefunden?)

Was an diesem Ziel schlecht sein soll, habe ich in Ihren Ausführungen, Herr Möllring, allerdings nicht verstanden.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen. Herr Wulff hat in einem Interview erklärt, dass das Land die zusätzlichen Mittel, die es bekommt, dann, wenn die Konjunktur anspringt - was wir ja alle miteinander hoffen - und die Steuereinnahmen nicht so sprudeln, wie es Herr Merz befürchtet, für den Abbau

der Schulden verwendet. Wir werden das auf den Prüfstand stellen. Wir werden zum Haushaltsgesetz einen entsprechenden Antrag vorlegen. Sie wären dann, wenn Sie dem zustimmen, in der Lage - ansonsten wüssten wir ja, warum Sie nicht zustimmen -, damit Dinge zu finanzieren, die heute noch Luftbuchungen sind. Wir sind sehr gespannt darauf, wie Sie sich verhalten werden. Wir haben ja unsere Erfahrungen.

Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich noch an die Debatte über die Anstellung der 2 500 Lehrerinnen und Lehrer?

(Zuruf von der CDU: Ja, gern!)

Erinnern Sie sich noch daran, was die Kollegen der Regierungsfraktion, der Minister und auch der Ministerpräsident hier gesagt haben?

(Zuruf von der CDU: Ja!)

Die haben gesagt: Wir werden 2 500 Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Wir werden jede freie Stelle wieder besetzen. - Dann haben wir gesagt: Unterschreiben und quittieren Sie das doch bitte einmal. - Wir haben eine Garantieerklärung verlangt. Was aber haben Sie gemacht? - Sie haben diese Zusage nicht eingelöst. Warum nicht? - Wir wissen es jetzt. Sie werden im Jahr 2005 und in den Folgejahren insgesamt 700 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer wieder abbauen.

Das ist Ihre Art der Politik: Heute vollmundig etwas zusagen und übermorgen zugeben, dass Sie es doch nicht einhalten können.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch einmal auf die Debatte von heute Morgen zurückkommen. Herr Wulff, so einfach kommen Sie da nicht heraus. Sie haben gesagt, Sie rechnen damit, dass der Bundesrat beschließen wird - das sei auch auf Bundesebene durchsetzbar -, dass man den Kommunen hilft und finanziell unter die Arme greift. Sie wollen dazu die Gewerbesteuerumlage wieder auf das alte Niveau heben und den Kommunen die Mehrwertsteueranteile zuweisen, die in den Vorschlägen stehen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wenn Sie das wollen, dann darf ich feststellen: Sie könnten es heute schon tun. Sie könnten es einzeln beschließen. Sie haben nur ein Problem: Nach Auskunft des Finanzministeriums in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses reden wir

über 244 Millionen Euro. Die müssen Sie erst einmal darstellen.

Ich habe die Vorgaben des Bundesrates und der Leute, mit denen Sie einig zu sein meinen, nicht so verstanden, dass uns der Bund zusätzliche Mittel gibt. Die Mittel müssen die Länder schon selber aufbringen. Sie machen hier eine vollmundige Zusage, Herr Wulff. Wenn Sie und Herr Möllring als vorsorgliche Haushälter gelten wollen, dann müssten Sie das im Haushalt des Jahres 2004 umgesetzt haben. Davon kann aber überhaupt keine Rede sein.

Es geht nicht nur um die Gemeindefinanzreform, bei der wir Sie dabei ertappen, dass Sie wieder etwas zusagen, ohne irgendjemandem konkret zu sagen, wie das finanziert werden soll. Mir liegt ein Zitat vor:

„Es ist der falsche Weg, wenn man in den sowieso überlasteten Finanzämtern Personal abbaut, um woanders etwas Gutes zu tun. Das ist keine gestaltende Politik.“

Was machen Sie denn? - Sie machen genau das Gleiche. Und wer macht das? - Das macht genau derselbe, der das am 31. März 2000 hier im Landtag geäußert hat, nämlich der Kollege Möllring. Herr Möllring, geht es bei Ihnen nur nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“? Oder haben Sie sich - das kann ja auch sein - insgeheim das zum Vorbild genommen, was man in Hessen jetzt praktiziert? - Dort hat man nämlich die Fahnder, die bei Banken gefahndet haben, zurückgezogen, um sie an anderen Stellen der Finanzverwaltung einzusetzen. Beides lehnen wir ab. Wir halten es für kontraproduktiv, wenn an dieser Stelle - darüber waren sich die Fraktionen einig - noch zusätzlich eingespart wird. Es sollen über 600 Stellen wegfallen. Wie Sie dann noch eine vernünftige Finanzverwaltung in Niedersachsen aufrechterhalten wollen, müssen Sie uns bitte einmal erklären.

(Beifall bei der SPD)

Eines kann ich Ihnen auch nicht ersparen. Wir lesen immer wieder - ich glaube, dass Meyerding da auch einen guten Job macht -, es gehe jetzt darum, 6 743 Stellen einzusparen.

(David McAllister [CDU]: Richtig!)

Nun muss man feststellen, dass auf diesen Stellen Menschen sitzen. Wir wissen nun Folgendes, Herr McAllister: Im Land Niedersachsen werden in den Jahren bis zum Ende der Legislaturperiode, also bis zum Jahr 2007, 10 000 Menschen in Pension gehen. Von den 10 000 sind 8 000 Lehrkräfte und 600 Polizisten. Nach Adam Riese bleiben dann 1 400 Stellen übrig, die frei werden, ohne die Fluktuation einzurechnen. Aber die Fluktuation beträgt niemals 8 600. Sie haben doch gesagt, dass Sie bei der Polizei sogar noch Stellen aufstocken und so wenig Lehrerstellen wie möglich streichen wollten. Wie soll das eigentlich zusammengehen?

(Zuruf von der CDU: Lassen Sie uns doch Geduld haben!)

Sagen Sie doch offen, dass Sie im Laufe der nächsten Jahre mittelfristig 6 743 Stellen einsparen müssen. Damit kann man leben. Das ist eine Aussage, die man politisch bewerten kann. Aber behaupten Sie nicht vollmundig, man habe alles im Griff, weil man in dieser Legislaturperiode 6 743 Stellen einspart. Sie wissen ganz genau, dass Sie durch die Maßnahmen der alten Landesregierung in den nächsten zwei Jahren noch über 1 400 Stellen einsparen müssen. Lassen Sie doch diese Vollmundigkeit! Schildern Sie die reale Lage! Dann können wir uns darüber streiten. Aber tun Sie nicht so, als hätten Sie alles im Griff. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt einen weiteren wichtigen Bereich, den sich diese Landesregierung vorgenommen hat. Sie hat uns unter Feuer genommen und nun auch noch einen Minister für den ländlichen Raum etabliert.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Wo ist der eigentlich?)

- Er hat wahrscheinlich etwas Wichtiges in Sachen Verbraucherschutz zu tun.

Jetzt stellen wir Folgendes fest: Sie werden 25 Millionen Euro für den Landesstraßenbau streichen. Wie haben Sie uns beschimpft, dass wir nur eine geringe Summe bereitgestellt hätten, die Sie jetzt noch einmal um 25 Millionen Euro reduzieren. Wir stellen fest, dass Sie auch Steuerausfälle zulasten des ländlichen Raumes finanzieren. Denn das Omnibus-Programm wird um 28,6 Millionen Euro zusammengestrichen. Das ist fürwahr keine Politik für den ländlichen Raum. Ich habe neulich mit dem Geschäftsführer der Landesnahverkehrs-

gesellschaft gesprochen. Der hat mir beschrieben, wie er unter den Kürzungen zu leiden hat, die auf ihn zukommen.

Wir können darüber reden, wo gekürzt wird, aber wir werden Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie behaupten, eine bessere Politik in Bezug auf den ländlichen Raum zu betreiben, und in Wirklichkeit das Gegenteil machen.

(Beifall bei der SPD)

Man muss sich einmal ansehen, wie eigentlich die wesentlichen Löcher dieses Haushalts gestopft werden. Die wesentlichen Löcher dieses Haushalts werden gestopft, indem man an das Personal herangeht.

(Zuruf von der CDU: Wenn Sie keine Löcher gemacht hätten, brauchten wir keine zu stopfen!)

Herr Wulff, Sie hatten zunächst, soweit ich das verfolgt habe, ein gutes Verhältnis zu den Gewerkschaften aufgebaut. Wie kommt es eigentlich dazu, dass dieses gute Verhältnis, das man braucht, wenn man in dem Bereich etwas tun will, wieder zerstört ist? - Das liegt doch wohl daran, dass Sie so tun, als ob Tarifautonomie im Lande Niedersachsen in den folgenden Jahren keine Rolle mehr spielt. Auch so geht man nicht mit der Öffentlichkeit um. Man kann nicht erst sagen „Wir berechnen das alles“, und dann stellt man diejenigen, die betroffen sind, vor vollendete Tatsachen. Auch das ist keine seriöse Politik.

(Beifall bei der SPD)

Ich will noch ein letztes Beispiel nennen: die Landespolizei und die Einsparungen bei der Justiz. Wir wissen, dass unsere Justizbehörden heute schon überlastet sind und es manchmal zu Schwierigkeiten gekommen ist. Wie wollen Sie eigentlich sicherstellen, dass die zusätzlichen Polizisten dazu beitragen können, dass Kriminalität weiter reduziert wird, wenn die Richterinnen und Richter gar nicht mehr in der Lage sind, die entsprechenden Verfahren durchzuführen, weil die Personalstellen gekürzt werden? - Wie das zusammengehen soll, Herr Möllring, ist bisher nicht erklärt. Wir sind sehr gespannt, wie das Konzept von Frau Heistermann aussehen wird.

(Zuruf von der CDU: Sie heißt Heister-Neumann! - Weiterer Zuruf von der CDU: So viel Zeit muss sein!)

- Entschuldigung, Sie haben Recht.

Ich möchte noch einen letzten Bereich beleuchten. Es geht um den Hochschulstandort Niedersachsen. Sie alle wissen genau wie ich - sicherlich auch durch die letzte OECD-Analyse -, dass wir in diesem Bereich nicht gut abschneiden. Was Sie im Hochschulbereich zulasten unserer Fachhochschulen und Universitäten tun wollen, ist nach unserer Auffassung unverantwortlich. Auch das, Herr Möllring, verschweigen Sie lieber, weil Sie ganz genau wissen, dass es politisch falsch ist, in dem Bereich, in dem die Zahlen zurückgehen, draufzusatteln und in dem Bereich, in dem die Zahlen steigen, weniger zu tun.

Zusammenfassend stelle ich fest:

Erstens. Dieser Haushalt ist ein Schattenhaushalt. Er hat Luftbuchungen und Buchungen, über die noch der Schleier gezogen ist. Herr Wulff, dieser Haushalt wird die größte Nettoneuverschuldung in den Jahren der Existenz des Landes Niedersachsen aufweisen, wenn wir in zwei Jahren über das Jahr 2004 reden werden.

Zweitens. Dieser Haushalt hat keine Risikovorsorge für die Gemeindefinanzreform und die Steuerreform getroffen.

Drittens. Die Finanzierung des Haushalts geht im Wesentlichen zulasten des Personals, der Wissenschaft, der Steuerverwaltung und des ländlichen Raums.

Viertens. Sie haben durch Ihre Aussage, das wirtschaftliche Gleichgewicht sei gestört, zumindest eine offene Flanke, weil niemand weiß, was der Staatsgerichtshof dazu sagen würde.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Zu Wort gemeldet hat sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion. Herr McAllister, Sie haben das Wort.

David McAllister (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit mehr als sechs Monaten hat dieser Landtag wieder eine bürgerliche Mehrheit und damit wieder eine bürgerliche neue Landesregierung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Heute beraten wir zum ersten Mal unseren ersten vollständigen Haushaltsplanentwurf. Dieser Haushaltsplanentwurf setzt Zeichen. Lassen Sie mich zu Anfang für die gesamte Koalition feststellen: Dieser Haushaltsplanentwurf von Hartmut Möllring ist in der Geschichte Niedersachsens hinsichtlich des Sparvolumens einmalig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Wolfgang Jüttner [SPD]: So viel Schulden hat es noch nie gegeben!)

Nun gebe ich zu, dass ich heute Nachmittag gerne den Herrn Fraktionsvorsitzenden der SPD gehört hätte. Vielleicht findet sich zwischen den Terminen in Berlin, Brüssel und Peking auch Zeit für Hannover. Wir werden das abwarten. Stattdessen haben wir Herrn Möhrmann gehört. Herr Möhrmann, Sie sind einer der umgänglichsten Sozialdemokraten. Sie liegen mir auch persönlich etwas am Herzen. Ich habe Ihnen etwas mitgebracht, und zwar Ihr Horoskop aus der *Bild*-Zeitung von heute. Wir hatten ursprünglich das Horoskop für Herrn Gabriel herausgesucht. Wir haben dann auch Ihres gefunden, das noch viel besser passt. Das *Bild*-Horoskop schreibt heute:

„Astro-Tipp: Mit dem Zwillingemond in Ihrem Haus der Wurzeln können Sie heute aus vergangenen Erfahrungen lernen und damit Ihre Zukunft ebnen.“

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das ist Ihnen bisher nicht gelungen. Zweiter Satz:

„Liebe: Verfallen Sie nicht der Nostalgie.“

Dazu kann ich nichts sagen. Aber der dritte Punkt passt genau:

„Geld: Stellen Sie einen Strategieplan auf. Ab 15.30 Uhr haben Sie dazu Zeit.“

Herr Möhrmann, das war bisher noch kein Strategieplan, zumindest was die Landesfinanzen angeht.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wie sieht denn Ihr Horoskop heute aus?)

Mit unserem Haushaltsplanentwurf setzen wir neue Signale. Alle unsere wesentlichen Ankündigungen vor der Wahl werden umgesetzt:

Erstens. Wir machen Schluss mit einer Bildungspolitik, die vielen jungen Menschen Perspektiven für die Zukunft geraubt hat.

(Zuruf von Wolfgang Jüttner [SPD])

- Herr Jüttner, ich freue mich, dass Sie auf dem Weg in das hannoversche Rathaus hier noch drei Jahre auszuhalten versuchen. Es wird Ihnen trotzdem nicht gelingen; denn 2006 ist auch in der Landeshauptstadt Schluss.

Zweitens. Wir machen Schluss mit einer Politik, die das Sicherheitsbedürfnis der Menschen in Niedersachsen ignoriert hat.

Drittens. Wir machen vor allem Schluss mit einer Politik, die 13 Jahre lang auf Kosten zukünftiger Generationen gelebt hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben auch deshalb in beeindruckender Art und Weise am 2. Februar die Regierungsverantwortung übertragen bekommen, weil die Menschen im Land erkannt haben, dass die SPD zur Lösung der Probleme offenkundig nicht mehr in der Lage war. Sie haben 13 Jahre Zeit gehabt. Sie haben 13 Jahre viel Schaden in Niedersachsen angerichtet. Das eigentlich Enttäuschende ist aber, dass Sie auch nach dieser vernichtenden Wahlniederlage nichts hinzugelernt haben, überhaupt nichts. Das hat auch die heutige Rede von Herrn Möhrmann gezeigt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da lesen wir in der *Braunschweiger Zeitung* vom 23. August - Zitat des Fraktionsvorsitzenden Gabriel -:

„Niedersachsen soll bei Lehrern und Polizei Stellen wieder abbauen.“

Ähnliches haben auch Sie, Herr Möhrmann, heute gesagt. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das tun wir nicht, weil uns Bildung und innere Sicherheit am Herzen liegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann ist der Herr Fraktionsvorsitzende aus Goslar zwischendurch einmal in Hannover und macht eine Pressekonferenz. Er schildert dort dem erstaunten Publikum, mit seinen Vorschlägen sei bereits 2005 ein verfassungsmäßiger Haushalt erreichbar. Mich wundert dabei, wieso Sie eigentlich erst jetzt auf diese Idee kommen. Sie hatten 13 Jahre lang mit all Ihren Genossen Zeit, die Haushaltslage in den Griff zu bekommen. Nichts haben Sie gemacht. Nun hören Sie auf, uns kluge Ratschläge zu geben, und schweigen Sie erst einmal für einige Zeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie kürzlich in der Presse zu lesen war, haben Sie vorgeschlagen, eine gemeinsame Haushaltsstrukturkommission einzurichten, und haben Ihre Kooperation dafür angeboten. Grundsätzlich bin ich sehr damit einverstanden, dass man mit der Opposition in bestimmten finanziellen Fragen zusammenarbeitet - das habe ich vor der Sommerpause gesagt -, wenn es etwa um die mögliche Finanzierung des Vorziehens der Steuerreform geht. Allerdings ist das, was Eichel jetzt vorgelegt hat, wirklich keine vernünftige Diskussionsgrundlage. Auch bei der Hochschulpolitik bieten wir punktuell eine Zusammenarbeit an. Was aber die generelle Erörterung der Haushaltsstrukturfragen mit Ihnen angeht, so bleibe ich lieber bei einem alten ostfriesischen Sprichwort, das da heißt: Lass' niemanden in die Molkerei, der die Milch sauer macht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir, Herr Ministerpräsident, gehen den von Ihnen eingeschlagenen Weg voll und ganz mit, wenn Sie sagen, unser Profil sei: nachdenken, diskutieren, Risiken abwägen, entscheiden und durchsetzen. Das gilt insbesondere für die Finanzpolitik in unserem Land, die nach einer jahrzehntelangen hemmungslosen und verantwortungslosen Ausgabensteigerungs- und Neuverschuldungspolitik einer grundlegenden Neuausrichtung bedarf.

Lassen Sie mich eine kurze Bilanz der letzten sechs Monate ziehen. Wir als Koalitionsfraktionen haben gemeinsam mit der Landesregierung ein enormes Tempo vorgelegt, was die Sanierung des Haushalts angeht. Wir haben nach 100 Tagen, Ende Juni, den Zweiten Nachtragshaushalt für 2003 beschlossen. Noch vor der Sommerpause, Mitte Juli, hat die Landesregierung den Regierungsentwurf zum Haushalt 2004 vorgelegt, über

den wir heute in erster Beratung reden. Anfang September hat die Landesregierung ihre Eckwerte für die mittelfristige Finanzplanung bis 2007 vorgestellt. Die endgültige Beschlussfassung erfolgt Ende September, und Anfang November wird sie der Öffentlichkeit vorgestellt. Wir haben damit klare Ziele für die haushaltspolitische Konsolidierung dieses Landes vorgelegt. Wir werden das auch in den nächsten Jahren nachhaltig fortsetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir alle, die 91 Abgeordneten der Union und die 15 Abgeordneten der FDP, sind gemeinsam stolz darauf, dass wir unser zentrales Wahlversprechen mit Bernd Busemann eingelöst haben: Wir haben - allen Unkenrufen zum Trotz - die zusätzlichen 2 500 Lehrer eingestellt und dies finanziell abgesichert. Wir haben 69 000 Lehrerstellen. So viele Lehrer gab es in unserem Land noch nie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf Folgendes hinweisen: Ihre Kollegen von der Bundestagsfraktion schicken zurzeit eine Broschüre an die Schulen, die „Lernen macht groß und stark“ heißt. Darin weisen sie darauf hin, wie wichtig Bildungspolitik für die junge Generation ist. Richtig. Aber wir lassen uns doch nicht von Leuten belehren, die eine jahrelange katastrophale Unterrichtsversorgung in diesem Land zu verantworten haben und die Schulstrukturen nachhaltig geschwächt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Da gibt es einen Unterschied: Müntefering schickt Broschüren, Busemann schickt Lehrer. Ich glaube, die Eltern wissen ganz genau, was besser für die Schulen ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir alle gemeinsam, die 106 Abgeordneten der neuen bürgerlichen Mehrheit, erinnern uns gern an die Überschriften in den Zeitungsartikeln zu Beginn dieses Jahres. *Neue Osnabrücker Zeitung*: So viele Lehrer wie nie. - *Braunschweiger Zeitung*: 4 204 Lehrer für 100 % Schule. - *Neue Presse*: Rekord zum Schulbeginn. - Und so weiter und so fort. Die Menschen im Lande wissen ganz genau: Dank CDU und FDP erhalten unsere Kinder end-

lich wieder den notwendigen Unterricht in den Schulen in unserem Land. - Das lassen wir uns von Ihnen nicht kaputtreden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sind auf diese bildungspolitische Leistung besonders stolz, weil die Ausgangslage insgesamt in hohem Maße schwierig und eine enorme Herausforderung ist. Die Haushaltslage des Landes ist absolut katastrophal. Viele von uns, insbesondere die neuen Abgeordneten, sind entsetzt, in welchem Zustand Sie uns dieses Land übergeben haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Niedersachsen befindet sich in der schwersten Finanzkrise seiner Geschichte. Nur noch einmal die Facts: 44 Milliarden Euro beträgt der aktuelle Schuldenstand. Bei uns in der Fraktion hängt die Verschuldungsuhr des Landes Niedersachsen. Wenn ich an manche Sprüche Ihrer Sprecher denke, sollten auch Sie mal eine solche Verschuldungsuhr aufstellen, damit Sie zum Teil wieder zur Besinnung kommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Gesamtverschuldung hat sich seit 1990 verdoppelt, und die jährliche Neuverschuldung hat sich seit 1990 mehr als verdreifacht. Die Ausgaben sind seit 1990 von 15,9 Milliarden Euro auf 23 Milliarden Euro im Jahre 2003 angestiegen. Wir haben einen exorbitant hohen Personalkostenanteil von rund 46 % des gesamten Landeshaushaltes. Das Thema der Pensionszahlungen für die Zukunft haben Sie nicht berücksichtigt. Jeden zehnten Euro des Landeshaushalts zahlen wir für Zinsen. Das ist bei einer objektiven Betrachtung Ihr schlimmes Erbe.

Den größten finanzpolitischen Offenbarungseid haben Sie sich aber mit der Nettokreditaufnahme für die Jahre 2002 und 2003 geleistet. Sie haben für 2002 die Nettokreditaufnahme von 1,35 auf 2,95 Milliarden Euro und 2003 von 1,3 auf 2,65 Milliarden Euro angehäuft. Die alte Landesregierung unter Sigmar Gabriel hat in ihrem letzten Amtsjahr also allein 3 Milliarden Euro zusätzliche Schulden aufgehäuft. Auch das bedeutet eine zusätzliche Zinsbelastung von 135 Millionen Euro nur für 2004.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie wollen die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen und nicht zur Besinnung kommen. Sie haben jetzt aber noch einmal vom Landesrechnungshof und vom Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“ Ihr Zeugnis ausgestellt bekommen, meine Damen und Herren von der SPD. Ihnen ist die Entlastung verweigert worden, weil schwere Verstöße gegen das geltende Haushaltsrecht, eine mangelhafte Rechnungslegung und eine schlampige Dienstaufsicht im Jahre 2001 festgestellt worden sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn Herrn Aller nichts anderes einfällt, als dazu zu sagen, die Kritik sei kleinkariert, dann ist das ein starkes Stück.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat zu Recht gesagt: Der Haushalt ist im Keller, im tiefsten Sumpf angekommen. Leider gibt es in der Landespolitik keine Reset-Taste, sodass man bei einem neuen Spiel bei null anfangen könnte. Wir müssen jetzt das, was Sie uns hinterlassen haben, mühselig wieder aufbauen.

Dieser Haushaltsplanentwurf ist ein erster Schritt zur nachhaltigen Konsolidierung der Landesfinanzen. Dabei haben wir ganz ehrgeizige Ziele formuliert: Wir wollen mit der Nettokreditaufnahme von 2,5 Milliarden Euro deutlich unter der Neuverschuldung des Jahres 2003 bleiben. Wir hatten zu Beginn der Haushaltsanmeldung eine Deckungslücke von 4 Milliarden Euro. Durch tief greifende Einsparentscheidungen in Höhe von 1,45 Milliarden Euro haben wir es geschafft, sie zunächst auf 2,5 Milliarden Euro zurückzuführen. Ich sage namens der CDU-Fraktion auch Dank an den Ministerpräsidenten und an den Finanzminister, dass sie den Mut hatten, die Vorgabe von 1,45 Milliarden Euro zu formulieren, und dass sie das jetzt umgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Maß halten, bescheiden bleiben, kräftig auf die Neuverschuldungsbremse treten - das sind zurzeit die Gebote der Finanzpolitik. Es ist klar, dass die-

ser Haushalt von allen unseren Bürgern, von den Beschäftigten des Landes, von vielen gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen und Verbänden einen Beitrag zur Konsolidierung der Landesfinanzen verlangt. Das löst zwar sicherlich keine Freude aus, schon gar nicht für die Beteiligten der Mehrheitsfraktionen hier im Hause. Aber das ist der einzige, mühselige und steinige Weg heraus aus der Schuldenfalle Niedersachsens. Eines ist klar: Wir können über Details in diesem Haushalt hin und her diskutieren. Hier und dort gibt es auch gute Argumente. Aber der generelle Konsolidierungskurs von Christian Wulff und Hartmut Möllring ist ohne jegliche Alternative.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir werden ja in den nächsten Wochen sehen, welche Einsparvorschläge vonseiten der Opposition geliefert werden. Nehmen Sie die Realitäten zur Kenntnis. Man kann Finanzpolitik nun mal nicht gegen Adam Riese machen; das funktioniert nicht. Aber gut und ernst gemeinte Vorschläge sind bei uns willkommen. Allerdings schlicht mehr Geld für was auch immer zu fordern, ist der falsche Weg und schon gar kein Beitrag zur Lösung des niedersächsischen Finanzproblems.

Wir unterstützen die Landesregierung eindeutig in ihrem Bemühen um eine Ausgabenreduzierung. Die so genannten bereinigten Ausgaben sind im Haushaltsplanentwurf 2004 mit 22,05 Milliarden Euro rund 166 Millionen Euro unter denen des zweiten Nachtrags 2003 und noch um 135 Millionen Euro unter den bereinigten Istaussgaben des Jahres 2002. Wir in Niedersachsen liegen damit deutlich unter der Empfehlung des Finanzplanungsrates, wonach die Ausgaben der Länder in den Jahren 2003 und 2004 um maximal 1 % steigen sollen. Wir werden damit nach dem derzeitigen Stand vermutlich mit Bayern das einzige Land sein, das die Nettoneuverschuldung für 2004 nicht nur auf gleichem Niveau halten kann, sondern sogar noch absenkt. Darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Übrigens, Herr Möhrmann: Wenigstens hier hätten Sie jetzt mal klatschen können, weil wir genau das machen, wozu Sie uns immer auffordern, nämlich weniger neue Schulden zu machen. Vielleicht wird es aber bei der zweiten Beratung im Dezember etwas anders.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Sie wollen gar nicht zum Haushalt reden! Sie wollen nur polemisieren!)

Meine Damen und Herren, noch etwas zu Herrn Möhrmann und seinen Wachstumsprognosen. Sie haben uns unterstellt, das wir eine Wachstumsprognose von 2 % zugrunde legen. Herr Möhrmann, meine Damen und Herren, der Finanzminister, diese Landesregierung, diese Mehrheit, wir orientieren uns an dem, was uns der Bundesfinanzminister vorgibt. Wenn der Bundeshaushalt von 2 % Wachstumsprognose ausgeht, dann müssen auch wir davon ausgehen. Ich weiß ja selbst, dass wir so gut wie nichts mehr aus Berlin glauben können. Aber es muss doch noch ein Mindestmaß an Seriosität in der Finanzpolitik geben. Wenn der Genosse Eichel 2 % hineinschreibt, dann müssen also auch wir von 2 % ausgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nur nebenbei: Sie sind in Ihrer alten mittelfristigen Finanzplanung von 4 % Wachstum ausgegangen.

(Lachen bei der CDU)

Sie haben damals vermutlich schon den Wahlsieg von Union und FDP vorzeitig eingerechnet. 4 % Wachstum gibt es vermutlich erst 2006. Leider gibt es wahrscheinlich keine Neuwahlen im Bund. Aber dann versprechen wir Ihnen auch, dass wir am Thema Wachstum arbeiten. Dann können wir eines Tages wieder 4 % einstellen. Aber werfen Sie uns nicht vor, dass wir hier im Gegensatz zu Eichel Politik machen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Kennen Sie den Unterschied zwischen nominal und real? - Oh! bei der CDU - Gegenruf von der CDU: Schulmeister!)

Meine Damen und Herren, der Haushaltsplan 2004 ist auch in die Eckpunkte der Mipla 2003 bis 2007 eingebunden. Wir haben in der Mipla die ehrgeizigen Ziele festgelegt, die wir als Koalitionsfraktion zu unterstützen gewillt sind, nämlich die Nettokreditaufnahme jährlich um 350 Millionen Euro zurückzuführen - was Ihnen nie gelungen ist -, damit wir 2007/2008 zum Ende der Wahlperiode einen verfassungskonformen Haushalt und 2013 gar einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorlegen können. Das wird ein sehr mühseliger Prozess. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Aber er ist, wie ich schon mehrfach betont habe, ohne Alternative.

Diese Eckpunkte der mittelfristigen Finanzplanung trägt die Koalition aus Union und FDP voll und ganz mit.

Meine Damen und Herren, trotz der mühseligen Sparpolitik legen wir Ihnen heute einen Haushalt vor, der in mehreren Feldern neue Akzente und neue Prioritäten der Koalitionsfraktionen setzt. Ich möchte in der gebotenen Kürze acht Punkte nennen.

Erstens. Schwerpunkt unserer Landespolitik ist und bleibt der Bildungsbereich. Wir werden auch hier punktuelle Einschnitte vornehmen, die aber nicht zulasten unserer Bildungsqualität und erst recht nicht zulasten unseres zentralen Wahlversprechens der Unterrichtsversorgung gehen. Es werden keine Strukturen zerschlagen. Vielmehr wird so umgestaltet, dass bei geringen Kosten ein höherer Wirkungsgrad erzielt wird. 2 500 zusätzliche Lehrkräfte, ein neues Schulgesetz, viele andere schulpolitische Maßnahmen, auch das besondere Profilierungsprogramm für die Hauptschule - das alles ist ein gutes Grundgerüst, um unsere Schulen für die Zukunft fit zu machen.

Zweitens: Hochschule. Wir sparen auch im Bereich der Hochschule. Wissenschaftsminister Lutz Stratmann kann ein Lied davon singen. Aber wir sparen nicht auf Kosten der Qualität, sondern wir machen uns zum Ziel, die bestehenden Strukturen zu verbessern. Minister Stratmann hat alle Hochschul- und Universitätspräsidenten mit einbezogen und wird nach intensiven Debatten ein Hochschuloptimierungskonzept vorstellen. Wir wollen die Stärken unserer Hochschulen weiter ausbauen und die Schwächen abbauen und mit den Universitäten und Hochschulen einen Zukunftsvertrag zur Hochschulfinanzierung abschließen.

Meine Damen und Herren, in der Hochschulpolitik geht es nach vielen Jahren von Schönwetterpolitik unter Minister Oppermann - dafür sind Sie auch gelobt worden; aber ich habe gestern gemerkt, dass Sie zum Teil besser Fußball spielen, als Sie Hochschulpolitik gemacht haben - auch darum, unpopuläre Entscheidungen zu treffen, vor denen Sie sich immer gescheut haben, die jetzt aber Minister Stratmann treffen muss.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb werden wir die Strukturen modernisieren. Da die Strukturen aber längerfristig beschlossen werden, gilt hier allen Ernstes unser Angebot an

die Opposition aus SPD und Grünen, dass wir gemeinsam unter Moderation von Minister Lutz Stratmann versuchen herauszufinden, wie wir die Hochschullandschaft jenseits des nächsten Wahltermins 2008 für Niedersachsen gestalten können.

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

David McAllister (CDU):

Nein, jetzt nicht, nachher, beim Kaffee. - Frau Dr. Andretta, bisher höre ich dazu nicht viel von der Opposition. Als Hauptverantwortliche für die Finanzmisere unseres Landes immer nur nach mehr Geld zu schreien, das reicht für eine qualifizierte Diskussion zu diesem Thema nun wirklich nicht aus. Also arbeiten Sie nach!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittens: Wirtschaft. Wir investieren weiter in die Infrastruktur des Landes. Wir haben eine Investitionsquote von 8,5 % der Gesamtausgaben, die wir in der Tat in den nächsten Jahren schrittweise erhöhen wollen. Wir geben 13,1 Millionen Euro für den Tiefwasserhafen. Wir führen das Hochbaumaßnahmenprogramm auf gleichem Niveau von 180 Millionen Euro fort. Wir sorgen für die volle Dotierung des Landesanteils für die GA Wirtschaftsförderung, sofern sich in Berlin noch etwas ändert.

Meine Damen und Herren, mit uns werden wieder Radwege gebaut. Wir haben dafür 5,2 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Viertens: Innere Sicherheit. Sie ist unter Uwe Schünemann für uns ein Herzensanliegen. Die zusätzlichen Polizeibeamten sind bereits erwähnt worden. Ich erinnere an die 900 zusätzlichen Haftplätze im Justizbereich. Wir machen auch Ernst mit der Unterbringung in geschlossenen Heimen: Ebenfalls dafür werden Haushaltsgelder bereitgestellt.

Fünftens: Sozialpolitik. In diesem Bereich wollen wir einen besonderen inhaltlichen Schwerpunkt bei der Förderung von Mehr-Generationen-Häusern setzen. Pro Landkreis und kreisfreier Stadt soll es in Niedersachsen schließlich ein Mehr-Genera-

tionen-Haus geben. Dabei werden bestehende Einrichtungen zusammengefasst, um Kosten zu sparen und um den Dialog zwischen den Generationen zu fördern.

Meine Damen und Herren, Herr Möhrmann, Sie haben das Thema Krankenhäuser angesprochen. Uns liegt die Gesundheit der Bürger sehr am Herzen. Deshalb investieren wir im Krankenhausbereich zusätzlich 20 Millionen Euro jährlich. Dringend erforderlich ist dafür aber auch die Umstrukturierung der Krankenhauslandschaft. Durch die Verlagerung der Krankenhausmittel auf die Landestreuhandstelle geben wir unseren Krankenhäusern Planungssicherheit und stellen für die nächsten vier Jahre ein Investitionsvolumen von insgesamt 520 Millionen Euro zur Verfügung. Wir sprechen hier offen, ehrlich und offensiv über die Gründe dieser Verlagerung auf die Landestreuhandstelle, damit sie öffentlich und klar nachvollziehbar abläuft. Sie bedeutet eine deutliche Bündelung und Verwaltungsvereinfachung, und sie hat finanzwirtschaftliche Gründe.

(Heinrich Aller [SPD]: Ist das nun ein Schattenhaushalt oder nicht?)

- Herr Aller, Sie fragen, ob das ein Schattenhaushalt ist. Ich sage Ihnen eines: Unser Haushalt ist in Teilen ein Schattenhaushalt, er stellt nämlich Sie in den Schatten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sechstens: Ländlicher Raum. Heiner Ehlen ist da. Durch die übernommene desolante Haushaltslage müssen wir auch hier notgedrungen kürzer treten. In den weiteren Haushaltsberatungen werden wir alle Optimierungsmöglichkeiten entschlossen nutzen. Für uns ist aber wichtig: Verfügbare Gelder werden insbesondere zur Stärkung des ländlichen Raums eingesetzt, indem wir die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur soweit wie möglich kofinanzieren werden. Wir wollen es gerade nicht zulassen, dass wie zu den SPD-Zeiten regelmäßig GA-Mittel in zweistelliger Millionenhöhe verfallen, weil das Land seine finanzpolitischen Hausaufgaben nicht gemacht hat. Durch die von uns begonnene Sanierung der Finanzen werden wir auch in diesem Bereich zukünftig wieder die notwendigen Handlungsspielräume gewinnen. Mit verfügbaren GA-Mitteln können im Agrarbereich im Haushaltsjahr 2004 alle Rechtsverpflich-

tungen aus den Vorjahren erfüllt und EU-Mittel im geplanten Umfang gebunden werden.

Ich habe die Radwege bereits angesprochen. Das Radwegeprogramm, das Sie gestrichen haben - auch das ist ein wichtiges Signal für den ländlichen Raum -, werden wir umsetzen, wenn auch zunächst nur in bescheidenem Umfang.

Ein weiteres Thema habe ich in den letzten Monaten mit Interesse verfolgt. Dabei geht es um die Debatte um das zukünftige elektronische zentrale Mahngericht. Ich lese hier und dort von SPD-Landtagsabgeordneten in den Wahlkreisen, dass sie sich für bestimmte Standorte stark machen. Ich will festhalten: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, dann wäre das zentrale Mahngericht schon längst in der Landeshauptstadt realisiert worden. Sie haben kein Recht, in dieser Debatte bestimmte Themen bezüglich des ländlichen Raumes anzusprechen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In einem Punkt bin ich mir mit Frau Heister-Neumann einig: Wir haben vorzügliche Bewerbungen aus dem ländlichen Raum bekommen. Wir haben vorzügliche Bewerbungen von Amtsgerichten mit acht Richterplanstellen bekommen.

(Zurufe von der SPD)

Eines dieser Amtsgerichte wird das zentrale Mahngericht in Niedersachsen werden. Mir zeigt diese Diskussion um das zentrale Mahngericht, welches enorme Potenzial sich bei uns auch in der Fläche des Landes befindet. Deshalb werden wir bei der Verwaltungsreform darauf Acht geben, dass Behördenstandorte auch im ländlichen Raum bestehen bleiben. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Möhrmann, dann haben Sie uns vorgeworfen, wir hätten die Mittel für den Küsten- und Hochwasserschutz gekürzt. Das ist nachweislich falsch. Wir haben den Ansatz für Küsten- und Hochwasserschutz mit fast 71 Millionen Euro sogar um 886 000 Euro aufgestockt. Insgesamt fließen bis 2006 aus Bundes-, Landes- und EU-Mitteln etwa 200 Millionen Euro in Niedersachsen in den Hochwasser- und Küstenschutz. Wir geben den Menschen gerade in den überschwemmungsge-

fährdeten Gebieten damit Sicherheit und Perspektive; auch das ist dringend notwendig.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Schließlich: Der zentrale Baustein der Landespolitik, auch der neuen Koalition von Union und FDP, ist die Verwaltungsreform. Wir haben konkrete Zielvorgaben für Stelleneinsparungen formuliert. In der Tat: Wir wollen 6 743 Stellen - ausgenommen sind die Bereiche Unterrichtsversorgung und innere Sicherheit - bis 2007/2008 nicht nur streichen, sondern entbehrlich machen. Herr Gabriel, entbehrlich machen ist mehr als streichen, weil Ersteres zunächst die intellektuelle Herausforderung voraussetzt, sich zu überlegen, was der Staat eigentlich alles machen soll. Wir sind uns ganz sicher, dass die Beseitigung von Hornissennestern zukünftig nicht mehr Aufgabe der Bezirksregierung sein muss und kann. Das können die Kommunen mit großer Sicherheit alleine machen, um nur ein Beispiel zu nennen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb machen Staatssekretär Meyerding und Innenminister Schünemann eine nachhaltige Aufgabenkritik. Wir wollen eine Rückkehr des Landes zum Kernbereich der staatlichen Aufgaben und damit die Minimierung der Fixkostenfalle der dauerhaften Personalkosten. Wir schauen zunächst, welche Aufgaben das Land wahrnimmt und welche davon gestrichen werden können. In einem zweiten Schritt überlegen wir, was andere - Stichwort „kommunale Ebene oder Privatisierung“ - wirtschaftlicher und kostengünstiger selbst wahrnehmen können. Dann machen wir uns Gedanken über eine schlanke und knackige Landesverwaltungsstruktur.

(Zuruf von der SPD)

- Herr Bartling läuft doch jetzt jeden Morgen am Innenministerium vorbei und zieht in Ehrfurcht seinen Hut davor, dass beim Thema Verwaltungsreform endlich einmal das gemacht wird, was in Niedersachsen vorher nie gemacht werden konnte. Dazu brauchen wir uns von Ihnen überhaupt nichts sagen zu lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir können uns bei den Konsolidierungsbemühungen noch so anstrengen. Wir werden die Haushaltslage des Landes dauerhaft nur in den Griff bekommen, wenn wir endlich wieder eine neue Bundespolitik bekommen. Alle unseren guten Vorsätze und Planungen werden wenig bringen, solange in der Bundesrepublik die Rahmenbedingungen für eine wirtschaftliche Belebung nicht nachhaltig besser werden. Im Gegensatz zu unserem Haushaltsentwurf basiert der Haushaltsentwurf von Hans Eichel nun wirklich auf völlig illusorischen Annahmen.

(Thomas Oppermann [SPD]: 2 %!)

Selbst die Mitglieder der Bundesregierung haben gequält geschaut, als Eichel das vorgetragen hat. Man konnte das bei PHOENIX sehen. Das war vermutlich der letzte Haushalt von Hans. Es tut mir sehr Leid, aber da muss wahrscheinlich ein anderer die letzten drei Jahre in Berlin aushalten.

Meine Damen und Herren, zum dritten Mal hintereinander steuert der Bundeshaushalt auf eine Verletzung der Maastricht-Stabilitätskriterien zu. Ausgerechnet wir Deutschen, die wir immer so großen Wert auf die Stabilitätskriterien gelegt haben, brechen jetzt diese Kriterien. Erst haben wir mit den Fingern auf die kleinen südeuropäischen Staaten gezeigt. Jetzt zeigen in der Tat nicht nur drei, sondern vier Finger auf uns. Heute Morgen war diskutiert worden, dass drei Finger auf einen zeigen. Da müsste man schon einen Finger verloren haben.

(Heiterkeit bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Wahrheit über die Lage unserer Volkswirtschaft ist, dass es eine katastrophale Fehleinschätzung hinsichtlich der Fakten zur Konjunktur, zu den Wachstumserwartungen und zur Arbeitsmarktentwicklung gibt. Wir könnten jetzt lange ausführen, ob es nicht einmal einen Bundeskanzler aus Hannover gab, der die Arbeitslosenzahlen halbieren wollte. Ich kann mich aber noch viel besser an die Debatten der letzten Wahlperiode zum Thema Hartz-Konzept erinnern. Wie haben Sie das alles abgefeiert! Ich frage mich, wo eigentlich die Erfolgsstory der Ich-AG geblieben ist. Ich habe sie noch nicht verfolgt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wo sind eigentlich die Erfolge der Personalserviceagenturen geblieben, die von Ihnen so großmäulig verkündet wurden? In Hannover sind nur drei

Arbeitslose durch PSA vermittelt worden. In Niedersachsen waren es lediglich 24 Personen. Meine Damen und Herren, dieser Popanz, den Sie da aufgebaut haben, ist peinlich.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber auch dazu gibt es in Teilen der Bundespolitik mittlerweile eine Erkenntnis. Bundeswirtschaftsminister Clement hat neulich die frappierende Feststellung gemacht: Kein Land gibt so viel für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus, und keines ist damit so erfolglos. Das ist eine wichtige Erkenntnis, die hoffentlich noch einmal zum Nachdenken anregt, ob es wirklich richtig ist, das Problem der Arbeitslosen- und Sozialhilfe dadurch zu lösen, dass man noch einmal 12 000 zusätzliche Beamtenstellen bei der Bundesanstalt für Arbeit schafft. Reglementierung und Bürokratie sind keine Lösungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Bitte begreifen Sie es endlich! Sie haben doch seit 1998 dafür Zeit gehabt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, worauf setzen wir in Niedersachsen? - Die Regierung Wulff hat immer zu Recht gesagt, Niedersachsen wird sich im Bundesrat auf alles von Rot-Grün aus Berlin einlassen, was gut ist. Was den Zielen Wachstum, Eigenverantwortung und Wettbewerb dient, wird Niedersachsen unterstützen. Entscheidend ist, dass wir in Berlin zu Entscheidungen kommen, die uns wirklich ein wirtschaftliches Wachstum bescheren; denn nur mit wirtschaftlichem Wachstum sind wir in der Lage, unsere Einnahmeprobleme in den Landeshaushalten wieder zu lösen. Deshalb brauchen wir grundlegende Reformen im Arbeits- und Tarifrecht, die der Finanzminister zu Recht angemahnt hat, auch wenn Sie, Herr Gabriel, zusammen mit Herrn Meine - die IG Metall ist ja ein besonderer Prototyp des Aufbruchs in Deutschland - beim Arbeits- und Tarifrecht, bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe und bei anderen sozialen Sicherungssystemen anderer Auffassung sind.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In einem zweiten Schritt brauchen wir eine umfassende Steuerreform mit niedrigen Steuersätzen und mit grundlegend vereinfachten Regeln. Wir brauchen aber vor allem keine Finanzierung, die einfach nur primitiv in die Neuverschuldung geht,

sondern die es schafft, auch auf der Ausgabenseite zu Einsparvorschläge zu kommen.

(Vizepräsidentin Silva Seeler übernimmt den Vorsitz)

Dann wird die Wirtschaft wieder angekurbelt, und wir haben wieder Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung. Wir haben zurzeit in Deutschland ein Nullwachstum. Deshalb haben wir diese Haushaltsprobleme in Niedersachsen, nicht nur in Niedersachsen, sondern in allen 16 Ländern. Christian Wulff hat Recht, wenn er sagt, unser Land sei ärmer geworden. Wer Rot-Grün wählt, nimmt auch in Kauf, dass das Land ärmer wird. Im Grunde genommen können sich nur reiche Menschen Rot-Grün in Berlin leisten. Daraus ergibt sich in der Tat die Verpflichtung, dass das 2006 endlich ein Ende findet.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir als CDU-Fraktion haben auf unserer Klausurtagung in Braunlage die Eckpunkte zur Haushaltspolitik gesetzt. Wir tragen den Regierungsentwurf von Hartmut Möllring im Wesentlichen so mit. In einzelnen Punkten haben wir uns vorbehalten, bei der Beratung noch neue Schwerpunkte zu setzen. Dazu zählen die 5 Millionen Euro für ein Hauptschulprofilierungsprogramm, weil uns das dreigliedrige Schulsystem am Herzen liegt. Zum dreigliedrigen Schulsystem zählen nicht nur Gymnasium und Realschule, sondern vor allem auch die Hauptschule mit all ihren besonderen Herausforderungen. Wir stellen die 1,8 Millionen Euro für die sozialpädagogische Betreuung jugendlicher Straftäter wieder zur Verfügung. Wir werden 750 000 Euro weniger bei den Schulen in freier Trägerschaft kürzen, weil uns auch diese Schulen sehr am Herzen liegen. Wir stellen für den Finanzfonds zur Zusammenarbeit Niedersachsens mit Hamburg 380 000 Euro zur Verfügung. Wir haben großen Wert darauf gelegt, für alle Einsparvorschläge konkrete Deckungsvorschläge zu machen. Das Gleiche haben die Kollegen von der FDP-Fraktion auf ihrer Klausurtagung in Cuxhaven gemacht. Wir werden dann als Koalitionsfraktionen einen gemeinsamen Haushaltsänderungsantrag einbringen, in dem wir unsere politischen Schwerpunkte endgültig dokumentieren.

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, die CDU-Fraktion steht geschlossen hinter der Konsolidierungspolitik. Sie haben ein großes Paket ge-

schnürt. Jetzt entscheiden wir in den nächsten Monaten in den Haushaltsberatungen und handeln dann in 2004.

Ich schließe mit Ulrich Neufert, dem Chefredakteur der *Neuen Presse*, vom 3. September 2003:

(Thomas Oppermann [SPD]: Das haben wir uns gedacht!)

„Die Opposition im Niedersächsischen Landtag kann eigentlich weiter in den Ferien bleiben. Die Landesregierung macht zurzeit alles richtig. Ministerpräsident Christian Wulff hat die historisch einmalige Chance genutzt, in der Finanzpolitik des Landes Pflöcke einzurammen, nachdem der Haushalt im Schwemmsand SPD-geführter Landesregierungen unterzugehen drohte.“

Dem haben wir nichts hinzuzufügen. - Herzlichen Dank.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Ich erteile jetzt dem Abgeordneten Herrn Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt, der dem französischen König von seinem Finanzminister Calonne im Jahre 1788 vorgelegt wurde, sah noch deutlich schlechter aus als der Ihrer, Herr Minister Möllring. Damals lagen die Ausgaben 20 % höher als die Einnahmen des Staates, 50 % der Ausgaben wurden für Zins und Tilgung aufgewendet. In der Folge kam es zur Einberufung der Generalstände, und die Ereignisse nahmen den bekannten Lauf. Das Beispiel zeigt die Brisanz einer finanzpolitischen Kamikazepolitik.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Haushaltsentwurf, den Sie uns heute vorlegen, werden ca. 11 % der Ausgaben durch neue Kredite finanziert. Gleichzeitig stellen Sie eine ganze Reihe von verfassungswidrigen Landeshaushalten in Aussicht. Herr Möllring, Sie legen uns einen Plan vor, der im Jahr 2004 die dritthöchste Neuverschuldung aller Bundesländer in absoluten Zahlen ausweist.

Außerdem wird, wie auch schon von Herrn Aller praktiziert, eine globale Minderausgabe auf höchstmöglichem Niveau eingestellt - eine Vorgehensweise, die Sie, Herr Möllring, in der Vergangenheit immer scharf kritisiert haben.

Die mittelfristige Finanzplanung enthält, soweit sie uns heute schon bekannt ist, erhebliche Risiken, unsichere und auch unwahrscheinliche Annahmen. Ein Novum ist zudem die verspätete Vorlage der mittelfristigen Finanzplanung. Das ist eindeutig ein Verstoß gegen die Landeshaushaltsordnung, Herr Möllring. Damit machen Sie es sich zu einfach.

Sie haben im Haushalt 2005 2 500 neue Lehrerstellen vorgesehen. Herr McAllister, als Sie mit Ihrer Rede angefangen haben, dachte ich: Haben Sie dieselbe Rede wie die zum Nachtragshaushalt hervorgekramt, als Sie damals die schöne Story mit dem Horoskop vorgetragen hatten? Sie haben im Haushalt 2 500 neue Lehrerstellen vorgesehen, aber Sie haben auch die Wiedereinführung des dreigliedrigen Schulsystems beschlossen, was den größten Teil der Lehrerstellen wieder auffrisst.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie kassieren in der Mipla 700 von den neuen Lehrerstellen gleich wieder ein.

Die Steigerung der Zahl der Kinder, die mit der Hochschulzugangsberechtigung abschließen, werden Sie so nicht erreichen. Das zeigt letztlich auch das Beispiel Bayern, das Sie sich ein Stück weit zum Vorbild genommen haben. Sie haben in Kabinett und Fraktion eine Kürzung bei den niedersächsischen Hochschulen beschlossen, die die Hochschulen, was die Qualität angeht, teuer zu stehen kommt. Wenn künftig keine renommierten Professoren mehr berufen werden können, werden die Hochschulen im Ranking weiter zurückfallen. Herr McAllister, Maßstab der niedersächsischen Hochschulen darf doch nicht die Hochschule Vechta, sondern müssen die weltweit besten Fakultäten sein. Bei den Stiftungshochschulen werden Sie vertragsbrüchig, indem Sie die Finanzausstattung der Gründungsverträge einseitig aufkündigen. Die Gelder, die für 2003 zugesagt worden sind, holen Sie nachträglich zurück.

Sehr geehrte Damen und Herren, seit gestern haben wir es schwarz auf weiß: Zu wenig Abiturienten und mittelmäßige Hochschulen wirken sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Die

OECD ist in ihren Aussagen mehr als deutlich geworden.

Herr Möllring, der Investitionsbegriff, den Sie Ihrem Haushaltsentwurf zugrunde legen, ist überholungsbedürftig. Münchenhausen hatte die Gründung der Universität Göttingen als ein Projekt der Wirtschaftsförderung betrieben. Heute werden die Universitäten nicht mehr als Investitionen in die Zukunft begriffen, sondern bei Ihnen nur noch als Kostenfaktor. Wenn Sie von Wirtschaftsförderung reden, dann schütten Sie die Gelder wie mit der Gießkanne aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP-Fraktion, der Landesrechnungshof hat Ihnen das ebenso wie Ihrer Vorgängerregierung ins Stammbuch geschrieben. Jetzt weigern Sie sich aber sogar in großkoalitionärer Verbundenheit, eine Evaluation der Wirtschaftsförderung vorzunehmen. Mitnahmeeffekte von 50 % hat der Landesrechnungshof bei dieser Form der Wirtschaftsförderung zur Kenntnis nehmen müssen.

Noch eines zur GA-Förderung: Herr Minister Hirche hat die Mittel für die GA-Förderung, für die Gemeinschaftsaufgabe, bereits aus der Mipla gestrichen. Insofern ist es nicht richtig, Herr McAllister, dass Sie diese Mittel in den Haushalt eingestellt hätten. Ganz offensichtlich haben Sie die Mittel vorausseilend für Ihre eigenen Kürzungsmaßnahmen vereinnahmt.

Zu den Radwegen. Im Nachtragshaushalt haben Sie 3 Millionen draufgelegt. Aber in dem Haushaltsplan, den Sie uns jetzt vorgelegt haben, haben wir nur 5,1 oder 5,2 Millionen gefunden

(David McAllister [CDU]: Richtig! 5,3!)

Das ist die Summe, die man uns auch im Wirtschaftsministerium genannt hat. Dies ist keine Steigerung gegenüber dem Stand, den wir vorher hatten.

(David McAllister [CDU]: Das ist mehr als null!)

Wir hatten im Nachtragshaushalt einen kurzen Buckel. Jetzt gibt es eine schöne Presseerklärung von Herrn Hirche - das ist in der Sache auch richtig -, aber was das Geld angeht, ist es beileibe nicht so, wie Sie das ausgeführt haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die niedersächsischen Häfen weisen einen Kostendeckungsgrad

von nur 33 % auf. Leider steht zu befürchten, dass die von Ihnen vorgesehene Finanzierung des Tiefwasserhafens zusätzliche große Löcher in den Haushalt reißt. Das Zauberwort heißt „ppp“, so hat der Ministerpräsident das in diversen Interviews dargestellt; ppp soll public-private-partnership heißen. Dieses Zauberwort wird hier arg strapaziert. Public pays plus, so würde ich lieber sagen: Die Öffentlichkeit zahlt drauf. So müsste das eigentlich genannt werden, was Sie hier vorhaben.

(Minister Hartmut Möllring [CDU]: „Plus“ wird das ausgesprochen! Das ist nämlich englisch!)

- Man kann das englisch oder deutsch aussprechen. „Plus“ versteht man besser. Ich würde also sagen: Public pays plus. Das ist das Finanzierungskonzept für Ihren Hafen.

Mittlerweile liegen recht weitgehende Vorschläge zur Zukunft des Föderalismus auf dem Tisch. Wenn man die Vorschläge des Vorsitzenden Richters am Bundesverfassungsgericht ernst nehmen würde, wären auch das Thema der Hafenkooperation und die parallele Subventionierung von Infrastrukturprojekten nur noch Schnee von gestern. Das ist aber sicherlich noch ein weiter Weg.

Fakt ist, dass Niedersachsen, Hamburg, Bremen und Schleswig-Holstein ein gemeinsames Landesamt für Statistik, einen gemeinsamen Verfassungsschutz, eine gemeinsame Katasterverwaltung, ein gemeinsames Amt für Bezüge oder vielleicht auch noch die eine oder andere zusätzliche gemeinsame Institution betreiben könnten.

Herr Wulff – er ist jetzt leider nicht da -, Ihr Kollege Ole von Beust macht es Ihnen zusammen mit Schleswig-Holstein vor. Drei Landesämter sind verknüpft, und bei 15 weiteren wird das geprüft.

(David McAllister [CDU]: Richtig!)

Sie brauchen aber erst eine Einladung, um dieses Einsparpotenzial zu nutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU- und die FDP-Fraktion setzen nach eigenem Bekunden einen Schwerpunkt im Bereich der Sicherheit. Sie wollen trotz Verfassungswidrigkeit des Haushalts noch 1 000 neue Polizisten einstellen. In einem Punkt haben Sie Recht: In einer Zeit, in der mit Angst vor Terrorismus, Gewalt, sozialem Abstieg und Krankheit immer mehr Politik gemacht wird, fühlen sich viele Menschen verunsichert. Die

Sehnsucht nach Sicherheit und Geborgenheit ist ein sehr tief sitzendes menschliches Bedürfnis. Aber die Einstellung von 1 000 neuen Polizisten ist im bestem Fall Placebo-Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir Grünen setzen der Politik der Angst eine Politik der sozialen Sicherheit und der Geborgenheit entgegen. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement und zivilgesellschaftliche Strukturen stärken. Wir wollen den Menschen, die sich für ihr Gemeinwesen engagieren, wieder Mut machen und sie in diesem Engagement unterstützen. Deshalb ist es falsch, wenn Sie die kleinen sozialen Projekte zusammenstreichen, die ganz oft auf ehrenamtlichem Engagement basieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sage ich ausdrücklich auch den Ideologen von der FDP.

(Hans-Werner Schwarz [FDP]: Ideologen von der FDP?)

- Sie haben richtig gehört. Das sage ich ausdrücklich auch den Ideologen von der FDP, die ihre Klientel der besserverdienenden Männern einmal mehr im Blick haben.

(Minister Walter Hirche [FDP]: Die sind längst bei den Grünen!)

Der Chef der FDP-Fraktion verkündet drastische Kürzungsvorschläge seiner Fraktion bei Mädchenhäusern und Frauenprojekten. Er behauptet, dies sei mit dem Ministerium abgestimmt, Frau von der Leyen. Aber das war wohl ein Missverständnis. Die Sozialministerin ist überrascht und lehnt die zusätzlichen Kürzungen in ihrem Sozialetat erst einmal strikt ab.

Aber so ist das offensichtlich mit der FDP hier im Landtag. Sie kündigt an, sie behauptet, heraus kommt am Ende aber doch nichts – so ähnlich wie gestern beim Fußball. In der Presseerklärung konnte man nachlesen, Herr Rösler würde spielen, würde auf den Platz kommen. Hinterher musste man aber feststellen: Fehlanzeige, kein Rösler, nur Presseerklärung.

(Zuruf von der SPD: Er hat geguckt, wie groß der Ball ist! – David McAllister [CDU]: Lehmann war da! Die FDP war gut vertreten! Den Elfer hat Voigtländer verschossen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, soll noch mehr gespart werden, oder sollen noch mehr Schulden gemacht werden? Mit dieser Frage wollten der Ministerpräsident und der Vorsitzende der CDU-Fraktion angesichts der Debatte über das Vorziehen der Steuerreform die Opposition in Mithaftung nehmen. Einen wichtigen Punkt haben Sie aber ausgespart, meine Herren. Das Gesprächsangebot haben Sie auch schon wieder halb zurückgenommen. Zumindest musste ich Ihre Äußerungen so interpretieren. Das müssen wir vielleicht noch klären.

Wir wollen endlich wissen, welche Position Sie im Bundesrat vertreten. Der Abbau von Subventionen wird sich in den nächsten Jahren ganz wesentlich auf die Einnahmeentwicklung des Landes auswirken.

Ich will zwei Punkte ansprechen: die Eigenheimzulage und die Kilometerpauschale. Allein die Abschaffung der Eigenheimzulage wird den Landeshaushalt langfristig um ca. 250 Millionen Euro jährlich entlasten. Beide Subventionen fördern die Zersiedelung. Beide Subventionen schwächen die historischen Zentren unserer Städte und Dörfer.

Wir sind für jede Diskussion offen, in der Sie uns nachweisen, wo die wirtschaftliche Relevanz der Eigenheimzulage heute ist und wo sie sozusagen in der Schärfe, in der Tiefenschärfe das bewirkt, was ursprünglich damit geplant war.

(David McAllister [CDU]: Eigentum bilden!)

Angesichts der demografischen Entwicklung müssen diese Fragen, Herr McAllister, noch einmal neu überdacht werden.

(David McAllister [CDU]: Eigentum zu bilden gefällt Ihnen nicht! Das weiß ich!)

Eigene Vorschläge zum Subventionsabbau, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, legen Sie nicht auf den Tisch. Wir erleben auf der ganzen Linie eine Verweigerungshaltung. Vom Subventionsabbau bis zur Gemeindefinanzreform verweigern Sie eine konstruktive Auseinandersetzung.

Man kann nur hoffen, dass Sie nach dem 21. September, der Wahl in Bayern, mehr Mut haben werden.

Wir werden nicht locker lassen! Wir wollen wissen, wo die Landesregierung im Bundesrat koope-

riert, wo sie bessere Vorschläge hat, wo sie sich zu einem Kompromiss durchringen kann. Die Zusammenarbeit im Bundesrat beim Subventionsabbau könnte den Landeshaushalt schon im Jahre 2004 um bis zu 400 Millionen Euro entlasten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dies wäre eine Entlastung, die sich mit gewissen Steigerungsraten im Übrigen auch für die Folgejahre ergeben würde. Aber eine weitere Blockade im Bundesrat bedeutet, dass auch weiterhin verfassungswidrige Haushalte vorgelegt werden. Das aber kommt Niedersachsen teuer zu stehen.

Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP, die föderale Struktur unseres Staatswesens für parteipolitische Zwecke missbrauchen, dann spielen Sie mit dem Feuer. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Möhrmann hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

Dieter Möhrmann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Man hat uns bei der Konstituierung des Parlaments gesagt, es solle eine neue Art der Debatte einkehren.

(Heiner Bartling [SPD]: Ein neuer Stil!)

- Ein neuer Stil. - Ich stelle fest: Die Hälfte des Kabinetts ist nicht vertreten. Auch der Ministerpräsident ist bei dem wichtigen Thema des Haushaltes für das Jahr 2004 nicht anwesend. Ich bitte das Haus, die Kabinettsmitglieder zu zitieren. Das müsste auch im Interesse der FDP-Fraktion liegen, die sicherlich Wert darauf legt, dass ihre Debattenbeiträge gehört werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Althusmann!

Bernd Althusmann (CDU):

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Möhrmann, wir kennen diesen Versuch der SPD nun schon von einigen Plenarsitzungen, die wir mit Ihnen als Opposition erleben durften.

(Heiner Bartling [SPD]: Wir kennen das seit 1990!)

Ich stelle fest, dass Ihnen nichts Neues einfällt, außer sich - wie heute Morgen auch geschehen - in Form von Geschäftsordnungsdebatten über die Probleme dieses Landes mit uns unterhalten zu wollen.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Das ist langweilig!)

Herr Möhrmann, es ist mit Sicherheit so, dass sich das Kabinett der CDU-FDP-Landesregierung dann, wenn es nicht gerade auf seinen Bänken sitzt, um die wesentlichen und wichtigen Fragen dieses Landes kümmert, z. B. um die Frage, wie wir die Finanzprobleme, die Sie verschuldet haben, lieber Herr Bartling - in erster Linie Sie, der Sie die Verwaltungsreform nicht in den Griff bekommen haben -, tatsächlich lösen. Es muss uns wirklich nicht wundern, meine Damen und Herren, dass Sie es immer wieder über Geschäftsordnungsdebatten versuchen.

(Dieter Möhrmann [SPD]: Sie müssen jetzt die Minister alle aufzählen! Dann dauert das noch länger!)

Aber ich bin fest davon überzeugt, Herr Gabriel, wenn ich mir anschau - - -

(Heiner Bartling [SPD]: 2008 sollten Sie das mal erzählen!)

- Sie sollten sich auch coachen lassen, Herr Bartling. Da sich Ihr Vorsitzender hat coachen lassen, sind wir auf seine Einlassungen zum Landeshaus halt gespannt. Er hat sich auch zu Wort gemeldet.

(Zuruf von der SPD: Nicht persönlich werden! - Sigmar Gabriel [SPD]: Mehr haben Sie nicht drauf?)

Ich bin fest davon überzeugt - - -

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Althusmann, würden Sie bitte zur Geschäftsordnung reden und nicht einzelne Kollegen angreifen!

Bernd Althusmann (CDU):

Ich komme zur Geschäftsordnung. Lieber Herr Gabriel, ich bin fest davon überzeugt, dass es Ihnen am heutigen Tage nach einem Blick in Ihr Horoskop gut getan hätte,

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ich habe es nicht gelesen, tut mir Leid!)

wenn Sie sitzen geblieben und sich als ehemaliger Ministerpräsident die Einbringungsrede des Finanzministers angehört hätten.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Althusmann!

Bernd Althusmann (CDU):

Wir werden Ihren Antrag ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Zuruf von der SPD: Gerade aus der Kneipe gekommen, oder was?)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Frau Harms!

Rebecca Harms (GRÜNE):

Ich möchte den Antrag der SPD-Fraktion unterstützen und einfach nur sagen: Herr Althusmann, anlässlich einer so wichtigen Debatte stünde Ihnen ein bisschen Selbstkritik gut an.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Dieter Möhrmann [SPD]: Das ist ihm wesensfremd!)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Lehmann, wollen Sie auch noch sprechen, nachdem das Kabinett wieder vollzählig anwesend ist?

Carsten Lehmann (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte mich schon gewundert, dass wir bis heute Mittag einen relativ normalen Ablauf hatten und pünktlich in der Zeit waren. Um zum Thema zu kommen - es wird ja immer angemahnt, dass wir zum Thema reden sollen: Immer, wenn

ich mich umgesehen habe, habe ich das gesamte Kabinett dort vorne gesehen. Dass Einzelne immer wieder hinein- und hinausgehen, ist doch eine ganz andere Sache.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Immer? -
Wolfgang Jüttner [SPD]: Seit Stunden
sind einige abwesend!)

- Herr Jüttner, ich weiß nicht, ob Sie Buch geführt haben, wer seit Stunden abwesend war oder ist. Wie Sie festgestellt haben, sind alle Kabinettsmitglieder immer in der Nähe gewesen bzw. befanden sich auf ihren Bänken, so wie es jetzt auch wieder der Fall ist. Also, so zu tun, als seien sie den ganzen Tag über nicht da gewesen und hätten nicht zugehört, trifft die Sache nun überhaupt nicht. Das ist - ich darf an das anschließen, was Herr Althusmann eben gesagt hat - wohl doch eher ein Ablenkungsmanöver als eine Sache, die tatsächlich ihre Richtigkeit hat.

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Lehmann, Sie können zum Schluss kommen. Es sind alle Kabinettsmitglieder anwesend.

Carsten Lehmann (FDP):

Von daher müssen wir das mit dem Zitieren nicht machen, auch wenn es sich vielleicht einmal gut passt. Vielmehr sollten wir gucken, wer wirklich da ist. Sie sehen, es sind alle da, und das war vorher auch nicht anders.

(Beifall bei der FDP und bei der
CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Nachdem jetzt alle Kabinettsmitglieder anwesend sind, erübrigt sich die Abstimmung.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Und das
Parlament auch!)

- Auch die Abgeordneten sind jetzt fast vollzählig anwesend.

Ich rufe jetzt Herr Dr. Rösler von der FDP-Fraktion auf.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ich finde, Sie
müssten mal einen dafür ausgeben,
dass wir Ihnen die Leute hier reinhol-
len!)

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, wir haben heute eine gute Gelegenheit, mit drei Gerüchten in diesem Hause endgültig aufzuräumen. Das erste Gerücht ist, dass sich alle Parteien und Politiker in ihren politischen Aussagen und in ihrem politischen Handeln mehr oder weniger gleichen. Das zweite Gerücht ist, dass es immer weniger mutige Politik und immer weniger mutige Politiker gibt. Und das dritte Gerücht ist - das habe ich hier mehrfach gehört -, dass Sie es besser gekonnt hätten, wenn Sie noch an der Regierung gewesen wären.

(Beifall bei der SPD und bei den
GRÜNEN)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist mit Sicherheit falsch.

(Beifall bei der FDP und bei der
CDU)

Die neue CDU-FDP-Landesregierung hat in ihrem Haushaltsplanentwurf eindeutig gezeigt, dass es tatsächlich entscheidende Unterschiede im politischen Handeln der einzelnen politischen Richtungen gibt. Mit dem bisher einmaligen Sparpaket in Höhe von 1,45 Milliarden Euro hat diese Landesregierung einen klaren und eindeutigen Kurswechsel vollzogen: Weg von der bisherigen sozialdemokratischen Ausgabenpolitik hin zu einer klaren, soliden, bürgerlichen Sparpolitik!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Lachen bei der SPD)

Natürlich kann man sich fragen, warum die Nettoverschuldung immer noch sehr hoch liegt, so dass wir nach wie vor noch keinen verfassungsmäßigen Haushalt vorlegen können. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, wenn Sie die Frage schon stellen, dann müssen Sie auch mit der Antwort fertig werden, und diese Antwort haben wir bereits mehrfach gehört. Ich möchte sie nur einmal wiederholen, weil es sonst anstrengend wird: Sie sind aufgrund Ihrer Ausgabenpolitik - Sie haben die Verschuldung in den letzten 13 Jahren insgesamt verdoppelt - daran Schuld, dass wir eine Haushaltslage vorzuweisen haben, mit der wir jetzt gegenüber den Menschen umgehen müssen. Wenn überhaupt jemand die Verantwortung für die Verfassungswidrigkeit des Haushalts trägt, dann sind das Ihre Fraktion und Ihre alte Landesregierung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zuruf von der SPD: Herr Rösler, vor
13 Jahren hätten Sie hier auch reden
können!)

Vergleicht man uns als den Regierungsparteien von heute mit Ihnen als der Regierungspartei von gestern - jetzt sind Sie in der Opposition -, werden die Unterschiede schnell deutlich. In der Bildungspolitik, so denke ich, haben wir schon die Überlegenheit unserer Ideen gegenüber Ihren Ideologien gezeigt. Dieser Haushaltsentwurf ist ein neuerlicher Beweis dafür, dass man sehr wohl Unterschiede zwischen den politischen Parteien feststellen kann. Anscheinend ärgert es Sie - das merkt man in jedem Ihrer Redebeiträge -, dass in den Fraktionen von CDU und FDP so viele junge Leute sitzen und anständige Politik machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Lachen bei der SPD)

Aber ich sage Ihnen: Ob Parteien und Fraktionen tatsächlich für die nächste Generation stehen oder nicht, hängt nicht davon ab, wie viele junge Parlamentarier im Landtag sitzen, sondern davon, ob wir tatsächlich nachhaltige Politik betreiben.

(Heidrun Merk [SPD]: Ganz was Neues!)

Frau Merk, diese Regierung macht den Satz wahr, den mir meine Oma erzählt hat und den Ihnen Ihre Oma wahrscheinlich auch erzählt hat - vielleicht haben Sie ihn nur vergessen -, nämlich dass man nur das Geld ausgeben kann, das man vorher eingenommen hat. Das ist der entscheidende Grund dafür, dass die CDU-FDP-Landesregierung momentan bei der jungen Generation tatsächlich so gut ankommt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das erste Gerücht ist damit eindeutig aus der Welt. Der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und uns ist der, dass Sie nach wie vor auf Kosten der jungen Generation leben, während wir - junge und, Herr Ontijd, Herr Klare, auch jung gebliebene Politiker - gemeinsam daran arbeiten, nachhaltige Politik im Interesse der nachfolgenden Generation zu machen. Das sollte Sie eigentlich viel mehr ärgern als nur die jungen Gesichter.

Das zweite Gerücht, meine sehr verehrten Damen und Herren, lautet, es gäbe keine Politiker mehr mit Mut.

(Zuruf von der SPD: Seid Ihr alle zum Facelifting gewesen, oder was ist los?)

- Ja, das wäre nicht schlecht. Ich könnte auch Namen nennen.

Aber trotz aller Drohungen, wir bekämen einen heißen Herbst - das habe ich von Frau Harms gehört; ich bin einmal sehr gespannt, wie der heiße Herbst aussehen wird -, wird diese Regierung und werden die sie tragenden Fraktionen einer Ausgabenpolitik, wie Sie sie heute Morgen wieder vorgeschlagen haben, niemals nachkommen. Wenn jetzt viele Institutionen und Organisationen zu uns kommen und sich beklagen: Es nützt ihnen wenig, wenn ich ihnen sage, dass die alte Landesregierung Schuld an ihrem Dilemma ist. Das wissen die nämlich auch so. Vielmehr haben wir als Politiker eine Gesamtverantwortung, und wir sind - anders, als Sie es in den letzten 13 Jahren gewesen sind - bereit, diese Verantwortung zu tragen.

Jeder für sich genommen hat durchaus berechtigte Sorgen und Ansprüche, aber wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen den Menschen auch einmal sagen, dass wir nur dann aus dieser Schuldenfalle herauskommen, wenn wir bereit sind, Einschnitte zu machen. Die Menschen sind auch durchaus bereit, diese Einschnitte hinzunehmen, wenn sie sicher sein können, dass man nicht im nächsten oder übernächsten Jahr wiederkommt, um draufzusatteln. Dieses Vertrauen in die Politik haben Sie längst verspielt. Die neue Landesregierung hingegen genießt dieses Vertrauen und wird es auch sinnvoll nutzen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Und wenn wenig Geld da ist, dann muss man das wenige Geld eben auf das Sinnvolle beschränken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nur aus der Schuldenfalle heraus, wenn wir die Wirtschaft wieder ankurbeln und das Wirtschaftswachstum endlich wieder steigt. Das, lieber Kollege Wenzel, bedeutet tatsächlich ein Umsteuern im Detail. Sie haben das schon richtig erkannt: Wir werden von Ihren sozioökologischen Projekten weggehen, hin zu Investitionen im Bereich der Wirtschaft, der Forschung und der neuen und

nachhaltigen Arbeitsplätze. Es ist klar, dass Sie da jammern.

(Zuruf von Rebecca Harms [GRÜNE])

- Frau Harms, es trifft immer wieder Ihre Klientel. Aber Sie sind doch jetzt in der Opposition. Nutzen Sie die Zeit, gehen Sie einmal aus Ihren sozioökologischen Nischen heraus, und gucken sich die Welt an! Sprechen Sie einmal mit den Menschen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Die nämlich haben die Nase voll von dem x-ten Projekt zur Förderung von Arbeitsplätzen im zweiten Markt. Die Menschen haben nämlich tatsächlich Angst um ihren eigenen Arbeitsplatz.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Arbeiten würde Ihnen ganz gut tun, Herr Rösler! Sie sollten sich einmal die Finger schmutzig machen!)

Herr Wenzel, wenn meine Fraktion sich entscheiden müsste - und sie kann das zum Glück, anders als Ihre - zwischen der Förderung von Projekten wie „looking through my sunglasses“ und der Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, wüsste sie, was sie zu tun hat. Wir werden nicht länger Ihre Klientel durchfüttern, sondern wir werden daran arbeiten, dass alle Menschen in Niedersachsen durch einen vernünftigen Arbeitsplatz eine Chance und eine Perspektive bekommen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zurufe von der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Rösler, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Merk?

Dr. Philipp Rösler (FDP):

Ich gestatte keine Zwischenfrage.

(Rebecca Harms [GRÜNE]: Aus welcher Nische sind Sie eigentlich gekrochen? - Weitere Zurufe von den GRÜNEN und von der SPD)

- Wenn Sie schon nach der Nische fragen, aus der ich komme: Ich sehe ja durchaus etwas asiatisch

aus. Deswegen erlaube ich mir ein chinesisches Sprichwort. Es lautet: Willst du einem armen Menschen helfen, dann schenkst du ihm einen Fisch. - Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Ihre klare sozialdemokratische Politik: ein Projekt nach dem anderen, immer nach dem Motto „Wir bietet mehr?“ - Aber das Sprichwort geht noch weiter: Willst du einem Menschen wirklich helfen, dann bringst du ihm das Angeln bei. - Genau das werden wir tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir werden die Menschen durch eine gute Bildung und Ausbildung in die Lage versetzen, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen, es selbst und frei zu gestalten und womöglich selbst und frei ihr Geld zu verdienen. Herr Wenzel, ich finde daran nichts Schlimmes.

Wir haben jedenfalls den Mut, in fast allen Bereichen des Landeshaushaltes zu sparen: nicht, weil Mut allein so schön ist und weil wir das Sparen so toll finden, sondern um in Bildung und Arbeitsplätze zu investieren, um den Menschen in Niedersachsen so eine Chance zu geben, aus eigener Kraft - nicht mittels Staatsknete - aus dieser schwierigen Haushaltslage herauszukommen.

Allen alles zu versprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren, kann jeder. Aber ich finde, Mut ist, auch einmal zu sagen, was nicht geht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Kommen wir nun zu dem dritten Gerücht, nämlich dem, dass Sie es besser können. Es gab ein großes Geschrei Ihrerseits. Ich habe auch gehört, der Haushalt ist nicht verfassungsmäßig. Alles keine Überraschung.

Es ist nicht nur noch gar nicht so lange her, dass Sie selber einen verfassungswidrigen Haushalt präsentiert haben. Vielmehr liegt auch die Verantwortung dafür, dass dieser Haushalt verfassungswidrig ist, eindeutig bei Ihnen. Anstatt mit dem Finger auf die neue Landesregierung zu zeigen, sollten Sie sich lieber einmal an die eigene Nase fassen und sich auch in neuer Bescheidenheit üben. Wir werden ja gleich hören, was uns Ihr Fraktionsvorsitzender an dieser Stelle zu berichten hat.

Bisher habe ich - das ist zumindest den Zeitungsartikeln zu entnehmen - nur die eine oder andere

Luftnummer und fragwürdige Vorschläge ohne jegliches Konzept gehört. Abgesehen von Ihren peinlichen Verrechnungen beklagen Sie sich z. B. über Kürzungen im Hochschulbereich. Diese Diskussion haben wir hier geführt. Ich finde, man muss auch einmal darauf hinweisen, dass Hochschulbildung Bildung für einige Wenige ist und dass die Streichungen dort daher durchaus machbar sind. Sie hingegen schlagen Streichungen im Bereich der Bildung für alle vor, nämlich im Bereich der Schule.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Dass Sie die neuen 2 500 Lehrer nicht wollen, ist für uns kein Geheimnis; denn Sie haben auch in der letzten Legislaturperiode kein großes Interesse an einer vollen Unterrichtsversorgung gehabt. Das zeigt sich auch wieder in Ihren Anträgen und Vorschlägen. Wir werden es anders machen und sind froh darüber.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zuruf von der SPD: Peinlich, peinlich!)

- Peinlich ist es auch, wenn man vorschlägt, GA-Mittel einzufrieren und noch gar nicht mitbekommen hat, dass der Bund längst beschlossen hat, die GA-Mittel für das Land Niedersachsen mehr oder weniger auf Null zu setzen. Wie man eine Null einfrieren kann, das müssen Sie mir einmal vormachen.

Der Wahnsinn hat bei Ihnen ja durchaus Methode.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Der Wahnsinn hat Methode! Sehr gut!)

Herr Gabriel, Sie haben ja schon einmal so etwas wie die Vermögensteuer vorgestellt. Das ist noch nicht so lange her; das war im Wahlkampf neu zu hören. Jetzt haben Sie auch wieder einen Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung gemacht: eine zusätzliche 15-prozentige Steuer auf Immobilienverkauf und Aktiengewinn.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie immer wieder versuchen, sich als Robin Hood zu profilieren, nach dem Motto: Sie sind der Rächer der Armen und nehmen es von den Reichen, um es dann willkürlich zu verteilen. Ich sage Ihnen - auch im Hinblick auf die Rolle, die Sie bisher wahrgenommen haben -, mit wem Sie vielleicht eher zu ver-

gleichen sind. Sie sind vom Fraktionsvorsitzenden zum Ministerpräsidenten wieder zum Fraktionsvorsitzendenkollegen zurückgekommen. Deswegen erlaube ich mir den Vergleich mit Christoph Kolumbus; denn der passt an dieser Stelle sehr gut. Kolumbus ist losgefahren und wusste nicht wohin, er ist angekommen und wusste nicht wo, er ist zurückgekommen und wusste noch immer nicht, was er getan hatte - und das alles, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Geld anderer Leute.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, CDU und FDP haben den Menschen in Niedersachsen eine ehrliche, seriöse, nachhaltige und mutige Politik versprochen, eine Politik, die den Menschen wieder eine Perspektive bietet. Das konnten sie bisher nicht. Trotz all der Schwierigkeiten, die noch vor uns liegen, ist meine Fraktion fest davon überzeugt, dass dieser Haushaltsplanentwurf einen Politikwechsel in die richtige Richtung vollzieht: hin zum Ersparen im Sinne von mehr Generationengerechtigkeit und ein mutiges Ankurbeln der Wirtschaft in unserem Lande.

Deswegen möchte ich Sie bitten, Herr Gabriel: Gehen Sie gemeinsam mit Herrn Aller und Herrn Möhrmann zu Herrn Wulff, zu Herrn Hirche und zu Herrn Möllring - das muss gar nicht in der Öffentlichkeit passieren; das ist vielleicht einmal etwas ganz Neues für Sie - und sagen Sie: „Toll, Jungs! Ihr könnt stolz darauf sein, was ihr hier geschaffen habt.“ Denn meine Fraktion, die FDP-Fraktion, ist es nämlich auch. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt hat Herr Gabriel das Wort.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Oh Donnerschlag!)

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Rösler, Kolumbus hat immerhin Amerika entdeckt und steht in den Geschichtsbüchern. Das wird man von Ihnen nicht sagen können.

(Beifall bei der SPD)

Weil man Ihren Kollegen Herrn McAllister so leicht einschätzen kann und weil er so gern die *Neue Presse* liest, haben wir einmal das Horoskop von ihm mitgebracht. Sie machen das ja gerne. Ich lese Ihnen das einmal vor:

„Steinbock: Sie haben alle Hände voll zu tun, können sich kaum eine Pause gönnen. Das macht Sie aggressiv, und daran ist auch Merkur Schuld. Er lässt Sie Unüberlegtes sagen, das Sie später bereuen würden. Drehen Sie deshalb jedes Wort besser dreimal um.“

Ich finde, das ist eine gute Botschaft.

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare [CDU]: Falsche Zeitung!)

Meine Damen und Herren, der Kollege Rösler hat versucht, drei Gerüchte zu widerlegen. Ich möchte gern drei Haushaltslügen aufdecken. Das geht auch relativ schnell.

Die erste Haushaltslüge ist, dass Sie, wie auch Ihr Kollege McAllister, versuchen, die Schuld an der staatlichen Verschuldung der SPD und den Grünen zuzuschreiben. Ich möchte das nicht weiter ausführen. Jeder, der in Deutschland ein bisschen die Politik beobachtet, wird feststellen, dass es gerade das ist, was die Bürgerinnen und Bürger ärgert: dass wir, Herr Rösler und Herr McAllister, nicht bereit sind, zuzugeben, dass alle Parteien in Deutschland in den letzten Jahrzehnten keine vernünftige Haushaltspolitik gemacht haben. Das trifft Sozialdemokraten wie Christdemokraten; sie trifft es bei der deutschen Einheit insbesondere. Ganz besonders im Bereich der Sozialversicherungssysteme tragen Sie die Schuld daran, dass die deutsche Einheit nur von Arbeitern und Angestellten bezahlt worden ist. Das ist ganz schlimm.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Seit wann wissen Sie das?)

Es steht beim Bund der Steuerzahler, dass die Probleme in Niedersachsen unter der CDU-Regierung von Herrn Albrecht begonnen haben. Wir haben sie ebenfalls nicht in den Griff gekriegt.

Ich finde, die erste Lüge, mit der wir aufhören müssten, ist der Versuch, die Probleme, die wir heute haben - Herr Rösler, da haben Sie Recht - und die wir für die zukünftige Generation lösen

müssen, parteipolitisch zuzuordnen. Das glaubt kein Mensch mehr! Das glauben nur Sie - oder Sie versuchen hier Selbsthypnose. Das ist zwar gut für den Landtag, nicht aber für die politische Kultur.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Haushaltslüge ist die Behauptung, diese Landesregierung würde die Nettokreditaufnahme senken. Herr Möhrmann und der Kollege von den Grünen haben deutlich gemacht, dass Sie die Schulden in Schattenhaushalte verschieben. Das tun Sie z. B. bei der Krankenhausfinanzierung. Sie verlagern das in die Landestreuhandstelle und gehen durch die Lande und sagen, im Sozialministerium sei eingespart worden. Die Schulden dafür muss die LTS aufnehmen, und Sie zahlen die Zinsen aus dem Landeshaushalt. Das ist ein typischer Schattenhaushalt. So etwas hat Herr Möllring früher immer kritisiert. Jetzt machen Sie das selbst.

(Bernd Althusmann [CDU]: Roland Berger! Sie haben ihm den Auftrag dafür gegeben!)

Ihre Annahmen hinsichtlich der Vermögensveräußerungen sind ungerechtfertigt. Die Klosterkammer kann das nicht bezahlen, sondern muss dafür Schulden machen.

Wenn Sie das zusammenrechnen, haben Sie die Nettokreditaufnahme nicht gesenkt. Alles andere ist ein Märchenbuch. Bei mir zu Hause nennt man das eine faustdicke Lüge, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Roland Berger!)

Dritte Behauptung: Sie hätten keine Alternativen. Meine Damen und Herren, wenn wir nur den Landeshaushalt anschauen, gibt es in der Tat keine Alternativen. Ich finde, auch die SPD kann der jetzigen Landesregierung nicht vorwerfen, dass sie im Jahre 2004 einen verfassungswidrigen Haushalt vorlegt. Ich tue das auch nicht. Wir haben selber einen verfassungswidrigen Haushalt zu verantworten gehabt. Sie alle wissen, dass wir mit dramatischen Steuereinbrüchen umgehen müssen, dass Sie mit noch mehr Steuereinbrüchen umgehen müssen. Keiner darf Ihnen das Haushaltsjahr 2004 vorwerfen.

Was man Ihnen aber vorwerfen darf, ist, dass Sie die Möglichkeiten, Ihren Handlungsspielraum zu erweitern, nicht ausnutzen. Herr Ministerpräsident,

Herr Finanzminister, selten hat eine Bundesregierung so viel Reformvorhaben auf den Weg gebracht, bei der sie die Zustimmung der Länder braucht. Warum ist Niedersachsen nicht so mutig und sagt: Wir wissen, dass es zu einer ganzen Reihe von Reformvorschlägen in der Gesundheitspolitik, in der Rente, bei der Steuer keine Alternativen gibt. Aber wir wollen dafür, dass wir diese schwierigen Entscheidungen mittragen, dass für unser Land etwas dabei herauskommt. Das heißt erstens, wir wollen Subventionsabbau betreiben, und zweitens, wir wollen die Mischfinanzierungen, also die Gemeinschaftsaufgaben aufgeben und das Geld in den Landeshaushalt stellen, damit wir hier Prioritäten setzen können. - Das wäre eine vernünftige Haushaltspolitik. Das aber verweigern Sie, und das werfen wir Ihnen vor, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Bernd Althusmann [CDU]: Die Vorschläge liegen seit 1991 vor!)

Wenn Sie hier nun öffentlich fragen, warum wir das nicht gemacht haben, sage ich Ihnen: Von den 13 Jahren, in denen wir regiert haben, hat den Subventionsabbau und die Aufgabe der Mischfinanzierung rund neun Jahre Ihre Bundesregierung verweigert.

(Bernd Althusmann [CDU]: Ach so!)

- Das können Sie doch nachlesen, das ist doch so. Sie reden hier doch nur über den Subventionsabbau. Ich werde auch gleich noch sagen, warum Sie es verweigern.

(Bernd Althusmann [CDU]: Die Mehrheit im Bundesrat hatte die SPD!)

In dem nächsten Schritt haben Sie Folgendes gemacht: Sie haben alle Vorschläge zum Subventionsabbau im Bundesrat blockiert, obwohl das die Einnahmesituation in Niedersachsen verbessert hätte.

Wissen Sie, was Sie machen? - Sie schützen Ihre Klientel im Bereich Landwirtschaft. Sie schützen Ihre Klientel bei den großen Unternehmen, bei den hohen Einkommen, bei den Aktienbesitzern, bei den Immobilienbesitzern. Das ist die FDP- und CDU-Klientel. Das verstehen Sie unter „bürgerlich“. Ich sage Ihnen, Sie haben nur einen ganz kleinen Teil der Bevölkerung im Auge. Sie machen

keine Politik für eine Volkspartei, sondern Sie machen Interessenpolitik.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Ihre Definition von „bürgerlich“ ist schon interessant. Herr Rösler, Sie reden über sozioökonomische Nischen. - Sie müssten uns übrigens einmal erklären, was eine sozioökonomische Nische ist. Sie meinen wohl eine soziokulturelle Nische, aber das ist auch nicht schlimm. - Ich lese Ihnen einmal einige der sozioökonomischen Nischen vor, die Sie platt machen wollen, von denen Sie weg wollen: Nullrunde im Bereich der Behindertenhilfe. - Ist Behindertenhilfe eine sozioökonomische Nische? - Kürzung oder Abschaffung des Landesblindengeldes bis zu 58 Millionen Euro, Suchtkrankenhilfe, Aidshilfe, Gesundheitsförderung, freiwillige Leistungen im Bereich der Jugendpolitik, Arbeitsmarktmittel, Frauenpolitik, Städte- und Wohnungsbau. Und dann kommen Sie in der Öffentlichkeit und sagen: Und an die Wohlfahrtsverbände müssen wir auch ran. - Wissen Sie, wenn Sie über sozioökonomische Nischen reden, dann reden Sie über das Rote Kreuz, über die Arbeiterwohlfahrt, über die Caritas, über die Diakonie, über den DPWV? Da wollen Sie die Strukturen platt machen. Das ist die FDP-Politik!

(Starker Beifall bei der SPD - Beifall bei den GRÜNEN)

Sie weigern sich dort, wo Sie einmal Mut zeigen müssten, nämlich bei der eigenen Klientel, Subventionen abzubauen. Das wollen Sie nicht machen. Dafür kommen Sie aber daher, machen die Hausaufgabenhilfe für schwache Schülerinnen und Schüler im Lande platt. Sie überwälzen die Kosten der Ganztagschulen an die Kommunen. Das ist Ihre Politik. Weil Sie sich hier nicht trauen, müssen Sie bei Bildung, im Hochschulbereich, im Bereich der Hausaufgabenhilfe, der Ganztagschulen und in dem gesamten Bereich der Sozial- und Kultuspolitik das Land ruinieren. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren. Darauf werden wir Sie hinweisen.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Herr Rösler, weil Sie mich persönlich angesprochen haben, sage ich Ihnen einmal etwas zu Ihrem Beispiel mit dem Fisch und dem Angeln. Abgesehen davon, dass ich jetzt mit jemandem rede, der

von manchem von dem profitiert hat, was Sie als „Fische verteilen“ bezeichnen würden: Wissen Sie, was Sie machen? Sie drücken den Leuten in der Hochschulpolitik zwar Angeln in die Hand, aber vorher trocknen Sie den See aus. Das ist Ihr Problem, meine Damen und Herren, aber da werden wir nicht mitmachen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Kommen Sie bitte zum Schluss!

Sigmar Gabriel (SPD):

Wir werden uns nicht hergeben und Einzelbereiche Ihres Haushalts beurteilen, weil wir wissen, dass wir hier in Wahrheit eine Farce aufführen. Der Haushaltsgesetzgeber - das ist das Parlament und nicht die Regierung - ist nicht mehr in der Lage, eine wirkliche Haushaltspolitik selbst zu bestimmen. Wir können das nur, wenn wir zum Subventionsabbau auf Bundesebene kommen, wenn wir die Mischfinanzierung abbauen und wenn wir aufhören, Bildung mit Bildung zu finanzieren, wie bei Schule und Hochschule.

Letzte Bemerkung. Sie wollten mir doch mein Horoskop vorlesen. Sie sind doch so ein Fan der *NP*. Warum haben Sie es denn nicht gemacht?

(Bernd Althusmann [CDU]: Für das Horoskop immer *Bild!*)

Jetzt sage ich Ihnen mein Horoskop. Ich finde es wunderbar: „Den ganzen Tag über ist Ihr Einsatz gefragt.“ - Da geht es mir wie Ihnen.

(Lachen und Zurufe bei der CDU und bei der FDP)

- Vorsicht! Sie reden jetzt ja über Benimmregeln im Unterricht. Kennen Sie den Film? Der heißt „Die Lümmel von der letzten Bank“, nicht von der ersten. Sie haben da was verwechselt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

„Da Sie genau wissen, was von Ihnen verlangt wird, erfüllen Sie alle Anforderungen mühelos. Das wird registriert und bringt Sie in Ihren Karriereplänen ein gutes Stück vorwärts.“

(Lachen bei der CDU - Bernd Althusmann [CDU]: Wo soll es denn hingehen?)

- Es wird noch besser. Wissen Sie, was am Abend kommt? - „Am Abend sollten Sie sich ausruhen.“ Das kann man bei Ihnen auch, meine Damen und Herren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich dem Ministerpräsidenten Herrn Wulff das Wort.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Also doch!)

Christian Wulff, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss Ihnen ehrlich sagen, angesichts der Lage des Landes, wie Sie es uns übergeben haben, gibt es nach meiner festen Überzeugung für erheiternde Haushaltsdebatten keinen Raum mehr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte hier einmal die Frage stellen, was von einer Regierung und was von einer Opposition erwartet werden kann. Die Regierung hat einen Haushaltsplan vorgelegt.

(Zuruf von der SPD: Donnerwetter!)

Nicht irgendwelche Leute oder gar ich sagen in Interviews, dass die Verschuldung im Vergleich zum Vorjahr in diesem Jahr zurückgegangen ist, sondern das sagt der Finanzplanungsrat, in dem Ihr Bundesfinanzminister die Federführung hat. Der Finanzplanungsrat hat vor drei Wochen erklärt, Niedersachsen sei das einzige Bundesland, welches im ersten Halbjahr diesen Jahres weniger neue Schulden gemacht hat, als im Jahr zuvor im ersten Halbjahr gemacht wurden.

(Zuruf von Heinrich Aller [SPD])

- Ja, weil Sie im letzten Jahr so viele und wir so wenig gemacht haben. Das ist sehr gut festgestellt, Herr Aller. Man wundert sich, dass manche Sozialdemokraten erst zu dann solchen Erkenntnissen kommen, wenn sie kein Amt mehr haben.

(Heiterkeit bei der FDP - Heinrich Aller [SPD]: Das ist ja so platt!)

Die Ursachen dafür, Herr Aller, finden Sie an allen Stellen. Sie haben während Ihres ganzen politischen Lebens in diesem Landtag den Sinn und Zweck immer nur darin gesehen, nach mehr Steuern, nach mehr Einnahmen zu rufen oder nach höheren Ausgaben, und wenn Sie sie nicht finanzieren konnten, nach höheren Krediten. Das war Ihre Politik als Oppositionspolitiker bis 1990, das war Ihre Politik als finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und das war Ihre Politik als Finanzminister Niedersachsens. Sie haben immer mehr und neue Schulden gemacht und dadurch die Probleme des Landes immer weiter vergrößert. Genau damit haben wir Schluss gemacht.

Dass die Schulden in diesem Jahr geringer sind als im letzten Jahr unter Herrn Aller, hat seine Ursache in einer konsequenten Kehrtwende in der Finanzpolitik. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Ihr Ministerpräsident a. D. Sigmar Gabriel hat hier ein Papier vorgelegt „Ins eigene Fleisch schneiden“. Wenn man einmal die Möglichkeit hätte, müsste man oben Signale, oben Beispiele setzen, müsste man die Zahl der Ministerien verringern, Ministerien zusammenlegen, die Staatskanzlei verschlanken, Spiegelreferate abbauen. - Das Papier war großartig. Es war überschrieben mit „Ins eigene Fleisch schneiden.“

Jetzt sagt die Statistik zu der Staatskanzlei, in der der Ministerpräsident die Verantwortung trägt: Dezember 1999: Veränderung der Zielplanung der Staatskanzlei von drei Abteilungen auf fünf Abteilungen. Sie haben fünf Abteilungen, weil Sie den Hals nicht voll kriegen konnten. Meine Entscheidung in den ersten Wochen meiner Amtszeit war: Veränderung der Zielplanung von fünf Abteilungen auf vier Abteilungen. Wir haben eine Abteilung eingespart. Das ist die Wahrheit in diesem Land.

Wir nutzen nicht die Möglichkeiten aus, überall bis an die Grenzen der verschuldenden Personalpolitik zu gehen, sondern fangen konsequent oben an. Wir haben die Regierungspräsidenten eingespart. Sie hätten die Stellen gleich wieder besetzt. Wir sparen auch oben und sind damit vorbildhaft für die gesamte Landesverwaltung.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ein Zweites. Wir betreiben Subventionsabbau, nicht überall 10 %, sondern beispielsweise bei den Verbraucherzentralen 8 %. Da regen Sie sich tie-

risch auf. Sie sagen in Berlin, man sollte überall um 10 % kürzen, aber im Lande Niedersachsen ist es eine Katastrophe, dass wir bei Verbraucherberatung 8 % sparen.

Wir sagen, dass das Staatstheater, das Schauspielhaus und die Oper, im nächsten Jahr 46 Millionen Euro, also fast 100 Millionen DM, bekommen sollen. Gut 2 Millionen Euro aber sollen sie nicht bekommen, sondern einsparen. Da sagen Sie, das ist eine Katastrophe, das ist der Untergang, es sind 900 Arbeitsplätze gefährdet. Sie bringen die Leute gegen uns auf, machen mit ver.di Demonstrationen und zeigen uns die rote Karte. Ich kann nur sagen: Ich sehe überhaupt nicht ein, warum dem Beamten in der Justizvollzugsanstalt das Weihnachtsgeld gekürzt wird, aber sich an den Tarifverträgen am Staatstheater überhaupt nichts ändern soll. Natürlich müssen auch dort solche Kürzungen vorgenommen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man kann den Staat nicht mehr zu diesen Bedingungen finanzieren und organisieren. Wir zahlen in diesem Jahr unser aller Diäten und alle Gehälter im November und Dezember aus Krediten in der Hoffnung, dass kommende Generationen das, was wir jetzt zu viel ausgeben, einmal zurückzahlen können. Das ist die Wirklichkeit.

Wenn wir jetzt darangehen und sagen, wir müssen es den Beteiligten zumuten, weil 45 % der Ausgaben dieses Landes Personalausgaben sind, dann müssen auch die Subventionsempfänger, die Zuschussempfänger das von sich abverlangen, was wir anderen zumuten und abverlangen, bis hin zu den Nullrunden im Landtag.

(Zuruf von der SPD)

- Bei denen steigt doch das Gehalt um 4,4 %. - Da muss es zu Veränderungen kommen. Ich habe das der Gewerkschaft ver.di bei der Demonstration gestern gesagt. Es kann nicht sein, dass dieser Tarifvertrag quasi unter Schutz steht und überhaupt nicht mehr verändert werden kann. Die Kollektive gerade im künstlerischen Bereich haben in den letzten Jahren die Bedingungen einseitig zu ihren Gunsten verändert. Das lässt sich für Theater, für Kultureinrichtungen in diesem Lande in dem Umfang eben nicht mehr finanziell darstellen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Da hat er Recht!)

Die Solisten in den Theatern - die einzelnen Künstler, die Sänger - verdienen eher zu wenig. Aber die Kollektive - ein Chor, ein Orchester - sind teuer geworden, und das wissen doch auch eigentlich alle vier Fraktionen. Thomas Oppermann, wenn wir ehrlich miteinander umgehen, dann lautete Ihr Zwischenruf doch: „Das stimmt!“

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ja, das stimmt!)

- Wenn wir gemeinsam sagen, dass das stimmt, dann lassen Sie uns das auch gemeinsam angehen! Dann lassen Sie dieses Gezeter weg, dass der Weltuntergang droht, nur weil wir da 2 Millionen Euro einsparen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe hier heute sehr aufmerksam zugehört. Das ist ja die Sternstunde der Opposition, und als langjährig geübter Oppositionsführer bin ich ja durchaus interessiert, wie das andere Oppositionen machen. Herr Möllring wird sich gleich sicherlich mit Herrn Möhrmann auseinandersetzen; denn die Auseinandersetzung hat sich ja an dem entzündet, was Herr Möhrmann hier vorgetragen hat. Es war viel Bedenkenswertes dabei, vor allem in Bezug auf die vielen Risiken, die der Haushalt beinhaltet. Das ist auf Bundesebene so, das ist auf Landesebene so, und das ist auch unbestreitbar.

Aber ich habe nicht einen einzigen Vorschlag gehört - im Gegensatz zu allen anderen Oppositionen, auch im Gegensatz zu dem, was ich hier jahrelang vorgetragen habe - - -

(Lachen bei der SPD)

- Ich habe z. B. immer vorgetragen, dass wir die Regierungspräsidenten einsparen. Jetzt sparen wir sie ein. Ich habe immer vorgetragen, dass wir in den Ministerien kürzen und dass wir das Europa-ministerium einsparen. Wir haben es eingespart. Ich könnte weitere Beispiele nennen, wo wir vorher gefordert haben, dass eingespart wird, und wo wir jetzt eingespart haben. Wir werden das, was wir vorher gefordert haben, umsetzen. Es ist im Übrigen die eigentliche Kraft dieser Regierung, dass die Leute keinen Grund zur Reue haben, wie das nach der Bundestagswahl war, sondern dass sie Grund zur Freude haben, weil wir schlicht das machen, was wir vor der Wahl gesagt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Gabriel, ich bin in großer Sorge, ob Ihnen der Übergang gelingt und ob Sie genügend Warnsysteme um sich herum aufgebaut haben und ob das, was uns als Regierung von Ihnen erreicht, noch stimmig ist. Mir liegt ein Brief von Herrn Bartels vor, in dem er uns auffordert, etwas bei der Legehennenhaltungsverordnung zu verändern. Sie von der SPD-Fraktion fordern öffentlich in Presseerklärungen usw., dass da etwas geändert werden müsse und dass das so nicht bleiben könne.

(Widerspruch bei der SPD - Uwe Bartels [SPD]: Ich habe ihn nicht gelesen! Würden Sie ihn mir mal geben?)

- Ich weiß nicht, ob das ein Brief war. Ich habe jedenfalls gelesen, dass die SPD-Landtagsfraktion das jetzt wünsche. Wir können das in den nächsten Tagen nachreichen.

Herr Bartling, Sie bitten uns - Stichwort Heye-Glas -, bei der Dosenpfandverordnung das zu verändern, was Ihre eigene Bundesregierung gemacht hat. Sie bitten uns, die Mehrwertsteuer für die Gartenbauerzeugnisse zu erhöhen. Das ist Bestandteil Ihrer Pressekonferenz gewesen. Sämtliche Gartenbauverbände weisen darauf hin.

(Zuruf von Sigmar Gabriel [SPD])

- Ihre Pressekonferenz hatte das Steuersubventionskonzept zum Thema.

(Zuruf von Sigmar Gabriel [SPD])

- Wir gehen dem nach. Herr Biestmann hat die Briefe, die jetzt von den Gartenbaubetrieben kommen, auf dem Tisch. Sie bombardieren uns mit Vorschlägen, die von dem abweichen, was Sie vor der Wahl den Leuten verbindlich zugesagt haben. Sie sagen z. B., wir mögen die Erhöhung der Umsatzsteuer auf 16 % verhindern, damit die Gartenbaubetriebe gegenüber Holland im Wettstreit bestehen können.

Aus den Reihen der Sozialdemokratie kommt eine völlig unkoordinierte Vorgehensweise hinsichtlich des Landeshaushalts und der Landesfinanzen in Niedersachsen, bis hin zu der soeben erhobenen Forderung, wir sollten die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe doch bitte schön als Mittel für den Landeshaushalt verbuchen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Sie haben gesagt: Wenn die Gemeinschaftsaufgaben beendet werden, dann steht das Geld für den Landeshaushalt zur Verfügung. Das soll verhandelt werden.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Nein! Das sollen Sie beim Bund fordern und nicht einfach sagen, die sollen uns das überweisen!)

Aber, lieber Herr Gabriel, wenn der Bund die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur“ von 40 Millionen Euro auf null setzt, dann frage ich Sie, was wir im Landeshaushalt verbuchen sollen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das ist Wirtschaftsförderung und nicht Agrarstruktur!)

- Ja. - Wenn der Bund die Mittel für den Hochschulbau in den nächsten drei Jahren von 1,1 Milliarden auf 700 Millionen Euro absenkt - - -

(Zuruf von Heinrich Aller [SPD])

- Lieber Herr Aller, Sie müssen sich schon einmal intellektuell darauf einlassen, dass Ihr Fraktionsvorsitzender soeben gefordert hat, wir sollten Mittel im Landeshaushalt verbuchen, die der Bund zunehmend streicht und wovon er nichts mehr übrig lässt. Die Verhandlungsbasis der Länder ist eine andere.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ich bin jetzt nicht sicher, wer hier verwirrt ist!)

- Sie haben eben vorgetragen, die Gemeinschaftsaufgaben sollen zurückgeführt werden. Das ist die Position der 16 Bundesländer.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Richtig!)

Die 16 Bundesländer müssen dann aber auch einen Verhandlungsspielraum, eine Verhandlungsmasse für die Kommission von Bund und Ländern haben. Diese Verhandlungsmasse, über die die 16 Bundesländer einschließlich der sozialdemokratischen Bundesländer reden wollen, wird in diesen Tagen im Bundeshaushalt gegen null verändert, und dann ist kein Verhandlungsspielraum mehr da. Wenn ich die Zeitung von heute richtig gelesen habe, haben Sie, Herr Gabriel, exakt das Gegenteil von dem

gesagt, was Herr Oppermann heute Morgen in der Debatte vorgetragen hat.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Oppermann hat hier heute Morgen gesagt, wir sollen den Subventionsabbau begrüßen, weil die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ohnehin keine positiven Effekte hätte und sehr umstritten sei und Herr Hirche als Subventionsabbauer doch begrüßen sollte, dass die Mittel gestrichen werden.

Sie haben heute Morgen in der Zeitung gesagt - so habe ich es gelesen -, das sei ein Fehler der Bundesregierung, wir brauchten die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ auch in der Zukunft, und Sie wollten an unserer Seite dafür kämpfen, dass die Mittel wieder eingestellt werden.

An diesen Stellen zeigt sich, dass Sie eine ganze Menge dazu beitragen, dass in diesem Lande zwischen Oppositions- und Regierungsfractionen ein hohes Maß an Verwirrung entstanden ist.

(Widerspruch bei der SPD)

- Sie müssen nur einsehen, wo die Verwirrung ausgelöst wird. Sie wird ausgelöst, weil Sie mal so und mal so reden. Erst sagen Sie, es sei unverantwortlich, dass wir Lehrerstellen abbauen, und dann fordern Sie, die 2 500 Lehrer gleich wieder zu entlassen, weil Sie die Schaffung der Stellen nicht mitbringen. Das ist nicht stimmig.

Deswegen wird Herr Möllring zu den Punkten, die Herr Möhrmann vorgetragen hat, Stellung nehmen. Mit einer Opposition, die nur Horoskope nachreicht - meines fehlt übrigens noch - , ist eine seriöse Debatte nicht möglich. Wir müssen über diese Fragen in diesem Landtag eine Debatte führen, die andere Ergebnisse hat als Ihre Politik, Herr Aller. Auf diese Art und Weise können Sie die Finanzpolitik in Niedersachsen nicht weiter betreiben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Ich gewähre der SPD-Fraktion eine zusätzliche Redezeit von drei Minuten. Herr Gabriel, Sie haben das Wort.

Sigmar Gabriel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war am Ende nicht ganz sicher, wer soeben verwirrt war. Ich glaube, wir waren es nicht.

Herr Ministerpräsident, erste Richtigstellung: Wir sind nicht der Meinung, dass sämtliche Kürzungsmaßnahmen, die Sie vorsehen, unabwendbar seien. Wir sind überhaupt nicht der Überzeugung, dass Sie eine einfache Aufgabe vor sich haben, und es ist auch nicht so, dass wir gegen jede Kürzungsmaßnahme zu Felde ziehen. Das unterscheidet uns im Übrigen von Ihrem Verhalten in Ihrer Zeit als Oppositionsführer.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Jüttner [SPD]: So ist es!)

Meine Damen und Herren, ich will nur einige wenige Beispiele nennen. Was haben Sie denn für ein Theater aufgeführt, als wir die Fachhochschulen im Nordwesten des Landes zusammengelegt haben?

(Ministerpräsident Christian Wulff: Wer?)

Was war los, als wir die Katasterverwaltung reformiert haben? - Hier wurde gesagt: Ihr müsst mehr machen. Vor Ort wurden die Proteste organisiert.

(Ministerpräsident Christian Wulff: Nie!)

Was war los, als wir die Beihilfemaßnahmen bei der Polizei verbessert und die freie Heilfürsorge eingeführt haben? Was war eigentlich los, als wir die Arbeitszeit für Beamtinnen und Beamte und für Lehrer verlängert haben? - Sie haben bis kurz vor der Landtagswahl überall versprochen, Sie würden die Arbeitszeitverlängerung für die den Lehrerinnen und Lehrer zurücknehmen. Sie haben immer wieder gesagt, das, was wir gemacht haben, sei ein Fehler gewesen.

(David McAllister [CDU]: Nein, das stimmt nicht!)

- Natürlich haben Sie gesagt, das sei falsch; das können Sie im Landtagsprotokoll nachlesen. Das war Ihre Oppositionspolitik.

Sie haben in Ihrer Hanstedter Erklärung mehrere Milliarden Mehrausgaben gefordert. Werfen Sie uns also bitte nicht vor, wir hätten unsere Vergan-

genheit nicht im Griff. Wenn überhaupt, dann gibt es hier im Hause ein paar mehr, die dazu vielleicht ein bisschen Bescheidenheit predigen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Ich habe nicht gesagt, die Gemeinschaftsaufgabe soll etatisiert werden, sondern ich bin der festen Überzeugung, dass Sie als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen eine unglaublich große Chance im Bundesrat haben. Weil die Bundesregierung so viel von Ihnen will, wäre es gut, wenn Sie sich nicht dem Parteidiktat von CDU/CSU unterwerfen, sondern im Interesse des Landes selbst Verhandlungsangebote machen würden. Die Angebote könnten z. B. lauten: Lasst die Gemeinschaftsaufgabe im Haushalt, entzerrt die Mischfinanzierung, gebt sie an die Länder, dann sind wir bereit, beim Punkt A, B oder C der Bundesregierung zuzustimmen. So arbeitet man als Ministerpräsident des Landes für das Interesse des Landes, nicht auf Parteiweisung.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, sich nicht immer nur dem Parteidiktat zu unterwerfen, sondern im Interesse des Landes den Eid auf die Verfassung auch im Verhandeln mit der Bundesregierung zur Wirkung kommen zu lassen. Das ist meine Forderung dazu.

Für uns bedeutet das, dass wir natürlich gegenüber der SPD-Bundestagsfraktion gegen die Streichung der Gemeinschaftsaufgabe protestieren - das habe ich auch gemacht -, aber nicht das Wiedereinsetzen der Gemeinschaftsaufgabe fordern. Wir wollen endlich das, was die 16 Länder seit Jahren fordern, nämlich die Aufgabe der Mischfinanzierung und die Überweisung dieser Mittel ohne Zweckbindung in die Länderhaushalte.

Meine Damen und Herren, wir sind dagegen, dass Sie sich dem Subventionsabbau verweigern. Das steht übrigens in unserem Entschließungsantrag. Der ist hier Beratungsgegenstand und nicht das, was Sie gelegentlich vorgelegt bekommen. Beratungsgegenstand ist das, was eine Parlamentsfraktion hier einbringt. In unserem Entschließungsantrag steht nichts von den 16 %, schon deshalb nicht, weil Sie Recht haben mit Ihrem Einwand, dass das die Gartenbaubetriebe in Schwierigkeiten bringen würde. Natürlich gibt es bei uns Debatten darüber, natürlich werden Vorschläge gemacht, und natürlich stehen manchmal auch Dummheiten in Pressemitteilungen, wenn wir nicht aufgepasst haben. Das geht uns so wie Ihnen, so ist das im

Leben manchmal. Da muss man übrigens ganz locker drüber stehen. Entscheidend ist jedenfalls, was wir hier einbringen, und in unserem Antrag steht nichts davon.

Herr Stratmann hat heute eine beeindruckende Rede gehalten zu der Frage, wie er in der Fläche des Landes die kleinen Initiativen behalten und fördern will. Wir sind dagegen, dass Sie Aidshilfe, Drogenhilfe, Obdachlosenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Bewährungshilfe, Musikkultur usw. mit dem Rasenmäher überziehen müssen, nur weil Sie sich aus Angst vor Ihrer Klientel einem Abbau von Subventionen verweigern. Das ist unsere Kritik an Ihrem Haushalt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Gabriel, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Sigmar Gabriel (SPD):

Letzter Satz. Herr Ministerpräsident, Sie haben die Wahlen gewonnen, Sie haben bestimmte Dinge nicht mehr nötig. Sie haben es z. B. nicht nötig, zu behaupten, wir hätten die Staatskanzlei aufgebläht. Sie müssten dann immer hinzufügen, dass sie größer geworden ist, weil wir die Europaabteilung und die Raumordnung aus anderen Ministerien in die Staatskanzlei geholt haben. Deshalb ist niemand mehr eingestellt worden. Aber ich sage Ihnen: Wir werden prüfen, wie viele Pressesprecher und Mitarbeiter in den Büros Sie in den letzten Monaten eingestellt haben. Wir wollen einmal sehen, wer seinen Apparat aufbläht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Herr Möllring!

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Herr Gabriel, manchmal könnte ich Sie knuddeln.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Bei aller persönlichen Sympathie - so weit geht die Liebe nicht!)

- Bei mir auch nicht, Herr Gabriel.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Ich habe auch Ihr Horoskop!)

- Sie haben es eben vorgelesen. Ich bin auch Steinbock. Ich habe nur nicht gemerkt, dass das auf David und mich gleichermaßen zutrifft.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Mein Beileid!)

- Ich bin darüber sehr froh; denn mit David ist das schon eine gute Partnerschaft. Wenn wir dasselbe Horoskop haben - ich glaube zwar an den Kram nicht, aber es macht immer wieder Spaß, darüber in der *Bild*-Zeitung zu lesen.

Sie haben gefordert, wir sollten entsprechend kürzen. Wir reden vom Abbau der Subventionen in der Landwirtschaft. Wir reden über den Verzicht auf freiwillige soziale Leistungen in der Arbeitsbeschaffung, bei der Nichtsesshaftenhilfe und bei den Geldleistungen für Aussiedler. Wir wollen die Toto/Lotto-Konzession bei der Wohlfahrtspflege und im Sport deckeln. Wir wollen bei der Erwachsenenbildung eingreifen. Wir wollen die Zuschüsse für Dorferneuerungs- und Konversionsprogramme kürzen und im Umwelt- und Gewässerschutz sparen. - All das habe ich Ihrem Papier entnommen, das Sie auf dem Landesparteitag durchgedrückt haben. „Gerechtigkeit braucht solide Finanzen, solide Finanzen brauchen Gerechtigkeit“, Ministerpräsident Sigmar Gabriel zur Finanzplanung 2003 bis 2006, so beschlossen im Dezember letzten Jahres.

Jetzt stellen Sie sich hier hin und reden von Haushaltslüge. Sie haben dies alles in das Papier geschrieben, beweinen jetzt aber jede einzelne Kürzung. Sie müssen sich wenigstens ein Jahr lang einmal an das halten, was Sie auf Ihrem Parteitag durchgesetzt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben zwei Monate vor der Wahl in dieses Papier geschrieben: „All diese Aufgaben und Verpflichtungen haben wir vor uns. Ich will und werde ihnen nachkommen.“ Sie haben Ihre Partei noch beschließen lassen, dass Sie all Ihren Verpflichtungen nachkommen wollen, obwohl Sie wussten - die November-Steuerschätzung war vorbei -, dass es hinten und vorne nicht mehr finanzierbar war. Wir als CDU-Fraktion als Opposition mit den bescheidenen Mitteln einer Oppositionsfraktion haben Ihnen die Steuerausfälle für 2002, 2003 und

2004 genau vorgerechnet. Wir waren noch ein bisschen zu optimistisch, aber wir haben gesehen, dass es bergab geht. Und wir haben damals gefordert: Handelt.

Mit dem Haushalt 2003 und 2004 haben wir jetzt angefangen zu handeln, und wir werden weitermachen. Sie haben nicht gehandelt. Die Einnahmeerwartung in diesem Papier war um eine Milliarde höher als Ihre eigene Steuerschätzung vom November. Das heißt, Sie haben Ihre Partei etwas beschließen lassen, was um eine Milliarde neben der offiziellen Steuerschätzung lag. Das halte ich schon für eine Haushaltslüge.

Sie haben eben gesagt: Was redet man nicht alles für Dummheiten außerhalb des Landtages. Darauf muss man nicht unbedingt Wert legen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Nein, da darf man Fehler machen!)

Sie haben am 1. September eine Presseerklärung herausgegeben, in der stand, dass die Mehrwertsteuer auf Gärtnereiprodukte auf 16 % erhöht werden muss, und jetzt sagen Sie: Was schreibt man nicht alles in eine Presseerklärung hinein?

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das steht nicht drin!)

- Natürlich steht es drin. - Ich erwarte, wenn ich eine Zeitung lese, dass ich objektiv informiert werde. Wenn eine Zeitung mich objektiv informieren will, muss sie erwarten können, dass sich jemand an seine Aussagen in einer Presseerklärung mindestens einen Monat lang hält und nicht hinterher behauptet, es hätte gar nicht drin gestanden.

Sie werfen uns vor, einen Schattenhaushalt zu führen. Wir haben keinen Schattenhaushalt, sondern wir weisen alles offen aus. Aber wir finanzieren Krankenhausneubau und Krankenhaussanierung wenigstens noch, weil es dringend erforderlich ist und weil wir einen Reparaturstau ohne Ende haben. Weil wir das über die LTS, die Landestreuhandstelle, finanzieren, ist auch die Tilgung am Ende der Finanzierung sichergestellt, was beim Landeshaushalt nicht der Fall wäre. Deshalb ist das kein Schattenhaushalt, sondern Ehrlichkeit.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von der SPD: Ein Nebenhaushalt!)

- Nein, es ist eine Kontinuität der Finanzierung; meinetwegen nennen Sie es auch Nebenhaushalt. Wir können nicht mehr machen, als es

offen auszuweisen und es Ihnen offen zu sagen. Sie können entscheiden, ob Sie diesen Weg, der im Haushaltsplan dokumentiert ist, mitgehen wollen. Wenn der Landtag es so beschließt, werden wir es so machen. Wenn Sie einen anderen Vorschlag haben und dafür eine Mehrheit bekommen, machen wir auch etwas anderes.

Ich verstehe überhaupt nicht, dass Sie sich hier hinstellen und darüber reden. Sie haben uns einen Fehlbetrag von 386 Millionen Euro hinterlassen. Obwohl Sie am 15. Dezember einen Nachtragshaushaltsplan mit 2,95 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme beschlossen haben und obwohl Sie wussten, dass dieser Fehlbetrag kommt, haben Sie der Bevölkerung und uns als Parlament nicht die Wahrheit gesagt, dass Sie nämlich tatsächlich weit mehr als 3 Milliarden Euro brauchten. Am Ende des Jahres, fünf Tage vor Kassenschluss - am 15. Dezember haben Sie den Haushalt hier beschlossen, wir haben nicht mitgestimmt, am 20. Dezember ist Kassenschluss -, weiß ich doch, dass mir noch 386 Millionen Euro fehlen. Vielleicht weiß ich es nicht auf den letzten Euro genau, aber ich weiß zumindest, dass mir ein Betrag in dieser Größenordnung fehlt.

Wenn Sie uns hier empfehlen, die Reformvorhaben von Eichel im Bundesrat durchzuwinken, halte ich mich erst einmal an das Sprichwort meines alten Chefs: Unsinn ist immer verkehrt. Deshalb werden wir dieses nicht beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens ist das, was Eichel vorgelegt hat, nicht geeignet für die Sanierung der Kommunen und der Länder, sondern das sind Luftbuchungen, die er in den Bundeshaushalt eingestellt hat. Er will, dass wir das jetzt nachvollziehen, damit sein Haushalt gedeckt wird. Das aber kann nur fehlerhaft sein, weil für Niedersachsen vieles - das haben Sie hier bereits in der letzten und vorletzten Sitzung gesagt - schädlich ist. Deshalb werden wir dem so nicht zustimmen.

Eines darf auf keinen Fall passieren: Auf keinen Fall dürfen sich einzelne Länder über die GA kaufen lassen können. Genau dieser Fehler ist mit Blick auf die Körperschaftsteuer gemacht worden. So kann es nicht gehen.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen für das Steuerrecht eine solide Gesamtkonzeption. Deshalb haben wir ein Sofortpro-

gramm für die Kommunen angeregt. Ab heute haben wir darüber hinaus 15 Monate Zeit, um ein vernünftiges Steuergesetz auf die Beine zu bringen, das vom Bund und vom Land gerechnet und gegengerechnet worden ist und auf soliden Beinen steht. Dann kann man ein vernünftiges Steuerrecht erlassen, das ein paar Jahre hält. Es gibt derzeit doch keinen Steuerberater, der zufrieden ist; denn er weiß nicht, wie er seine Mandanten beraten soll. Ein solches Chaos hat es noch nie gegeben. Er kann nicht sagen: So ist es auch noch in einem Monat oder in zwei Monaten. - Dann fragt der Mandant: Jetzt willst du auch noch Geld dafür haben, dass du nicht weißt, wie es ist? - Das kann es wohl nicht sein.

Deshalb brauchen wir hier Verlässlichkeit; denn wenn wir Wirtschaftswachstum haben wollen, dann brauchen wir mehr Arbeit und mehr Investitionen. Mehr Arbeit und mehr Investitionen werden wir aber nur bekommen, wenn die Leute verlässlich wissen, dass die heute geltenden Steuergesetze auch dann noch gelten werden, wenn mit den getätigten Investitionen Geld verdient werden kann. Es kann doch niemand sein eigenes oder auch geliehenes Geld in ein Projekt investieren, wenn er nicht weiß, ob er am Ende bei vernünftiger Vorhersage wenigstens die Chance hat, Geld zu verdienen, um damit das investierte Geld zu refinanzieren oder um damit eine gewisse kleine Rendite zu erzielen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie beklagen hier die Mischfinanzierung, Herr Gabriel. Wir müssen doch jetzt all das reparieren, was Sie in Sachen Mischfinanzierung versprochen haben. Sie wollten ein Schulbausanierungsprogramm auflegen. In den Haushaltsplan hatten Sie dafür aber nicht einen einzigen Cent eingesetzt. Sie haben ein Sozialarbeiterprogramm aufgelegt, um damit die Finanzierung bestimmter Maßnahmen anzuschieben. Die Verordnung tritt am 31. Dezember 2003 außer Kraft. Sie haben für drei Jahre eine Mischfinanzierung vorgesehen, wohl wissend, dass Sie nicht weiter bezahlen können. Wir retten jetzt noch, was zu retten ist.

Ich möchte jetzt noch zwei oder drei Sätze zum Kollegen Möhrmann sagen. Ich weiß nicht, welches Sternzeichen er hat. Er kann sich das aber von Herrn Gabriel vorlesen lassen.

(David McAllister [CDU]: Habe ich doch schon gemacht!)

- Ach, hast du ja schon gemacht.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Sie müssen Ihrem Fraktionsvorsitzenden zuhören, wenn er etwas Wichtiges sagt!)

- Mache ich ja, wenn er etwas Wichtiges sagt. Wenn er Horoskope vorliest aber nicht, obwohl das immer wieder Spaß macht. Außerdem lügen die Sterne angeblich nicht. Man muss sich aber nicht daran halten.

Ich will Ihnen eines sagen, Herr Möhrmann. Natürlich ist das mit der globalen Minderausgabe - sagen wir einmal - nicht gerade das, was ich mir hätte vorstellen können. Wenn Sie aus dem letzten Haushalt eine Deckungslücke in Höhe von 386 Millionen haben, wo wir nur den Sollbetrag abbilden müssen, dann heißt das nicht, dass der Rest in Höhe von mehr als 230 Millionen Euro nicht kommt. Wenn wir dann sagen, dass wir die Hälfte dieser 220 Millionen auf die Häuser verteilen - das haben Sie nie gemacht - und die Häuser dafür verantwortlich machen, dass dieses Geld in 16 Monaten auch ankommt - es muss ja nicht am 1. Januar bereit stehen, sondern am 31. Dezember -, dann stehen diese Häuser vor einer riesigen Kraftanstrengung. Das ist uns sehr wohl bewusst. Sie werden diese Kraftanstrengung aber leisten müssen, weil das in den Haushalten schon abgesetzt ist und sie eben nicht mehr Geld haben. Sie können nicht mehr Geld ausgeben, weil die Häuser keine Kredite aufnehmen.

Jetzt noch ein Wort zu den Domänen. Dazu will ich Ihnen einmal Folgendes sagen: Wir haben natürlich Gespräche geführt. Bei Grundstückskaufverträgen ist es in der Regel aber so: Es werden die Verträge abgeschlossen. In diese Verträge kommt ein Vorbehalt hinein. Dann wird dem Landtag alles zur Genehmigung vorgelegt. Dann beschließt der Landtag das oder nicht. Schließlich wird das Geld vereinnahmt. In einen Haushalt muss man die erwartete Größenordnung aber hineinschreiben. Von uns kann aber kein Mensch verlangen, dass wir Ihnen die Interna der Klosterkammer und Einzelheiten der Meinungsbildung der Regierung schon jetzt erläutern. Wir werden die Verhandlungen zu Ende führen.

(Zuruf von Axel Plaue [SPD])

- Ich habe den Prozess gegen Frau Griefahn in Sachen Auskunftspflicht ja auch gewonnen. Das ist doch gar keine Frage. Der Staatsgerichtshof hat gesagt: Jawohl, sie hätte antworten müssen. - In einem anderen Fall, als ich gegen Herrn Waike geklagt hatte, hat der Staatsgerichtshof gesagt: Das ist ein Kernbereich der Landesregierung. Darüber braucht sie keine Auskunft zu geben. - Da habe ich verloren. Auf diesen Punkt ziehe ich mich jetzt zurück. So einfach ist das Leben. Sehen Sie einmal: Sie sind Architekt, ich bin Jurist. Ich weiß wenigstens, wie es geht.

(Beifall bei der CDU - Axel Plaue [SPD]: Sie glauben, es zu wissen! - Rebecca Harms [GRÜNE]: Jetzt noch was zum Haushalt, Herr Möllring! - Zurufe von der SPD)

- Das habe ich gar nicht anders gesagt.

Herr Möhrmann, wenn Sie uns auffordern, die Nettokreditaufnahme schneller abzubauen - nicht in 350-Millionen-Euro-Schritten, sondern in 400- oder 450-Millionen-Euro-Schritten -, dann müssen Sie aber auch sagen: Zunächst einmal muss ich die globale Minderausgabe abbauen. Dann kann ich daran gehen. Beides geht nicht. Sie dürfen dann keine einzelne Kürzung mehr kritisieren; egal, wo gekürzt wird. Der Ministerpräsident hat Ihnen eben den breiten Reigen aufgezählt. Das machen wir alles nicht gern. Wir haben Weihnachten und Ostern nicht an einem Tag, sondern wir müssen Haushaltspolitik betreiben. Wir können nur das machen, was ich vorhin erläutert habe: Geld, das wir nicht haben, können wir nicht ausgeben. - Das ist die oberste Priorität. Das ist wie bei einem Nichtraucher. Wenn Sie Nichtraucher werden wollen, müssen Sie aufhören zu rauchen. Wenn Sie schuldenfrei werden wollen, müssen Sie aufhören, Schulden zu machen. So einfach ist das. Das ist banal und einfach. Sie müssen damit aber anfangen und dürfen sich das nicht immer nur für das jeweils nächste Jahr vornehmen und sagen: Silvester nächsten Jahres fange ich damit an. - Am nächsten Neujahr sagt man dann aber: Na ja, nächstes Silvester ist auch noch ein guter Zeitpunkt, sich das vorzunehmen. - Man muss damit schon irgendwann anfangen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Uns fehlende Ehrlichkeit im Hinblick auf die Lehrer vorzuwerfen halte ich für ein starkes Stück. Ich

habe vor der Wahl gesagt, dass wir 2 500 Lehrerstellen schaffen. Als ich gefragt worden bin, was passieren wird, wenn die Zahl der Schüler zurückgeht und sich der Schülerberg verkleinert, habe ich gesagt: Wir passen dann an. - Es ist nämlich wie folgt: Wenn die Zahl der Schüler steigt, brauchen wir mehr Lehrer. Wenn die Zahl der Schüler aber sinkt, brauchen wir weniger Lehrer. Darauf werden wir flexibel reagieren. Da wir wissen, dass die Zahl der Schüler in den Jahren 2005, 2006 und 2007 sinken wird, werden wir die Zahl der Lehrer entsprechend anpassen. Wir machen dies aber nur an den allgemein bildenden Schulen. An den berufsbildenden Schulen können wir eine solche Anpassung nicht vornehmen, weil die Zahl der Schüler dort nicht sinken wird. Deshalb muss die Zahl der Lehrer dort konstant bleiben. Wir haben von Schule eben eine andere Vorstellung als mancher von Ihnen. Bei uns ist die Schule für die Schüler da, nicht aber als Arbeitsplatz für Lehrer.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP
- Wolfgang Jüttner [SPD]: Gegen wen ging das denn?)

- Das ging gegen einige von Ihnen, gegen die GEW und sonstige, die meinen, dass man einen Arbeitsplatz bräuchte. Das ist es aber nicht. Lehrer sind dafür da, Schüler zu unterrichten. Wenn nicht so viele Schüler da sind, brauchen wir auch nicht ganz so viele Lehrer. Wenn wir in einem Jahr 50 von mehr als 69 000 wegnehmen, dann schreien Sie hier von „Bruch des Wahlversprechens“. Selbst aber schreiben Sie Papiere, in denen steht, dass Sie 2 500 Lehrerstellen streichen wollen. Sie müssen Ihre Argumentation schon voreinander bringen.

Jetzt zum Schluss, Herr Möhrmann. Ich hatte Ihnen ja schon gesagt, dass im Anhang die Rede von 1,77 Milliarden Euro ist, die Sie sparen wollen. Vorne aber heißt es „1,9 Milliarden Euro“. Sie haben gesagt, Sie hätten das berichtigt. Herr Möhrmann, man sollte seine eigene Vorlage schon ganz durchlesen. Eine Zahl haben Sie berichtigt, die andere aber nicht. Hier unten steht nämlich noch einmal „1,9 Milliarden Euro“. Sie müssen schon sauberer arbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Silva Seeler:

Jetzt erteile ich Herrn Rickert von der FDP-Fraktion das Wort.

Klaus Rickert (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Gabriel, ich habe Ihnen eben sehr aufmerksam zugehört und bin dieser Debatte überhaupt mit großem Interesse gefolgt. Ich bin ganz zuversichtlich, dass wir uns an dieser ähnlich spannenden Diskussion über die Vergangenheit in etwa ein bis zwei Jahren beteiligen werden. An Ihrem Beitrag, Herr Gabriel, ist mir aufgefallen, dass Sie die Fusion der Fachhochschulen Oldenburg, Ostfriesland und Emden hervorgehoben haben. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Eine Erfolgsstory war das weiß Gott nicht.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Wieso nicht? Mehr Studenten als früher!)

- Ich weiß, wovon ich rede. Ich habe in dieser Fachhochschule schon einmal einige Jahre gearbeitet.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Trotzdem mehr Studenten als früher!)

Die neue Landesregierung hat entschieden, keine Rückführung vorzunehmen, weil dies Unsinn wäre.

Ich muss jetzt aber noch mit einem anderen Märchen aufräumen. Sie versuchen immer wieder, die derzeitige wirtschaftliche Situation auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Globalisierungsprobleme und auch die wirtschaftlichen Probleme im Inland zurückzuführen, was durchaus berechtigt ist. Die Tatsache, dass sowohl die kommunalen Haushalte als auch die Landeshaushalte und der Bundeshaushalt ohne ein vernünftiges und strategisches Gegensteuern nicht mehr reparabel sind, ist seit mindestens drei, vier oder fünf Jahren bekannt.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Noch länger! Seit 20 Jahren!)

- Umso schlimmer. Sie und Ihre Landesregierung haben es in den letzten Jahren versäumt, so massiv und entschieden gegenzusteuern, wie es die derzeitige Landesregierung tut, auch um den Preis, dass sie sich hier und da unbeliebt macht.

Die FDP-Fraktion ist in die Regierung mit dem strategischen Ziel eingestiegen, am Ende dieser Legislaturperiode einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Ich bin, was diese Art der Gewöhnungsstrategie betrifft, sehr erstaunt. Wenn

man die Worte „nicht verfassungskonform“ übersetzt, dann heißt das: Verfassungsbruch.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Richtig!)

Sie hatten vor einiger Zeit die Absicht angekündigt, Sie wollten vor den Staatsgerichtshof in Bückeburg gehen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Auch das nicht!)

Das haben Sie dann wieder zurückgenommen. Mir ist das jedenfalls durch Presseverlautbarungen zugänglich geworden.

(Ulrich Biel [SPD]: Die zeigen Sie mal her!)

Ich habe mir gedacht: Wenn er das tatsächlich macht, dann ist das so ähnlich wie eine Selbstanzeige. Wann eine Selbstanzeige zu erstatten ist, wissen Sie sehr wohl alle.

Ich möchte nur eines klarstellen. Die jetzigen Einsparungsvorschläge und -maßnahmen, vor denen wir stehen, betreffen das Haushaltsjahr 2004. Wir wissen, dass das nicht jedem gefällt, aber wir haben insgesamt gesehen - das ist die Botschaft der FDP - die Aufgabe, den Haushalt zu sanieren und dieses Land wieder zukunftsfähig zu machen. Das ist das, was wir wollen.

Ich möchte noch einen letzten Satz zu Herrn Wenzel von den Grünen sagen. Sie bemühen immer den Begriff des Besserverdienenden. Dieser Begriff gehört jetzt schon zur Terminologie der Bundesregierung. Der Besserverdienende wurde zum Maß für die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze bei der Krankenversicherung herangezogen. Wie Sie alle wissen, ist das das mittlere Einkommen. Wenn das die Klientel der FDP und nicht die Klientel der Grünen ist, dann bin ich sehr froh.

(Zuruf von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Darum werden wir uns kümmern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen jetzt zu den Ausschussüberweisungen der Punkte 6 bis 9.

Die Gesetzentwürfe zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 sollen federführend an den Ausschuss für

Haushalt und Finanzen und mitberatend an alle Fachausschüsse überwiesen werden. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 8 soll federführend an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen und mitberatend an den Ausschüsse für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 9 soll federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und mitberatend an den Ausschuss für Haushalt und Finanzen überwiesen werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Stimmenthaltungen? Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf

Tagesordnungspunkt 10

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung (Ministergesetz) - Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/ 378

und

Tagesordnungspunkt 11:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften und des Ministergesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/389

Zu Wort hatte sich der Herr Abgeordnete Althusmann gemeldet.

Bernd Althusmann (CDU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ihnen vorliegende Gesetz zur Änderung besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften und des Ministergesetzes schafft die notwendigen Voraussetzungen, um eine drohende Zahlungsunfähigkeit des Landes Niedersachsen abzuwenden. Das war in der vorausgehenden Debatte das Kernthema.

Im Kern dieses Gesetzes geht es um die Kürzung des Weihnachtsgeldes für Beamte, um die Reduzierung der Ansprüche auf Altersteilzeit und um eine Verschärfung der Bestimmungen über die Teildienstfähigkeit. Es geht also, kurz gesagt, für alle Beamtinnen und Beamten des Landes Niedersachsen auch um reale Einkommenseinbußen. Ich will für die CDU-Fraktion deutlich erklären: Niemand auf unserer Seite - ich meine, das ist bei der FDP-Fraktion auch nicht anders - empfindet auch nur den Hauch von Freude bei den Maßnahmen, die wir jetzt durchführen müssen. Gerade mit Blick auf unsere Polizeibeamten und unsere Feuerwehrleute sage ich: Wir nehmen jetzt erneut schmerzliche Einschnitte bei allen Beamten des Landes Niedersachsen vor. Bei Einsparungen in einer Gesamthöhe von 1,45 Milliarden Euro sind allein rund 220 Millionen Euro aus diesem Bereich.

Wahr ist aber auch, dass diese 220 Millionen Euro nicht einmal die 340 Millionen Euro ausgleichen können, die der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst für 2003 und 2004 mit insgesamt 4,4 % Steigerung das Land Niedersachsen tatsächlich kostet. Wahr ist auch, dass diese 220 Millionen Euro auch mit der Personalausgabenquote von immerhin 46 % der Ausgaben in Höhe von 23 Milliarden Euro des Landeshaushaltes zu tun haben. Unsere Handlungsalternativen bei Personalkosten in Höhe von 46 % sind bekanntlich begrenzt.

Viele Beamte im Land Niedersachsen fragen zu Recht, warum sie heute für eklatante Fehlentscheidungen der Politik in der Vergangenheit herangezogen werden. Sie müssten sich dabei alle auch als persönlich Betroffene in Erinnerung rufen, dass die dramatisch gestiegenen Versorgungslasten des Landes Niedersachsen ihren Ursprung in der Personaleinstellungspolitik in den 60er-Jahren und zu Anfang der 70er-Jahre hatten. Die aktuellen Personalausgaben des Landes Niedersachsen haben allerdings auch eine Ursache. Diese Ursache liegt in

der Einstellungspolitik seit 1990. Das haben Sie von der SPD zu verantworten.

Wahr ist aber auch - dies mögen sich alle Polizeibeamten, Lehrer, Finanzbeamten und alle Beamten der Landesverwaltungen in Niedersachsen auch einprägen -: Wir decken im Haushaltsjahr 2004 zusätzlich noch ungedeckte Altschulden der Gabriel-Regierung in Höhe von nahezu 230 Millionen Euro aus dem Haushaltsjahr 2002 ab. Das ist haushaltstechnisch gar nicht anders machbar. Diese Altschulden der Regierung Gabriel müssen wir heute abdecken. Dieser Betrag ist in etwa so hoch wie die globale Minderausgabe des Landes Niedersachsen im Haushaltsentwurf 2004.

Ich meine, die Verbitterung, die im Moment bei vielen Beamten im Lande über diese Maßnahmen entsteht, muss allerdings auch vor einem anderen Hintergrund betrachtet werden. Das gehört zu verantwortlicher Politik. Wir hatten im letzten Jahr etwa 40 000 Insolvenzen von Unternehmen in der freien Marktwirtschaft zu verzeichnen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Unternehmen - das betrifft in Niedersachsen inzwischen nahezu alle Wahlkreise - hatten im Rahmen der drohenden Insolvenzverfahren schon längst als erste Maßnahme die komplette Streichung des Weihnachtsgeldes und des Urlaubsgeldes, wenn es das überhaupt in den letzten Jahren noch gab, hinzunehmen. Niedersachsen ist nach 13 Jahren rot-grüner Sozialromantik tatsächlich im Insolvenzverfahren. Ihre Strategie, Herr Aller, lautete in den vergangenen Jahren, nach einer Möglichkeit zu schauen, wie man die Nettoneuverschuldung noch weiter aufblähen könnte.

(Heinrich Aller [SPD]: Unsinn!)

Wir haben deutlich gemacht, dass wir das nicht weiter fortführen werden. Wir werden in den nächsten Jahren einen klaren Kurs der Konsolidierung einschlagen und damit die Nettoneuverschuldung senken.

Die CDU-Fraktion ist sich bewusst, dass bereits die alte Landesregierung zum Teil auch von uns kritisierte Einschnitte in die Beamtenbesoldung vorgenommen hat. Ich erinnere an unsere Debatten zur freien Heilfürsorge, zur verzögerten Besoldungsanpassung und erst die Ankündigung und dann die Streichung der Leistungsprämien. Herr Aller, Sie haben damals zunächst 60 Millionen Euro angekündigt, die dann aber kurzerhand wieder einkassiert. Ich erinnere an die Frage der amts-

angemessenen Alimentation bei Beamten mit drei und mehr Kindern.

Aber bei einer Gesamtverschuldung von 43 Milliarden, vielleicht 44 Milliarden Euro - mit den Gemeinden des Landes Niedersachsen sind das zusammen knapp 50 Milliarden Euro -, beim Anstieg der Schulden um 96 Euro pro Sekunde - wenn wir das auf den heutigen Tag hochrechnen würden, würde eine Menge dabei herauskommen - und bei einer Zinslastquote von fast 13 % liegen wir mit Schleswig-Holstein und dem Saarland leider an der traurigen Spitze der Bundesländer.

Ich finde - das hat mich bei der vorangegangenen Debatte umgetrieben -, Sie hätten es besser wissen können und auch besser wissen müssen. Immerhin war die Präsidentin des Landesrechnungshofs am 19. August bei Ihnen im Arbeitskreis „Haushalt und Finanzen“, und sie hat auch mit dem SPD-Fraktionsvorstand gesprochen. Sie hat dort deutlich gemacht, dass die jährliche Nettokreditaufnahme des Landes Niedersachsen eine nie zuvor gekannte Höhe aufgewiesen hat. „Nie gekannt“, sagt sie; das ist eine Tatsachenfeststellung. In den Jahren von 1992 bis 2001 wurden im Jahresdurchschnitt Kredite in Höhe von rund 1,6 Milliarden Euro aufgenommen. Das ist letztendlich Ihre Politik gewesen, Herr Aller.

Durch die jetzt anstehenden Kürzungen wird das Weihnachtsgeld, verteilt auf zwölf Monate, auf 50 % reduziert. Um soziale Härten für die unteren Besoldungsstufen zu vermeiden, werden wir als Familienkomponente 25,56 Euro pro Kind und 120 Euro für die Besoldungsstufen A 2 bis A 8 - das sind in Niedersachsen immerhin 10 000 Beamte - jährlich zahlen. Damit sollen die Belastungen für die unteren Beamtengruppen abgefedert werden. Diese Kürzungen werden uns nicht leicht fallen, weil wir das Loyalitätsprinzip von Beamten gegenüber dem Arbeitgeber nach wie vor einfordern.

**(Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo
übernimmt den Vorsitz)**

Gleiches gilt auch für die Einschränkung der Altersteilzeit, dem zweiten Kernpunkt unseres Gesetzentwurfs. Herr Möhrmann, Sie haben vorhin in der Haushaltsdebatte vernünftige und begründete Entscheidungen gefordert. Ich frage Sie, ob es angesichts eines verfassungswidrigen Haushalts und angesichts von Gehaltszahlungen, die eine Kreditaufnahme erfordern, tatsächlich richtig ist,

dass wir Beamten mehr als 83 % ihres monatlichen Gehalts zahlen, sie uns aber nur 50 % ihrer Arbeitszeit zur Verfügung stellen. Ich glaube, das ist ein Privileg. Der Landesrechnungshof hat sehr deutlich gemacht, dass dieses Privileg eigentlich abgeschafft gehörte.

Die alte Landesregierung hat ein Altersteilzeitgesetz auf den Weg gebracht, das uns mehr als 50 Millionen Euro kosten würde.

(Heinrich Aller [SPD]: Haben Sie da zugestimmt?)

- 55 Millionen Euro sogar, sehr geehrter Herr Aller. Wir werden jetzt Einschränkungen vornehmen, um diese Summe, die zwar noch nicht in diesem Jahr, aber ab dem nächsten Jahr kassenwirksam werden wird, entsprechend abzufedern.

In dieser Lage ist es, meine ich, konsequent, Altersteilzeit nur noch dann zuzulassen, wenn gleichzeitig irgendwo im Landesdienst eine Stelle wegfällt. Altersteilzeit ist vonseiten des Arbeitgebers meiner Ansicht nach nur dann sinnvoll und auch vertretbar, wenn sie tatsächlich im Interesse des Landes Niedersachsen als Arbeitgeber liegt. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung, die nicht gewährt werden kann, wenn dadurch z. B. die Unterrichtsversorgung leiden würde.

Wie alle Abgeordneten erhalten wir im Moment Schreiben aus ganz Niedersachsen mit dem Tenor, durch diese Verschärfung im Rahmen der Altersteilzeit würde die Lebensplanung bis zum Ruhestand durchkreuzt. Meine Damen und Herren, an alle diejenigen, die solche Briefe schreiben, möchte ich appellieren: Bitte beachten Sie dabei auch, dass so manche Lebensplanung und so manche Zukunftschancen von Kindern ebenfalls durchkreuzt würden, wenn wir die Unterrichtsversorgung darunter leiden lassen würden. Ich glaube, es ist richtig, an dieser Stelle deutlich zu machen, dass wir nicht mehr bereit sind, dieses Privileg einzuräumen; denn wir können es uns nicht mehr leisten.

(Beifall bei der CDU)

Jeder kann sich - bei eingeschränkten Antragsfristen bis zum 1. Februar 2004 - auf diese neue Situation einstellen.

Der letzte Punkt in diesem Gesetzentwurf ist quasi eine Verschärfung hinsichtlich der Teildienstfähigkeit und der Möglichkeiten der Rückholung von

Beamten aus einer Zurückstellung aus dem Dienst. Die Grünen haben parallel dazu einen Gesetzentwurf mit dem Ziel eingebracht, Mehrfachbezüge und Mehrfachversorgungen von Abgeordneten, von ehemaligen Ministern usw. zu vermeiden. Sie werden sich erinnern, dass wir hier im Parlament lang und breit über den Fall Weber oder den Fall Minnier - bei Minnier handelt es sich zugegebenermaßen um einen politischen Beamten - debattiert haben. Die CDU-Landtagsfraktion hat damals einen Entschließungsantrag zur Änderung des Niedersächsischen Ministergesetzes, zur Änderung des Niedersächsischen Beamtengesetzes und so fort eingebracht. Insofern darf ich an dieser Stelle erklären, dass der Gesetzentwurf der Grünen - wie ich gestern bereits angekündigt habe; ich glaube, Professor Lennartz wird zu diesem Thema sprechen - in die richtige Richtung weist. Es wird in der Detailberatung mit Sicherheit hier und da - auch unter Zuhilfenahme des GBD - noch einige Änderungen geben.

Ich darf Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit für dieses wichtige und - Sonderzuwendungen, Weihnachtsgeld - auch sehr emotionale Thema herzlich danken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Nächster Redner ist Professor Dr. Lennartz. Sie haben das Wort.

Professor Dr. Hans-Albert Lennartz (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst zu dem Gesetzentwurf sprechen, den wir eingebracht haben und den Herr Althusmann gerade schon angesprochen hat. Auslöser für diese konkrete Initiative war die im frühen Juli dieses Jahres öffentlich bekannt gewordene Erklärung von Herrn Gabriel, dass er einen bestimmten Teil seiner überschießenden Gesamtbezüge aus verschiedenen früheren Tätigkeiten, seiner Abgeordnetendiät und den Funktionszulagen als Fraktionsvorsitzender an die Fraktion zurückgeben wolle. Wir haben diesen Weg nicht für optimal gehalten und reagieren mit diesem Gesetzentwurf zur Änderung des Ministergesetzes, speziell des § 18, darauf. Wir sind der Auffassung, dass eine „Übersorgungslücke“ geschlossen wird, wenn Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen. Ich meine, dass

es hierbei um eine prinzipielle Frage und nicht um Personen geht, die gerade konkret betroffen sind oder perspektivisch nach dem Ende dieser Wahlperiode betroffen sein könnten. Das ist also unabhängig von konkreten Parteifarben zu betrachten.

Es geht schlicht und einfach darum, durch eine Änderung des § 18 Abs. 9 des Ministergesetzes sicherzustellen, dass in Zukunft auch solche Einkünfte, die aus Fraktionszulagen bezogen werden, in den Geltungsumfang des Gesetzes einbezogen werden; denn bislang werden nur Einkünfte von außerhalb des öffentlichen Dienstes, aus selbständiger Arbeit und vergleichbaren Tätigkeiten, berücksichtigt.

Das ist schon alles, was wir zur Begründung anführen möchten. Ich hoffe, dass es in der abschließenden Beratung, nachdem der Gesetzentwurf in den Ausschüssen beraten worden sein wird, zu einer einmütigen Beschlussfassung kommt.

Damit komme ich zu dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zur Änderung besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften und des Ministergesetzes. Ich möchte auf zwei zentrale Punkte eingehen. Der erste betrifft die Sonderzahlungen, der zweite die Frage der Altersteilzeit.

Zu den Sonderzahlungen. Bekanntlich wird die Sonderzahlung, das so genannte Weihnachtsgeld, in diesem Jahr auf 65 % abgesenkt. Das haben wir mitgetragen. Jetzt schlagen Sie im Rahmen des Gesetzentwurfs vor, im Jahre 2004 und in den darauffolgenden Jahren das Weihnachtsgeld anders zu gestalten, also auf eine monatliche Zahlung umzustellen und die Sonderzulage in der Gesamtsumme jährlich auf 50 % abzusenken.

Unserer Auffassung nach ist das für einen Teil der Betroffenen korrekt und für andere Teile wiederum nicht korrekt. Um es präzise zu sagen: Wir halten es für problematisch, die niedrigen und mittleren Einkommen, also A 2 bis A 8, in diese weitere Kürzung auf 50 % einzubeziehen. Wir sind allerdings der Auffassung, dass man bei den hohen Einkommen im Landesdienst, konkret der B-Besoldung, weiter kürzen kann, dass man also die Sonderzulage im Bereich der B-Besoldung auf unter 50 % kürzen kann, um sozusagen ein Stück weit eine Gegenfinanzierung für die andere Maßnahme, die ich gerade angesprochen habe, zu erreichen.

Darüber hinaus halten wir die 120 Euro, deren Zahlung Sie jetzt für mittlere und niedrigere Einkommen zusätzlich zum Juli-Gehalt vorsehen, nicht für angemessen. Deswegen ist unser Appell: Überprüfen Sie die von Ihnen vorgeschlagenen Regelungen noch einmal unter dem Gesichtspunkt einer sozial gerechteren Staffelung.

Hinzu kommt ein zweiter Punkt. Sie sehen auch eine Änderung des Ministergesetzes vor. Durch diese Änderung in Ihrem Artikel-Gesetzentwurf wird lediglich klargestellt, dass auch die Minister in die Neuregelung der Sonderzulagen einbezogen werden. Das heißt, auch die Minister werden in Zukunft 50 % Weihnachtsgeld zu ihren Ministerbezügen bekommen. Ich meine, dass das, was ich gerade auch über die soziale Staffelung, über unterschiedliche Einkommenshöhen und unsere Idee, auf der Ebene der B-Besoldung stärker zu kürzen und dafür niedrigere Einkommen weniger stark heranzunehmen, ausgeführt habe, erst recht auch für die Minister und ihre Sonderzulagen gelten sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Thema Altersteilzeit. Wir tragen die Regelung mit, die Altersteilzeit insoweit restriktiver zu handhaben, als sie an das Entbehrligmachen von Stellen gekoppelt wird. Wir haben allerdings Bedenken gegen die Regelung der Altersteilzeit im Schulbereich. Herr Busemann, Sie haben – jedenfalls zitiert der *rundblick* Sie heute so - davon gesprochen, man könne in diesen schlechten Zeiten solche Geschenke nicht mehr vergeben. Ich finde diesen Terminus „Geschenke“, wenn Sie ihn verwendet haben, in diesem Zusammenhang unpassend. Denn die Regelung, die die alte Landesregierung verabschiedet hat bzw. die hier zum Rechtszustand gemacht worden ist - 83 % Gehalt bei 50 % Arbeitsvolumen -, ist natürlich nicht nur ein Geschenk an die Betroffenen, sondern sie resultiert aus der Erfahrung, dass genau in der Größenordnung von 56 Jahren aufwärts die Großzahl der Frühpensionierungen im Bereich der Lehrerinnen und Lehrer beginnt. Das heißt, wenn Sie ein solches Angebot machen, dann vermeiden Sie ein Stück weit Frühpensionierungen und haben Sie tatsächlich die Lehrkräfte - allerdings mit reduziertem Arbeitsvolumen -, die ansonsten gegebenenfalls aus gesundheitlichen Gründen frühpensioniert würden, noch an Bord.

Deswegen richten wir die Frage bzw. Empfehlung an Sie: Warum machen Sie sich nicht Gedanken darüber, die Altersteilzeitregelung, wie sie jetzt gilt, nicht in der Weise zu verändern und restriktiver zu gestalten, wie Sie es tun wollen, sondern bei Beibehaltung des Gehaltsvolumens im jetzigen Modell das Arbeitszeitvolumen von 50 % - das müsste durchgerechnet werden; ich sage jetzt einfach mal eine Zahl - auf beispielsweise 70 % zu erhöhen? Damit würde das Problem, das Sie kostenmäßig haben, zumindest reduziert werden. Ich prognostiziere, dass bei der Reduzierung der Altersteilzeit, wie Sie sie vorsehen, tatsächlich die Zahl der Frühpensionierungen wieder steigen wird und dementsprechend auch Neueinstellungen mit entsprechender Kostenbelastung auftreten werden.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Altersteilzeit für Schwerbehinderte. Auch hierfür sehen Sie eine restriktivere Lösung vor. Wir halten das schlicht für falsch und wünschen uns, dass im Bereich der Schwerbehinderten die bisherige Altersteilzeitregelung fortgesetzt wird. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Vielen Dank. - Nächste Rednerin ist Frau Ursula Peters von der FDP-Fraktion.

Ursula Peters (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten jetzt zwei Gesetzentwürfe: zum einen den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP und zum anderen den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich möchte zuerst auf den Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eingehen. Die Begründung, die Herr Dr. Lennartz gerade dargelegt hat, leuchtet mir völlig ein. Ich meine, dass die FDP-Fraktion diesem Gesetzentwurf im Wesentlichen folgen wird, vorbehaltlich möglicher kleiner Änderungen im Gesetzgebungsverfahren, wie sie ja bekannt und normal sind.

Nun zu dem Gesetzentwurf zur Änderung besoldungs- und anderer dienstrechtlicher Vorschriften. Der Bundesgesetzgeber hat uns im Rahmen der Gesetzesänderung vorgegeben, dass wir die jährli-

chen Urlaubsgelder und die jährlichen Sonderzuwendungen nunmehr im Lande Niedersachsen eigenständig regeln dürfen. Das ist in vielen Ländern der Republik inzwischen angenommen worden. Auch die Niedersächsische Landesregierung muss aufgrund des nicht mehr verfassungsgemäßen Haushalts davon bedauerlicherweise - wir bedauern das ausdrücklich - Gebrauch machen. Bereits im Nachtragshaushalt 2003 wurde die jährliche Sonderzuwendung für Beamte auf 65 % eines Monatsgehaltes abgesenkt. Im Rahmen der Entwicklung der MiPla und des Haushalts 2004 wurde eine weitere Absenkung auf 50 % für notwendig erachtet.

Weiter sind wir der Meinung, dass es derzeit dem Landeshaushalt nicht zugemutet werden kann, die bisher geltende Altersteilzeitregelung weiterhin fortzuschreiben. Dies soll mit dem vorliegenden Gesetzentwurf umgesetzt werden.

In den Beratungen in den Regierungsfractionen haben wir uns die Entscheidung zu diesen Zahlen und die letztendliche Ausgestaltung wirklich nicht leicht gemacht. Es wurden sehr unterschiedliche Ansätze diskutiert. Unstrittig ist die Notwendigkeit der Sanierung des Landeshaushalts. Unstrittig ist, dass auch die Beamten ihren Anteil hieran haben müssen. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf unternehmen wir den Versuch, die Härten für die Beamten in den unteren Besoldungsgruppen ein wenig abzumildern. Das soll durch die Sonderzahlung von 120 Euro jährlich - das ist zugegebenermaßen nicht viel, aber das ist etwas - für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 erreicht werden. Des Weiteren ist die Kinderkomponente vorgesehen worden, wonach für jedes Kind eine Sonderzuwendung in Höhe von 25,56 Euro pro Jahr gezahlt werden soll. Die FDP-Fraktion hat diese Summe als Peanuts empfunden. Wir wollten eigentlich 100 Euro dort stehen haben, konnten die Summe aber nicht ändern, weil sie durch Bundesgesetz vorgegeben ist. Die Sonderzuwendung pro Kind darf 25,56 Euro nicht übersteigen. Das hat uns gestört, aber das ist Fakt. Deswegen haben wir diese Summe gewählt. Wir haben damit die Höchstgrenze vollständig ausgeschöpft. Ich hoffe, mit diesen beiden Maßnahmen - 120 Euro für die unteren Besoldungsgruppen und 25,56 Euro pro Kind - gelingt uns etwas der finanziell und rechtlich mögliche Härteausgleich für die sozial Bedürftigen unter den Beamten.

Die zweite wesentliche Änderung, die mit diesem Gesetzentwurf angestrebt wird, ist die Änderung

der Altersteilzeitansprüche. Wir sind schlicht nicht in der Lage, für jeden, der nach dem bisherigen Recht die Möglichkeit hat, in Altersteilzeit zu gehen, dies auch zu finanzieren. Außerdem widerspricht sie der bundesdeutschen politischen Ansage zur Annäherung an die gesetzliche Altersgrenze. Altersteilzeit heißt für das Land - das ist schon gesagt worden -: für 50 % Arbeit 83 % der Bezüge. Das kann nur noch in den Fällen hingenommen werden, in denen die Stellen aufgrund der Verwaltungsmodernisierung oder -verschlinkung - oder wie immer Sie dies nennen wollen - wegfallen würden und insofern durch die Altersteilzeit eine Entlastung des Haushalts stattfinden kann.

Über den Ansatz, den Herr Dr. Lennartz gerade angeführt hat, darüber nachzudenken, die Arbeitszeit zu erhöhen und damit die Altersteilzeit in ähnlichem Maße wie vorher zu ermöglichen, würde ich gerne noch einmal im Ausschuss diskutieren.

Wir werden insgesamt bewerten müssen, dass an den Schulen ohnehin eine andere Situation vorliegt. Es werden jetzt 2 500 Lehrer eingestellt. Wenn wir den Lehrern die Möglichkeit geben - wir haben sehr viele Lehrer in dem Alter von 55 bis 65 Jahren -, in dem hohen Maße wie bisher in Altersteilzeit zu gehen, konterkarieren wir diese Maßnahme. Wir brauchen diese Lehrer zurzeit, und wir müssen versuchen, mit anderen Methoden den Lehrern die Möglichkeit zu geben zu arbeiten, und möglicherweise auch über Reha-Maßnahmen usw. nachdenken, sodass sie vernünftig eingesetzt werden, und dem entgegenwirken, dass dieses als etwas ganz Exotisches gilt. In der freien Wirtschaft ist es völlig normal, zu versuchen, die Arbeitskräfte, die man bezahlen muss, vernünftig an der Arbeit zu halten und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeitsleistung zu erbringen.

Sie haben die Ausnahmeregelung gelesen, dass die Lehrer bis zum 1. Februar 2004 noch nach den alten Bestimmungen in Altersteilzeit gehen können, nämlich mit 56 Jahren, und danach erst mit 59 Jahren. Das ist abgeschwächt worden, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, jetzt zumindest noch Anträge zu stellen, damit sie nicht ad hoc vor neuen Änderungen stehen.

Bei der Rückholung von Beamten aus der Dienstunfähigkeit muss man auch darüber nachdenken, wie es in der Bevölkerung ankommt, wenn Beamte mit 55 Jahren nach Hause gehen und bis 65 einen netten Nebenverdienst haben, der unter Umständen ein deutliches Zubrot bringt und anderen Leuten

schlicht und ergreifend den Arbeitsplatz kostet. Auch hier müssen wir irgendwann in Zukunft darüber nachdenken, ob das bisherige System so bleiben kann oder ob wir hier nicht eingreifen können. Diese Vorschläge sind nur der erste Ansatz dazu, den Landeshaushalt etwas einzuschränken und die Bedingungen bei einer Beschäftigung in der Wirtschaft und in Behörden einander anzugleichen.

Insgesamt werden durch die Kürzung der Sonderzahlungen der Haushalt 2003 um etwa 109 Millionen Euro und der Haushalt 2004 um 210 Millionen Euro entlastet. Das sind Summen, auf die wir nicht verzichten können. Niemandem von uns ist es leicht gefallen, diesen Änderungen zulasten der Beamten zuzustimmen. Aber es ist hier schon sehr oft gesagt worden, dass wir unter dem Diktat des verfassungsmäßig nicht zulässigen Haushalts stehen. Wir müssen - wir können nicht anders.

Wenn wir den Beamten diesen Schmerz zufügen müssen, müssen wir in diesem Zusammenhang beachten, dass das Land immer noch Arbeitsplatzsicherheit bietet, wenn auch bedauerlicherweise nicht mehr zu den finanziellen Konditionen, die wir hatten. Aber ich sehe keine Alternative zu dem wesentlichen Schritt, der hier beschlossen werden soll. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Der nächste Redner ist Herr Lestin von der SPD-Fraktion.

Uwe-Peter Lestin (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst zum Gesetzentwurf der Fraktion der Grünen: Der Gesetzentwurf sieht vor, dass Funktionszulagen auf das Ruhegehalt ehemaliger Regierungsmitglieder angerechnet werden sollen. Das ist grundsätzlich nicht unproblematisch; denn die Zahlung so genannter Funktionszulagen ist angesichts eines Urteils des Bundesverfassungsgerichtes nur deshalb rechtmäßig, weil es sich gerade nicht um ein erhöhtes Einkommen, sondern um eine Art pauschalierter Aufwandsentschädigung handelt. Würde man auf den Vorschlag der Fraktion der Grünen eingehen, die Funktionszulagen landesgesetzlich als anrechenbares Einkommen zu behandeln, wäre möglicherweise die Rechtmäßigkeit dieser Funktionszulagen in Frage gestellt.

Des Weiteren bitte ich zu beachten, dass der Landtag im Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines Ministers mit unserer Mehrheit einen Antrag verabschiedet hat, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, Doppelversorgungen von ehemaligen Mitgliedern der Landesregierung zu überprüfen, damit diese künftig vermieden werden können. Die Antwort der neuen Landesregierung liegt noch nicht vor; sie hat um Fristverlängerung gebeten.

Ich weise außerdem darauf hin, dass der Landtag bereits eine Reihe von Regelungen getroffen hat, die helfen, Doppelalimentationen zu vermeiden. Sie können dies in der Drucksache 14/3915 vom 20. November 2002 - also noch zu unserer Regierungszeit - nachlesen. Wir wünschen in diesem Punkt eine sehr sorgfältige Beratung und machen unsere endgültige Haltung zu diesem Antrag vom Beratungsergebnis abhängig.

Nun komme ich zur Altersteilzeit: Sie müssen eingestehen, dass die Bedingungen grundsätzlich anderer Natur sind. Es geht jetzt nur noch nach dem Interesse des Landes, es geht also - abgesehen von den Lehrern - nur noch um die Reduzierung von Personalüberhängen. Persönliche Bedürfnisse der Beamten werden - mit Ausnahme der Lehrer, dort in Zukunft aber erst ab einem Alter von 59 Jahren - nicht mehr berücksichtigt.

Die Frage ist nun: Was soll dieser kurzatmige Schnellschuss? Die Neuregelung mit ihrer Verschlechterung insbesondere auch für Lehrer wird ab dem 1. Februar wirksam. Da ergibt sich die Frage, was Sie vom Vertrauensschutz halten. Sie müssen daran denken, dass Sie irgendwann an Ihren Taten gemessen werden und nicht an dem Gejammer, das Sie dauernd vorbringen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vor der Landtagswahl hat übrigens Herr Busemann, damals noch nicht Kultusminister, den Lehrkräften zugesichert, die jetzt gültige Altersteilzeitregelung liefere bis zum Ende uneingeschränkt weiter.

(Zurufe von der CDU)

- Sie sagen, das sei falsch? Nein? Ich hätte es Ihnen sonst gerne vorgelesen.

(Bernd Althusmann [CDU]: Lesen Sie doch einmal!)

- Ja, ich lese es vor. Also: Die Arbeitsbedingungen für die niedersächsischen Lehrkräfte haben sich unter den sozialdemokratischen Landesregierungen ständig verschlechtert, die Belastungen sind gewachsen,

(Zustimmung bei der CDU)

insofern kann ein vorzeitiger Ausstieg aus der Altersteilzeitregelung durch die SPD-Landesregierung nicht völlig ausgeschlossen werden. - Also wir waren im Verdacht. - Und dann heißt es: Das bis 2004 vereinbarte Altersteilzeitmodell hat für eine CDU-geführte Landesregierung uneingeschränkt Gültigkeit. - Bernd Busemann, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! - Bernd Althusmann [CDU]: Genauso steht es drin: 1. Februar 2004!)

- Herr Althusmann, Herr Busemann sagte, das gültige Altersteilzeitmodell hat uneingeschränkt Gültigkeit. „Uneingeschränkt“ bezieht sich auch auf den zeitlichen Rahmen.

(Zuruf: Ist das ein autorisiertes Zitat?)

- Darunter steht: Bernd Busemann. Das ist kein redaktioneller Fehler. - Das haben wir jetzt abgehandelt.

Nun zur Öffnungsklausel in der Beamtenbesoldung: Da steht der Betrachter staunend vor einem Ereignis, das sich niemand so vorstellen konnte. Die CDU-FDP-Landesregierung springt nämlich nicht nur auf den Zug „Öffnungsklausel“ auf, sondern setzt die Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, in der striktesten Form um, die man sich nur denken kann. Die Sonderzuwendungen – Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld - werden durch monatliche Sonderzahlungen in Höhe von 4,17 % ersetzt. Bezogen auf ein Jahr entspricht dies 50 % eines Monatsgehaltes. Der Rückgang von 86 % eines Monatsgehaltes als Weihnachtsgeld zuzüglich des Urlaubsgeldes auf 50 % eines Monatsgehaltes ist ein herber Einkommensverlust für alle Beamten. Eine soziale Komponente? Fehlanzeige! Oder soll eine jährlich einmalige Zahlung von 25,56 Euro für ein Kind

(Zuruf von der CDU: Das ist rot-grünes Bundesrecht!)

oder die jährlich gezahlten 120 Euro für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 eine soziale Komponente darstellen?

Wenn das die soziale Komponente sein soll, tut es mir Leid. Was sagen die Polizistinnen und Polizisten, die durch unsere von Ihnen bekämpfte Einführung der zweigeteilten Laufbahn in der Besoldung angehoben wurden? Das wird ihnen jetzt wieder abgenommen. Sie arbeiten mit dem Rasenmäher und treffen dabei in besonderer Weise die Bezieher unterer und mittlerer Einkommen.

(Heinz Rolfes [CDU]: Das hat miteinander nichts zu tun! Wie kann man sich nur hier hinstellen und so etwas sagen!)

Ich hatte erwartet, dass Sie mich auf das Bundesgesetz hinweisen. Das haben Sie leider nicht getan. Ich vergleiche es aber trotzdem.

(Zuruf von der CDU)

- Ja, ich müsste Ihnen ein Stichwort geben.

Was sagt die Öffnungsklausel? Erstens. Man muss nicht davon Gebrauch machen. Man kann es, muss es aber nicht. Und Sie wollten das eigentlich auch nicht.

(Heinz Rolfes [CDU]: Wissen Sie eigentlich, wie die Haushaltslage des Landes Niedersachsens ist? Die ist schlimm!)

- Wir haben es heute Morgen so oft gehört. - Ich kann Ihnen nicht ersparen, Ihren Ministerpräsidenten zu zitieren; denn Sie wollten die Öffnungsklausel gar nicht.

(Heinz Rolfes [CDU]: Aber nur, wenn man eine andere Lösung hat!)

Als Herr Wulff noch nicht Ministerpräsident war, wollte er das jedenfalls noch nicht. Das Zitat lautet:

„Eine Öffnungsklausel, die offensichtlich allein den Zweck hat, den Landesetat auf dem Rücken des öffentlichen Dienstes zu sanieren, ist abzulehnen.“

(Dieter Möhrmann [SPD]: Hört! Hört!)

Antwort von Herrn Wulff - damals noch nicht Ministerpräsident - an die GdP vom 3. Dezember 2002:

„Inzwischen wissen das auch alle Polizeibeamten; denn die Gewerkschaft hat das kommuniziert.“

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Die haben uns einen Brief geschrieben, deswegen wissen wir das auch!)

Ich hatte heute Morgen auch eine rote Karte dazu. Ich zeige sie nicht hoch, weil ich nicht die Schiedsrichterausbildung habe. Darauf verzichte ich lieber.

Zweitens. Sie müssen nicht auf 50 % kürzen. § 67 des Bundesbesoldungsgesetzes begrenzt die Sonderzahlung auf die Höhe eines Monatsgehaltes. Sie gönnen den Beamten nur die Hälfte.

(Heinz Rolfes [CDU]: Das wissen wir!)

Drittens. Darüber hinaus darf die Sonderzahlung in A 2 bis A 8 über ein volles Gehalt hinaus um 332 Euro erhöht werden. In den höheren Besoldungsgruppen ist das etwas weniger.

(Heinz Rolfes [CDU]: Das brauchen Sie doch nicht vorzulesen!)

Und dann vergleichen Sie das bitte mit dem, was Sie den Beamten zumuten.

(Wilhelm Heidemann [CDU]: Was wollen Sie uns damit sagen?)

Auch der vierte Punkt ist kein Wunder angesichts der anderen Punkte. Die Wahlmöglichkeit, die Sonderzahlung als ruhegehaltfähig anzuerkennen oder nicht, fällt bei Ihnen selbstverständlich auch zulasten der Bediensteten aus. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man das als konsequentes Handeln bezeichnen. Aber auf dieses Maß an Konsequenz würden die Betroffenen gerne verzichten. Ich kann nur hoffen, dass sich in den Ausschussberatungen der eine oder andere Abgeordnete der Regierungsfractionen vielleicht von den Vorgaben der Regierung befreit und wir zu einer vernünftigen Lösung kommen.

(Beifall bei der SPD - Reinhold Coenen [CDU]: Wir sind schon befreit!)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen daher zur Ausschussüberweisung zu Punkt 10. Federführend soll der Ausschuss für

Haushalt und Finanzen sein, mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. Wer so verfahren möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung zu Punkt 11. Federführend soll der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein, mitberatend der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, der Ausschuss für Inneres und Sport sowie der Kultusausschuss. Wer so verfahren möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 12:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 15/395

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Miesner vorliegen. Herr Miesner, Sie haben das Wort.

Axel Miesner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute wird ein weiterer Baustein der Koalitionsvereinbarung der CDU und FDP gesetzt. Wir beginnen heute mit einem weiteren Schritt zur Verbesserung des Natur- und Landschaftsschutzes, zur Optimierung der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, zur Entbürokratisierung, zur Deregulierung und zur Beschleunigung von Investitionen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Heute geht es darum, dass wir schneller und damit besser werden bei der Umsetzung von Investitionen in unserem Lande und damit die Grundlage legen für den Erhalt und den Ausbau von Unternehmen zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

(David McAllister [CDU]: Richtig!)

Heute bringen die CDU- und die FDP-Fraktion gemeinsam den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes

ein. Wir versprechen Ihnen schon heute, es wird nicht der einzige Antrag dazu bleiben.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Sie müssen auch endlich einmal eine große Novelle einbringen!)

- Wenn Sie etwas sagen wollen, dann melden Sie sich bitte.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dorothea Steiner [GRÜNE]: Habe ich schon!)

Frau Präsidentin, sehr geehrten Damen und Herren, Natur- und Landschaftsschutz zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zu verwirklichen, das ist das Ziel unserer Landesregierung. Mit der Aussage in der Koalitionsvereinbarung, naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen sollen zugunsten von Umwelt- und Naturschutz finanziell abgegolten werden können, legen wir den Grundstein für die Änderung des § 12 des Naturschutzgesetzes. Wir nutzen damit den Rahmen, den uns das Bundesrecht hier bietet. Es geht darum, dass die Bauleitplanung und die Investitionen von den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entkoppelt werden.

Wer in der Kommunalpolitik und hier vornehmlich im Planungssektor mitarbeitet, der kennt die Probleme mit den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Investitionen werden verzögert oder sogar verhindert, wenn die Ausgleichsfläche nicht zur Verfügung steht. Das kann und das darf in Zukunft nicht mehr sein.

(Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Wer kennt nicht den Flickenteppich von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen? Hier eine Hecke, dort eine kleine Baumreihe und anderenorts eine verwilderte Wiese inmitten geordneter landwirtschaftlicher Felder. - Jeder fragt sich, was das für den Naturhaushalt und den Landschaftsschutz überhaupt bringen soll. Jeder Praktiker fasst sich doch an den Kopf, wenn er solche Auswüchse sieht. Eines steht jedenfalls fest: Dem Naturhaushalt ist damit nicht gerade besonders gedient.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung von Christian Dürr [FDP])

Warum gehen wir da nicht den Schritt, dass Maßnahmen zukünftig über einen Flächenpool großflächig und sinnvoll umgesetzt werden und damit

sogar erreichen, dass Investitionen zügiger und schneller umgesetzt werden? - Das bringt Vorteile für den Umweltschutz und für die Wirtschaft.

Die Kompensationszahlungen werden an die untere Naturschutzbehörde geleistet und stehen - das betone ich - zweckgebunden für Maßnahmen zur Verfügung, um den Zustand von Natur und Landschaft zu verbessern.

(Zustimmung von David McAllister [CDU])

Wir haben das Geld bewusst vor Ort gelassen, weil die Landkreise und auch die kreisfreien Städte am besten eine optimale Verwendung für den Naturschutz gewährleisten können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Landkreise und die kreisfreien Städte erhalten dadurch eine interessante Möglichkeit, Naturschutz und Gewerbeansiedlungspolitik miteinander zu kombinieren.

Ausdrücklich betonen wir, dass diese Einnahmen und deren Verwendung auf Dritte übertragen werden können. Dies ist für uns ganz besonders wichtig. Denn Initiativen beispielsweise der Naturschutzverbände und des Niedersächsischen Landvolkes auf diesem Gebiet werden dabei sinnvoll unterstützt. Es gibt bereits vorbildliche Gesellschaften für die so genannten Flächenpoolösungen. Lassen Sie uns zu Nutzen von Natur und Landschaft an diese Erfahrungen anknüpfen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, es geht heute um die erste Beratung. Ich verzichte deshalb auf die Formulierung von wesentlichen Details. Lassen Sie uns gemeinsam den Weg gehen - Umweltschutz mit den Menschen, Umweltschutz mit der Wirtschaft, für eine Verbesserung des Natur- und Landschaftsschutzes und für mehr Investitionen und damit für mehr Arbeitsplätze in Niedersachsen. Dann werden wir besser in Niedersachsen. - Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Ich erteile das Wort Frau Steiner von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dorothea Steiner (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Lobeshymnen meines Vorredners von der CDU-Fraktion

(Bernd Althusmann [CDU]: Wollen Sie sich anschließen!)

auf die Ergänzung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes will ich mich auf keinen Fall anschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Bernd Althusmann [CDU]: Überraschung!)

Sie wollen im Gesetz festlegen, dass bei Vorhaben, für die wertvolle Naturflächen beeinträchtigt oder zerstört werden, in Zukunft durch Geldzahlungen Ausgleich geleistet werden kann. Frau Zachow hatte dies in ihrer Presseerklärung für die CDU-Fraktion sogar als erhebliche Stärkung des Naturschutzes bezeichnet.

(Zustimmung bei der CDU)

Dem ist in der Tat nicht so.

Zunächst bezweifle ich die Notwendigkeit, eine solche Regelung in das Gesetz überhaupt aufzunehmen, weil schon heute die Möglichkeit besteht, über Geldzahlungen Ausgleich zu leisten, ohne dass es ausdrücklich geregelt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - David McAllister [CDU]: Sind Sie also dafür?)

Viele Gemeinden und Landkreise bündeln bereits Ersatzmaßnahmen in Flächenpools oder Naturschutzstiftungen und investieren so erfolgreich in den Naturschutz. Deswegen, werter Kollege von der CDU

(David McAllister [CDU]: Der heißt Axel Miesner!)

- ja, Herr Kollege Miesner -, ist die Klage über die zerstückelten Ausgleichsmaßnahmen überhaupt nicht mehr angebracht.

Die Ergänzung des Naturschutzgesetzes, die Sie vorschlagen, geht über die gesetzliche Absicherung

solcher Verfahren nicht nur weit hinaus, sondern führt zu einem Systemwechsel. So werden die Möglichkeiten erweitert, Beeinträchtigungen und Zerstörungen in der Natur bei Bauvorhaben durch Ersatzzahlungen abzugelten wie z. B. in Punkt 1 Ihres Gesetzesentwurfs. Wenn Verursacher Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen nicht selbst vornehmen können, leisten sie Kompensationszahlungen. Das fordert doch gerade dazu heraus, die Option Kompensationszahlung gleich zu wählen, statt nach geeigneten Flächen für Ausgleichsmaßnahmen zu suchen und diese dann entsprechend zu entwickeln.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Im Übrigen möchte ich Sie darauf hinweisen, dass es sich nur auf Ersatzmaßnahmen beziehen kann und nicht auf Ausgleichsmaßnahmen, wie Sie es in Satz 1 formulieren. Schauen Sie doch einfach einmal in das Bundesnaturschutzgesetz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kern des Problems liegt aber in der Festlegung in Punkt 3 Ihres Gesetzesentwurfes in der Bemessung des Ersatzgeldes, wenn Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nicht möglich sind, wie Sie es formulieren. Sie orientieren diese Zahlung nicht etwa an den Folgen des Eingriffs und am Wert der Fläche, die bebaut wird, sondern an der Höhe der Investition für das Vorhaben, z. B. an den Kosten des Bauprojekts. Das, meine Damen und Herren, stellt die Philosophie der Eingriffsregelung auf den Kopf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese geht nämlich davon aus, dass sich Ersatzmaßnahmen und damit auch Kompensationszahlungen am Naturschutzwert der Fläche orientieren und nicht am Preis dessen, was auf dieser Fläche unternommen wird.

Durch Ihre Lösung wird es gleich billiger, es kostet maximal 7 % der Investitionssumme. Das haben wir auch ohne Ihren Beitrag schon dem Gesetzesentwurf entnehmen können. Das Bundesnaturschutzgesetz allerdings legt das anders fest. Wir werden in den Ausschussberatungen zu klären haben, inwieweit Sie sich mit diesem Vorschlag und dieser Berechnungsmethode noch rechtlich auf sicherem Boden bewegen.

Die von Ihnen vorgesehene Regelung kann dazu führen, dass bei einem verhältnismäßig kleinen

Projekt, z. B. einer Ortsumgehung oder einer Ortsverbindung, eine wertvolle Fläche zerstört wird - sei es eine Feuchtwiese, ein Brutgebiet seltener Vögel oder anderes. Dieser Schaden kann mit einer Zahlung von 5 bis 7 % der Straßenbauinvestition nicht aufgefangen werden.

Fassen wir das zusammen, so bedeutet das: großer Schaden, billiger Ausgleich für die Verursacher.

Warum bleiben Sie nicht bei der Alternative Flächenpools, gebündelte Ersatzmaßnahmen und entsprechende Flächenentwicklung, wie sie teilweise schon praktiziert wird? Jeder, der sich mit der kommunalen Praxis befasst, weiß, dass die Landkreise und Städte hier genügend positive Beispiele vorzuweisen haben und dass man nur daran weiterarbeiten muss.

Meine Antwort auf die Frage, warum Sie es nicht tun, lautet: Sie wollen sich das Etikett „Investitions erleichterung“ verdienen, indem Sie Naturzerstörung billiger machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Machen wir einmal einen Ausblick. In zwei Jahre kann es uns dann noch passieren, dass Sie ankommen und sagen, das sei eine üble Abgabe, die die Investoren belaste, man müsse diese Abgabe - sprich: die Kompensationszahlung - auf die Hälfte reduzieren. Damit landen Sie dann endgültig bei einem Almosen als Ausgleich für Naturzerstörung. Dies - das sage ich Ihnen - werden wir im Ausschuss nicht mitmachen! - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Ich erteile das Wort jetzt dem Abgeordneten Haase für die SPD-Fraktion.

Hans-Dieter Haase (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Thema wird zu später Stunde behandelt, aber das kann sicherlich kein Grund dafür sein, dass die Diskussion schlechter würde.

Der offensichtlich mit ziemlich heißer Nadel gestrickte Gesetzesentwurf der Regierungsfaktionen - ich hatte die Drucksache wohl gemerkt erst Montag in meinem Fach, was bei diesem Thema doch ein bisschen überraschend ist - enthält unserer Meinung nach neben erheblichen handwerklichen

Mängeln auch eine Reihe von Schwachpunkten, Fehleinschätzungen und rechtlichen Problemen.

Zunächst zum Hintergrund: Die seit 1976 geltende naturschutzrechtliche Eingriffsregelung hat sich als eines der für die Praxis meiner Meinung nach wichtigsten Instrumente des Umweltschutzes erwiesen. Auch wenn seit Einführung der Eingriffsregelung in Bundes- und Landesrecht eine Vielzahl von Änderungen vorgenommen worden ist - zuletzt durch die umfassende Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes im Jahre 2002 -, bleibt doch das wesentliche Grundelement erhalten: das Verursacherprinzip. Wichtig dabei ist, dass die Eingriffsregelung nicht die Rechte Einzelner schützt, sondern die ökologischen Kollektivgüter der natürlichen Lebensgrundlagen.

Auch wenn unbestritten ist, dass Eingriffe in Natur und Landschaft - ich meine, dass das auch in diesem Hause unbestritten ist - in der Regel nicht gleichartig ausgeglichen werden können, so sind sie doch zumindest gleichwertig auszugleichen. Die Einführung von so genannten Kompensationszahlungen in das Niedersächsische Naturschutzgesetz verfolgt unserer Auffassung nach deshalb durchaus einen positiven Ansatz, der sich bereits in anderen Bundesländern - Sie kennen die Gesetze - bewährt hat, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Eingriffsregelung den Funktionswandel von einem Instrument des Substanzschutzes zu einem Instrument der planerischen Ressourcenvorsorge vollzogen hat.

Gerade die Chancen einer derartigen Regelung werden von den Regierungsfractionen meiner Auffassung nach mit dem vorliegenden Gesetzentwurf in das Gegenteil verkehrt. Am Ende bleibt - hierzu zitiere ich gern Ministerpräsidenten Wulff -: Zwar gut gemeint, aber nicht gut gemacht.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass Sie sich auf die Fahnen geschrieben haben, besonders investorenfreundlich agieren zu wollen, ist hinlänglich bekannt. Aber die Einführung einer Deckelung der Kompensationszahlungen auf 7 % schlägt dem Fass den Boden aus. Hier verkehren Sie Sinn und Zweck der Eingriffsregelung in das Gegenteil. Statt eine angemessene, also zumindest gleichwertige Kompensation eines Eingriffs als Berechnungsgrundlage für die Kompensationszahlung anzulegen, wird bei Ihnen die finanzielle Belastbarkeit des Verursachers als Maßstab aller Dinge genommen.

Die Kompensationszahlung darf maximal 7 % der Investitionssumme betragen, wobei - auch das muss hier bemerkt werden; jedenfalls habe ich es nicht anders gefunden - der Grundstückserwerb für das Vorhaben nicht eingerechnet ist. Sie können von Glück sagen, wenn die unteren Naturschutzbehörden in Zukunft noch ein paar Bäume pflanzen können.

(Annette Schwarz [CDU]: Sie verstehen das nicht!)

So etwas heißt bei Ihnen, Umweltpolitik in Niedersachsen nach vorn zu bringen? Das heißt bei Ihnen, Naturschutz zu stärken, die natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen zu schützen?

Meine Damen und Herren, auch rechtlich - um zu der anderen Seite zu kommen - ist anzuzweifeln, ob diese Regelung mit den rahmenrechtlichen Vorgaben der §§ 18 ff. des Bundesnaturschutzgesetzes vereinbar ist. Eine derartige Deckelung bei den Ersatzzahlungen ist mir aus anderen Ländern nicht bekannt. Ist Ihnen Derartiges bekannt? Dann hätten Sie es nennen können. Das sollte meiner Meinung nach der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst einmal genau prüfen.

Meine Damen und Herren, im Gesetzentwurf fehlt der ausdrückliche Vorrang von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vor der Kompensationszahlung. Da muss sich doch der Geruch eines Freikaufens aufdrängen,

(Anneliese Zachow [CDU]: Das ist bundesgesetzlich geregelt!)

wenn nämlich schon im Vorfeld versucht wird, Kompensationszahlungen zu leisten. Man könnte sogar von modernem Ablasshandel im Naturschutzrecht sprechen.

(Anneliese Zachow [CDU]: Wir sind an das Rahmenrecht des Bundes gebunden!)

Es gibt in dem Gesetzentwurf noch zahlreiche weitere Punkte, Frau Zachow, auf die ich in der ersten Beratung nicht ausführlich eingehen möchte. Wir werden dazu im Ausschuss reichlich Gelegenheit haben. Aber lassen Sie mich kurz einige Stichworte skizzieren, die für die weitere Diskussion schon wichtig sind.

Die personellen Konsequenzen dieser Regelung werden bislang nur unzureichend dargestellt. Es ist

nicht nachvollziehbar, dass keine zusätzlichen Stellen- insbesondere bei den unteren Naturschutzbehörden oder im Ministerium - für die Organisation und Abwicklung der Kompensationszahlungen notwendig seien.

(Anneliese Zachow [CDU]: Das ist nicht erforderlich!)

Insbesondere dann, wenn die untere Naturschutzbehörde quasi als Dienstleister, was ein guter Ansatz sein kann, für die Verursacher auftritt und die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen selbst durchführt oder in Auftrag gibt, bedeutet dies meiner Auffassung nach eine erhebliche Mehrbelastung und erfordert zusätzliches Personal.

(Anneliese Zachow [CDU]: Das kann doch weitergegeben werden!)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, eine weitere Frage: Gilt hier das Konnexitätsprinzip, oder werden für die Bearbeitung – natürlich unabhängig von der Kompensationszahlung – gegenüber dem Verursacher zusätzliche Gebühren erhoben, die auch wieder nicht mehr als 7 % der Investitionssumme ausmachen dürfen? Hier besteht wirklich noch Klärungsbedarf.

Bemerkenswert ist - ich weise ausdrücklich auch an dieser Stelle darauf hin -, dass mit der Gesetzesänderung bereits Fakten zur Abschaffung der Bezirksregierungen geschaffen werden,

(Anneliese Zachow [CDU]: Das ist doch vorausschauend!)

da in diesem Gesetzentwurf als zuständige Behörden nur die untere und die oberste Naturschutzbehörde genannt sind. Die sinnvollerweise zuständige obere Naturschutzbehörde, also die Behörde mit einem regionalen Bezug, d. h. die Bezirksregierung alten Schlages, findet schon nicht mehr statt. Selbst die geplanten Ämter für Regionalentwicklung - oder welchen Namen Sie diesen Einrichtungen einmal geben werden - bekommen hier keine Zuständigkeit - wahrscheinlich weil der Landesregierung - das vermute ich jedenfalls - noch nicht einmal im Ansatz klar ist, wie die Aufgaben zukünftig bewältigt werden sollen. Das an dieser Stelle nur zum Thema Verwaltungsreform.

(Heinz Rolfes [CDU]: Nur weil Sie es nicht wissen!)

Mein vorläufiges Fazit kann nur sein: Ein absoluter Schnellschuss der Regierungsfractionen. Man hätte

- da gebe ich ausdrücklich Frau Steiner Recht - eine große Novelle mit etwas mehr Zeit und etwas mehr Ruhe in Angriff nehmen müssen. Das wäre für den Naturschutz am Schluss sehr viel besser.

Die Beratungen im Fachausschuss versprechen unter diesen Voraussetzungen allerdings mehr als spannend zu werden. Vielleicht sollte man - das sollten wir in der Tat ernst nehmen - Rat aus anderen Bundesländern in Form von Anhörungen holen. Bekanntermaßen gibt es in einigen Bundesländern - ob schwarz oder rot regiert - durchaus gute Modelle, auf die wir zurückgreifen können. Man muss nicht jeden Fehler selbst machen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Dürr für die FDP-Fraktion.

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bereits im Vorfeld hat es in der Presse Äußerungen der Opposition zu dem vorliegenden Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP gegeben. So sprechen die Grünen etwa davon, dass die geplante Regelung übertrieben investitionsfreundlich sei. Nachzulesen ist das im *rundblick* von heute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass diese neue Landesregierung in Niedersachsen ein Klima schaffen möchte, das zu mehr Investitionen und zu mehr Arbeitsplätzen führt, haben wir Ihnen bereits im Wahlkampf versprochen. Es erschreckt Sie wahrscheinlich, dass wir nun das tun, was wir versprochen haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wer angesichts von - hoffentlich nicht, aber es ist so prognostiziert - bald fünf Millionen Arbeitslosen in Deutschland von übertrieben investitionsfreundlicher Politik spricht, der hat die Not der Stunde ganz sicher nicht verstanden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was soll mit dieser Änderung des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes erreicht werden? - Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass ein Eingriff in die Natur auch durch eine Geldzahlung kompensiert werden kann. Dieses Geld soll dann zielgerichtet dem Naturschutz zugute kommen. Die Neuregelung dient dazu, den berechtigten Belangen des Naturschutzes bei Investitionsmaßnahmen auch wirklich Geltung zu verleihen. Wir alle kennen doch die Pflanzung - Herr Kollege Miesner hat es vorhin gesagt - von Bäumen am Straßenrand, von Bäumen, die nach einer Saison oftmals wieder eingehen. Das hat nichts mit effektiver Kompensation von Eingriffen in die Natur zu tun, sondern das ist lediglich eine in der Sache sinnlose Erfüllung von Paragraphen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das Bundesnaturschutzgesetz räumt den Ländern nun ausdrücklich die Möglichkeit ein, dass unter bestimmten Bedingungen auch Kompensationszahlungen möglich sind. Um für stattfindende Eingriffe einen effektiven Ausgleich zu schaffen, ist es eben nötig, dass man in bestimmten Fällen auch den monetären Ausgleich zulässt. Das Geld soll, wie bereits gesagt, an die untere Naturschutzbehörde gehen und dann vor Ort effektiv eingesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine gute Umweltpolitik hat eben auch etwas mit Effektivität zu tun. Nicht viele kleine Maßnahmen, sondern eben auch die Zusammenführung der Mittel in den Landkreisen und kreisfreien Städten macht oftmals mehr Sinn. Das Geld soll dann dort vor Ort zweckgebunden eingesetzt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch etwas zu den Unternehmen sagen, die in Niedersachsen investieren wollen und Arbeitsplätze schaffen. Ein Unternehmer hat mit gutem Recht zuallererst seine Firma im Blickpunkt. Er konzentriert sich darauf, klug zu investieren und ein gutes Produkt anzubieten. Damit trägt er gemeinsam mit seinen Beschäftigten zum Wohlstand bei. Unternehmer, die investieren, wollen sich nicht primär mit Ausgleichsmaßnahmen beschäftigen, sondern konzentrieren sich auf ihre unternehmerische Tätigkeit. Gleichzeitig aber wollen sie ihrer Verantwortung für die Umwelt in effektiver Weise gerecht werden. Sie wollen, dass das, was sie durch finanziellen Aufwand dazu beitragen, auch tatsächlich der Umwelt zugute kommt. Der

vorliegende Gesetzentwurf von FDP und CDU ist ein sehr wichtiger Schritt dahin, dass dies in Zukunft auch passieren kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der von Rot-Grün konstruierte und ständig wiederholte Gegensatz zwischen Wirtschaft und Umwelt fällt gerade auch durch die Politik der neuen Mehrheit im Landtag langsam, aber sicher wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Zulasten der Umwelt!)

- Nein, das Gegenteil ist der Fall. Für effektive Umweltpolitik, Herr Haase! Wir machen eine Politik für die Umwelt und gleichzeitig für mehr Arbeitsplätze in Niedersachsen. Falls Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, es noch nicht mitbekommen haben: Wir zeigen Ihnen gerade, wie das geht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Das Wort hat der Abgeordnete McAllister.

David McAllister (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, um einige Kritikpunkte von Herrn Haase und Frau Steiner richtig zu stellen.

Herr Haase, Sie haben sich beklagt, dass Sie den Gesetzentwurf erst am Montag bekommen haben. Wir haben ihn am letzten Dienstag in der Fraktion verabschiedet und am Mittwoch eingereicht. Woran das liegt, kann ich nicht beurteilen, aber es war in jedem Fall keine Absicht.

(Hans-Dieter Haase [SPD]: Okay, aber es muss bemerkt werden dürfen!)

Vielleicht ist das auch ein organisatorisches Problem; und darüber müssen wir auch reden. Ich weiß, wie ärgerlich es ist, wenn man Gesetzesvorlagen erst zwei Tage vorher bekommt.

Meine Damen und Herren, wir werden in 2004 eine große Novelle des Naturschutzrechts in Niedersachsen vornehmen. Wir ziehen diesen Punkt aber vor, weil er uns besonders wichtig ist. Kollege Dürr und Kollege Miesner haben darauf hingewiesen, dass wir das explizit auch in den Koalitions-

vertrag aufgenommen haben, weil wir aus vielen Teilen des Landes aus den Bereichen der Landwirtschaft, aber auch aus den Bereichen der kommunalen Spitzenverbände und aus den Bereichen der Wirtschaft ermutigt worden sind, diese Regelung endlich vorzunehmen. All diejenigen - auch auf der linken Seite des Hauses -, die Kommunalpolitik machen, wissen das doch. Jeder von uns kennt doch zahlreiche Beispiele, wo Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen wenig effektiv umgesetzt worden sind. Das ist doch ein offenes Geheimnis.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann zu Ihnen, Frau Steiner. Bereits jetzt werden in Niedersachsen zum Teil Kompensationszahlungen vorgenommen.

(Dorothea Steiner [GRÜNE]: Genau das habe ich gesagt!)

Dieses passiert ohne rechtliche Grundlage. Wir vollziehen mit dieser Novellierung im Grunde genommen nur Bundesrecht nach. In § 19 Abs. 4 des Bundesnaturschutzgesetzes heißt es nämlich:

„Die Länder können zu den Absätzen 1 bis 3 weitergehende Regelungen erlassen. Insbesondere können sie Vorgaben zur Anrechnung von Kompensationsmaßnahmen treffen und vorsehen, dass bei zuzulassenden Eingriffen für nicht ausgleichbare oder nicht in sonstiger Weise kompensierbare Beeinträchtigungen Ersatz in Geld zu leisten ist (Ersatzzahlung).“

Also, Frau Steiner, wir vollziehen gegenwärtig geltendes rot-grünes Bundesnaturschutzrecht. Das können Sie uns nun doch wirklich nicht zum Vorwurf machen. Im Übrigen haben das auch viele andere Länder bereits getan.

Schließlich, meine Damen und Herren, legen wir großen Wert darauf, dass Kompensationszahlungen nur dort erfolgen können, wo Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nicht möglich sind oder ökologisch absolut sinnlos sind. Den 7 %, auf die Sie sich bezogen haben, liegt ein Erfahrungswert des Bundesverkehrsministeriums beim Straßen- und Autobahnbau im Osten Deutschlands zugrunde. Das ist also nicht eine willkürlich gegriffene Zahl, sondern sie ist vernünftig fundiert.

Schließlich legen wir großen Wert darauf, dass die Kompensationszahlungen an die untere Naturschutzbehörde geleistet werde, also an die Landkreise, an die kreisfreien Städte. Durch die Übertragung auf Dritte können wir auch die vorzügliche Arbeit vieler Naturschutzstiftungen, die wir in Niedersachsen vor Ort haben, vernünftig unterstützen.

Meine Damen und Herren, das ist die kleine Vorabnovellierung des niedersächsischen Naturschutzrechts. Ich garantiere Ihnen, wir werden im Jahre 2004 in enger Abstimmung mit Herrn Sander eine große Novelle des Naturschutzgesetzes machen, die dann pünktlich zum 1. Januar 2005 in Kraft tritt. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Ulrike Kuhlo:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen damit zur Ausschussüberweisung.

Die Fraktionen sind übereingekommen, diesen Antrag dem Umweltausschuss zur federführenden Beratung zu überweisen. Mitberatend sollen der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, der Ausschuss für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie der Ausschuss für Haushalt und Finanzen sein. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist einstimmig so entschieden worden.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung. Ich schließe die Sitzung und wünsche einen schönen Abend.

Schluss: 18.27 Uhr.